

WIRTSCHAFT UND STATISTIK

- Unternehmensstruktur und Investitionen im Produzierenden Gewerbe
- Großhandel Überschuldung privater Haushalte Todesursache Suizid
- Öffentliche Finanzen Umsatzsteuer Geld- und Immobilienvermögen sowie Wohnverhältnisse von Rentnern und Pensionären Preise
- Kohortendarstellung der Migration in Mecklenburg-Vorpommern



10/2007

Statistisches Bundesamt

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung: Walter Radermacher

Präsident des Statistischen Bundesamtes

Verantwortlich für den Inhalt:

Brigitte Reimann, 65180 Wiesbaden

• Telefon: +49 (0) 611/75-2086

• E-Mail: wirtschaft-und-statistik@destatis.de

Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage

Part of the Elsevier Group Postfach 43 43 72774 Reutlingen

Telefon: +49 (0) 70 71/93-53 50 Telefax: +49 (0) 70 71/93-53 35 E-Mail: destatis@s-f-g.com www.destatis.de/publikationen

Druck: Werbedruck GmbH Horst Schreckhase, Spangenberg

Erscheinungsfolge: monatlich Erschienen im November 2007 Einzelpreis: EUR 13,75 [D] Jahresbezugspreis: EUR 121,– [D] zuzüglich Versandkosten

Bestellnummer: 1010200-07110-1 - ISSN 1619-2907

Die Kündigung des Abonnements ist nur zum Jahresende unter Einhaltung einer vierteljährlichen Kündigungsfrist möglich.

i

Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

• im Internet: www.destatis.de

oder bei unserem Informationsservice 65180 Wiesbaden

Telefon: +49 (0) 611/75-2405
Telefax: +49 (0) 611/75-3330
www.destatis.de/kontakt

Abkürzungen

Mrd.

WiSta Wirtschaft und Statistik MD = Monatsdurchschnitt VjD = Vierteljahresdurchschnitt HjD = Halbjahresdurchschnitt ID = lahresdurchschnitt D Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen) ۷j = Vierteljahr Ηj = Halbjahr = anderweitig nicht genannt a. n. g. = ohne ausgeprägten Schwerpunkt o. a. S. St = Stück Mill. = Million

Zeichenerklärung

р = vorläufige Zahl = berichtigte Zahl geschätzte Zahl S nichts vorhanden weniger als die Hälfte von 1 in der letzten 0 besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts = Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten = Angabe fällt später an Χ = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, Loder die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt = keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug () Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Ab Jahrgang 2008 ändern sich die Preise wie folgt:

EUR 15,-[D]

EUR 130,-[D]

Jahrgangs-CD-ROM)

(für einen geschlossenen Jahrgang

einschl. der dem Januar-Heft des folgenden Jahres beigefügten

Einzelheft:

Jahresbezugspreis:

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2007

= Milliarde

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

	Inhalt Kurznachrichten	Seite 919
	Textteil	
Dr. Hartmut Höh	Unternehmensstruktur und Investitionen im Produzierenden Gewerbe 2005	931
Sascha Kless, Elmar Wein	Großhandel im Jahr 2005 – Strukturen und wirtschaftliche Rahmenbedingungen	934
Jürgen Angele	Überschuldung privater Haushalte im Jahr 2006	948
Stefan P. Rübenach	Todesursache Suizid	960
uliane Gude, Wolfgang Müller, Renate Schulze-Steikow	Öffentliche Finanzen im ersten Halbjahr 2007	972
Stefan Dittrich	Umsätze und ihre Besteuerung 2005	980
Dr. Margot Münnich	Geld- und Immobilienvermögen sowie Wohnverhältnisse von Rentner- und Pensionärshaushalten in Deutschland	986
Karsten Sandhop	Preise im September 2007	1017
Prof. Dr. Reiner Hans Dinkel, Thomas Salzmann	Die Kohortendarstellung der Migration am Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns	1022
	Übersicht über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge	1033
	Tabellenteil	
	Inhalt	1*
	Statistische Monatszahlen	2*

Für die Zeit vor dem 1. Januar 2002 ermittelte DM-Beträge wurden zum amtlich festgelegten Umrechnungskurs 1 Euro = 1,95583 DM in Euro umgerechnet. Aufgrund der kaufmännischen Rundung kann es bei der Summenbildung zu geringfügigen Abweichungen kommen. Auch vor dem 1. Januar 2002 aus DM-Werten errechnete Zuwachsraten und Anteile können aus diesem Grund geringfügig von den in Euro dargestellten Werten abweichen.

Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3.10.1990. Die Angaben für das "frühere Bundesgebiet" beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3.10.1990; sie schließen Berlin-West ein. Die Angaben für die "neuen Länder und Berlin-Ost" beziehen sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie auf Berlin-Ost.

	Contents News in brief	Page 919
	Texts	717
Dr. Hartmut Höh	Enterprise structure and capital formation in industry, 2005	931
Sascha Kless, Elmar Wein	Wholesale trade in 2005 – Structures and economic framework conditions	934
	Excessive indebtedness of households in 2006	948
Stefan P. Rübenach		960
Juliane Gude, Wolfgang Müller, Renate Schulze-Steikow	Public finance in the first half of 2007	972
Stefan Dittrich	Turnover and its taxation, 2005	980
Dr. Margot Münnich	Financial assets, real estate and housing conditions of pensioner households in Germany	986
Karsten Sandhop	Prices in September 2007	1017
Prof. Dr. Reiner Hans Dinkel, Thomas Salzmann	Cohort analysis of migration taking Mecklenburg-Vorpommern as an example	1022
	List of the contributions published in the current year	1033
	Tables	
	Summary	1*
	Monthly statistical figures	2*
	Table des matières	Pages
	Informations sommaires	919
	Textes	
Dr. Hartmut Höh	Structure d'entreprises et formation de capital dans l'industrie, 2005	931
Sascha Kless, Elmar Wein	Commerce de gros en 2005 – structures et conditions-cadre économiques	934
Jürgen Angele	Endettement excessif des ménages privés en 2006	948
Stefan P. Rübenach	Suicide comme cause de décès	960
Juliane Gude, Wolfgang Müller, Renate Schulze-Steikow	Finances publiques au premier semestre de 2007	972
Stefan Dittrich	Chiffre d'affaires et son imposition en 2005	980
Dr. Margot Münnich	Moyens financiers, propriété immobilière et conditions de logement des ménages de retraités et de pensionnés en Allemagne	986
Karsten Sandhop	Prix en septembre 2007	1017
Prof. Dr. Reiner Hans Dinkel, Thomas Salzmann	Analyse des cohortes de la migration à l'exemple de Mecklenburg-Vorpommern	1022
	Liste des contributions publiées dans l'année en cours	1033
	Tableaux	
	Résumé	1*

The data for the Federal Republic of Germany relate to its territory since 3 October 1990. The data for the "früheres Bundesgebiet" relate to the territory of the Federal Republic of Germany before 3 October 1990; they include Berlin-West. The data for the "neue Länder und Berlin-Ost" relate to the Länder of Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen as well as to Berlin-Ost.

Données pour la République fédérale d'Allemagne selon le territoire depuis le 3 octobre 1990. Les données pour "früheres Bundesgebiet" se réfèrent à la République fédérale d'Allemagne, territoire jusqu'au 3 octobre 1990; Berlin-West y est inclus. Les données pour les "neue Länder und Berlin-Ost" se réfèrent aux Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen ainsi qu'à Berlin-Ost.

Kurznachrichten

Aus aller Welt

56. Weltkongress des Internationalen Statistischen Instituts

Vom 22. bis 29. August 2007 fand in Lissabon der 56. ISI-Weltkongress statt. Das Internationale Statistische Institut (ISI) und seine sieben Fachsektionen verbinden mit diesen in zweijährlichem Turnus stattfindenden Weltkongressen das Ziel, ein Forum für einen kontinuierlichen weltweiten Informationsaustausch im Bereich der Statistik zu bieten. Entsprechend umfangreich war das Angebot an wissenschaftlichen Beiträgen, das die gesamte Bandbreite der von den Sektionen des ISI repräsentierten Fachgebiete - von mathematisch-statistischer Methodik über Fragestellungen aus dem Bereich der amtlichen Statistik bis zur Anwendung neuer Instrumente der Informations- und Kommunikationstechnologie – abdeckte. Mehr als 1200 wissenschaftliche Beiträge wurden in rund 230 Fachsitzungen erörtert. Mit einer Teilnehmerzahl von rund 2500 Personen (einschließlich Begleitpersonen) übertraf Lissabon die Kongresse in Berlin 2003 (2350 Teilnehmer) und Sydney 2005 (2100 Teilnehmer). Die Beiträge und Präsentationen der zehn Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem Statistischen Bundesamt reichten von der Erfassung marginaler Erwerbstätigkeit über Fragen der statistischen Geheimhaltung, der Belastung von Unternehmen durch statistische Erhebungen im Bereich der Umweltstatistiken bis zu Fragen der Qualitätssicherung und der Verbreitung statistischer Ergebnisse. Die Teilnehmenden aus dem Statistischen Bundesamt besuchten darüber hinaus eine Vielzahl von Fachsitzungen, wobei die Auswahl der Themenbereiche an ihren jeweiligen Arbeitsbereichen ausgerichtet war. Alle Fachbeiträge werden vom Veranstalter unter www.isi2007.com.pt im Internet oder über die Website des Internationalen Statistischen Instituts (www.cbs.nl.isi) veröffentlicht. Kongresse dieser Art dienen auch dem sogenannten "networking", dem persönlichen fachlichen Informationsaustausch zwischen Fachkollegen am Rande des Tagungsprogramms und der Erörterung und Weiterentwicklung bestehender oder der Initiierung neuer Aktivitäten der bilateralen sowie der supra- und internationalen Zusammenarbeit. So führte der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Walter Radermacher, Gespräche mit dem Generaldirektor von Eurostat, dem Direktor der Statistikabteilung des Internationalen Währungsfonds (IWF), Vertretern der Statistikabteilung der Vereinten Nationen (UNSD) und den Leitern der nationalen Statistikämter Österreichs, der Tschechischen Republik und Mazedoniens. Von der Regierung Südafrikas wurde im Rahmen der Generalversammlung des Internationalen Statistischen Instituts die offizielle Einladung für den 57. ISI-Weltkongress 2009 in Durban ausgesprochen. Die Generalversammlung bestätigte Dublin, Irland, als Ausrichtungsort der Nachfolgekonferenz im Jahr 2011.

20. International Roundtable 2007 – Internationale Experten tagten in Wiesbaden

Im Oktober 2007 war das Statistische Bundesamt Gastgeber des "International Roundtable on Business Survey Frames", eines internationalen Expertengremiums, das im Auftrag der Vereinten Nationen an der methodischen Entwicklung von statistischen Unternehmensregistern und verwandten Themen arbeitet.

Rund 70 Experten aus 40 Ländern diskutierten über neue Unternehmensregister-Systeme, Klassifikationen im Bereich Unternehmensregister sowie multinationale Unternehmensgruppen. Zum ersten Mal wurde im Rahmen des "Roundtable" auch ein Workshop angeboten, der speziell auf die Interessen von Entwicklungsländern einging.

Detaillierte Informationen zum Konferenzprogramm stehen im Internet unter www.destatis.de/roundtable zur Verfügung.

Aus Europa

63. Sitzung des Ausschusses für das Statistische Programm

Am 19. September 2007 trafen sich die Leiter der Statistischen Zentralämter der Europäischen Union (EU) und des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) zur 63. Sitzung des Ausschusses für das Statistische Programm (ASP).

Die Mitglieder des ASP begrüßten den Bericht von Eurostat zur Zukunft des System of National Accounts (SNA) auf Ebene der Vereinten Nationen und zur Revision des Europäischen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 auf europäischer Ebene. Der ASP äußerte sich kritisch zu dem für die Revision des ESVG 1995 vorgesehenen Zeitplan, welcher große Anstrengungen von allen Beteiligten erfordere. Eurostat erläutete, dass der Zeitplan so eng sein müsse, um eine rechtzeitige Verabschiedung einer europäischen Rechtsgrundlage zu ermöglichen. Die Direktoren für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen werden sich in ihrer nächsten Sitzung mit den Detailvorschlägen der Mitgliedstaaten zum Revisionsprozess befassen. Der ASP wird regelmäßig über den Fortgang der Arbeiten informiert, dafür ist u.a. die Einrichtung einer Internetseite vorgesehen.

Deutschland äußerte sich positiv zu der geplanten Einführung eines Lenkungsausschusses zur Revision des ESVG 1995 und bekundete Interesse an einer Mitwirkung. Präsident Radermacher begrüßte vor allem das Kapitel zu Satellitenkonten. Er unterstützte auch, dass dem Abschnitt "Regionale Konten" im Hinblick auf die Bedeutung der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im neuen ESVG ein stärkeres Gewicht gegeben werden soll. Ein neues Kapitel "Staatskonten" sei vor dem Hintergrund der europäischen Haushaltsüberwachung und des Stabilitäts- und Wachstumspaktes im Allgemeinen sinnvoll, es bestehe aber die große Gefahr, dass widersprüchliche Regeln im ESVG auftauchen könnten. Bei den anderen vorgeschlagenen neuen Kapiteln solle geprüft werden, ob nicht ein Handbuch die dafür angemessene Darstellungsform sei.

Die Ergebnisse der für die Überarbeitung der Verordnung eingesetzten Task Force 1 "Europäisches Statistikgesetz" zu

dem von Eurostat vorgelegten überarbeiteten Verordnungsentwurf wurden dem ASP erläutert. Der ASP dankte der Task Force und Eurostat für die geleisteten Arbeiten. Präsident Radermacher hob hervor, dass es wichtig sei, das Europäische Statistische System (ESS) rechtlich zu verankern und insgesamt ein modernes Gesetz zu entwickeln – u. a. was die Definition der Qualitätskriterien betreffe. Der ASP war insgesamt sehr zufrieden mit dem erreichten Stand – 95 % der offenen Punkte seien gelöst und man solle das Projekt nicht durch Detaildiskussion gefährden.

Offen ist nun, ob die ursprünglichen Pläne, den Entwurf Ende November 2007 dem Rat der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) vorzulegen, eingehalten werden können. In derselben Sitzung soll der ECOFIN die Verordnungsentwürfe zum "Europäischen Beratenden Ausschuss für die Statistische Governance" und zum "Europäischen Beratenden Ausschuss für die Gemeinschaftspolitik im Bereich Statistik" (ehemals CEIES) verabschieden.

Aus der Task Force 2 "Herausforderungen in der Statistik" wurde über die bisherigen Ergebnisse berichtet. Diese Task Force hat die Aufgabe, Ideen zu entwickeln, wie das ESS mit neuen Herausforderungen pro-aktiver umgehen kann, zum Beispiel mit der Bearbeitung neuer Themenfelder (wie Globalisierung) und der Anwendung neuer Methoden. Der ASP begrüßte die bislang geleisteten Arbeiten der Task Force, die dem ASP voraussichtlich im November 2008 ihren Endbericht vorlegen wird.

Auch aus der Task Force 3 "Ressourcen-Management und Programmplanung" wurde über die bisherigen Ergebnisse berichtet. Diese Task Force hat aufgrund der Fülle der zu bearbeitenden Themen drei Untergruppen eingerichtet. Die Untergruppe 1 setzt ihre Schwerpunkte in den Bereichen Prioritätensetzung, Vereinfachung, Kosten-Nutzen-Analysen, Strategische Programmplanung, Schließen der Lücke zwischen Angebot der Statistik und Nachfrage der Nutzer und besserem Personaleinsatz. Die Untergruppe 2 beschäftigt sich mit möglichen neuen Organisationsmodellen zur Vermeidung von Doppelarbeiten, effizienterem Personaleinsatz und Sponsorship-Modellen. Auch der verstärkte Einsatz von Kompetenzzentren (ESSnet/CENEX) gehört zum Themenspektrum dieser Untergruppe. Die Untergruppe 3 über Personelle Entwicklung bearbeitet die Themen nachhaltige Langzeitstrategie für die Fortbildung im ESS, Möglichkeiten eines Personaltausches zwischen den Ämtern, bessere Kooperation mit Schulen und Universitäten. Die Task Force 3 wird dem ASP voraussichtlich im November 2008 ihren Endbericht vorlegen.

Der ASP nahm den Eurostat-Bericht über den Fortschritt des X-DIS-Projektes (XML für Daten-Interoperabilität in der Statistik) im Rahmen des Programms IDABC zur Kenntnis und sprach sich für eine Fortsetzung der Arbeiten aus. Bislang konnten u.a. SODI- und SDMX-Tools für die wichtigsten europäischen Wirtschaftsindikatoren (Principal European Economic Indicators – PEEI) zur Verfügung gestellt werden. Eine Studie zur Erweiterung von SODI und SDMX auf andere Bereiche ist abgeschlossen.

Der ASP nahm den Bericht über wichtige Fortschritte, die seit Februar 2006 im Rahmen der Arbeiten am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) gemacht wurden (u.a. Pilotprojekt zum selbst genutzten Wohneigentum), und über noch bestehende Defizite zur Kenntnis. Deutschland gehört bei dem Pilotprojekt zu den "Spitzenreitern" in methodischer Hinsicht.

Der ASP begrüßte im Grundsatz die Arbeiten zur Vereinfachung und Modernisierung des Intrastat-Systems und den vorgeschlagenen schrittweisen Ansatz, der mit einer Anhebung der Meldeschwellen beginnen und gegebenenfalls in die Einführung eines Einstromverfahrens münden soll. Die Arbeiten zur Anhebung der Meldeschwellen sollten aber vorsichtig und begleitet von tief gehenden methodologischen Studien beginnen. Einige Mitgliedstaaten äußerten, dass sich die Anhebung der Meldeschwellen auf die Eingangsseite (Importseite) beschränken müsse, um die weiteren Arbeiten zur Prüfung der Einführung eines Einstromverfahrens nicht zu gefährden. In dieser Hinsicht hatte sich auch Deutschland im Vorfeld der ASP-Sitzung geäußert.

93. DGINS-Konferenz "The ESS Response to globalisation – are we doing enough?"

Die Konferenz der Leiter der nationalen Statistischen Zentralämter (DGINS) findet einmal jährlich alternierend in einem Mitgliedstaat statt. In diesem Jahr hatte das Statistische Zentralamt Ungarn nach Budapest eingeladen. Ziel der DGINSTagungen, die Seminarcharakter haben, ist die Weiterentwicklung des Europäischen Statistischen Systems (ESS).

Die zweitägige Tagung am 20. und 21. September 2007 stand unter dem Motto: Die Antwort der amtlichen Statistik zur Globalisierung. Die Thematik wurde von einer Vielzahl von Amtsleitern der Nationalen Statistischen Ämter sowie von Vertretern Eurostats und anderer Institutionen (OECD, Europäische Zentralbank usw.) beraten und diskutiert.

Die diesjährige DGINS-Konferenz war in vier Sessions unterteilt:

- 1. Measuring economic globalisation.
- 2. Measuring the social dimension of globalisation.
- 3. Measuring the environmental dimension of globalisation.
- 4. Globalisation processes in the field of statistics.

Der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Walter Radermacher, hatte den Vorsitz der Session 3 "Measuring the environmental dimension of globalisation" inne. Die Gruppe "Umweltökonomische Gesamtrechnungen" des Statistischen Bundesamtes lieferte einen wichtigen Beitrag zum Thema Nachhaltigkeit. In einem Vortrag mit dem Titel "Environmental pressures from German imports and exports" wurden erste Ergebnisse der deutschen Umweltökonomischen Gesamtrechnungen zu inkorporierten Um-

weltbelastungen von Importen und Exporten im Zeitraum 1995 bis 2004 präsentiert, insbesondere für Energieverbrauch, CO₂-Ausstoß und Güterverkehr. Darüber hinaus wurde ein neuartiger methodologisch verbesserter Ansatz der Erstellung von Input-Output-Tabellen (u. a. sogenannter hybrider Input-Output-Tabellen) vorgestellt, die für Energieberechnungen maßgeschneidert sind.

Eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Sessions fand in einer abschließenden Round-Table-Diskussion aller Sessions-Vorsitzenden statt. Präsident Radermacher präsentierte das Thema "Herausforderungen eines integrierten Systems für Gesamtrechnungen" und verwies in der Diskussion auf die großen Herausforderungen, denen sich die Statistik in der Globalisierung stellt. Er plädierte u. a. für eine zunehmende Standardisierung und ein besseres Qualitätsmanagement. Die europäische Statistikgesetzgebung solle sich auf die Regelung des Output und weniger auf den Input beziehen.

Zur konkreten Umsetzung der Ergebnisse der DGINS-Tagung wird die Task Force 2 des Krakauer Aktionsplans ("Statistical Challenges") einen Maßnahmenkatalog aufstellen. Deutschland ist Mitglied der Task Force und wird sich an den Arbeiten beteiligen.

Die nächste DGINS-Sitzung wird im September 2008 in Litauen stattfinden.

CEIES-Seminar Helsinki

Auf der 34. Tagung des CEIES (Europäischer Beratender Ausschuss für statistische Informationen im Wirtschafts- und Sozialbereich) am 10. und 11. September 2007 in Helsinki wurden unter dem Titel "Perspectives of improving economic welfare measurement in a changing Europe" die Möglichkeiten und Grenzen der Verbesserung der Statistiken über die soziale Lage diskutiert. Dabei lag der Schwerpunkt auf der Beurteilung von Armut, dem gewichtigeren Extrem der Wohlfahrtsmessung.

Folgende vier Themenschwerpunkte wurden zunächst durch Vorträge vor allem aus der amtlichen Statistik, aber auch aus der Wissenschaft sowie privaten Forschungseinrichtungen vorgestellt und in der nachfolgenden Diskussion vertieft:

(1) Die Aussagefähigkeit von traditionellen makroökonomischen Wohlfahrtsmaßen wie dem Bruttoinlandsprodukt je Einwohner

Da dieser Indikator isoliert nur bedingt aussagefähig ist, wurde angeregt, weitere Indikatoren heranzuziehen, um genauere Einblicke in die soziale Lage in einem Staat zu erhalten.

(2) Die Komponenten des verfügbaren Einkommens, einem Ansatzpunkt auf eher mikroökonomischer Ebene

Dabei wurden nicht nur die monetären Einkommensgrößen, sondern auch Ansätze zur Erfassung, Messung und Bewertung nicht-monetärer Bestandteile wie Hausarbeit aufgezeigt.

(3) Länderübergreifende Vergleichbarkeit

Hier wurde deutlich, dass selbst wenn eine einheitliche Vorgehensweise zur vollständigen Ermittlung des verfügbaren Einkommens bestünde, ergänzende Informationen vor allem zum Preisniveau und zur Bedarfsstruktur für eine wirklichkeitsnahe und länderübergreifende Betrachtung notwendig wären.

(4) Komplexe Ansätze der Wohlfahrtsmessung

In einigen Ländern wie zum Beispiel dem Vereinigten Königreich gibt es mehrdimensionale Konzepte, in denen verschiedene Aspekte berücksichtigt werden.

Zusammenfassend gab das Seminar einen umfassenden Überblick über den aktuellen Sachstand der Wohlfahrtsmessung und zeigte zukünftigen Handlungsbedarf auf.

Deutschland führend bei den Patentanmeldungen in der Europäischen Union

Patente werden als Indikator für die Innovationsfähigkeit und internationale Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft angesehen. Für seine Patentstatistiken wertet Eurostat, das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften, die Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt (EPA), beim Patent- und Markenamt der Vereinigten Staaten (USPTO) und beim japanischen Patentamt (JPO) aus.

Im Jahr 2003 meldeten die heutigen 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU-27) gut 62 000 Patente beim EPA an. Mit rund 26 000 Patentanmeldungen kamen die meisten davon aus Deutschland. Auch in relativer Betrachtung je eine Million Einwohner belegte Deutschland mit 312 Patentanmeldungen vor Finnland (306) und Schweden (285) den ersten Platz. Spitzenreiter was die Zahl der Patentanmeldungen beim EPA anbetrifft, waren allerdings die Vereinigten Staaten mit fast 49 000 und Japan mit 28 000 Patentanmeldungen. Je eine Million Einwohner führte bei weltweiter Betrachtung Liechtenstein mit 726 Patentanmeldungen vor der Schweiz (mit 426). Japan kam auf 219 Patentanmeldungen je eine Million Einwohner, für die Vereinigten Staaten ergab sich ein Wert von 168 Anmeldungen.

Die Zahl der Patentanmeldungen der ausgewiesenen asiatischen Länder ist in den Jahren von 1998 bis 2003 überdurchschnittlich gestiegen; die durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten reichten von 10% für Japan über 40% für China bis zu fast 46% für Indien. Die Patentanmeldungen der EU-27 stiegen in diesem Zeitraum nur um durchschnittlich 4%.

Gut 20% der Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt betrafen den Bereich Arbeitsverfahren, Transportieren, 17% wurden der Sektion Physik und gut 16% der Elektrotechnik zugeordnet.

Mit 77 585 wurden die meisten vom USPTO erteilten Patente im Jahr 2000 von Erfindern aus den Vereinigten Staaten angemeldet. Bei gut 35 000 Patenten kamen die Erfinder aus Japan und bei rund 24 000 aus den EU-27-Mitgliedstaaten.

In mehreren Ländern erteilte Patente zum Schutz von Erfindungen können zu sogenannten Patentfamilien zusammengefasst werden. Bei den von Eurostat hierzu nachgewiesenen Daten handelt es sich um sogenannte triadische Patentfamilien, also um Patente, die beim EPA und JPO angemeldet und vom USPTO erteilt werden. Daten über Patentfamilien liegen aktuell aus dem Jahr 2000 vor, da von der ersten Anmeldung bei einem Patentamt bis zur Erteilung des Patents bzw. der Lieferung der Daten bis zu vier Jahre vergehen können.

Beim Vergleich der Zahlen der triadischen Patentfamilien für die Jahre 1990, 1995 und 2000 zeigt sich, dass unter den drei größten Volkswirtschaften der Welt in allen drei Jahren die Vereinigten Staaten führend waren; im Jahr 2000 wurden 11 812 triadische Patentfamilien für sie gezählt. Die EU-27, die 1990 mit Japan fast gleichauf gelegen hatte, schob sich 1995 auf den zweiten Platz vor und lag dabei nur knapp hinter den Vereinigten Staaten. Im Jahr 2000 hat sie diesen Platz mit 9 414 Patentfamilien aber wieder an Japan mit 11 188 Patentfamilien abgeben müssen.

Ausführliche Informationen enthält der Beitrag von Bernard Félix: "Nationale Patentstatistiken", der in der Reihe "Statistik kurz gefasst – Wissenschaft und Technologie", Heft 9/2007, des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften erschienen ist. Weitere Informationen zu diesem und anderen Themengebieten der europäischen Statistik stellt auch der EDS Europäischer Datenservice unter www. eds-destatis.de zur Verfügung.

Biotechnologie im europäischen Vergleich

Das Statistische Bundesamt hat zur Klärung konzeptioneller Fragestellungen für eine künftige, möglicherweise regelmäßige statistische Berichterstattung über die Entwicklung der Biotechnologie in Deutschland drei sogenannte § 7-Erhebungen zur Biotechnologie durchgeführt. Eckzahlen für die Jahre 2000, 2002 und 2004 wurden in dieser Zeitschrift im Rahmen der Kurznachrichten veröffentlicht (zuletzt in Heft 10/2005).

Auch auf europäischer Ebene gibt es verschiedene Ansätze, den Biotechnologiesektor zu beleuchten, wenngleich die "Wissenschaft von den Methoden und Verfahren zur technischen Nutzung biologischer Prozesse" statistisch nicht einfach zu erfassen ist: Kaum ein Bereich der Biotechnologie lässt sich problemlos und eindeutig von anderen Technologiebereichen abgrenzen. Das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) zieht zur statistischen Messung unter anderem Anmeldungen von Biotechnologiepatenten beim Europäischen Patentamt (EPA) und Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE) im Biotechnologiebereich als Indikatoren heran. Den Rechtsrahmen bildet die Richtlinie 98/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juli 1998 über den rechtlichen Schutz biotechnologischer Erfindungen, die mittlerweile in allen heutigen 27 EU-Mitgliedstaaten umgesetzt bzw. in Kraft getreten ist. Ferner wurde bei der Europäischen Union (EU) eine Sachverständigengruppe der Kommission für Ethik in Naturwissenschaften und neuen Technologien gegründet, die alle ethischen Aspekte der Biotechnologie bewertet und mit den nationalen Ethikausschüssen, internationalen Organisationen und EU-Institutionen zusammenarbeitet.

Im Jahr 2003 meldeten die 27 EU-Mitgliedstaaten 2576 Patente im Biotechnologiebereich beim EPA an und belegten damit Platz zwei nach den Vereinigten Staaten (3331 Patentanmeldungen). Japan lag mit 1035 Patentanmeldungen beim EPA an dritter Stelle. Unter den europäischen Mitgliedsländern führte Deutschland mit 901 Patentanmeldungen vor dem Vereinigten Königreich (416) und Frankreich (370). Relativ gesehen lag Dänemark mit rund 31 Anmeldungen von Biotechnologiepatenten je eine Million Einwohner an der Spitze vor Island (rund 27) und Israel (rund 19). Mit rund 11 Patentanmeldungen je eine Million Einwohner meldete Deutschland doppelt so viele Patente an, wie im EU-Durchschnitt für die 27 Mitgliedstaaten verzeichnet wurden (5,3).

Die Zahl der Anmeldungen von Biotechnologiepatenten ist zwischen 1993 und 2003 für alle in der Statistik nachgewiesenen Länder gestiegen. Die durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten reichten von 7 % für das Vereinigte Königreich und Finnland bis zu 44 % für China, wobei sie für viele Länder in der ersten Hälfte des Beobachtungszeitraumes höher lagen als in der zweiten.

Die Europäische Kommission veröffentlichte im EU-Anzeiger für Investitionen in Forschung und Entwicklung der Industrie 2006 Angaben für die jeweils 1000 hinsichtlich der Ausgaben für Forschung und Entwicklung führenden Unternehmen in und außerhalb der Europäischen Union. 57 der 1 000 EU-Unternehmen bzw. 54 der 1000 Unternehmen außerhalb der EU waren Unternehmen der Biotechnologie. Die meisten der in der Europäischen Union in Forschung und Entwicklung im Biotechnologiebereich investierenden Unternehmen stammten aus dem Vereinigten Königreich (28), deutlich weniger Unternehmen kamen aus Schweden (7) und Deutschland (6). Vergleicht man die in Forschung und Entwicklung investierten Beträge, liegt das Vereinigte Königreich mit 44% der Gesamtinvestitionen dieser Unternehmen gleichfalls auf Rang eins, gefolgt von Dänemark (17%), Schweden (12%) und Deutschland (10%).

Betrachtet man die absolute Höhe der FuE-Investitionen in Biotechnologie, so weisen im internationalen Vergleich die Vereinigten Staaten im Jahr 2005 mit durchschnittlich rund 160 Mill. Euro FuE-Investitionen je Unternehmen, die Schweiz mit fast 155 Mill. Euro und Japan mit etwa 141 Mill. Euro einen vielfach höheren Wert als die 27 EU-Mitgliedstaaten (21 Mill. Euro) auf.

Ausführliche Informationen enthält der Beitrag von Bernard Félix: "Biotechnologie in Europa", der in der Reihe "Statistik kurz gefasst – Wissenschaft und Technologie", Heft 100/2007, des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften erschienen ist. Weitere Informationen zu diesem und anderen Themengebieten der europäischen Statistik stellt der EDS Europäischer Datenservice unter www.eds-destatis.de zur Verfügung.

Aus dem Inland

Statistische Woche in Kiel

Vom 24. bis 27. September 2007 fand in den Räumen der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel die Statistische Woche 2007 statt. Sie wurde wieder gemeinsam von der Deutschen Statistischen Gesellschaft (DStatG), dem Verband Deutscher Städtestatistiker (VDSt) und der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD) veranstaltet.

Das Statistische Bundesamt war mit vielen Fachvorträgen zu unterschiedlichen Themenbereichen sowie einem gemeinsamen Informationsstand mit den statistischen Ämtern aus Hamburg und Schleswig-Holstein vertreten. Der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Walter Radermacher, informierte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Statistischen Woche in seinem Eröffnungsreferat über Globalisierung und Statistik. Darin zeigte er insbesondere Ansätze zur Globalisierungsmessung am Beispiel der Statistik des Außenhandels auf.

Der Leiter der Abteilung "Unternehmensregister, Industrie, Binnenhandel" des Statistischen Bundesamtes, Dr. Roland Gnoss, gab im Ausschuss für Unternehmens- und Marktstatistik einen Überblick über die Reform der Unternehmensstatistik. Ausgehend von den Zielen und Leitlinien erläuterte er die Konzeption der Reform und das dahinterstehende Qualitätskonzept. Daran anschließend informierte ein Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes über registerbasierte Wirtschaftsstatistik und die Aufgaben des Unternehmensregisters im statistischen Produktionsprozess.

Die Leiterin der Abteilung "Bevölkerung, Bildung, Staat" des Statistischen Bundesamtes, Dr. Sabine Bechtold, berichtete über den registergestützten Zensus 2011 in Deutschland. Sie ging dabei insbesondere auf das Kernprogramm der EU/ECE-Empfehlungen für den Zensus 2011, die Gründe und die Datenquellen für den registergestützten Zensus 2011 sowie auf das Zensusmodell und die Zusammenarbeit mit der Wissenschaft ein. Das Thema des registergestützten Zensus wurde in weiteren Referaten sowohl im Ausschuss "Regionalstatistik" als auch im Ausschuss "Methodik Statistischer Erhebungen" betrachtet.

Dr. Christian Kraft und Alexandra Lohn aus der Abteilung "Preise, Außenhandel, Verkehr, Verdienste" informierten unter der Überschrift "Preismessung im Gesundheitswesen" über die daraus resultierenden Herausforderungen für den harmonisierten Verbraucherpreisindex.

Ein größerer Themenbereich war Vorträgen zur Anonymisierung wirtschaftsstatistischer Einzeldaten gewidmet. In dem vom Leiter des Forschungsdatenzentrums des Statistischen Bundesamtes, Dr. Markus Zwick, geleiteten Themenblock "Anonymisierung" referierten Stefan Bender, Jörg Drechsler, Agnes Dundler und Prof. Dr. Susanne Rässler vom Forschungsdatenzentrum der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg über "Multiple Imputation als Methode zur Anonymisierung des IAB-Betriebspanels". Elena Biewen vom IAW Tübingen berichtete über "Auswirkungen von Mikroaggre-

gation und stochastischer Überlagerung auf die Schätzung panelökonometrischer Modelle". Der Themenblock wurde abgerundet durch den Vortrag von Prof. Dr. Gerd Rönning und Dr. Martin Rosemann vom IAW Tübingen über "Stochastische Überlagerung mit Hilfe der Mischungsverteilung zur Anonymisierung von Mikrodaten und ihre Auswirkungen auf ökonometrische Modelle".

Unter der Leitung von Dr. Sylvia Zühlke vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen wurde der Themenbereich Anonymisierung wirtschaftsstatistischer Einzeldaten weiter vertieft. Prof. Dr. Joachim Wagner von der Universität Lüneburg informierte über das Projekt "KombiFD", in dem gemeinsame Betriebsdaten der statistischen Ämter und der Bundesagentur für Arbeit zusammengeführt und in einem Forschungsprojekt der Wissenschaft zur Verfügung gestellt werden sollen. Über ein erweitertes Analysepotenzial der wirtschaftsstatistischen Paneldaten der amtlichen Statistik durch Ergänzung von Zusatzinformationen berichteten zwei Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes gemeinsam mit Michael Konold vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen. Abgeschlossen wurde dieser Themenblock durch den Vortrag von Ramona Pohl vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg über neue Analysemöglichkeiten durch die Integration von amtlichen Wirtschafts- und Umweltstatistiken.

Drei weitere Vorträge waren neuen Wegen der Wissensvermittlung über Methoden, Arbeitsinhalte und Ergebnisse der amtlichen Statistik gewidmet. Dr. Markus Zwick berichtete über die 2008 zunächst an den Universitäten Frankfurt am Main, Freiburg und Dortmund beginnende Ringvorlesung des Statistischen Bundesamtes "Angewandte Statistik", mit der sich das Statistische Bundesamt direkt an der Lehre beteiligen wird. Mathias Zenke (Statistisches Bundesamt) berichtete über die Machbarkeitsstudie zur Etablierung einer auf der Technik des Internet-Wissensportals "Wikipedia" basierenden Lern- und Informationsplattform Statistik, deren Möglichkeiten im Rahmen eines Testbetriebs im Statistischen Bundesamt überprüft werden sollen. Im abschließenden dritten Beitrag dieses Themenblocks zeigte Jürgen Kiekenbeck vom Statistischen Bundesamt moderne Möglichkeiten auf, Statistik durch entsprechende interaktive Visualisierungen besser verständlich zu machen.

Die Statistische Woche 2008 wird vom 15. bis 18. September in Köln stattfinden.

Statistisches Bundesamt auf der Botschafterkonferenz im Auswärtigen Amt

Anfang September 2007 fand im Auswärtigen Amt in Berlin die 7. Botschafterkonferenz der Leiterinnen und Leiter der mehr als 220 Auslandsvertretungen in Deutschland statt. Der i-Punkt Berlin des Statistischen Bundesamtes beteiligte sich – unterstützt durch Fachkollegen der Außenhandelsstatistik – zum dritten Mal mit einem Informationsstand an einer solchen Veranstaltung.

Im Mittelpunkt der diesjährigen Botschafterkonferenz stand das Thema "Der Aufstieg Asiens – Chancen, Optionen und Herausforderungen". Ferner bildete die Außenwirtschaftsförderung einen Konferenzschwerpunkt, der insbesondere am Wirtschaftstag, an dem mehrere Hundert Vertreter der Privatwirtschaft und von Verbänden teilnahmen, im Fokus stand

Die Botschafterkonferenz findet seit Ende der 1990er-Jahre im Auswärtigen Amt statt und bietet ein breites Forum für den Erfahrungsaustausch und Dialog zwischen der Leitung des Auswärtigen Amtes, den Repräsentanten deutscher und ausländischer Botschaften, öffentlicher Institutionen, der Privatwirtschaft sowie von Wissenschaft, Stiftungen und Verbänden.

Zahlreiche Teilnehmer nutzten die Gelegenheit zu einem Besuch am Informationsstand des Statistischen Bundesamtes. Neben dem bilateralen Warenverkehr zwischen Deutschland und wichtigen Partnerländern standen vor allem Fragen zum europäischen und internationalen Datenangebot oder zu statistischen Länderprofilen im Mittelpunkt. Besondere Aufmerksamkeit erzielte der neue interaktive Außenhandelsatlas mit seinen Inhalten und Funktionalitäten.

Mit der Teilnahme an der 7. Botschafterkonferenz konnte der i-Punkt Berlin den Kontakt zu den Vertretern der deutschen Außenpolitik vertiefen und zahlreiche neue Statistiknutzer gewinnen.

Neuerscheinungen

Themenheft "Entwicklung der Informationsgesellschaft – IKT in Deutschland, Ausgabe 2007" erschienen

Die weite Verbreitung und Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in der Wirtschaft sowie im privaten und öffentlichen Bereich ist zu einem wesentlichen Faktor für die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit einer Gesellschaft geworden. Entsprechend ist die Durchdringung mit Informations- und Kommunikationstechnologien ein wichtiger "Katalysator" für gesamtwirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung gerade in ressourcenarmen Wirtschaftsräumen wie der Europäischen Union.

In der amtlichen Statistik werden IKT-relevante Entwicklungen intensiv beobachtet und entsprechende statistische Informationen ermittelt, sodass mittlerweile ein umfassendes statistisches Bild zur Informationsgesellschaft in Deutschland gezeichnet werden kann. Die neuesten Ergebnisse aus der amtlichen Statistik werden, unter Einbeziehung von Sekundärstatistiken, in dieser neu erschienenen Querschnittsveröffentlichung zusammengefasst.

Die Informationsgesellschaft wird dabei aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet: Von der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung der IKT-Branche über den aktuellen Grad der Verbreitung von Informations- und Kommunikationstechnologien bei Bürgern und Unternehmen bis hin zu speziellen Nutzungsaspekten wie E-Government und E-Commerce. Darüber hinaus beschäftigt sich die Veröffentlichung mit der Frage, inwieweit Informations- und Kommunikationstechnologien die verschiedenen Lebensphasen – Schule, Ausbildung und Beruf – bereits durchdrungen haben. Auch der Telekommunikationsmarkt mit seinen Dienstleistungen wird dargestellt.

Die neue Veröffentlichung hat einen Umfang von 55 Seiten und steht im Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de/publikationen) kostenlos zum Download zur Verfügung; dort kann auch die gedruckte Publikation zum Preis von 16,80 Euro bezogen werden.

Entwicklung der Nettoverdienste seit 1991

Daten über Nettoverdienste für den Zeitraum zwischen 1991 und 2006 enthält die neue Veröffentlichung "Laufende Verdiensterhebungen – Nettoverdienste (Modellrechnungen) 2006". Dargestellt werden die Nettoverdienste und ihre Entwicklung getrennt für Arbeiter und Angestellte für je drei klassische Haushaltstypen im früheren Bundesgebiet sowie in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Die Nettomonatsverdienste werden mit Hilfe einer Modellrechnung aus den Bruttomonatsverdiensten der laufenden Verdiensterhebung ermittelt. Dabei werden Brutto- und Nettomonatsverdienste von zum einen Arbeitern und zum anderen Angestellten in unterschiedlichen Lebenssituationen [Einzelperson, Ehepaar mit und Ehepaar ohne Kind(er)] modellhaft dargestellt.

Als Bruttomonatsverdienste werden die jahresdurchschnittlichen Bruttomonatsverdienste (ohne Sonderzahlungen) der Arbeiter im Produzierenden Gewerbe und der Angestellten im Produzierenden Gewerbe; Handel; Kredit- und Versicherungsgewerbe aus der Verdiensterhebung herangezogen.

Alle Daten beziehen sich auf den aktuellen Berichtskreis der laufenden Verdiensterhebung. Bei der Berechnung für die "Modellfamilien" werden unterschiedliche Bruttomonatsverdienste eingesetzt:

- Bei Einzelpersonen wird der Mittelwert aus den durchschnittlichen Bruttomonatsverdiensten von Männern und Frauen verwendet.
- Bei Ehepaaren ohne Kind wird unterstellt, dass beide Ehepartner arbeiten, entsprechend werden die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der M\u00e4nner und der Frauen addiert.
- Bei Ehepaaren mit Kind(ern) wird unterstellt, dass nur der Mann arbeitet. Entsprechend wird hier der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst der Männer eingesetzt.

Bei der Berechnung der Lohn- und Kirchensteuer sowie gegebenenfalls des Solidaritätszuschlags werden erhöhte Wer-

bungskosten/Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen/sonstige Freibeträge und der Weihnachtsfreibetrag nicht berücksichtigt. Beim Ehepaar (Doppelverdiener) ohne Kind wird der Vergleich zwischen den Steuerklassen III/V und IV/IV gezogen und der niedrigere Betrag eingesetzt. Seit der Einführung des erhöhten Kindergeldes 1996 ist die Lohnsteuer von Ehepaaren mit Kind(ern) (nur ein Verdienst) nach Steuerklasse III/O festgesetzt – der Hebesatz für die Kirchensteuer und den Solidaritätszuschlag bezieht sich aber weiterhin auf die Steuerklasse III/2.

Die Kirchensteuer wird mit einem Satz von 9% berücksichtigt und der Solidaritätszuschlag mit 3,75% 1991 bis 1992, 7,5% 1995 bis 1997 und 5,5% ab 1998 (mit Ausnahme von Sonderregelungen). Von 1993 bis 1994 wurde kein Solidaritätszuschlag erhoben.

Zur Berechnung der Krankenversicherungsbeiträge wird der durchschnittliche Beitragssatz zur Krankenversicherung eines Arbeitnehmers mit einer mindestens sechswöchigen Lohnfortzahlung verwendet. Bei der Berechnung der Sozialversicherungsbeiträge wurde gegebenenfalls die Beitragsbemessungsgrenze berücksichtigt.

Die Veröffentlichung "Laufende Verdiensterhebungen – Nettoverdienste (Modellrechnungen) 2006" steht im Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de/publikationen kostenlos zum Download zur Verfügung.

Kompakt

Höchste Lebenserwartung in Baden-Württemberg

Bei der Lebenserwartung gibt es in Deutschland zwischen den Bundesländern deutliche Unterschiede. Die Spanne zwischen dem Land mit der höchsten und demjenigen mit der niedrigsten Lebenserwartung beträgt für im Zeitraum 2004/2006 geborene Jungen 3,5 und für Mädchen 2,3 Jahre. Für Baden-Württemberg wurde unter allen Bundesländern die höchste Lebenserwartung ermittelt.

Dort betrug im Berichtszeitraum 2004/2006 die durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt für Jungen 78,0 Jahre und für Mädchen 83,0 Jahre. Das waren für Jungen 1,4 Jahre und für Mädchen knapp 1 Jahr mehr als im Durchschnitt aller Bundesländer (Jungen: 76,6 Jahre; Mädchen: 82,1 Jahre). Die niedrigste Lebenserwartung haben die neugeborenen Jungen in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt mit 74,5 Jahren und die Mädchen im Saarland mit 80,8 Jahren. Dies entsprach einer für Jungen um 2,1 und für Mädchen um 1,3 Jahre geringeren Lebenserwartung als in Deutschland insgesamt.

Mitte der 1990er-Jahre war der Abstand zwischen dem Land mit der höchsten und dem mit der niedrigsten Lebenserwartung noch größer: Bei den neugeborenen Jungen hatte der Unterschied 5,7 Jahre, bei den Mädchen 3,3 Jahre ausgemacht. Baden-Württemberg hatte bereits damals die höchste

und Mecklenburg-Vorpommern die niedrigste Lebenserwartung. Seitdem hat die Lebenserwartung in allen Bundesländern zugenommen, am stärksten in Mecklenburg-Vorpommern; dort ist sie bis zum Berichtszeitraum 2004/2006 für Jungen um 5,7 Jahre und für Mädchen um 3,8 Jahre angestiegen.

In den neuen Bundesländern ist die Lebenserwartung im Durchschnitt stärker gestiegen als in den alten Ländern. Zwischen 1993/1995 und 2004/2006 hat sich die Differenz in der Lebenserwartung zum früheren Bundesgebiet für Jungen von 2,8 Jahren auf 1,4 Jahre reduziert und für Mädchen von 1,7 Jahren auf 0,3 Jahre.

Weitere Auskünfte erteilt Dieter Emmerling, Telefon 06 11/75-28 61, E-Mail: demografie@destatis.de.

Konsumgüter aus China bei deutschen Einfuhren in vielen Bereichen führend

Ob Bekleidung und Schuhe, Spielzeug oder elektronische Artikel aller Art – immer mehr Produkte mit Ursprung in der Volksrepublik China werden auf dem deutschen Markt verkauft. Im Jahr 2006 stammten bereits 6,7% der deutschen Wareneinfuhren mit einem Wert von 48,8 Mrd. Euro aus dem Reich der Mitte. China ist damit nach Frankreich und den Niederlanden und noch vor den Vereinigten Staaten der drittwichtigste Importeur für Deutschland. 1996 hatten chinesische Waren erst einen Anteil von 2,6% an den deutschen Einfuhren (im Wert von 9,2 Mrd. Euro).

Verglichen mit 1996 setzten sich auch im Jahr 2006 die deutschen Einfuhren aus China in etwa aus den gleichen Warengruppen zusammen, allerdings haben sich die Schwerpunkte stark in Richtung technologisch hochwertigerer Produkte verschoben. Mit gut 21% dominierten im Jahr 2006 elektronische Artikel der Warenposition "Nachrichtentechnik, Radio, TV, elektronische Bauelemente" (in erster Linie Mobiltelefone und Unterhaltungselektronik) im Wert von 10,4 Mrd. Euro die deutschen Einfuhren aus China. Dies entspricht einer wertmäßigen Zunahme um das 3,4-Fache gegenüber dem Jahr 2000.

Chinesische Produkte machen inzwischen 23 % der deutschen Einfuhren in diesem Warensegment aus, 1996 waren es erst gut 4 % gewesen. Bei Mobiltelefonen stammen sogar rund 46 % der Einfuhren aus China.

An zweiter Stelle der wichtigsten Einfuhrwarengruppen aus China stehen "Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen", in erster Linie Computer und Zubehör, deren Lieferungen 2006 auf 9,8 Mrd. Euro anstiegen und damit gegenüber 1996 den mehr als fünffachen Warenwert erreicht haben. 1996 noch bei etwas mehr als 3 %, belief sich der Anteil der deutschen Einfuhren chinesischer Herkunft in dieser Produktgruppe im Jahr 2006 auf rund 31 %.

Traditionelle Einfuhrwaren aus China wie Bekleidung, Schuhe oder Spielwaren führen heute nicht mehr die Rangliste an, aber auch sie wurden im Zeitraum von 2000 bis 2006 verstärkt importiert. Die Einfuhrwerte verdoppelten sich in etwa bei Bekleidung (2006: 4,5 Mrd. Euro) sowie bei Leder und Lederwaren einschließlich Schuhen (1,9 Mrd. Euro) oder stiegen um 89 % bei der Sammelposition "Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte und Spielwaren" (3,9 Mrd. Euro). Gleichzeitig erhöhten sich damit die jeweiligen Anteile chinesischer Waren an den Einfuhren in Deutschland auf 26 % bei Bekleidung (2000: 12 %) und auf 29 % bei Leder und Lederwaren (2000: 15 %). Bei Spielwaren liegt der Marktanteil chinesischer Erzeugnisse an den deutschen Einfuhren inzwischen sogar bei fast 60 %, gegenüber 40 % im Jahr 2000.

Auf vergleichsweise niedrigem Niveau bewegen sich noch die Einfuhren von Kraftfahrzeugen und -teilen aus China. Im Jahr 2006 lagen sie bei 372,1 Mill. Euro oder 0,8 % der deutschen Einfuhren aus China (2000: 80,9 Mill. Euro).

Weitere Auskünfte erteilt Joseph Steinfelder, Telefon 06 11/75-84 74, E-Mail: *info-aussenhandel@destatis.de*.

Operationen und medizinische Prozeduren 2006 bei stationären Patienten

Bei den im Jahr 2006 aus vollstationärer Krankenhausbehandlung entlassenen Patientinnen und Patienten wurden rund 37,6 Mill. Operationen und medizinische Prozeduren durchgeführt. Dies waren 4,2 % mehr als im Jahr 2005. Auf einen Krankenhausfall entfielen damit im Durchschnitt 2,3 Maßnahmen dieser Art, zu denen auch diagnostische, therapeutische und pflegerische Prozeduren zählen.

Von den insgesamt 37,6 Mill. durchgeführten Maßnahmen waren rund ein Drittel Operationen (12,6 Mill.), gefolgt von nichtoperativen therapeutischen Maßnahmen mit einem Anteil von 27,1% (10,2 Mill.) und diagnostischen Maßnahmen mit 21,4% (8,1 Mill.). Der Rest verteilte sich auf die bildgebende Diagnostik (5,5 Mill.) sowie ergänzende Maßnahmen (1,3 Mill.).

Unter allen vorgenommenen Operationen erfolgten bei Frauen am häufigsten die Rekonstruktion weiblicher Geschlechtsorgane nach Ruptur/Dammriss (224 400 Fälle), die arthroskopische Operation am Gelenkknorpel und an den Menisken (146 400 Fälle) sowie andere Operationen am Darm (141 000 Fälle). Bei Männern lag an erster Stelle der Leistenbruch (153 600 Fälle), an zweiter Stelle wie bei den Frauen die arthroskopische Operation am Gelenkknorpel und an den Menisken (135 500 Fälle) sowie an dritter Stelle andere Operationen an Blutgefäßen (121 300 Fälle).

Diese und weitere differenzierte Daten zur fallpauschalenbezogenen Krankenhausstatistik (DRG-Statistik) für das Berichtsjahr 2006 enthält die Fachserie 12 "Gesundheit", Reihe 6.4, die kostenfrei im Publikationsservice (www.

destatis.de/publikationen) des Statistischen Bundesamtes zur Vergügung steht.

Weitere Auskünfte erteilt Sabine Nemitz, Telefon 0 18 88/6 44-81 33, E-Mail: gesundheitsstatistiken@destatis.de.

Leistungen der Grundsicherung 2006

Am Jahresende 2006 erhielten in Deutschland rund 682 000 Personen Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Insgesamt bezog damit 1,0 % der Bevölkerung ab 18 Jahren diese Sozialleistung. Gegenüber 2005 erhöhte sich die Zahl der Hilfebezieher um rund 52 000 Personen oder 8,2 %. Seit dem ersten Erhebungsstichtag am Jahresende 2003, als rund 439 000 Grundsicherungsempfänger gemeldet wurden, hat sich deren Zahl bis zum Jahresende 2006 um 55,4 % erhöht.

Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ist eine seit dem 1. Januar 2003 bestehende Sozialleistung, die den grundlegenden Bedarf für den Lebensunterhalt sicherstellt. Seit dem 1. Januar 2005 werden diese Leistungen nach dem 4. Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII "Sozialhilfe") gewährt. Sie können bei Bedürftigkeit von 18- bis 64-jährigen Personen, wenn diese dauerhaft voll erwerbsgemindert sind, sowie von Personen ab 65 Jahren in Anspruch genommen werden.

Ende 2006 waren etwa 311000 Personen (+8,4% gegenüber dem Vorjahr) oder 46% der Grundsicherungsempfänger zwischen 18 und 64 Jahre alt und erhielten Leistungen der Grundsicherung aufgrund ihrer dauerhaft vollen Erwerbsminderung. Damit bezogen 0,6% der Personen dieser Altersgruppe Grundsicherungsleistungen. Diese Menschen werden auch künftig dem allgemeinen Arbeitsmarkt voraussichtlich nicht mehr zur Verfügung stehen.

371 000 Personen (+8,1% gegenüber dem Vorjahr) oder 54% der Grundsicherungsempfänger waren 65 Jahre und älter. Somit bezogen 2,3% aller Personen dieser Altersgruppe Grundsicherungsleistungen, die den Lebensunterhalt der Empfänger sichern.

Frauen stellten mit rund 388 000 Personen oder einem Anteil von 57 % die Mehrzahl der Leistungsempfänger. Allerdings stieg im Vergleich zum Jahr 2005 die Zahl der männlichen Hilfebezieher mit einem Plus von 9,4 % etwas stärker als die der Frauen (+7,3 %). Insgesamt bezogen bundesweit 1,1 % der Frauen und 0,9 % der Männer ab 18 Jahren Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

Mit 174000 Personen war mehr als ein Viertel der rund 682000 Empfänger in stationären Einrichtungen untergebracht, zum Beispiel in Pflege- oder Altenheimen; knapp drei Viertel (508000 Personen) lebten außerhalb solcher Einrichtungen.

Wie in den Vorjahren zeigte sich auch 2006 eine höhere Inanspruchnahme dieser Sozialleistung im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin): Hier lag die Quote der Grundsicherungsempfänger bei 1,0 %, während sie in den neuen Län-

dern 0,7% betrug. Die höchsten Bezugsquoten wiesen die Stadtstaaten Berlin (1,8%), Bremen (1,7%) und Hamburg (1,6%) auf. Die niedrigsten Bezugsquoten waren in Thüringen und Sachsen (je 0,6%) festzustellen.

Im Durchschnitt errechnete sich für einen Grundsicherungsempfänger zum Jahresende 2006 in Deutschland ein monatlicher Bruttobedarf von 614 Euro, wovon im Schnitt allein 262 Euro auf Unterkunft und Heizung entfielen. Unter Berücksichtigung des angerechneten Einkommens in Höhe von durchschnittlich 233 Euro wurden je Empfänger netto – wie im Vorjahr – monatlich durchschnittlich 381 Euro an Grundsicherungsleistungen ausgezahlt.

Insgesamt wandten die Kommunen und die überörtlichen Träger für Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Jahr 2006 brutto rund 3,2 Mrd. Euro auf. Netto – nach Abzug insbesondere von Erstattungen anderer Sozialleistungsträger – verblieben rund 3,1 Mrd. Euro, dies entspricht einem Anstieg um 9,8 % gegenüber dem Vorjahr. Die Nettoausgaben haben sich seit Einführung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung damit mehr als verdoppelt (2003: 1,3 Mrd. Euro). Rein rechnerisch wurden im gesamten Jahr 2006 je Einwohner rund 37 Euro für diese Hilfeart ausgegeben.

Weitere Auskünfte erteilt Markus Dorn, Telefon 0 18 88/6 44-85 34, E-Mail: sozialhilfe@destatis.de.

Höchster Anstieg der tariflichen Monatsgehälter seit April 2004

Die tariflichen Monatsgehälter der Angestellten verzeichneten im Juli 2007 den höchsten Zuwachs seit April 2004; gegenüber dem Vorjahresmonat stiegen sie um 2,5 %. Die tariflichen Stundenlöhne der Arbeiter wiesen mit einem Plus von 3,0 % im gleichen Zeitraum sogar den höchsten Zuwachs seit Juli 1996 auf.

Der Anstieg der Tarifverdienste lag zudem über dem Anstieg der Verbraucherpreise, die sich von Juli 2006 bis Juli 2007 um 1,9% erhöhten. Dies war zuletzt im Oktober 2006 zu beobachten.

Die Veränderungsraten beschreiben die durchschnittliche Entwicklung der Tarifverdienste. So beruhen die Zuwachsraten hauptsächlich auf den hohen Tarifabschlüssen in der Metallindustrie, in der chemischen Industrie und im Baugewerbe von bis zu 4,1%. Dagegen gab es für Tarifbeschäftigte in anderen Bereichen, wie beispielsweise im Versicherungsgewerbe und im öffentlichen Dienst, nur geringe oder keine Tariferhöhungen.

Im Einzelnen gab es die stärksten Anstiege der tariflichen Monatsgehälter gegenüber dem Juli 2006 im Sonstigen Fahrzeugbau (+4,9%) und im Bekleidungsgewerbe (+4,5%). Überdurchschnittlich erhöhten sich die tariflichen Monatsgehälter der Angestellten unter anderem auch in der chemischen Industrie und im Textilgewerbe (jeweils +4,4%) sowie im Baugewerbe (+3,1%). Unterdurchschnittliche

Zuwächse gab es hingegen im Verlags- und Druckgewerbe (+1,3%) und im Einzelhandel (+1,1%).

Die höchsten Zuwachsraten bei den tariflichen Stundenlöhnen der Arbeiter verzeichneten unter anderem das Bekleidungsgewerbe (+4,8%) und der Maschinenbau (+4,6%). Überdurchschnittlich erhöhten sich auch die Tariflöhne im Sonstigen Fahrzeugbau (+4,2%), in der chemischen Industrie (+4,1%) sowie beim Stahl- und Leichtmetallbau (+4,1%). Unterdurchschnittlich stiegen die tariflichen Stundenlöhne im Bereich Energieversorgung (+1,3%), bei der Wasserversorgung sowie im Friseurgewerbe (jeweils +0,2%).

Detaillierte Ergebnisse bieten die Fachserie 16 "Verdienste und Arbeitskosten", Reihe 4.3 "Index der Tarifverdienste und Arbeitszeiten – Juli 2007" sowie die dazugehörende "Lange Reihe" (Suchwort im Internet-Angebot: "Tarifindex" beziehungsweise "lange Reihe Tarif"). Alle Ergebnisse sind auch in der Auskunftsdatenbank GENESIS-Online abrufbar. Absolute Angaben aus Tarifverträgen enthalten die Reihen 4.1 "Tariflöhne" und 4.2 "Tarifgehälter" der Fachserie 16. Diese Veröffentlichungen stehen kostenlos unter www. destatis.de/publikationen zur Verfügung.

Weitere Auskünfte erteilt Markus Biermanski, Telefon 06 11/75-24 07, E-Mail: verdienste@destatis.de.

Erstmals Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht erstmalig Erzeugerpreisindizes für die Dienstleistungsbereiche Straßengüterverkehr, Frachtumschlag, Unternehmensberatung, Markt- und Meinungsforschung, Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung sowie Rechtsberatung. Die neuen Indizes zeigen mäßige Preissteigerungen vom Beginn der Preismessungen im ersten Vierteljahr 2006 bis zum zweiten Vierteljahr 2007.

Der Erzeugerpreisindex für den Straßengüterverkehr lag im zweiten Quartal 2007 um 2,3 % über dem Wert des zweiten Quartals 2006. In den Index fließen Preise für regelmäßige Transportleistungen deutscher Speditionen und Fuhrunternehmen ein. Die Preise der Anbieter von Frachtumschlagsdienstleistungen erhöhten sich um 1,4 % gegenüber dem Vorjahresquartal.

Vom zweiten Quartal 2006 zum zweiten Quartal 2007 stiegen die Preise von Wirtschaftsprüfern im Branchendurchschnitt um 2,1%, die von Markt- und Meinungsforschern um 1,3%. Die neuen Indizes untersuchen nur die Entwicklung der Preise für Geschäftskunden. Bei Steuerberatungen erhöhten sich diese im zweiten Quartal 2007 um 2,0% gegenüber dem Vorjahresquartal.

Die vierteljährliche Preismessung der Leistungen von Rechts- und Unternehmensberatern begann erst 2007, weshalb für 2006 nur Daten auf Jahres-, nicht auf Quartalsbasis vorliegen. Der Index für Rechtsberatung lag im zweiten Quartal 2007 um 1,4% über dem Vorjahresdurchschnitt, der für Unternehmensberatung um 1,6%.

Zur Erstellung der neuen Konjunkturindikatoren wurden umfangreiche Methodenstudien durchgeführt (siehe auch Roemer, P./Stroh, A./Lorenz, S.: "Entwicklung von Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen" in WiSta 12/2005, S. 1248 ff.). Das Statistische Bundesamt ermittelte die Struktur der in den Sektoren vorwiegend angebotenen Leistungen, um diese den erforderlichen Wägungsschemata ("Warenkörben") der Erzeugerpreisindizes zugrunde zu legen. Die Preisentwicklungen dieser Leistungen werden nun fortlaufend gemessen, um die Indizes quartalsweise zu berechnen. Die Indizes zeigen an, wie sich die Preise für den Output der Sektoren verändern (ohne Umsatzsteuer). Die Berechnung bezieht sich dabei nur auf Dienstleistungen für Geschäftskunden.

Die Entwicklung der neuen Indizes geht unter anderem auf die Initiative der Europäischen Union zurück, die ihre Mitgliedstaaten verpflichtet, bis Ende 2008 sukzessive Erzeugerpreisindizes für rund 20 Dienstleistungssektoren zu berechnen. Die amtliche Statistik kann hiermit der zunehmenden Bedeutung des tertiären Sektors Rechnung tragen. In Deutschland befinden sich derzeit weitere Indizes für wichtige Dienstleistungsbranchen im Aufbau.

Weitere Auskünfte erteilt Peter Roemer, Telefon 06 11/75-23 32, E-Mail: dienstleistungspreise@destatis.de.

Bundesbürger legen wieder mehr Geld auf die hohe Kante

Jeder Einwohner in Deutschland hat in den ersten sechs Monaten 2007 durchschnittlich 170 Euro monatlich auf die hohe Kante gelegt. Insgesamt ergibt sich eine Summe von fast 84 Mrd. Euro. Saisonbereinigt erhöhte sich die Sparquote – gesparter Betrag bezogen auf das verfügbare Einkommen – in der ersten Hälfte 2007 im Vergleich zum ersten Halbjahr 2006 um 0,4 Prozentpunkte auf jetzt 10,9%. Damit ist das Niveau von Mitte der 1990er-Jahre wieder

Je nach Sparneigung und Einkommen gibt es im Einzelfall deutliche Unterschiede zwischen den Haushalten. Aus den makroökonomischen Berechnungen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen kann jedoch nur das Sparen der privaten Haushalte insgesamt und ein Durchschnitt ermittelt werden.

Sparen heute hat wenig gemein mit dem aus dem Mittelalter stammenden Ausdruck "auf die hohe Kante legen". Während damals das Geld in Beuteln über dem Bett positioniert wurde, verwenden die privaten Haushalte ihre nicht konsumierten Einkommensteile heute sowohl für ein breites Spektrum von Rendite bringenden Finanzanlagen als auch für den Kauf investiven Sachvermögens. Vom Sparen in Höhe von gut 158 Mrd. Euro im Jahr 2006 haben die privaten Haushalte Nettoinvestitionen, das heißt Bruttoinvestitionen minus Abschreibungen, von 36 Mrd. Euro getätigt.

Dazu zählen vor allem Investitionen in den Wohnungsbau. Dass die Investitionsneigung privater Haushalte gegenüber früheren Jahren gedämpft ist, zeigt der Blick zurück. So wendeten die privaten Haushalte im Jahr 1995 mit 80 Mrd. Euro mehr als das Doppelte für Nettoinvestitionen auf.

Wie die von der Deutschen Bundesbank erstellte Finanzierungsrechnung zeigt, konnten die privaten Haushalte im Jahr 2006 rund 128 Mrd. Euro der Geldvermögensbildung zuführen. Angelegt wurde das Geld vor allem bei Banken (42 Mrd. Euro), in Form von verzinslichen Wertpapieren (37 Mrd. Euro) und in Lebensversicherungen (25 Mrd. Euro). Ausführliche Informationen zur Geldvermögensbildung werden regelmäßig von der Deutschen Bundesbank, zuletzt im Monatsbericht Juni 2007, veröffentlicht. Für die Sach- und Geldvermögensbildung stehen den Haushalten neben dem Sparen auch noch die per saldo empfangenen Vermögenstransfers, wie beispielsweise die staatliche Spar- und Eigenheimzulage, zur Verfügung.

Bei der Analyse des Sparens im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind einige konzeptionelle Besonderheiten zu beachten. So zählen bewertungsbedingte Änderungen wie Kursgewinne oder -verluste bei Aktien und Wertänderungen bei Immobilien nicht zum Sparen, da sie nicht aus erwirtschaftetem Einkommen entstanden sind. Der durch Abschreibungen ausgedrückte Verzehr von Werten – bei privaten Haushalten sind dies vor allem Abschreibungen auf eigengenutzte und vermietete Wohnungen – reduziert das verfügbare Einkommen privater Haushalte und damit auch das Sparen.

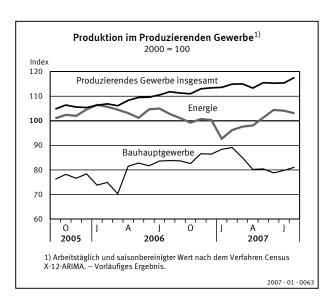
Weitere Auskünfte erteilt Wolfgang Macht, Telefon 06 11/75-20 52, E-Mail: vgr-einkommen@destatis.de.

Weitere wichtige Monatszahlen

Produzierendes Gewerbe

Die *Produktion* im Produzierenden Gewerbe ist vorläufigen Angaben zufolge im August 2007 preis- und saisonbereinigt (nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA) um 1,7% angestiegen, nach +0,2% im Monat zuvor. Eine deutliche Zunahme verzeichnete neben der konjunkturell vor allem bedeutsamen Industrieproduktion (+1,8%) die Erzeugung im Bauhauptgewerbe (+2,0%). Der Ausstoß im Bereich Energie erhöhte sich leicht um 0,3%.

Die Auftragseingänge in der Industrie haben sich vorläufigen Angaben zufolge im August 2007 preis- und saisonbereinigt (nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA) um 1,2 % erhöht, nachdem sie im Monat zuvor kräftig um 6,1 % zurückgegangen waren. Eine spürbare Belebung der Bestelltätigkeit war vor allem bei den Herstellern von Investitionsgütern zu verzeichnen (+1,7 %). Bei den Konsum- und Vorleistungsgüterproduzenten erhöhte sich das Ordervolumen



um 1,1 bzw. 0,7 %. Bei in etwa gleich gebliebener Entwicklung der Inlandsnachfrage nach industriellen Erzeugnissen (+0,1 %) nahmen die Bestellungen aus dem Ausland deutlich um 2,4 % zu.

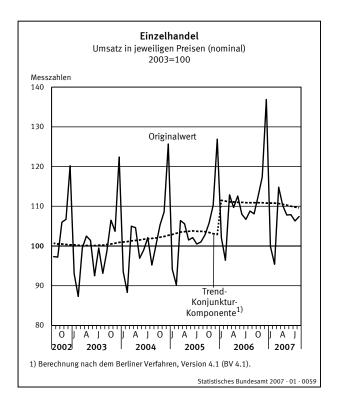


Einzelhandel

Der Einzelhandel in Deutschland setzte im *August 2007* nominal – 1,3 % und real – 2,1 % weniger um als im August 2006. Beide Monate hatten jeweils 27 Verkaufstage.

Unter Berücksichtigung von Saison- und Kalendereffekten sank der Umsatz im Einzelhandel im Vergleich zum Juli 2007 nominal um 1,4% und real um 1,6%.

Der Einzelhandel mit Lebensmitteln, Getränken und Tabakwaren setzte nominal 0,5 % mehr und real 1,7 % weniger um als im August 2006. Dabei wurde aber nur bei den Supermärkten, Selbstbedienungs-Warenhäusern und Verbrauchermärkten nominal eine Umsatzsteigerung erzielt (nominal +0,6 %, real -1,5 %). Beim Facheinzelhandel



mit Lebensmitteln lagen die Umsätze nominal und real unter denen des Vorjahresmonats (nominal -1,2%, real -3,4%).

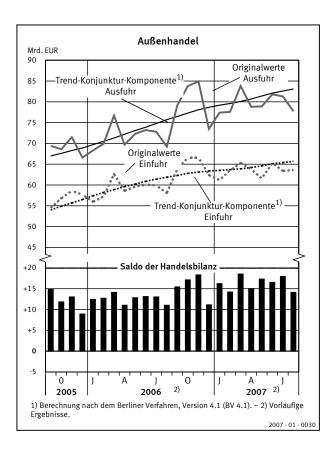
Auch im Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln lagen die Umsätze im August 2007 sowohl nominal als auch real niedriger als im Vorjahresmonat (nominal $-2,4\,\%$, real $-2,5\,\%$). Lediglich der Facheinzelhandel mit kosmetischen, pharmazeutischen und medizinischen Produkten konnte seine Umsätze gegenüber August 2006 steigern (nominal $+3,2\,\%$, real $+1,2\,\%$). Die anderen fünf Branchen in diesem Bereich lagen nominal und real unter den Umsatzwerten des Vorjahresmonats. Die größten realen Umsatzrückgänge verzeichneten dabei der Versandhandel mit $-5,6\,\%$ (nominal $-5,2\,\%$) und der sonstige Einzelhandel mit $-4,6\,\%$ (nominal $-3,8\,\%$).

Von Januar bis August 2007 setzte der Einzelhandel nominal 0,9 % und real 1,6 % weniger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum um.

Außenhandel

Im August 2007 wurden Waren im Wert von 77,7 Mrd. Euro von Deutschland in andere Staaten ausgeführt und Waren im Wert von 63,6 Mrd. Euro nach Deutschland eingeführt. Die Ausfuhren lagen damit um 12,4% und die Einfuhren um 9,5% über den Werten des gleichen Vorjahresmonats. Kalender- und saisonbereinigt nahmen die Ausfuhren gegenüber Juli 2007 um 3,0% und die Einfuhren um 5,6% zu.

Die deutschen Außenhandelspreise stiegen ebenfalls. So lagen die Exportpreise im August 2007 um 1,6% und die Importpreise ohne Erdöl und Mineralölerzeugnisse um 0,3% über dem Vorjahresniveau. Der Importpreisindex ein-



schließlich Erdöl und Mineralölerzeugnissen sank allerdings um 0,6 % gegenüber August 2006.

Der Außenhandelsüberschuss belief sich im August 2007 auf 14,1 Mrd. Euro. Dies bedeutete eine Abnahme des positiven Außenhandelsbilanzsaldos gegenüber dem Vormonat um 3.8 Mrd. Euro (Iuli 2007: 17.9 Mrd. Euro). Im Vergleich zum August 2006 hingegen stieg der Überschuss der Außenhandelsbilanz um 3,1 Mrd. Euro. Nach vorläufigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank übertrafen die Überschüsse im Außenhandel (+14,1 Mrd. Euro) und bei den Erwerbs- und Vermögenseinkommen (+3,0 Mrd. Euro) die negativen Salden der übrigen Teilbilanzen der Leistungsbilanz (Dienstleistungen: -4,6 Mrd. Euro, laufende Übertragungen: -2,8 Mrd. Euro sowie Ergänzungen zum Außenhandel: -0,6 Mrd. Euro), sodass die Leistungsbilanz im August 2007 einen Überschuss von 9,1 Mrd. Euro verzeichnen konnte. Im August 2006 hatte die Leistungsbilanz einen Aktivsaldo in Höhe von 5,3 Mrd. Euro aufgewiesen.

Dr. Hartmut Höh

Unternehmensstruktur und Investitionen im Produzierenden Gewerbe 2005

Die Investitionstätigkeit der Unternehmen des Produzierenden Gewerbes hat in den vergangenen Jahren stetig abgenommen und war im Berichtsjahr 2005 um 16 % geringer als 1995. Zum Produzierenden Gewerbe zählen die Unternehmen der Industrie (Verarbeitendes Gewerbe, also einschließlich des Handwerks), des Baugewerbes sowie der Energie- und Wasserversorgung. Vor allem das Baugewerbe hat seit Mitte der 1990er-Jahre einen drastischen Rückgang des Investitionsvolumens um rund zwei Drittel zu verzeichnen. Aber auch in der Energie- und Wasserversorgung lagen die aktivierten Bruttoanlageinvestitionen 2005 um mehr als 40% niedriger als 1995. Die Investitionen in der Industrie sind im gleichen Zeitraum jedoch nur knapp unter das damalige Niveau gefallen (– 3 %).

Unternehmensstruktur

Die Strukturerhebungen im Produzierenden Gewerbe erfassten 2005 rund 400 000 Unternehmen, die jeweils etwa zur Hälfte in der Industrie (49%) bzw. im Baugewerbe (50%) tätig waren. Lediglich knapp 1% der Unternehmen gehörten zur Energie- und Wasserversorgung. Die bedeutendsten Arbeitgeber im Produzierenden Gewerbe waren die Industrieunternehmen mit einem Anteil von rund 80% der insgesamt 8,7 Mill. Beschäftigten, gefolgt vom Baugewerbe sowie der Energie- und Wasserversorgung mit 17 bzw. 3% der Beschäftigten. Mit Anteilen von jeweils rund vier Fünfteln erwirtschaftete die Industrie auch die meisten Umsätze der Branche (82% von 1987 Mrd. Euro) und bestimmte wesentlich das Investitionsvolumen (79% von 61,0 Mrd. Euro).

Tabelle 1: Struktur des Produzierenden Gewerbes 2005 nach Beschäftigtengrößenklassen

Unternehmen mit bis	Unter- nehmen	Beschäftigte	Umsatz	Investi- tionen¹)					
Beschäftigten	1	000	Mrd. EUR	Mill. EUR					
Industrie	195,1	6 887,9	1 625,2	48 303					
Anteil in %²)	48,8	<i>79,3</i>	81,8	<i>79,2</i>					
		%³)							
unter 20	80,4	11,6	4,8	5 , 3					
20 – 49	9,2	8,4	4,5	4,9					
50 – 249	8,4	24,8	18,9	18,7					
250 und mehr	2,1	55,1	71,9	71,1					
Baugewerbe	201,8	1515,8	136,0	2951					
Anteil in %2)	50,4	17,5	6,8	4,8					
		%³)							
unter 20	93,9	<i>57,5</i>	44,2	47,0					
20 – 49	4,7	18,4	18,9	18,3					
50 – 249	1,4	16,2	21,4	21,1					
250 und mehr	0,1	7,8	15,5	13,6					
Energie- und Wasser-									
versorgung	3,3	277,7	225,4	9743					
Anteil in %²)	0,8	3,2	11,3	16,0					
		%³)							
unter 20	64,1	4,1	5,6	10,9					
20 – 49	14,3	5,5	4,6	7,4					
50 – 249	15,8	19,0	20,4	20,0					
250 und mehr	5,7	71,4	69,4	61,7					
Produzierendes									
Gewerbe	400,2	8 681,4	1986,6	60 998					
		%3)							
unter 20	87,0	19,4	7,6	8,2					
20 – 49	7,0	10,1	5,5	<i>5,9</i>					
50 – 249	4,9	23,1	19,2	19,0					
250 und mehr	1,1	47,4	67,7	66,8					
4) Alatidada Doubtaani			D						

¹⁾ Aktivierte Bruttoanlageinvestitionen. – 2) Anteil am Produzierenden Gewerbe. – 3) Anteil an allen Unternehmen der jeweiligen Branche.

Gemessen an der Gesamtzahl der Unternehmen spielen die kleineren Unternehmen eine bedeutende Rolle im Produzierenden Gewerbe. Vor allem der Bereich des Baugewerbes ist stark kleinbetrieblich strukturiert. 2005 hatten dort 94 % der Unternehmen weniger als 20 Beschäftigte, und in diesen kleinen Bauunternehmen arbeiteten mehr als die Hälfte aller in der Branche tätigen Personen. Gleichzeitig erwirtschafteten sie 44 % der Branchenumsätze und tätigten fast die Hälfte der Investitionen aller Bauunternehmen.

Die Industrie wies mit einem Anteil von 80 % kleinerer Unternehmen eine dem Baugewerbe vergleichbare Größenstruktur der Unternehmen auf. Allerdings waren nur 12 % der in der Industrie Beschäftigten in kleineren Unternehmen tätig, die zu jeweils lediglich 5 % zum Branchenumsatz und zu den dort getätigten Investitionen beitrugen.

In der Energie- und Wasserversorgung hatten nicht einmal zwei Drittel der Unternehmen weniger als 20 Beschäftigte. Der Anteil der dort Beschäftigten (4%) sowie der Beitrag zum Branchenumsatz (6%) und zu den Investitionen (11%) waren im Jahr 2005 ähnlich wie in der Industrie vergleichsweise niedrig.

Die Struktur des Produzierenden Gewerbes wird vor allem von der Unternehmensstruktur in der Industrie bestimmt. So stellten zwar die kleineren Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten auch im Produzierenden Gewerbe insgesamt mit 87% aller Unternehmen die zahlenmäßig bedeutendste Größenklasse. Hinsichtlich der Beschäftigung, des Umsatzes und der Investitionen waren 2005 jedoch die großen Unternehmen dominierend. In den Unternehmen mit 250 und mehr Beschäftigten arbeitete fast jede zweite der im Produzierenden Gewerbe tätigen Personen. Außerdem erzielten diese Unternehmen zwei Drittel der Umsätze und tätigten ebenfalls zwei Drittel der Investitionen des gesamten Produzierenden Gewerbes.

Bruttoanlageinvestitionen

Die Strukturerhebungen bei Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten in der Industrie und im Baugewerbe werden auf der Grundlage einer vergleichsweise kleinen Stichprobe (etwa 2,3 % der Grundgesamtheit) durchgeführt. Dieses Vorgehen wurde bei der Einführung der Erhebungen gewählt, um gerade diese kleineren Unternehmen nicht zusätzlich und über das absolut notwendige Maß hinaus durch statistische Berichtspflichten zu belasten. Dies hat jedoch zur Folge, dass tiefer gegliederte Ergebnisse und vergleichende Betrachtungen aufgrund der relativ hohen Stichprobenfehler für diese Unternehmen nicht sinnvoll dargestellt werden können. Wenngleich die kleineren Unternehmen im Produzierenden Gewerbe, und hier insbesondere im Baugewerbe, ebenfalls Einfluss auf Umfang und Entwicklung der Investitionen in der Branche nehmen, stützt sich aus den genannten Gründen die nachfolgende Darstellung wirtschaftlicher Größen in tieferer Gliederung sowie im Zeitvergleich auf die Ergebnisse der Strukturerhebungen bei Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

Struktur nach Branchen

Die Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten investierten 2005 insgesamt knapp 56 Mrd. Euro. Dabei wurde mit 90% dieser Summe überwiegend in Maschinen und maschinelle Anlagen investiert und weniger in Grundstücke und Bauten (10%). Diese Aufteilung der Bruttoanlageinvestitionen findet sich in nahezu jeder Branche des Produzierenden Gewerbes. Die Anteile der Investitionen in Maschinen und maschinelle Anlagen waren lediglich in der Chemischen Industrie mit 83% sowie in der Ernährungsindustrie mit 85% nennenswert geringer und in der Automobilindustrie mit 94% höher als der Branchendurchschnitt.

Tabelle 2: Investitionen im Produzierenden Gewerbe 2005 nach Branchen Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

Branche	Aktiviert anlageinv		Dar.: Maschinen, maschinelle Anlagen²)		
	Mrd. EUR	%¹)	Mrd. EUR	%³)	
Industrie Automobilindustrie Chemie Maschinenbau Ernährungsindustrie Metallindustrie Elektroindustrie	45,74	100	40,82	89,2	
	9,78	21,4	9,20	94,1	
	5,43	11,9	4,53	83,4	
	4,32	9,4	3,82	88,6	
	4,24	9,3	3,63	85,4	
	2,95	6,5	2,67	90,6	
	2,41	5,3	2,23	92,3	
Gummi/Kunststoffe	2,12	4,6	1,98	93,2	
	2,09	4,6	1,87	89,7	
Zusammen	33,34	72,9	29,92	89,8	
Übrige Industrie	12,40	27,1	10,90	87,9	
Baugewerbe	1,56	100	1,39	89,1	
	1,17	74,9	1,04	88,8	
	0,39	25,1	0,35	90,1	
Energie- und Wasser- versorgung Energieversorgung Wasserversorgung	8,68 7,06 1,62	100 81,4 18,6	7,99 6,50 1,50	92,1 92,0 92,6	
Produzierendes Gewerbe	55,98	100	50,21	89,7	

1) Anteil der jeweiligen Branche. – 2) Einschl. Werkzeugen, Baustellen-, Betriebs- und Geschäftsausstattung. – 3) Anteil an den aktivierten Bruttoanlageinvestitionen der jeweiligen Branche.

Die aktivierten Bruttoanlageinvestitionen in der Industrie wurden 2005 zu einem wesentlichen Teil (21%) von den Unternehmen der Automobilindustrie bestimmt. In dieser Branche wurde somit deutlich mehr investiert als in jedem anderen Wirtschaftszweig des Produzierenden Gewerbes. Jeweils rund ein Zehntel der Industrieinvestitionen tätigten die Unternehmen in der Chemie (12%) sowie im Maschinenbau und in der Ernährungsindustrie (jeweils gut 9%). Somit entfielen mehr als die Hälfte der Investitionen im Jahr 2005 in der Industrie auf die vier genannten Branchen. Gemeinsam mit den Bereichen Metall (knapp 7%), Elektroindustrie, Elektronikindustrie sowie Gummi/Kunststoffe (jeweils rund 5%) wurden fast drei Viertel der Industrieinvestitionen abgedeckt.

Innerhalb der Baubranche bestritten die Unternehmen des Bauhauptgewerbes (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau) rund drei Viertel des Investitionsvolumens. Die Unternehmen im Ausbaugewerbe (Bauinstallation,

sonstiges Baugewerbe) trugen entsprechend zu einem Viertel dazu bei. Ähnlich sind die Relationen in der Energie- und Wasserversorgung, wo gut vier Fünftel der Investitionen auf die Unternehmen der Energieversorgung und knapp ein Fünftel auf die Unternehmen der Wasserversorgung entfielen.

Entwicklung der Investitionen

Insbesondere aufgrund der Rückgänge der Investitionen im Baugewerbe sowie in der Energie- und Wasserversorgung sind die Bruttoanlageinvestitionen im Produzierenden Gewerbe insgesamt bis 2005 auf 84% des Niveaus von 1995 zurückgegangen.

Die kontinuierliche Verschlechterung der bauwirtschaftlichen Rahmenbedingungen seit Mitte der 1990er-Jahre hatte erhebliche Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation der Branche und führte in deren Folge auch zu gravierenden Einschränkungen der Investitionstätigkeit der Bauunternehmen. Die Bruttoanlageinvestitionen erreichten 2005 mit 1,6 Mrd. Euro nur noch 36% des Niveaus von 1995. Dies bedeutet den stärksten Rückgang im Vergleich aller drei betrachteten Branchen, wobei die Investitionen in vielen Jahren um deutlich mehr als 10% zurückgefahren wurden. Somit nahm der Anteil des Baugewerbes an den Investitionen des Produzierenden Gewerbes insgesamt von 6,5% im Jahr 1995 auf lediglich 2,8% im Jahr 2005 ab.

Tabelle 3: Entwicklung der aktivierten Bruttoanlageinvestitionen im Produzierenden Gewerbe Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

	Produzierendes Gewerbe							
Jahr	ins- gesamt	Indu	Industrie Baugewerbe Energie- Wasserverso					
	Mill.	EUR	% ¹)	Mill. EUR	%¹)	Mill. EUR	%¹)	
1995	66 902	47 099	70,4	4346	6,5	15 456	23,1	
1996	65 521	47 292	72,2	3 576	5,5	14652	22,4	
1997	63 757	47 725	74,9	2 971	4,7	13 061	20,5	
1998	65 389	50 247	76 , 8	2883	4,4	12 259	18,7	
1999	66 503	51 669	77,7	2 993	4,5	11 841	17,8	
2000	65 445	53 287	81,4	2772	4,2	9386	14,3	
2001	67 291	56 086	83,4	2 238	3,3	8 9 3 6	13,3	
2002	60 539	50 037	82,7	1894	3,1	8 608	14,2	
2003	58 563	48 607	83,0	1698	2,9	8 259	14,1	
2004	58 424	48 351	82,8	1 567	2,7	8 506	14,6	
2005	55 984	45 740	81,7	1 563	2,8	8 680	15,5	
	Ver	änderung	gen geger	über dem V	orjahr i	n %		
1996	-2,1	+0,4	Χ	<i>- 17,7</i>	Χ	- 5, 2	Х	
1997	- 2,7	+0,9	Χ	<i>– 16,9</i>	Χ	- 10,9	Х	
1998	+ 2,6	+ 5,3	Х	-,-	Х	-,	Х	
1999	+ 1,7	+ 2,8	Х	+ 3,8	Х	- 3 , 4	Х	
2000	- 1,6	+ 3,1	Χ	− <i>7</i> ,4	Χ	-20,7	Х	
2001	+ 2,8	+ 5,3	Χ	– 19 , 3	Χ	-4,8	Х	
2002	- 10,0		Χ	- 15,4	Χ	- ,-	Х	
2003	- 3 , 3	- <i>2,9</i>	Х	<i>- 10,4</i>	Х	-4,1	Х	
2004	-0,2	-0,5	Х	− <i>7,7</i>	Х	+3,0	Х	
2005	-4,2	- 5 , 4	Х	-0,2	Х	+ 2,0	Х	

¹⁾ Anteil am Produzierenden Gewerbe insgesamt.

Die Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung schränkten ihre Investitionstätigkeit ebenfalls deutlich ein, jedoch nicht so stark wie die Bauunternehmen. Im Jahr 2005 investierte diese Branche mit 8,7 Mrd. Euro noch 56% der

Summe von 1995. Der Anteil der Energie- und Wasserversorgung an den Investitionen aller Unternehmen des Produzierenden Gewerbes ging im betrachteten Zeitraum von 23,1 auf 15,5 % zurück.

Die im Baugewerbe und in der Energie- und Wasserversorgung zu beobachtende Entwicklung findet keine Entsprechung bei den Unternehmen der Industrie: Dort wurden 2005 lediglich knapp 3% weniger investiert als 1995. Bis 2001 war sogar eine jährliche Zunahme der Investitionstätigkeit zu verzeichnen. Der bereits hohe Beitrag der Industrieunternehmen zu den Investitionen des Produzierenden Gewerbes von 70,4% im Jahr 1995 hat deshalb bis 2005 auf 81,7% zugenommen.

Dipl.-Verkehrswirtschaftler Sascha Kless, Dipl.-Kaufmann Elmar Wein, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

Großhandel im Jahr 2005 – Strukturen und wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Wichtige Strukturdaten über den Großhandel werden in Deutschland jährlich im Rahmen einer repräsentativen Stichprobe erhoben. Deren Ergebnisse liegen nun für das Jahr 2005 vor und werden hier auszugsweise vorgestellt.

Im Jahr 2005 gab es in Deutschland 68 300 Unternehmen, die schwerpunktmäßig im Großhandel tätig waren. Diese Unternehmen hatten rund 1,2 Mill. Beschäftigte und erlösten einen Umsatz von rund 686 Mrd. Euro. Der Großhandel stellte damit rund 2% aller im Unternehmensregister geführten aktiven Unternehmen und trug etwa 16% zum Gesamtumsatz dieser Unternehmen bei.

Die große Mehrheit der Großhandelsunternehmen sind in Bezug auf ihre Beschäftigtenzahl kleine Unternehmen: 71% der Unternehmen hatten maximal neun Beschäftigte; durchschnittlich waren in den Unternehmen des Großhandels 17 Personen tätig. Das ökonomische Gewicht der kleinen Unternehmen hielt sich jedoch in Grenzen: Sie erzielten nur rund 31% des Gesamtumsatzes im Großhandel, die Unternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten dagegen 69%.

Gemessen an der Zahl der Unternehmen zählten der sogenannte Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern, der Großhandel mit nicht landwirtschaftlichen Halbwaren, Altmaterialien und Reststoffen und der Großhandel mit Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör zu den größten Branchen im Großhandel. Der Anteil der Frauen an allen Beschäftigten war im Großhandel mit 36% gemessen an der Gesamtwirtschaft unterdurchschnittlich niedrig. Teilzeitbeschäftigt waren etwas über 21% aller tätigen Personen im Großhandel.

85% ihrer Aufwendungen entstanden den Unternehmen des Großhandels im Jahr 2005 durch den Bezug von Handelswaren. Der Anteil lag damit deutlich höher als im Einzelhandel (70%). Die Personalkosten bildeten mit knapp 7% den zweitgrößten Kostenblock.

Der Großhandel mit nicht landwirtschaftlichen Halbwaren, Altmaterialien und Reststoffen und der Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern tätigten mit über 53 % gut die Hälfte der Investitionen im Großhandel. Diese beliefen sich im gesamten Großhandel auf 4,2 Mrd. Euro und wurden zu 74% für Maschinen, Einrichtungen und Fahrzeuge ausgegeben. Rund 60% aller Großhandelsunternehmen führten im Jahr 2005 keine Investitionen durch.

Die Großhandelsunternehmen konnten im Jahr 2005 ihre Umsätze dank einer guten Konjunktur und einer positiven Entwicklung des privaten Konsums in Deutschland erneut steigern; die Umsätze erreichten wieder das hohe Niveau aus dem Jahr 2001.

Inhaltliche Abgrenzung des Großhandels

Unter dem Begriff "Handel" wird im funktionellen Sinn die Beschaffung von Waren und deren Absatz an Dritte ohne Weiterverarbeitung der (Handels-)Ware verstanden, wobei neben dem Absatz der Handelsware durchaus noch weitere Dienstleistungen erbracht werden können (wie z.B. das Umpacken der Waren). Institutionell ist der Handel abgegrenzt durch die Unternehmen, die ausschließlich oder überwiegend Handel im funktionellen Sinn betreiben.

Typisch für den Handel ist gemäß dieser Definition die Mittlertätigkeit zwischen den Güterproduzenten und den Konsumenten der Güter. Jeder Produzent, der seine Waren nicht direkt an die Verbraucher verkaufen kann oder möchte, jeder Konsument, der seinen Warenbedarf nicht allein durch Kauf unmittelbar bei den jeweiligen Herstellern decken kann oder möchte, ist auf Händler angewiesen. In einer arbeitsteiligen Gesellschaft, in der Produzenten und Konsumenten räumlich getrennt sind, ist Handel unverzichtbar.

Unterscheidet man innerhalb des Handels danach, an wen die Waren überwiegend abgesetzt werden, so ergibt sich eine Differenzierung in Groß- und Einzelhandel. Die Kunden des Einzelhandels sind überwiegend Endverbraucher, also private Haushalte. Im Unterschied dazu steht der Großhändler, der seine Handelswaren nicht an private Endverbraucher, sondern vorwiegend an Unternehmen, Körperschaften oder Betriebe anderer Rechtsformen verkauft. Dabei kann es sich sowohl um inländische als auch ausländische Unternehmen und Organisationen handeln. Daneben gibt es noch die Handelsvermittlung, bei der der Anund Verkauf von Handelswaren in fremdem Namen und auf fremde Rechnung vermittelt wird, und die sich ebenfalls nicht an den Endverbraucher richtet.

Zu den typischen Aufgaben des Großhandels gehört die Überbrückung von Zeiträumen, in denen Waren verfügbar sind, aber nicht nachgefragt werden. In der Regel geschieht dies über eine Lagerhaltung beim Großhändler. Weitere Dienstleistungen des Großhandels sind die Mengenumverteilung, die Veredelung und die Sortimentsgestaltung. Im Zuge der Mengenumverteilung kann ein Großhändler große Mengen einer Ware von einem Hersteller abnehmen und diese anschließend in kleinen Mengen zusammenstellen. Andererseits kann zum Beispiel ein Großhändler Reststoffe von vielen kleinen Unternehmen aufkaufen, um größere Mengen an Recycling-Unternehmen zu verkaufen. Bei der Mengenumverteilung fallen mitunter weitere Tätigkeiten an, wie zum Beispiel das Sortieren, Klassieren, Abfüllen und das Aus-, Um- und Verpacken von Waren.

Im Rahmen einer Sortimentsgestaltung kann ein Großhändler aus verschiedenen Waren ein eigenes Sortiment entsprechend den Wünschen seiner Abnehmer zusammenstellen.

Bei der Veredelung übernimmt ein Großhändler Nebenleistungen, die ein Produkt verkaufsreif machen, ohne dass es dabei vollständig verändert wird. Ein typisches Beispiel hierfür stellt das Mahlen von Kaffee dar.

Die amtliche Statistik grenzt den Großhandel auf der Grundlage der NACE Rev. 1.1¹) ab (Abschnitt G, Abteilung 51), die in die nationale Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003) überführt wurde. Die Abteilung 51 der WZ 2003 umfasst den Großhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) und die Handelsvermittlung. Die Handelsvermittlung bleibt bei den weiteren Betrachtungen jedoch unberücksichtigt, weil sich ihre Strukturen deutlich von denen des Großhandels unterscheiden.

Der Großhändler setzt Handelswaren in eigenem Namen für eigene oder fremde Rechnung (Kommissionshandel) überwiegend an andere Abnehmer als private Haushalte (z.B. gewerbliche Betriebe, Einzelhändler) ab. Für die Zuordnung zum Großhandel ist es unerheblich, ob der Absatz im Inland oder ins Ausland (Export) erfolgt, ob die Waren aus dem Inland oder dem Ausland (Import) bezogen werden und ob die Ware vom Lager oder über Streckengeschäft²) verkauft wird

Schaubild 1 auf S. 936 zeigt die Struktur des Großhandels nach der WZ 2003.

Die einzelnen Branchen des Großhandels unterscheiden sich durch die Produkte, mit denen gehandelt wird. Hinsichtlich dieser Produkte kann noch danach differenziert werden, ob sie vorrangig für die Produktion oder für den Konsum bestimmt sind. So zählen zum Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren (51.2) Unternehmen, die mit Pflanzen, darunter Tabak und Saatgut, und Tieren handeln – also mit Gütern, die eher für die Produktion benötigt werden.

Die Gruppe 51.3 umfasst den Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren, das heißt Großhändler, die zum Beispiel Obst und Gemüse, Fleisch, Fisch, Getränke, Reform- oder Süßwaren verkaufen.

Die Gruppe 51.4 Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern deckt den Handel mit allen gängigen Gebrauchsgütern für den privaten Verbrauch ab, angefangen von Textilien über Wohnmöbel, Haushaltsgeräte und Heimwerkerbedarf bis hin zu Freizeitgütern, wie zum Beispiel Büchern, Sportartikeln und Musikinstrumenten.

Im Unterschied zu den Gruppen 51.3 und 51.4 werden im Großhandel mit nicht landwirtschaftlichen Halbwaren, Altmaterialien und Reststoffen (51.5) Güter gehandelt, die für die Industrie bestimmt sind. Zu ihnen zählen Erze, Metalle, Kunststoffe, chemische Erzeugnisse, Halbwaren, alle Arten von Mineralölerzeugnissen, Brennstoffe und Altmaterialien, wie zum Beispiel Altpapier und Altöl.

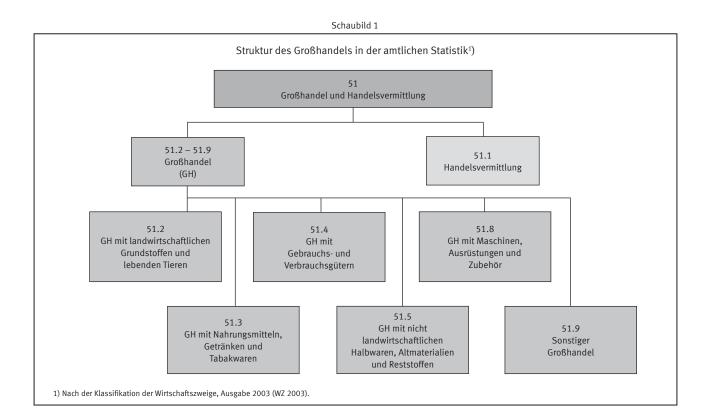
Der Großhandel mit Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör (51.8) handelt nicht nur mit Maschinen aller Art für die Industrie, sondern auch mit Büromöbeln, landwirtschaftlichen Geräten und elektronischen Bauelementen.

Der Sonstige Großhandel (51.9) umfasst alle Unternehmen ohne eindeutigen Schwerpunkt beim Handel mit Rohstoffen, Halb- und Fertigwaren.

Je nachdem, ob die gehandelten Waren vorrangig für die Produktion oder für den Konsum bestimmt sind, wird der Großhandel in die Bereiche "Produktionsverbindungshandel" und "Konsumtionsverbindungshandel" unterteilt. Der Produktionsverbindungshandel kauft Rohstoffe, Halb- und Fertigwaren oder Maschinen von Unternehmen und verkauft sie an Unternehmen zur Weiterverarbeitung bzw. Nutzung in

¹⁾ NACE ist die Abkürzung von «Nomenclature statistique des activités économiques dans la Communauté européenne» (Statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft).

Bei einem Streckengeschäft wird die Ware unmittelbar vom Lieferanten zum Kunden geliefert.



der Produktion weiter. Der *Produktionsverbindungshandel* umfasst die folgenden Positionen der WZ 2003:

- 51.2 Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren,
- 51.5 Großhandel mit nicht landwirtschaftlichen Halbwaren, Altmaterialien und Reststoffen,
- 51.8 Großhandel mit Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör,
- 51.901 Großhandel mit Rohstoffen, Halb- und Fertigwaren, ohne ausgeprägten Schwerpunkt,
- 51.902 Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren, ohne ausgeprägten Schwerpunkt.

Im Unterschied zum Produktionsverbindungshandel kauft der Konsumtionsverbindungshandel Waren von Unternehmen und liefert diese an in- und ausländische Einzelhändler, Restaurants und andere Unternehmen, die sie an den Endverbraucher weiterverkaufen. Zum Konsumtionsverbindungshandel gehören die WZ-Positionen:

- 51.3 Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren,
- 51.4 Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern,

 51.903 Großhandel mit Fertigwaren, ohne ausgeprägten Schwerpunkt.

Im Folgenden werden Ergebnisse für Großhandelsunternehmen vorgestellt, das heißt für Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die ausschließlich oder überwiegend Großhandel im oben aufgeführten Sinn betreiben. Überwiegend bedeutet hier, dass aus Großhandelstätigkeiten eine größere Wertschöpfung resultiert als aus sonstigen Tätigkeiten dieser Unternehmen. Grundsätzlich nicht einbezogen werden dabei (nicht gewerblich besteuerte) land- und forstwirtschaftliche Betriebe dieser Unternehmen sowie im Ausland gelegene Unternehmensteile.

Amtliche Erhebungen über den Großhandel

Die amtliche Statistik bildet im Rahmen ihrer Unternehmenserhebungen auch den Großhandel ab. Auf Basis ihrer monatlichen Erhebungen stellt sie aktuelle Daten über die monatliche Konjunkturentwicklung im Großhandel bereit.³) Die jährliche Erhebung gewährt dagegen Einblicke in die Erlös- und Kostenstrukturen der zum Großhandel zählenden Unternehmen. Zum Verständnis der nachfolgenden Ausführungen wird zunächst das Konzept der Jahreserhebung im Großhandel kurz vorgestellt.

Die Grundgesamtheit für die Großhandelsstatistik ist die Gesamtheit aller Unternehmen, die schwerpunktmäßig Großhandelstätigkeiten im oben genannten Sinn ausüben. Sie

³⁾ Weitere Angaben zur Monatserhebung enthalten Qualitätsberichte, lange Reihen sowie Pressemitteilungen und Fachserienveröffentlichungen, die über das Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de abrufbar sind.

wird im Unternehmensregister⁴) geführt. Für die Jahreserhebung im Großhandel werden die Unternehmen durch eine Zufallsauswahl aus der Auswahlgrundlage gezogen, die dreifach geschichtet ist:

1. Schicht: Unterteilung der Grundgesamtheit nach Bundesländern.

2. Schicht: Innerhalb jedes Bundeslandes Schichtung nach Branchengruppen.

3. Schicht: Innerhalb jeder Branchengruppe Schichtung der Unternehmen nach Umsatzgrößenklassen.

In Deutschland wird in der Jahreserhebung über den Großhandel mit einer Stichprobe von etwa 13 % der Unternehmen gearbeitet, das heißt es werden etwa 8 900 Stichprobenunternehmen befragt.

Erhebungseinheit ist das rechtlich selbstständige Unternehmen. Die Daten werden im Rahmen einer schriftlichen Befragung von den Unternehmen erhoben. Für die Erhebung besteht Auskunftspflicht. Zum Erhebungsprogramm der Jahreserhebung gehören u. a. der Jahresumsatz, die Investitionen, die Anzahl der Beschäftigten, die Bruttoentgelte, die Sozialabgaben sowie weitere Kostenarten.

Als Erhebungsinstrumente werden sowohl Papier- als auch Internetfragebogen mit integrierten Plausibilitätsprüfungen zur Verfügung gestellt. Nach der Datengewinnung werden die Unternehmensangaben zahlreichen Plausibilitätsprüfungen unterzogen, fehlerhafte Angaben werden nach Rückfrage bei den entsprechenden Unternehmen korrigiert.

Die Angaben jedes einzelnen Unternehmens der Stichprobe werden auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. Der Hochrechnungsfaktor für den Umsatz wird anhand der Zuordnung der einzelnen Unternehmen zu den oben genannten Schichten festgelegt. Die Ergebnisse der Jahreserhebung werden online in der Fachserie 6 "Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus", Reihe 4 "Beschäftigte, Umsatz, Aufwendungen, Lagerbestände usw. im Handel" des Statistischen Bundesamtes veröffentlicht und können kostenfrei über das Internet abgerufen werden (www.destatis.de).

Im Folgenden werden ausgewählte Ergebnisse der Jahreserhebung 2005 vorgestellt. Bei der Interpretation dieser Ergebnisse ist zu beachten, dass sie aufgrund der Dynamik dieses Wirtschaftsbereiches durch zum Zeitpunkt der Erhebung bereits erloschene Unternehmen und durch noch nicht berücksichtigte Neuzugänge tendenziell zu niedrig sein können. Unterschiede gegenüber anderen Statistiken sind im Bereich der Umsätze erklärbar, weil in der Jahreserhebung die Jahresabschlüsse der Unternehmen die Grundlage bilden, während andere Erhebungen zum Teil monatliche Umsatzsteuer-Voranmeldungen verwenden. Weiterhin basiert die Jahreserhebung im Großhandel auf einer Stichprobe, das heißt die statistischen Ergebnisse können in Abhängigkeit vom Stichprobenumfang und von der Streuung der zu beobachtenden Merkmale bei verschiedenen Stichproben geringfügig schwanken. Dieser Stichprobenzufallsfehler wird durch anerkannte Stichprobenmethoden (fachgerechte Schichtung und präzisionssteigernde Berechnung der Hochrechnungsfaktoren) reduziert.5)

Unternehmen und Beschäftigte im Großhandel

Der Großhandel (ohne Handelsvermittlung) umfasste Ende 2005 etwa 68 300 Unternehmen mit rund 108 400 örtlichen Einheiten (z.B. Niederlassungen und Lagerstätten). Damit waren etwa 2% aller aktiven Unternehmen der im Unternehmensregister geführten Wirtschaftsbereiche in Deutschland⁶) schwerpunktmäßig im Großhandel tätig.⁷) Ein Ver-

Tabelle 1: Unternehmen und Beschäftig	te im Großhandel 2005 nach	ausgewählten Wirtschaftsbereichen

Nr. der Klassifikation ¹)	Wirtschaftszweig (GH = Großhandel)	Unternehmen		Beschä	Beschäftigte je Unternehmen	
Klassiiikalioii-)	(GH = Globilalidet)	1 000	%	1 000	%	Anzahl
51.2	GH mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und				-	·
	lebenden Tieren	5,7	8	51,7	4	9,1
51.3	GH mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	10,2	15	211,9	18	20,8
51.4	GH mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	18,4	27	327,2	28	17,8
51.5	GH mit nicht landwirtschaftlichen Halbwaren,					
	Altmaterialien und Reststoffen	17,0	25	300,9	26	17,7
51.8	GH mit Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	15,4	23	196,7	17	12,7
51.9	Sonstiger GH	1,5	2	70,9	6	47,3
51.2 – 51.9	GH insgesamt	68,3	100	1 159,3	100	17,0

¹⁾ Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003). – 2) Beschäftigte am 30. September 2005.

⁴⁾ Beim Unternehmensregister handelt es sich um eine Datenbank der wirtschaftlich aktiven Unternehmen und Betriebe aus nahezu allen Wirtschaftszweigen. Sie wird regelmäßig aus verschiedenen Datenquellen, vorwiegend Verwaltungsdaten, aktualisiert und enthält Angaben zu Umsatz und Beschäftigtenzahl für deutschlandweit rund 3,4 Mill. Unternehmen. Das Unternehmensregister dient in erster Linie zur rationellen Durchführung von statistischen Erhebungen. Daneben kann es auch zur eigenständigen Ermittlung und Darstellung der Wirtschaftsstruktur genutzt werden und trägt somit zur Entlastung von statistischen Berichtspflichten, insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen, bei.

⁵⁾ Das Statistische Bundesamt hat für ausgewählte Ergebnisse der Strukturstatistik im Großhandel 2003 die Stichprobenzufallsfehler geschätzt. So kann z.B. das Bundesergebnis für den Umsatz, gegliedert nach den WZ-Dreistellern des Großhandels, zwischen 0,6 und 4,8 % schwanken.

⁶⁾ Nicht in den Vergleich einbezogen waren die Bereiche Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht, private Haushalte mit Hauspersonal sowie exterritoriale Organisationen und Körnerschaften.

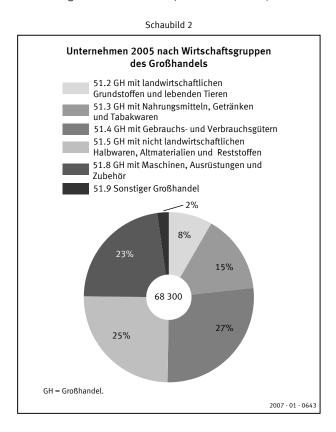
⁷⁾ Die Vergleichszahlen wurden aus dem Unternehmensregister mit dem derzeit verfügbaren Jahr 2004 entnommen. Dadurch fehlen die Löschungen und Neuzugänge aus dem Kalenderjahr 2005. Weiterhin können Differenzen zwischen dem Register und der Jahreserhebung 2005 entstehen, weil die Erhebung Unternehmensschließungen und Neuzugänge nicht berücksichtigen kann. Zusätzlich kann das Unternehmensregister vereinzelt "Karteileichen" enthalten. Trotz der fehlenden und vereinzelt fehlerhaften Angaben ist nicht mit wesentlichen Änderungen bei den dargestellten Größenordnungen zu rechnen. Zu den aktiven Unternehmen im Unternehmensregister zählen rechtlich selbstständige Einheiten mit einem steuerbaren Umsatz oder sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die Vergleichszahlen stehen zur Verfügung unter www.destatis.de, Weitere Themen → Unternehmen, Gewerbeanzeigen → Unternehmensregister → Tabellen.

gleich mit dem Einzelhandel zeigt, dass es 2005 in Deutschland fast viermal so viele Einzelhändler (245 000 Unternehmen) wie Großhändler gab.⁸)

Drei Viertel aller Großhändler können drei Gruppen zugeordnet werden

Gemessen an der Zahl der Unternehmen wird der Großhandel in Deutschland durch den Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern (27% aller Großhandelsunternehmen), den Großhandel mit nicht landwirtschaftlichen Halbwaren, Altmaterialien und Reststoffen (25%) und den Großhandel mit Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör (23%) geprägt.

Die übrigen 25% der Großhändler verteilen sich auf die drei anderen Gruppen des Großhandels, wobei der Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren mit 15% noch den größten Anteil hatte (siehe Schaubild 2).



Der Produktionsverbindungshandel weist mit 57% der Unternehmen ein leichtes Übergewicht gegenüber dem Konsumtionsverbindungshandel auf.

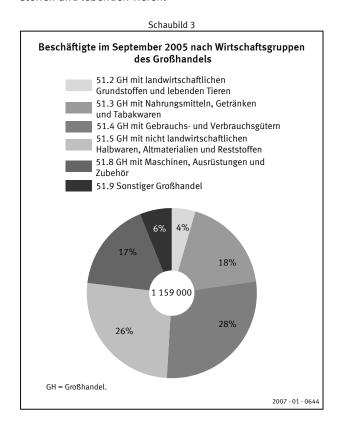
Großhandel beschäftigt nur halb so viele Personen wie der Einzelhandel

Insgesamt beschäftigten alle Unternehmen des Großhandels Ende September 2005 nahezu 1,2 Mill. Personen, dies

entsprach knapp 5% aller in Deutschland sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort⁹) und etwa der Hälfte der Anzahl der Beschäftigten im Einzelhandel.

Zwei Gruppen des Großhandels setzen die Hälfte aller im Großhandel Beschäftigten ein

Die meisten Beschäftigten waren im Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern tätig (28 % aller im Großhandel Beschäftigten), gefolgt vom Großhandel mit nicht landwirtschaftlichen Halbwaren, Altmaterialien und Reststoffen mit 26 % aller Beschäftigten (siehe Schaubild 3). Nur 4 % der Beschäftigten fanden sich dagegen in der kleinsten Gruppe, dem Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren.



Sehr kleine Unternehmen überwiegen

Der Großhandel ist geprägt von sehr kleinen Unternehmen, also Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten. 71 % der Unternehmen des Großhandels beschäftigten am 30. September 2005 bis zu neun Personen, 57 % der Unternehmen sogar nur maximal fünf Personen.

Die Anteile der Unternehmen mit drei bis einschließlich neun Beschäftigten waren mit 34 bis 43 % in allen Gruppen des Großhandels etwa gleich hoch. Unterschiede zwischen

⁸⁾ Die Vergleichszahlen für den Einzelhandel stammen aus der Fachserie 6, Reihe 4, Berichtsjahr 2005, des Statistischen Bundesamtes. Sie beziehen sich auf den Einzelhandel ohne Reparatur von Gebrauchsgütern, ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen.

⁹⁾ Die Vergleichszahlen wurden entnommen aus der Fachserie 1 "Bevölkerung und Erwerbstätigkeit", Reihe 4.2.1 "Struktur der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten" vom 30. September 2005. Diese Statistik weist lediglich die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach, während die Jahreserhebung im Großhandel alle Beschäftigten, d.h. auch tätige Inhaber, unbezahlt mithelfende Familienangehörige sowie die nicht sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer, zum gleichen Stichtag nachweist und damit zu einem größeren Anteil der Beschäftigten des Großhandels führt. Aufgrund der fachlich-methodischen Unterschiede kann der Vergleich lediglich einen ersten Eindruck über die Bedeutung des Großhandels vermitteln.

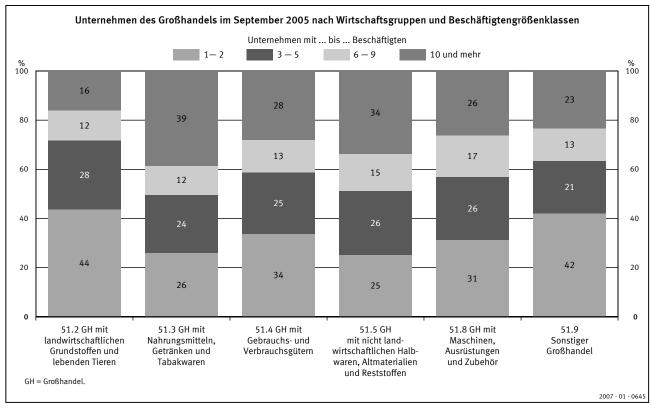


Schaubild 4

den einzelnen Gruppen werden dagegen bei ganz kleinen Unternehmen und bei Unternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten deutlich: Der Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren und der Sonstige Großhandel wiesen mit jeweils über 40% größere Anteile von Unternehmen mit einem oder zwei Beschäftigten auf. Im Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren dagegen hatten fast vier von zehn Unternehmen zehn und mehr Beschäftigte (siehe Schaubild 4).

Produktions- und Konsumtionsverbindungshandel setzten jeweils etwa die Hälfte der Beschäftigten ein, obwohl 57 % der Unternehmen zum Produktionsverbindungshandel gehören. Damit sind die Unternehmen des Produktionsverbindungshandels im Durchschnitt kleiner als die Unternehmen des Konsumtionsverbindungshandels.

Insgesamt gesehen waren in einem Großhandelsunternehmen im Jahr 2005 im Durchschnitt 17 Personen beschäftigt. Ein Einzelhandelsunternehmen kam im gleichen Zeitraum durchschnittlich nur auf zehn Beschäftigte.

Unterdurchschnittliche Beschäftigung von Frauen

Nur knapp 36% der Beschäftigten im Großhandel waren Frauen (siehe Tabelle 2). Im Einzelhandel lag dieser Anteil dagegen 2005 bei rund 68%, bei den sozialversicherungs-

pflichtig Beschäftigten lag er insgesamt immerhin bei 45% (im September 2005).¹º) Lediglich im Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern und im Sonstigen Großhandel waren gut 46% der Beschäftigten Frauen, während ihr Anteil in den übrigen Bereichen des Großhandels zwischen 29 und 35% betrug.

Teilzeitbeschäftigung im Großhandel geringer als im Einzelhandel

Teilzeitbeschäftigt waren im Großhandel im September 2005 gut 21% der Beschäftigten. Dies entsprach in etwa dem Anteil der Teilzeitbeschäftigten (20%) an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Mit 32% war der Anteil der Teilzeitbeschäftigten im Sonstigen Großhandel am größten und mit 16% im Großhandel mit nicht landwirtschaftlichen Halbwaren, Altmaterialien und Reststoffen am kleinsten. Deutlich andere Verhältnisse wies dagegen der Einzelhandel auf, in dem am 30. September 2005 die Hälfte der Beschäftigten teilzeitbeschäftigt war.

Der Anteil der tätigen Inhaber sowie der unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen an allen Beschäftigten betrug im Großhandel 4,6%. Einen überdurchschnittlich hohen Anteil wies mit gut 10% der Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren auf, ein Bereich, für den kleinere Unternehmen typisch sind (siehe auch Tabelle 1 und Schaubild 4). Deutlich anders als im Großhan-

¹⁰⁾ Siehe Fachserie 1, Reihe 4.2.1, a. a. 0. (Fußnote 9); die Differenz wird durch den Vergleich zwischen den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und allen Beschäftigten der Jahreserhebung als zu groß ausgewiesen. Der Vergleich soll lediglich zeigen, dass der Anteil der beschäftigten Frauen im Großhandel dennoch kleiner als in den übrigen Branchen sein dürfte.

Nr. der Klassifi- kation¹)	Wirtschaftszweig (GH = Großhandel)	Be- schäftigte insgesamt	Fra	uen	Teilzeitbe	schäftigte	Tätige Inha unbezahlt m Familienan	ithelfende
KallOII-)		10	00	%	1 000	%	1 000	%
51.2	GH mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren	51,7	17,8	34,5	14,0	27,1	5,4	10,4
51.3	GH mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	211,9	67,5	31,9	46,9	22,1	9,0	4,2
51.4	GH mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	327,2	153,4	46,9	81,5	24,9	14,8	4,5
51.5	GH mit nicht landwirtschaftlichen Halbwaren, Altmaterialien und Reststoffen	300,9	86,0	28,6	48,1	16,0	12,2	4,0
51.8	GH mit Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	196,7	57,7	29,3	33,8	17,2	11,4	5,8
51.9	Sonstiger GH	70,9	32,9	46,4	22,4	31,6	1,1	1,6
51.2 - 51.9	GH insgesamt	1159,3	415,3	35,8	246,7	21,3	53,8	4,6

Tabelle 2: Beschäftigte im Großhandel am 30. September 2005 nach Geschlecht, Teilzeitbeschäftigung, Stellung im Unternehmen und Wirtschaftsbereichen

del insgesamt waren dagegen die Strukturen im Einzelhandel am gleichen Stichtag, hier waren 11 % der Beschäftigten Inhaber und unbezahlt mithelfende Familienangehörige.

Umsätze, Aufwendungen und Investitionen im Großhandel

Der Großhandel setzte im Jahr 2005 knapp 592000 Euro je Beschäftigten um, das entsprach einem Gesamtumsatz von 686 Mrd. Euro (siehe Tabelle 3). Im Großhandel wurde wertmäßig somit ungefähr doppelt soviel umgesetzt wie im Einzelhandel (347 Mrd. Euro). Gleichzeitig wurden im Großhandel je Beschäftigten 3583 Euro investiert. Die gesamten Bruttoinvestitionen in Sachanlagen beliefen sich auf knapp 4,2 Mrd. Euro, das entspricht einem Anteil von 0,5% an den Bruttoanlageinvestitionen der Bereiche C bis einschließlich P der WZ 2003.¹¹) Im Vergleich zum Einzelhandel (4,4 Mrd. Euro Bruttoinvestitionen) wurde im Großhandel im Jahr 2005 insgesamt etwas weniger investiert, die Bruttoinvestitionen je Beschäftigten waren hier allerdings mehr als doppelt so hoch wie im Einzelhandel (1747 Euro je Beschäftigten).

Umsatz nach Wirtschaftszweigen

Der Großhandel mit nicht landwirtschaftlichen Halbwaren, Altmaterialien und Reststoffen erzielte mehr als ein Drittel des Gesamtumsatzes im Großhandel (235 Mrd. Euro). Er lag damit noch deutlich vor dem Großhandel mit Gebrauchsund Verbrauchsgütern, der mit rund 162 Mrd. Euro beinahe ein Viertel des Gesamtumsatzes und damit den zweithöchsten Umsatz verbuchen konnte. Der Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren sowie der Sonstige Großhandel ohne ausgeprägten Schwerpunkt sind in Bezug auf den Umsatz von eher untergeordneter Bedeutung (siehe Tabelle 3). Der Produktionsverbindungshandel hatte einen Anteil von 46,2 % am Gesamtumsatz, auf den Konsumtionsverbindungshandel entfielen entsprechend 53,8 %.

Umsätze je Unternehmen im Großhandel deutlich höher als im Einzelhandel

Der Umsatz je Unternehmen lag im Großhandel 2005 bei gut 10 Mill. Euro. Er war damit deutlich größer als der Umsatz

Tabelle 3: Umsätze und	Investitionen im Großhar	ndel 2005 nach Wirtsc	haftsbereichen

		Umsatz			Investitionen		
Nr. der Klassi- fikation ¹)	Wirtschaftszweig (GH = Großhandel)	insges	amt	je Beschäftigten	insges	amt	je Beschäftigten
,		Mill. EUR	%	1 000 EUR	Mill. EUR	%	EUR
51.2	GH mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren	36 468	5,3	706	224	5,4	4332
51.3	GH mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	127 038	18,5	600	746	18,0	3 521
51.4 51.5	GH mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern GH mit nicht landwirtschaftlichen Halbwaren.	161 946	23,6	495	953	22,9	2912
	Altmaterialien und Reststoffen	234 684	34,2	780	1 255	30,2	4 172
51.8	GH mit Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör .	84 241	12,3	428	627	15,1	3 188
51.9	Sonstiger GH	41 663	6,1	588	349	8,4	4 922
51.2 – 51.9	GH insgesamt	686 040	100	592	4154	100	3 583

¹⁾ Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003).

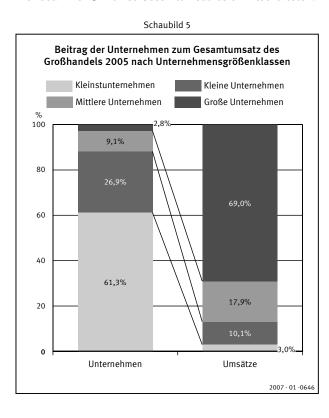
¹⁾ Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003).

¹¹⁾ Nicht in den Vergleich einbezogen waren die Bereiche Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht, exterritoriale Organisationen und Körperschaften sowie der Wirtschaftsbereich häusliche Dienste. Die Vergleichsangaben wurden aus der Fachserie 18 "Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen", Reihe 1.4 "Inlandsproduktsberechnung – Detaillierte Jahresergebnisse", Berichtsjahr 2005, Tabelle 3.2.8.1 "Bruttoanlageinvestitionen in jeweiligen Preisen" entnommen; für die Investitionen des Großhandels siehe die bereits erwähnte Fachserie 6, Reihe 4, Berichtsjahr 2005.

eines Unternehmens im Einzelhandel im gleichen Zeitraum (gut 1,4 Mill. Euro). ¹²) Besonders hoch war der Umsatz je Unternehmen im Sonstigen Großhandel (27,5 Mill. Euro), was auf besonders große Unternehmen hindeutet. Tendenziell kleinere Unternehmen finden sich offenbar im Großhandel mit Maschinen, Ausrüstung und Zubehör (durchschnittlicher Umsatz: 5,5 Mill. Euro) sowie im Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren (6,5 Mill. Euro).

3 % der Unternehmen erwirtschafteten rund zwei Drittel des Umsatzes

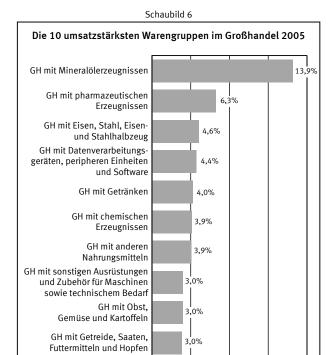
Bezüglich des Umsatzes liegt innerhalb des Großhandels ein hohes Maß an Konzentration vor (siehe Schaubild 5). Unternehmen, die mehr als 50 Mill. Euro Jahresumsatz oder mindestens 250 Beschäftigte aufweisen, gelten entsprechend der Empfehlung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften vom 6. Mai 2003¹³) als Großunternehmen. Innerhalb des Großhandels waren im Jahr 2005 nur knapp 3 % der Unternehmen den Großunternehmen zuzurechnen. Diese waren aber für 69 % des Gesamtumsatzes verantwortlich. Die überwiegende Mehrzahl (97 %) der Unternehmen zählte dagegen zu den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), die zusammen 31 % des Gesamtumsatzes erwirtschafteten.



14% des Umsatzes im Großhandel mit Mineralölerzeugnissen

Knapp 14 % des Umsatzes (etwa 91 Mrd. Euro) wurden 2005 im Großhandel mit Mineralölerzeugnissen, der mit Abstand

umsatzstärksten Warenart, erzielt (siehe Schaubild 6). Einen weiteren nennenswerten Umsatzanteil verbuchte der Großhandel mit pharmazeutischen Erzeugnissen mit etwas über 6 % des Gesamtumsatzes (rund 41 Mrd. Euro). Auf den Handel mit den übrigen 57 Warenarten des Großhandels entfielen jeweils Umsatzanteile von weniger als 5 %.



25

50

100

Mrd. EUR

2007 - 01 - 0647

75

Aufteilung des Umsatzes im Großhandel nach Warengruppen

GH = Großhandel.

Prozentangaben: Anteil der Warengruppe am Großhandelsumsatz insgesamt.

Werden die einzelnen Warenarten zu Warengruppen zusammengestellt und diese wiederum in einige wenige Warengruppencluster zusammengefasst, wie dies in Tabelle 4 geschehen ist, so zeigt sich, dass die Großhandelsunternehmen ihren Umsatz ganz überwiegend durch Großhandel mit den für ihre jeweilige Branche typischen Waren erzielen und nur unwesentlich durch andere Aktivitäten. Beispielsweise erlösten die Unternehmen der Gruppe Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren knapp 38 % ihres Umsatzes mit dem Großhandel mit Grundnahrungsmitteln wie Obst, Gemüse, Fleisch- und Geflügelwaren oder Milchprodukten sowie knapp 59 % mit dem Großhandel mit sonstigen Nahrungsmitteln, Getränken oder Genussmitteln. Nur rund 3% des Umsatzes dieser Unternehmen stammten demgegenüber aus anderen Aktivitäten, wie zum Beispiel dem Einzelhandel. Eine Ausnahme bildeten die Unternehmen des Sonstigen Großhandels, die definitionsgemäß keine spezifische Schwerpunkttätigkeit aufweisen. Bemerkenswert ist hier, dass fast jeder vierte Euro Umsatz durch

¹²⁾ Für die Umsätze je Unternehmen im Einzelhandel siehe die bereits erwähnte Fachserie 6, Reihe 4, Berichtsjahr 2005, a. a. O., Fußnote 8.

¹³⁾ Empfehlung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (Amtsbl. der EU Nr. L 124 vom 20. Mai 2003, S. 39, Anhang, Titel I, Artikel 2).

Tabelle 4: Aufteilung der Umsätze im Großhandel 2005 auf Warengruppencluster nach Wirtschaftszweigen¹)

	51.2	51.3	51.4	51.5	51.8	51.9	51.2 – 51.9
		G					
Warengruppencluster (GH = Großhandel)	landwirt- schaft- lichen Grund- stoffen und lebenden Tieren	Nahrungs- mitteln, Getränken und Tabak- waren	Gebrauchs- und Ver- brauchs- gütern	nicht land- wirtschaft- lichen Roh- stoffen und Halbwaren, Altmateri- alien und Reststoffen	Maschinen, Ausrüs- tungen und Zubehör	Sonstiger Großhandel	Großhandel insgesamt
Kfz-Handel, Tankstellen	0,9	0,0	0,0	1,4	0,1	3,5	0,8
Handelsvermittlung	0,2	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1
GH mit Getreide, Saaten, Pflanzen, Rohtabak	59,2	0,3	0,0	0,1	0,0	7,3	3,4
GH mit lebenden Tieren, Häuten und Fellen	30,7	0,1	0,0	0,0	0,0	0,1	1,5
GH mit Grundnahrungsmitteln (Obst, Gemüse, Fleisch- und							
Geflügelwaren, Milcherzeugnissen, Nahrungsfetten)	2,5	37,8	0,0	0,0	0,0	7,3	7,5
GH mit Getränken, sonstigen Nahrungs- und Genussmitteln	0,6	58,7	0,2	0,0	0,0	23,7	12,7
GH mit Textilien, Bekleidung und Schuhen	0,0	0,1	8,6	0,0	0,1	4,8	2,4
GH mit elektronischen Haushaltsgeräten und Geräten der							
Unterhaltungselektronik, elektrotechnischem Zubehör	0,0	0,1	26,3	0,1	1,3	4,9	6,6
GH mit kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen	0,0	0,4	34,9	0,1	0,0	8,9	7,2
Freizeitartikeln, sonstigen Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	0,1	0,9	27,6	0,1	0,0	9,0	7,2
GH mit festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen	1,4	0,0	0,0	40,6	0,0	2,4	14,5
GH mit Erzen, Metallen, Baustoffen, Sanitär- und Installationsbedarf,	,	.,.	.,.	,.	.,.	,	-,-
chemischen Erzeugnissen und sonstigen Halbwaren	2,3	0,2	0,2	49,9	0,5	14,1	18,6
GH mit Altmaterial und Reststoffen	0,0	0,0	0,0	3,7	0,0	0,1	1,3
GH mit Werkzeug-, Bau- und Textilmaschinen, sonstigem							
maschinellen Zubehör	0,0	0,0	0,0	0,2	8,4	1,0	1,1
GH mit Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen Bauelementen,							
sonstigen Büromaschinen und -möbeln	0,1	0,0	0,7	0,0	45,4	0,4	5,9
GH mit Flurförderzeugen, landwirtschaftlichen und nicht landwirtschaftlichen Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör für							
Maschinen	0,2	0,1	0,2	0,1	41,7	8,4	5,9
Einzelhandel	1,1	0,4	0,2	2,8	0,4	3,1	1,5
Sonstige	0,7	0,9	1,1	0,9	2,0	0,9	1,8
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100

¹⁾ Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003).

den Großhandel mit sonstigen Nahrungsmitteln, Getränken oder Genussmitteln erzielt wurde.

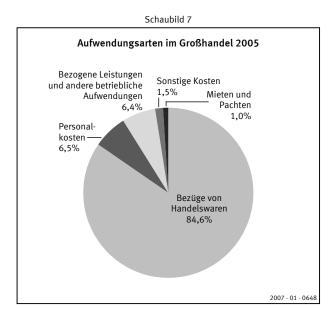
Aufwendungen im Großhandel

Die Anteile der einzelnen Aufwendungsarten an den gesamten Aufwendungen zeigt das Schaubild 7. Den bedeutendsten Kostenblock bildeten die Handelswaren: Für den Bezug von Handelswaren wurden im Jahr 2005 im Großhandel knapp 85% aller Aufwendungen aufgebracht. Dieser Wert lag noch höher als im Einzelhandel, wo 70% des Aufwandes auf die Handelsware entfiel. Im Vergleich dazu verursachten im Großhandel die Aufwendungen für Personal, das heißt für Bruttoentgelte sowie Sozialabgaben, im Jahr 2005 lediglich knapp 7% der gesamten Aufwendungen. Mit 10% verzeichnete dabei der Großhandel mit Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör den höchsten Anteil an Aufwendungen für Personal, der Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren den geringsten (4,1%).

Weitere nennenswerte Kosten in Höhe von etwas über 6 % aller Aufwendungen entstanden für bezogene Leistungen und andere betriebliche Aufwendungen: Dazu gehören zum Beispiel Kosten für in Anspruch genommene Dienstleistungen, Werbung, Geschäftsreisen oder Versicherungsbeiträge.

Kosten für Mieten und Pachten (1%) sowie sonstige Kosten (knapp 2%), zu denen betriebliche Steuern und Abgaben sowie die Kosten für bezogene Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe zählen, stellten im Großhandel eher untergeordnete

Aufwandskomponenten dar.



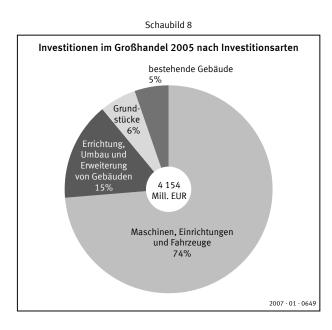
Investitionen im Großhandel

Der Großhandel investierte im Jahr 2005 etwa 4,2 Mrd. Euro brutto in Sachanlagen. Rein rechnerisch investierte ein Unternehmen des Großhandels somit durchschnittlich knapp 61 000 Euro. Dabei bestanden zwischen den Wirtschaftsbereichen zum Teil deutliche Unterschiede. Ein Unternehmen des Großhandels mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren beispielsweise investierte im Jahr 2005 im Durchschnitt knapp 40 000 Euro, ein Unternehmen, das im Sonstigen Großhandel tätig war, dagegen durchschnittlich 230 000 Euro.

Ein noch differenzierteres Bild liefern die Quantile der Verteilung der Bruttoinvestitionen: Nur rund 40% der Großhandelsunternehmen investierten im Jahr 2005 in Sachanlagen, sechs von zehn Unternehmen tätigten dagegen keinerlei Investitionen. Der Anteil der investierenden Unternehmen schwankt zwischen 34% im Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren und 44% im Großhandel mit nicht landwirtschaftlichen Halbwaren, Altmaterialien und Reststoffen. Insgesamt investierten 75% der Unternehmen im Großhandel entweder überhaupt nicht oder weniger als 12000 Euro. Jedes zehnte Unternehmen investierte immerhin mindestens 73000 Euro, jedes zwanzigste Unternehmen 174000 Euro oder mehr.

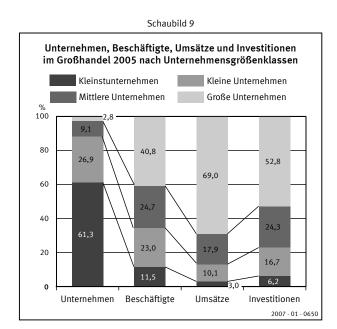
Drei Viertel der Investitionen für Einrichtungen, Fahrzeuge und Maschinen

Rund 74% aller Investitionen setzte der Großhandel im Jahr 2005 für Maschinen, Einrichtungen und Fahrzeuge, also für mobile Anlagegüter, ein, wobei dieser Anteil in einigen Zweigen noch deutlich höher lag, wie zum Beispiel im Großhandel mit Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör (89%). Gut ein Viertel der Investitionen erfolgte in Immobilien, das heißt in den Erwerb von Grundstücken oder Gebäuden bzw. in die Errichtung, den Umbau oder die Erweiterung bestehender Gebäude (siehe Schaubild 8).



Große Unternehmen dominieren bei Umsätzen und Investitionen

Schaubild 9 fasst die Ergebnisse über Beschäftigte, Umsätze und Investitionen der Unternehmen des Großhandels zusammen. Danach setzte sich der Großhandel im Jahr 2005 zu über 97% aus kleinen und mittleren Unternehmen zusammen, in denen die Mehrzahl (knapp 60%) der tätigen Personen beschäftigt waren. Zu den Gesamtumsätzen der Branche trugen die kleinen und mittleren Unternehmen zwar lediglich ein knappes Drittel bei, tätigten jedoch fast die Hälfte aller Bruttoinvestitionen in Sachanlagen. Die Großunternehmen, die lediglich knapp 3% aller Unternehmen des Großhandels ausmachten, erzielten 69% der Umsätze und tätigten rund 53% der Investitionen.



Der Umsatz je Beschäftigten steigt im Großhandel mit zunehmender Unternehmensgröße erheblich an, was auf bestehende Größenvorteile hindeutet: Ein Unternehmen der Kategorie Kleinstunternehmen setzte durchschnittlich rund 150 000 Euro je Beschäftigten um, die Unternehmen der Kategorien kleine bzw. mittlere Unternehmen jeweils rund 260 000 Euro bzw. 430 000 Euro. Ein Großunternehmen erzielte dagegen knapp 1 Mill. Euro Umsatz je Beschäftigten und damit deutlich mehr als die kleinen und mittleren Unternehmen.

Die wirtschaftliche Situation der Großhandelsunternehmen

Konjunkturentwicklung und privater Konsum in Deutschland bestimmen maßgeblich die wirtschaftliche Situation der Großhandelsunternehmen. Allerdings besitzen beide Faktoren für den Produktions- und den Konsumtionsverbindungshandel eine unterschiedliche Bedeutung. Für den Produktionsverbindungshandel als Bindeglied zwischen Industrieunternehmen ist die Konjunkturentwicklung in Deutschland von größerer Bedeutung. Aufgrund der Export-

abhängigkeit der deutschen Industrie beeinflusst auch die Weltwirtschaftskonjunktur die wirtschaftliche Situation der Unternehmen im Großhandel. Für den Konsumtionsverbindungshandel besitzt dagegen der private Konsum in Deutschland eine größere Bedeutung.

Großhandel profitiert im Jahr 2005 von Exporten und privatem Konsum

Indikatoren für die Weltwirtschaftskonjunktur stellen in erster Linie die Exporte Deutschlands dar, die zusammen mit anderen makroökonomischen Kennzahlen, wie dem Bruttoinlandsprodukt und dem privaten Konsum, für die Jahre 2003 bis einschließlich 2005 der Umsatzentwicklung im Großhandel gegenübergestellt werden: ¹⁴)

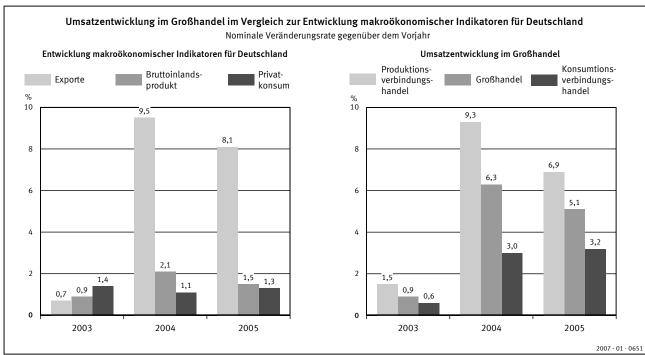
Die linke Hälfte von Schaubild 10 zeigt für 2004 einen starken Anstieg der Exporte Deutschlands an, der sich im Jahr 2005 etwas abgeschwächt hat. Von dieser günstigen Entwicklung konnte der Produktionsverbindungshandel wesentlich profitieren. Die Umsätze im Produktionsverbindungshandel weisen daher dieselbe Entwicklung wie die Exporte auf.

Der Konsumtionsverbindungshandel konnte ab 2003 ebenfalls seine Umsätze steigern, allerdings nicht in dem Ausmaß wie der Produktionsverbindungshandel. Eine wesent-

liche Ursache hierfür dürften die Veränderungsraten des privaten Konsums darstellen, die in den Jahren 2003 bis 2005 zwischen + 1,1 und + 1,4% lagen. Dass der Konsumtionsverbindungshandel dennoch 2004 seine Umsätze deutlich steigern konnte, dürfte an den Exporten liegen, zumal die Veränderungsrate des privaten Konsums im gleichen Zeitraum rückläufig war. Im Jahr 2005 waren die Zuwachsraten für den Export und den Produktionsverbindungshandel niedriger als im Vorjahr, während der Konsumtionsverbindungshandel seine Umsatzzuwächse noch geringfügig steigern konnte. Ursache hierfür war der Anstieg des privaten Konsums in Deutschland in diesem Jahr. Er führte 2005 auch zu einem geringeren Rückgang der Umsatzzuwächse im Großhandel insgesamt (1,2 Prozentpunkte) als im Produktionsverbindungshandel (2,4 Prozentpunkte). Insgesamt gesehen wurde die Umsatzentwicklung im Großhandel von 2003 bis 2005 im Wesentlichen jedoch von den Exporten und dem Produktionsverbindungshandel bestimmt.

Betrachtet man nicht nur den Zeitraum 2003 bis 2005, sondern auch die Jahre davor, so zeigt sich, dass die Umsätze im Großhandel Anfang 2003 einen Tiefststand erreicht hatten (siehe Schaubild 11).¹⁵) In den Folgejahren konnte der Großhandel aber seine Umsätze deutlich steigern, und diese erreichten Anfang 2005 wieder das hohe Umsatzniveau von 2001.

Schaubild 10



¹⁴⁾ Die Betrachtung wurde auf die Jahre 2003 bis einschließlich 2005 eingeschränkt, weil die Statistiken für den Großhandel ab 2003 auf einer neuen repräsentativen Stichprobe basieren. Siehe www.destatis.de, Lange Reihen → Umsatz nominal und real im Großhandel nach ausgewählten Wirtschaftszweigen, Stand: Mai 2007, und eigene Berechnung von Sonderpositionen.

− Das Bruttoinlandsprodukt ist ein Maß für die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft in einem bestimmten Zeitraum. Es misst den Wert der im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen (Wertschöpfung), soweit diese nicht als Vorleistungen für die Produktion anderer Waren und Dienstleistungen verwendet werden. Das Bruttoinlandsprodukt wird in jeweiligen Preisen und preisbereinigt (Deflationierung mit jährlich wechselnden Vorjahrespreisen und Verkettung) errechnet. − Die makroökonomischen Indikatoren wurden aus der Fachserie 18, Reihe 1.4, Stand: Mai 2007, entnommen.

¹⁵⁾ Die Angaben berücksichtigen die Umsatzentwicklung im Großhandel und in der Handelsvermittlung, wobei der Einfluss der Handelsvermittlung auf die Umsatzentwicklung im Großhandel zu vernachlässigen ist, da die Statistik für die Handelsvermittlung lediglich die Provisionen für Vermittlungstätigkeiten nachweist. Die Daten wurden entnommen aus den Langen Reihen – Umsatz nominal und real im Großhandel. Stand: Juli 2007.

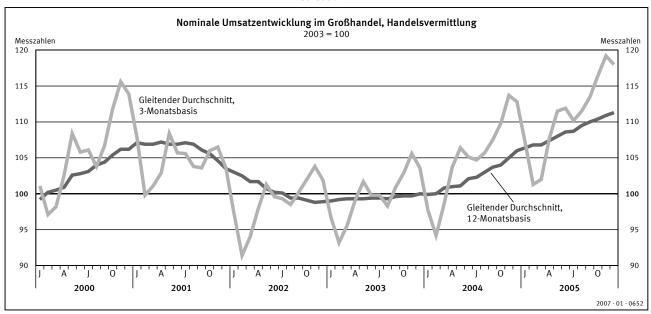


Schaubild 11

Weiterhin zeigt das Schaubild 11 unterjährige Umsatzschwankungen, die in der Regel durch ein Tief im ersten Halbjahr, ein lokales Hoch zur Jahresmitte und einen deutlichen Anstieg zum Jahresende geprägt sind.

Neben den bereits genannten makroökonomischen Größen beeinflusst der Wettbewerb innerhalb des Wirtschaftsbereiches und dabei insbesondere die Unternehmenskonzentration die wirtschaftliche Situation eines Großhandelsunternehmens. Große Unternehmen erzielen aufgrund der größeren Mengen an Handelswaren günstigere Rabatte und bestimmen daher die Preise. Als Konsequenz werden die Unternehmen bei den weiteren Überlegungen in Umsatzgrößenklassen eingeteilt.

Umsätze, die Rohertragsquote und die Bruttoinvestitionen in Sachanlagen stellen wichtige Indikatoren zur Beurteilung der wirtschaftlichen Situation der Großhandelsunternehmen dar. Die Rohertragsquote wurde verwendet, um vorhandene Warenbestände aus den Betrachtungen auszuschließen und einen ersten Einblick in die Ertragssituation der Unternehmen zu geben. Sie ergibt sich aus dem Verhältnis von Rohertrag zum Umsatz, wobei der Rohertrag wiederum definiert ist als Differenz zwischen dem Umsatz einerseits und dem Wareneinsatz andererseits.

Im Mittelpunkt dieses Abschnitts steht die wirtschaftliche Situation *mittlerer* Handelsunternehmen, also von Unternehmen, die sich in der Mitte der jeweiligen Umsatzgrößenklassen befinden, wenn man die Unternehmen in den Größenklassen nach ihren Umsätzen anordnet. Die Indikatoren wurden daher als Mediane berechnet und werden in den folgenden Abschnitten zum Beispiel als "mittlerer Jahresumsatz" oder "mittlere Rohertragsquote" bezeichnet. Die Mediane trennen somit die kleinen von den großen Unternehmen in einer Umsatzgrößenklasse.

Im Vergleich zu Durchschnittswerten haben Mediane den Vorteil, dass sie kaum durch sehr große oder sehr kleine Angaben beeinflusst werden. Befinden sich in einer Umsatzgrößenklasse zum Beispiel Unternehmen mit sehr großen Umsätzen, dann ist der durchschnittliche Umsatz in einer Größenklasse größer als der mittlere Umsatz. Den Medianen werden daher vereinzelt die größeren Durchschnitte gegenübergestellt, um Hinweise auf die Existenz von sehr großen Unternehmen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen des Großhandels zu geben.

Bei den nachfolgenden Ergebnissen ist zu beachten, dass diese auch durch Angaben der Unternehmen mit einem Rumpfgeschäftsjahr verzerrt worden sein können.

Nach der Analyse der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Großhandels stellt sich nun die Frage nach der wirtschaftlichen Situation typischer Großhandelsunternehmen. Tabelle 5 enthält dazu Kennzahlen über mittlere Großhandelsunternehmen, das heißt Unternehmen, die sich in der Mitte einer Umsatzgrößenklasse befinden.

Über die Hälfte der Unternehmen im Großhandel mit weniger als 1 Mill. Euro Umsatz

Tabelle 5 zeigt, dass 2005 über die Hälfte der Unternehmen im Großhandel weniger als 1 Mill. Euro Umsatz pro Jahr erlösten. Lediglich im Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren und im Großhandel mit landwirtschaftlichen Halbwaren, Altmaterialien und Reststoffen lag der Anteil solcher Unternehmen bei weniger als der Hälfte aller Unternehmen (48 bzw. 47 %). Das mittlere Großhandelsunternehmen in der untersten Umsatzgrößenklasse beschäftigte zwei Personen. Der Vergleich mit der durchschnittlichen Beschäftigtenzahl von drei Personen deutet auf eine geringe Unternehmenskonzentration in dieser Umsatzgrößenklasse hin.

Tabelle 5: Betriebswirtschaftliche Kennzahlen 2005 nach Umsatzgrößenklassen und ausgewählten Wirtschaftsbereichen des Großhandels¹)

Umsatzgrößenklassen von bis unter EUR	Unternehmen	Beschäftigte	Umsatz in 1 000 EUR	Rohertragsquote in %	Anteil der Bruttoinvestitionen am Umsatz in %
Toman Sis dinter in Edit	Anzahl		Me	dian	I .
l.	51.2 Großh	andel mit landwirtschaftlic	hen Grundstoffen und lebe	nden Tieren	
unter 1 Mill	3 014	2	231	2,3	0,0
1 Mill. – 2 Mill	709	3	1 273	18,5	0,0
2 Mill. – 5 Mill	1 065	5	2 783	17,8	0,0
5 Mill. – 10 Mill	328	12	7 261	16,9	0,2
10 Mill. und mehr	533	24	21 525	7,8	0,5
Zusammen	5 649	3	791	21,5	0,0
	51.3 G	roßhandel mit Nahrungsm	itteln, Getränken und Tabal	kwaren	
unter 1 Mill	4 814	3	290	27,5	0,0
L Mill. – 2 Mill	1 242	6	1 294	28,6	0,0
2 Mill. – 5 Mill	1 697	14	3 392	24,5	0,3
5 Mill. – 10 Mill	940	17	6 664	19,1	0,2
10 Mill. und mehr	1 495	34	23 465	15,6	0,2
Zusammen	10 188	5	1 090	24,9	0,0
•	5	1.4 Großhandel mit Gebra	uchs- und Verbrauchsgüter	n	
unter 1 Mill	10 861	2	214	36,2	0,0
l Mill. – 2 Mill	2 219	7	1 368	31,0	0,0
2 Mill. – 5 Mill	2 056	12	3 047	32,6	0,0
6 Mill. – 10 Mill	1 188	22	6 508	30,1	0,2
0 Mill. und mehr	2 107	47	22 155	25,0	0,2
Zusammen	18 430	4	550	33,7	0,0
,	51.5 Großhandel n	nit nicht landwirtschaftlich	en Halbwaren, Altmateriali		
unter 1 Mill	8 228	3	279	34,9	0,0
L Mill. – 2 Mill	2 227	6	1 440	29,6	0,1
2 Mill. – 5 Mill	2 882	12	3 167	29,9	0,1
6 Mill. – 10 Mill	1 328	19	6 637	23,8	0,2
10 Mill. und mehr	2 359	34	20 808	18,6	0,2
Zusammen	17 024	5	1 034	29,0	0,0
		3 Großhandel mit Maschin	en, Ausrüstungen und Zube		.,.
unter 1 Mill	8 738	2	231	37,8	0,0
1 Mill. – 2 Mill	2 466	8	1 426	34,8	0,0
2 Mill. – 5 Mill	1 981	10	3 173	26,4	0,0
5 Mill. – 10 Mill	1 093	19	6 155	28,9	0,1
10 Mill. und mehr	1 171	47	19 267	24 , 8	0,2
Zusammen	15 449	5	759	33,9	0,0
Zusummen	13 447	_	er Großhandel	33,7	0,0
untor 1 Mill	916	ŭ		22.2	0.0
unter 1 Mill	816	1	159	33,3	0,0
Mill. – 2 Mill	207	5	1 478	33,6	0,0
Mill. – 5 Mill	260	8	3 390	24,3	0,1
Mill. – 10 Mill O Mill. und mehr	69	9	6 660	15,1	0,1
	165	51	29 956	13,9	0,5
Zusammen	1 517	3	755	29,5	0,0
			handel insgesamt		
unter 1 Mill	36 472	2	240	33,9	0,0
Mill. – 2 Mill	9 071	7	1 401	30,0	0,0
2 Mill. – 5 Mill	9 941	11	3 101	27,5	0,1
5 Mill. – 10 Mill	4 945	18	6 644	25,4	0,2
10 Mill. und mehr	7 830	40	21 614	19,6	0,2

¹⁾ Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003).

Ganz anders sieht dagegen die Situation bei Unternehmen mit einem Jahresumsatz von 10 Mill. Euro und mehr aus: Hier beschäftigte ein mittleres Großhandelsunternehmen 40 Personen, während die durchschnittliche Beschäftigtenzahl bei 95 Personen lag. Besonders groß war der Unterschied im Sonstigen Großhandel, denn hier beschäftigte das mittlere Unternehmen 51 Personen, während der Durchschnitt 389 Personen betrug. Große Unternehmen befinden sich auch in der größten Umsatzkategorie des Großhandels mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren, denn dort beschäftigte das mittlere Unternehmen 34 Personen,

während die durchschnittliche Beschäftigtenzahl in dieser Umsatzkategorie bei 94 Personen lag.

Große Umsatzunterschiede zwischen den kleinsten und größten Unternehmen des Großhandels

Die – gemessen am Umsatz – kleinsten Unternehmen des Großhandels erzielten 2005 je nach Branche einen mittleren Jahresumsatz von 240000 Euro, wobei der niedrigste

Tabelle 6: Mittlere und durchschnittliche Jahresumsätze 2005 im Großhandel bei Unternehmen
mit einem Jahresumsatz von 10 Mill. EUR und mehr
1 000 EUR

Nr. der	Wirtschaftszweig (GH = Großhandel)	Jahresumsätze der Unternehmen mit 10 Mill. EUR und mehr Jahresumsatz		
Klassi- fikation ¹)		Median (mittlerer Umsatz)	Durchschnitt	
51.2	GH mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren	21 525	54 414	
51.3	GH mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	23 465	74 483	
51.4	GH mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	22 155	66 654	
51.5	GH mit nicht landwirtschaftlichen Halbwaren, Altmaterialien			
	und Reststoffen	20 808	89 091	
51.8	GH mit Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	19 267	54 698	
51.9	Sonstiger GH	29 956	240713	
51.2 - 51.9	GH insgesamt	21 614	75 961	

¹⁾ Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003).

Umsatz im Sonstigen Großhandel (159000 Euro) und der höchste im Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (290000 Euro) erzielt wurde.

Ein Vergleich unter den umsatzstärksten Unternehmen zeigt, dass der mittlere Jahresumsatz zwischen 19 und 30 Mill. Euro lag. Die Betrachtung der mittleren Jahresumsätze darf allerdings nicht über die enorme Konzentration im Großhandel hinwegtäuschen. Dies wird durch die Gegenüberstellung der mittleren und durchschnittlichen Umsätze von Unternehmen mit 10 Mill. Euro und mehr Jahresumsatz in Tabelle 6 besonders deutlich.

Großhandel mit Waren verschiedener Art mit der niedrigsten Rohertragsquote

Der Großhandel erzielte 2005 eine mittlere Rohertragsquote von 30%. Ein Vergleich der Rohertragsquoten über die Umsatzgrößenklassen zeigt, dass die gemessen am Umsatz großen Unternehmen kleinere Rohertragsquoten erzielten als die kleineren Unternehmen. Ein wesentlicher Grund hierfür liegt in einer größeren Lagerhaltung bei den größeren Unternehmen. Die durchschnittliche Rohertragsquote im Großhandel lag dagegen bei knapp 18%. Sie war damit deutlich kleiner als die durchschnittliche Rohertragsquote im Einzelhandel (rund 32%).

Der Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern und der Großhandel mit Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör erzielten mit knapp 34% die größten mittleren Rohertragsquoten. Die kleinste mittlere Rohertragsquote wies 2005 der Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren mit rund 22% auf. Hier waren die Rohertragsquoten in allen Umsatzgrößenklassen kleiner als die Quoten in den jeweiligen Kategorien der anderen Großhandelsbereiche.

Die durchschnittlichen Rohertragsquoten lagen zwischen 8 und 16 Prozentpunkten unter den mittleren Quoten, wobei der Großhandel mit landwirtschaftlichen Halbwaren, Altmaterialien und Reststoffen mit gut 15 Prozentpunkten die größte Differenz zwischen beiden Kennzahlen aufwies. Dies lag im Wesentlichen an der niedrigen durchschnittlichen Rohertragsquote bei Unternehmen mit 10 Mill. Euro und mehr Jahresumsatz und ist auf eine große Lagerhaltung zurückzuführen.

Investitionen in nennenswertem Umfang nur von umsatzstarken Unternehmen

Eine Analyse des mittleren Anteils der Bruttoinvestitionen an den Umsätzen für den gesamten Großhandel ergibt, dass die typischen Großhandelsunternehmen nicht investieren. Lediglich umsatzstärkere Unternehmen wiesen mittlere Anteile der Bruttoinvestitionen am Gesamtumsatz zwischen

Tabelle 7: Anteil der Bruttoinvestitionen 2005 im Großhandel nach Umsatzgrößenklassen der Unternehmen Prozent

Umsatzgrößenklassen von bis unter EUR	Median (mittlerer Anteil)	Durchschnitt	
unter 1 Mill	0,0 0,0 0,1 0,2 0,2 0,0	1,6 1,1 1,0 0,9 0,5	

0,1 und 0,5 % auf. Ein ganz anderes Bild vermitteln dagegen die durchschnittlichen Anteile der Bruttoinvestitionen am Gesamtumsatz. Sie schwankten in allen Umsatzgrößenklassen zwischen 0,4 und 2 % und waren bei den kleinen Unternehmen besonders groß. Dies deutet auf große Investitionen durch einzelne Unternehmen hin.

Dipl.-Volkswirt Jürgen Angele

Überschuldung privater Haushalte im Jahr 2006

Überschuldung und finanzielle Schwierigkeiten sind oftmals gleichbedeutend mit Armut und Ausgrenzung. Um die Datenlage zu diesem Thema zu verbessern, wurden erstmals zum Jahresende 2006 die Angaben von 33 000 überschuldeten Personen statistisch ausgewertet. An dieser Erhebung haben sich freiwillig 124 der 933 Beratungsstellen in Deutschland beteiligt, die von den Verbraucherund Wohlfahrtsverbänden sowie Kommunen organisiert sind

Daraus ergibt sich, dass die von einer Schuldnerberatungsstelle beratenen Personen im Durchschnitt mit 37000 Euro verschuldet sind, bei einem Nettoeinkommen aller Haushaltsmitglieder von monatlich 1144 Euro. Mehr als die Hälfte aller beratenen Personen war arbeitslos. Die Arbeitslosigkeit war auch bei knapp einem Drittel Auslöser der finanziellen Misere. Überproportional betroffen sind vor allem Singlehaushalte. Dies gilt auch für alleinerziehende Frauen, die 14% aller beratenen Personen ausmachten, aber nur 3% der Gesamtbevölkerung repräsentieren. Bei 36% der untersuchten Fälle waren Familien mit Kindern betroffen. Unter allen Altersklassen haben die 35- bis unter 45-Jährigen die Dienste der Beratungsstellen am häufigsten in Anspruch genommen (30%).

Aufgaben und Vorgehensweise

Die Anfang 2007 für das Beratungsjahr 2006 erstmals durchgeführte Überschuldungsstatistik hat die Aufgabe, Angaben über Personen bereitzustellen, die sich in einer schwierigen finanziellen Situation befinden und deshalb die Dienste einer Schuldnerberatungsstelle in Anspruch genommen haben.

Ursprünglich initiiert wurde diese neue Erhebung im Jahr 2001 mit der Bildung einer Expertengruppe unter Federführung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Diese Expertengruppe hatte sich zum Ziel gesetzt, die bereits auf Länderebene vorhandenen Statistiken zu sichten und auf Vergleichbarkeit zu prüfen sowie Grundlagen für eine einheitliche, bundesweit vergleichbare Statistik zu schaffen. Auf diese Weise sollte ein Beitrag zur Verbesserung der Sozialberichterstattung geleistet werden. Als Folge der rund 400000 Verbraucherinsolvenzen seit 1999 war ein Informationsbedarf zu den überschuldeten bzw. verschuldeten Personen entstanden. Die vom Statistischen Bundesamt durchgeführte Insolvenzstatistik, die auf Meldungen der Gerichte beruht, erfasst lediglich die Zahl der Verbraucherinsolvenzen, kann jedoch keine Angaben über die Zusammensetzung dieses Personenkreises sowie über Schuldenarten oder Ursachen für die finanzielle Misere vermitteln. Darüber hinaus wird von der neuen Erhebung erwartet, dass sie auch über die Personalausstattung der Beratungsstellen Auskunft gibt sowie über die Nachfrage nach den Dienstleistungen der Beratungsstellen, über eine erfolgreiche Begleitung der beratenen Personen, über Wartezeiten und die Dauer der Beratung. Im Hinblick auf diesen - auch für den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung – bedeutsamen Informationsbedarf beschlossen das BMFSFJ und das Statistische Bundesamt 2005 gemeinsam, eine Befragung der Schuldnerberatungsstellen vorzunehmen, da diese über die umfassendsten Angaben über die in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Personen verfügen.

Da eine Bundesstatistik mit Auskunftspflicht nicht unmittelbar realisiert werden konnte, wurde zunächst der Weg einer

Befragung nach § 7 Absatz 1 Bundesstatistikgesetz (BStatG) gewählt. Danach können fünf Jahre lang bis zu 20000 Beratungsstellen auf freiwilliger Basis befragt werden. Nach einer Testerhebung mit Daten für das Jahr 2005 können nunmehr umfassendere Ergebnisse für das Beratungsjahr 2006 vorgestellt werden.

Grenzen der Erhebung

Ausgewählt für diese Erhebung wurden die etwa 1000 Beratungsstellen, die unter der Trägerschaft der Wohlfahrts- und Verbraucherverbände oder der Kommunen stehen oder Mitglied in einem dieser Verbände sind. Nicht einbezogen wurden die privaten oder kommerziellen Beratungsstellen.

Da die Erhebung freiwillig ist und bei den Beratungsstellen ein gewisser technischer Standard vorausgesetzt wird, nimmt bisher nur ein Teil der 1 000 Beratungsstellen an der Erhebung teil. Selbst wenn sich eine Beratungsstelle zur Teilnahme bereit erklärt hat, ist nicht gewährleistet, dass sie die Daten sämtlicher beratenen Personen übermitteln kann. Diese Übermittlung ist nur zulässig, wenn die betroffenen Personen dazu ihre Einwilligung erklärt haben. Die beratenen und von der Beratungsstelle gemeldeten Personen müssen andererseits nicht alle überschuldet sein, also ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen können. Einzelne Personen suchen eine Beratungsstelle auch deshalb auf, weil sie mit ihren finanziellen Problemen überfordert sind, weil eine vorübergehende Zahlungsstörung eingetreten ist oder weil sie mit den Folgen einer vorangegangenen Zahlungsunwilligkeit konfrontiert sind.

Da viele überschuldete Personen die Dienste der Beratungsstellen nicht in Anspruch nehmen, aber auch, weil kaum alle Beratungsstellen zur freiwilligen Teilnahme gewonnen werden können, eignet sich diese Erhebung nicht, um die Gesamtzahl der überschuldeten Personen oder Haushalte zu bestimmen. Dieser Einschränkung war man sich bei der Planung der Statistik bewusst.

Ablauf der Erhebung

Da die Erhebung nur auf freiwilliger Basis durchgeführt werden kann, mussten die Beratungsstellen von der Bedeutung der Statistik überzeugt werden. Um zudem den Aufwand bei allen an diesem Statistikprozess Beteiligten so gering wie möglich zu halten, müssen Erhebung und Aufbereitung vollelektronisch erfolgen. Voraussetzung dafür ist, dass die Beratungsstellen eine entsprechende technische Ausrüstung besitzen und die Akten elektronisch verwalten. Die Daten zu den beratenen oder überschuldeten Personen werden über das Internet mit dem Verfahren eSTATISTIK. core im XML-Format DatML/RAW an die statistischen Ämter übermittelt. Dazu benötigen die Beratungsstellen eine Software, deren Schnittstelle für die Datenübermittlung sich an den Vorgaben des Statistischen Bundesamtes orientiert. Derzeit bieten neun Softwareanbieter Programme an, deren Schnittstellen vom Statistischen Bundesamt zertifiziert wurden. Durch diese Zertifizierung ist gewährleistet, dass die Daten korrekt geliefert und verarbeitet werden können.

Der gewählte Weg des elektronischen Datentransfers hat sich bewährt und dürfte die Akzeptanz der Beratungsstellen, an der Erhebung teilzunehmen, künftig verbessern.

Beteiligung

Derzeit bieten 933 Schuldnerberatungsstellen, die durch die Wohlfahrts- oder Verbraucherverbände organisiert sind oder einer Kommune angehören, ihre Dienste an. Nicht eingerechnet sind Zweigstellen, deren Angaben durch die jeweiligen Hauptstellen übermittelt werden. Durch verschiedene Werbemaßnahmen des Statistischen Bundesamtes, aber auch mit Unterstützung der Träger und deren Verbände sowie einiger Länderministerien, haben bisher mehr als ein Viertel (264) aller Beratungsstellen ihre Teilnahme an der Erhebung signalisiert. Da jedoch viele der Beratungsstellen, die ihre Teilnahmebereitschaft bekundet haben, erst im Laufe des Jahres 2006 die notwendige technische Ausrüstung erworben haben und daher nur unvollständige Daten sammeln konnten, haben für das Berichtsjahr 2006 nur knapp die Hälfte dieser Stellen Daten geliefert. Bei diesen 124 teilnehmenden Stellen waren Ende 2006 insgesamt 46850 Personen in Beratung oder hatten diese im Laufe des Jahres 2006 abgeschlossen. Jedoch konnte nur von 33 141 Personen das Einverständnis eingeholt werden, dass die Daten für statistische Zwecke verwendet werden dürfen. Auf diesen Personenkreis beziehen sich die nachstehenden Ausführungen.

Tabelle 1: Beratungsstellen und beratene Personen Ergebnis der Überschuldungsstatistik für das Beratungsjahr 2006

Land	Beratungs- stellen¹)	Beratungs- stellen, die ihre Teil- nahme bekundet haben	Beratungsstellen, die für 2006 gemeldet haben	
			Anzahl	beratene Personen
Baden-Württemberg	82	8	3	859
Bayern	117	10	1	336
Berlin	23	23	21	6071
Brandenburg	45	12	3	632
Bremen	12	3	0	0
Hamburg	13	11	8	1 448
Hessen	54	7	3	880
Mecklenburg-Vorpommern	43	23	9	1 691
Niedersachsen	122	32	10	1 741
Nordrhein-Westfalen	203	9	1	375
Rheinland-Pfalz	52	38	3	421
Saarland	15	15	0	0
Sachsen	54	3	0	0
Sachsen-Anhalt	27	3	1	82
Schleswig-Holstein	39	39	35	7033
Thüringen	32	28	26	11 572
Deutschland	933	264	124	33 141

1) Mit Trägerschaft der Verbraucher- und Wohlfahrtsverbände oder Kommunen oder Mitglied in diesen Verbänden (ohne Zweigstellen).

Die übrigen Beratungsstellen, die ihre Teilnahmebereitschaft erklärt haben, aber bisher noch keine Angaben zur Verfügung gestellt haben, werden sich zum Stichtag 31. Dezember 2007 erstmals an der Erhebung beteiligen, sodass für 2007 von einer Datenbasis von über 50 000 Personen auszugehen ist.





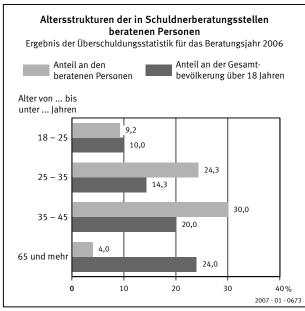
Die Beteiligung der Beratungsstellen ist regional sehr unterschiedlich. Die Beratungsstellen in Berlin, Hamburg, Schleswig-Holstein und Thüringen nehmen bereits vollständig teil. In Rheinland-Pfalz, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Bremen und im Saarland ist eine vollständige Teilnahme bei der nächsten Erhebung vorgesehen. Damit ergibt sich ein Nord-Süd-Gefälle, das zur Folge hat, dass die vorgestellten Ergebnisse nur eingeschränkt auf das gesamte Bundesgebiet übertragbar sind. Denn es ist davon auszugehen, dass die wirtschaftlichen und sozialen Lebensverhältnisse im Süden und Westen anders strukturiert sind als im Norden und Osten.

Sozioökonomische Strukturen der beratenen Personen

Auch wenn davon auszugehen ist, dass die von den Schuldnerberatungsstellen betreuten Menschen nicht alle überschuldet sein müssen, sondern einige auch nur einen vorübergehenden finanziellen Engpass zu meistern haben, sich also subjektiv überschuldet fühlen, befinden sie sich in einer schwierigen Lage, die oftmals mit Armut und Ausgrenzung gleichzusetzen ist.

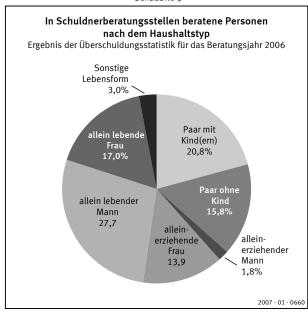
Von diesen Problemen sind Frauen und Männer gleichermaßen betroffen, die auch in fast identischer Zahl die Beratungsstellen aufsuchten. Rund 30% aller beratenen Personen, die zum Kundenkreis der Beratungsstellen gehörten, waren zwischen 35 und 45 Jahren alt. Diese Altersgruppe nahm damit am häufigsten Beratungsdienste in Anspruch. Jeweils ein knappes Viertel aller beratenen Personen war zwischen 25 und 35 bzw. zwischen 45 und 55 Jahren alt. Betrachtet man die Anteile der Altersgruppen 25 bis unter 35 Jahre und 35 bis unter 45 Jahre an der Gesamtbevölkerung über 18 Jahren (14 bzw. 20%), so zeigt sich, dass diese beiden Altersgruppen überdurchschnittlich häufig eine Beratungsstelle aufsuchten. Jüngere Menschen unter 25 Jahren machten nur einen Anteil von 9% aus; dies entspricht in etwa ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung. Senioren über 65 Jahre zählten noch seltener (3,7 %) zur Klientel der Beratungsstellen. Personen über 65 Jahre waren damit deutlich weniger häufig bei den Beratungsstellen anzutreffen, als es ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung (24%) entspricht.

Schaubild 2



Nahezu die Hälfte (45%) aller beratenen Personen lebt allein, wobei deutlich mehr allein lebende Männer als allein lebende Frauen überschuldet waren. Damit sind die Einpersonenhaushalte überproportional an der Überschuldung beteiligt, denn in Deutschland liegt der Anteil der Singlehaushalte an allen Haushalten bei 37,5%. Über ein Fünftel aller einbezogenen Personen lebte in einer Paarbeziehung mit Kind(ern). Rechnet man noch die Haushalte hinzu, bei denen ein Elternteil für die Erziehung der Kinder die alleinige Verantwortung trägt (16%), waren in 36% der Fälle Kinder von der Überschuldung und ihren Konsequenzen betroffen. Bei den alleinerziehenden überschuldeten Personen handelte es sich fast ausschließlich um Frauen (14 % gegenüber 2% alleinerziehender Männer). An der Gesamtbevölkerung über 18 Jahren haben alleinerziehende Frauen aber nur einen Anteil von 3%. Rund 16% der beratenen Personen





lebten in einer Paarbeziehung ohne Kind. 3 % der beratenen Personen befanden sich in Heimen oder Anstalten.

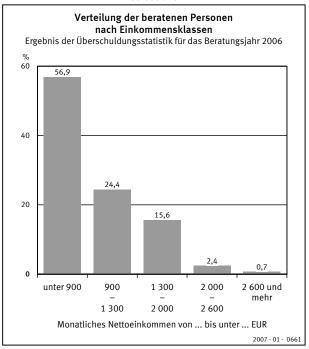
Deutlich über 60% aller überschuldeten Personen waren ledig, geschieden oder verwitwet. Diese Personen müssen nicht zwangsläufig in einem Singlehaushalt leben, sondern können auch in eine Partnerschaft eingebunden sein. Insofern gibt es keinen Widerspruch zum Anteil der Einpersonenhaushalte, der sich auf 45% beläuft. Alle übrigen Personen leben als Verheiratete zusammen oder von ihrem ehemaligen Partner getrennt mit einer anderen Person zusammen.

Der Anteil der beratenen Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, war mit 7% relativ gering. Gemessen an der gesamten Wohnbevölkerung Deutschlands über 18 Jahre beläuft sich der Anteil der ausländischen Mitbürger auf 9%. Dies würde bedeuten, dass ausländische Personen die Dienste der Beratungsstellen weniger beanspruchten als die deutschen Staatsangehörigen. Dies muss aber nicht bedeuten, dass sie weniger überschuldet waren. Möglicherweise können auch fehlende Kenntnisse der deutschen Sprache oder Unkenntnis der vorhandenen Einrichtungen dazu geführt haben, dass ausländische Mitbürger seltener bei den Beratungsstellen anzutreffen waren.

Mehr als die Hälfte aller beratenen Personen war, als sie eine Schuldnerberatungsstelle aufsuchte, arbeitslos oder erwerbsfähiger Bezieher von öffentlichen Transferzahlungen nach SGB II. Nicht einmal 30 % gingen einer geregelten Beschäftigung nach. Besonders hoch war der Anteil der Arbeitslosen bzw. Transferempfänger bei alleinerziehenden Frauen (62 %). Auch ledige Personen fielen häufiger unter diese Kategorie als solche mit einem anderen Familienstand. Von den jungen Frauen und Männern unter 25 Jahren, die sich im Jahr 2006 beraten ließen, waren nahezu zwei Drittel arbeitslos. Arbeitslosigkeit betrifft aber nicht nur ungelernte Kräfte, denn zwei Drittel aller überschuldeten Personen besaßen eine abgeschlossene Berufsausbildung oder wiesen ein Studium auf. Nur von den jüngeren über-

schuldeten Personen unter 25 Jahren besaßen lediglich 39 % eine abgeschlossene Berufsausbildung oder befanden sich in Ausbildung; über 60 % konnten keinen Abschluss aufweisen.

Schaubild 4



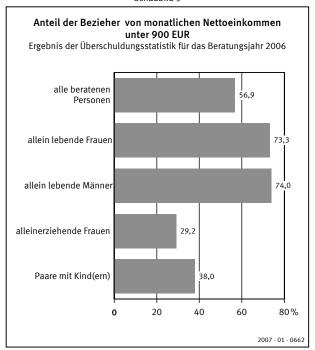
Durchschnittliches Nettoeinkommen und Einkunftsarten

Bei 57% aller beratenen Personen lag das monatliche Nettoeinkommen unter 900 Euro. Ein weiteres Viertel konnte immerhin noch Einkünfte von 900 bis 1 300 Euro pro Monat

Tabelle 2: Beratene Personen nach Nettoeinkommen und Haushaltstyp Ergebnis der Überschuldungsstatistik für das Beratungsjahr 2006 Prozent

Haushaltstyp	Monatliches Nettoeinkommen von bis unter EUR								
nausnaustyp	unter 900	900 – 1 300	1 300 – 2 000	2 000 – 2 600	über 2 600				
Beratene Personen insgesamt allein lebende Frau alleinerziehende Frau	56,9 73,3	24,4 20,0	15,6 5,9	2,4 0,6	0,7 0,2				
mit einem Kind	36,5	47,1	15,2	1,0	0,2				
mit zwei Kindern	19,4	37,8	40,5	1,7	0,6				
mit drei und mehr Kindern	15,6	19,4	51,5	11,0	2,5				
allein lebender Mann	73,8	17,2	7,9	0,8	0,3				
mit einem Kind	40,8	36,5	19,4	2,8	0,5				
mit zwei Kindern	26,0	25,2	41,5	4,9	2,4				
mit drei und mehr Kindern	17,4	21,7	45,7	15,2	_				
Paar									
ohne Kind	58,2	26,7	12,7	1,8	0,6				
mit einem Kind	43,0	29,2	22,7	3,7	1,4				
mit zwei Kindern	35,2	23,8	32,2	6,9	1,9				
mit drei und mehr Kindern	31,1	17,5	34,7	12,4	4,3				
sonstige Lebensform	71,5	16,8	10,7	0,9	0,1				

Schaubild 5

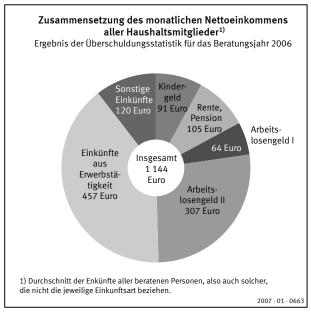


vorweisen. Nicht einmal 1% aller beteiligten Personen bezog Einkünfte von mehr als 2600 Euro. Mit niedrigen Nettoeinkommen mussten vor allem alleinstehende Frauen und Männer auskommen. Fast drei Viertel dieses Personenkreises gaben an, Nettoeinkommen von weniger als 900 Euro zu beziehen. Sie liegen damit unterhalb der Pfändungsfreigrenze, die zurzeit für alleinstehende Personen 990 Euro beträgt.

Die Haushalte, denen die beratenen Personen angehörten, erreichten im Durchschnitt ein Nettoeinkommen von zusammen 1144 Euro pro Monat. Davon musste etwa ein Drittel für Miete einschließlich Energiekosten aufgewendet werden, sodass für einen überschuldeten Haushalt 755 Euro für den übrigen Lebensunterhalt und eine angestrebte Schuldentilgung ausreichen mussten. Allein lebende Frauen und Männer aller Altersklassen gaben an, über Einkünfte von durchschnittlich 780 Euro pro Monat zu verfügen. Die allein lebenden Frauen mussten davon allein 40% für das Wohnen aufbringen, sodass ihnen für alle übrigen Ausgaben nur noch 460 Euro verbleiben. Hohen Belastungen sind auch alleinerziehende Frauen ausgesetzt. So konnte beispielsweise ein Haushalt einer alleinerziehenden Frau mit drei und mehr Kindern nach Abzug der Wohnkosten noch 1083 Euro für den Lebensunterhalt der gesamten Familie ausgeben. Allerdings erwirtschafteten die beratenen Frauen im Durchschnitt ein um 20 % höheres Einkommen als männliche Überschuldete.

Das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen setzt sich aus verschiedenen Komponenten zusammen. Wichtigste Einkommensquelle für die Haushalte waren im Beratungsjahr 2006 die Bezüge aus Erwerbstätigkeit, die im Durchschnitt 40% zum Mittelaufkommen beitrugen. Zweitwichtigste Einnahmequelle war das Arbeitslosengeld II, das 27% beisteuerte. Bei Einpersonenhaushalten und

Schaubild 6



Alleinerziehenden machte das Arbeitslosengeld II, das aus der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe entstanden ist, ein Drittel des Haushaltsnettoeinkommens aus. Bei überschuldeten Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, war das Arbeitslosengeld II mit knapp 40% sogar die wichtigste Einkommenskomponente.

Zum monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 1144 Euro trug die beratene Person im Durchschnitt 940 Euro bei. Dies bedeutet, dass alle übrigen Haushaltsmitglieder nicht einmal ein Fünftel zum Gesamteinkommen beisteuerten. Das erscheint plausibel, da über 60% der überschuldeten Personen alleinstehend oder alleinerziehend waren und somit nur ein Einkommensbezieher existiert. Allerdings ist auch nicht ganz auszuschließen, dass die Einkünfte der übrigen Haushaltsmitglieder nicht immer offengelegt werden oder auch der beratenen Person nicht bekannt sind.

Das durchschnittliche monatliche Einkommen und seine Zusammensetzung lassen sich auf zwei verschiedene Arten berechnen. Zum einen können die einzelnen Einkünfte durch

Tabelle 3: Durchschnittliche monatliche Einkünfte je Person mit der jeweiligen Einkunftsart Ergebnis der Überschuldungsstatistik für das Beratungsjahr 2006

Einkünfte aus	EUR
Erwerbstätigkeit	1163
Ausbildungsbezügen und Beihilfen	403
selbstständiger Tätigkeit	889
Arbeitslosengeld I	687
Arbeitslosengeld II	
Rente, Pension	
Unterhaltszahlungen von Privatpersonen	248
Vermögen	413
Sozialhilfe gemäß SGB XII	376
Kindergeld	257
Erziehungsgeld	310
Wohngeld	156
Krankengeld	794
sonstigen Einkünften	273

die Gesamtzahl aller beratenen Personen geteilt werden, unabhängig davon, welche Einkunftsart bezogen wurde. Damit lassen sich die einzelnen Komponenten zum Gesamteinkommen addieren. Deutlich höher sind die durchschnittlichen Einkünfte der Personen, die über eine bestimmte Einkunftsart verfügen können, aus dieser Einkunftsart. So erhielten Personen, die einer Erwerbstätigkeit nachgingen, im Durchschnitt 1163 Euro Entgelt. Arbeitslose bezogen ein Arbeitslosengeld I von durchschnittlich 687 Euro oder ein Arbeitslosengeld II von durchschnittlich 630 Euro. Die Durchschnittsbeträge sind der Tabelle 3 zu entnehmen.

Gründe für die Überschuldung

Die Gründe, weshalb eine Person nicht mehr in der Lage ist, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, werden von den Beratungsstellen aus den oftmals subjektiven Ausführungen der Beratenen abgeleitet. Meistens sind mehrere Faktoren ursächlich für die Überschuldung, insbesondere wenn bei ohnehin schon niedrigem Einkommen unerwartete Ereignisse die bisherige Lebensführung beeinträchtigen. Für die Statistik ist aber immer nur ein Hauptgrund maßgeblich.

Schaubild 7 Ausgewählte Hauptgründe für die Überschuldung Ergebnis der Überschuldungsstatistik für das Beratungsjahr 2006 Arbeitslosigkeit 29.6 Trennung/Scheidung 13.0 gescheiterte 10,3 Selbstständigkeit Erkrankung, Unfall, Sucht unwirtschaftliche Haushaltsführung gescheiterte Immobilien-3,8 finanzierung unzureichende Kreditberatung 10 20 0 30% 2007 - 01 - 0664

Als wichtigster Faktor für die Überschuldungssituation wird in knapp 30% der Fälle der Eintritt der Arbeitslosigkeit genannt. Veränderungen der Lebensverhältnisse, sei es durch Trennung, Scheidung oder Tod eines Partners, sowie Unfälle, Krankheit oder Suchtprobleme, sind bei 22% der beratenen Personen Auslöser der Überschuldung.

Da auch sehr viele Selbstständige die Dienste der Beratungsstellen in Anspruch nehmen, ist das wirtschaftliche Scheitern des Unternehmens oder Betriebs häufig die Ursache für die persönliche Überschuldung (10%).

Tabelle 4: Gründe für die Überschuldung Ergebnis der Überschuldungsstatistik für das Beratungsjahr 2006

Gründe für die Überschuldung	Prozent
Arbeitslosigkeit	29,6
Trennung, Scheidung, Tod	13,1
Erkrankung, Sucht	8,3
Unfall	0,3
Unwirtschaftliche Haushaltsführung	8,5
Gescheiterte Selbstständigkeit	10,3
Zahlungsverpflichtung aus Bürgschaft oder Mithaftung	1,5
Gescheiterte Immobilienfinanzierung	3,8
Schadenersatz wegen unerlaubter Handlungen	0,5
Haushaltsgründung/Geburt eines Kindes	1,0
Nichtinanspruchnahme von Sozialleistungen	0,2
Unzureichende Kredit- oder Bürgschaftsberatung	3,4
Sonstiges	19,5
Insgesamt	100

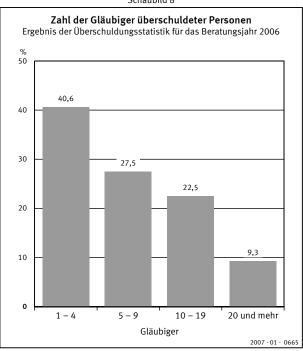
Insbesondere von Ledigen und Personen zwischen 25 und 35 Jahren wird die Arbeitslosigkeit für den Eintritt der Überschuldung überdurchschnittlich häufig verantwortlich gemacht. Die Veränderung der Lebensumstände durch Trennung ist bei über 38 % der verheirateten, aber getrennt lebenden Personen Auslöser der schwierigen Situation.

Während bei jüngeren Menschen vor allem Arbeitslosigkeit und Änderung der Lebensumstände bestimmende Faktoren sind, sehen ältere Menschen über 55 Jahre den Grund für ihre Überschuldung häufiger als jüngere in unzureichender Kreditberatung und gescheiterter Immobilienfinanzierung.

Gläubiger und Forderungen

Die Überschuldung der untersuchten Personen beschränkt sich auf verhältnismäßig wenige Gläubiger. Über 40% aller überschuldeten Personen hatten finanzielle Verpflichtungen gegenüber höchstens vier Gläubigern, bei 14% bestanden

Schaubild 8



sogar nur Forderungen eines Gläubigers. Nur in 9 % der Fälle besaßen 20 und mehr Gläubiger Ansprüche gegenüber der überschuldeten Person. Diese hohe Gläubigerzahl dürfte vor allem bei Personen zutreffen, die früher einer selbstständigen Tätigkeit nachgegangen sind und daraus noch Verbindlichkeiten haben. Allein lebende Frauen hatten häufiger einen bis vier Gläubiger als alle übrigen Gruppen. Auch ältere Menschen hatten im Durchschnitt weniger Gläubiger als alle übrigen Altersklassen.

Fast 40% der beratenen Personen waren mit weniger als 10000 Euro bei ihren Gläubigern in Rückstand. Weitere 46% hatten Schulden von 10000 bis 50000 Euro. Nur bei 8% der beratenen Personen überstiegen die Verbindlichkeiten die 100000-Euro-Grenze (siehe Anhangtabelle 2 auf S. 957).

Jüngere Menschen unter 35 Jahren hatten zwar häufiger mehr Gläubiger als andere Altersklassen, jedoch lagen bei der Mehrzahl dieser Fälle die Forderungen unter 10 000 Euro. Ältere überschuldete Personen über 65 Jahre hatten zwar in der Regel nicht so viele Gläubiger, jedoch beliefen sich ihre Schulden häufiger auf über 10 000 Euro.

Die überschuldeten Personen hatten im Durchschnitt Schulden in Höhe von knapp 37 000 Euro. 13 % der Paare ohne Kind und 14 % der 55- bis unter 65-Jährigen wiesen Verbindlichkeiten von mehr als 100 000 Euro auf. Diese beiden Personenkreise hatten im Durchschnitt Schulden von 53 000 bzw. 58 000 Euro angesammelt. Bei den unter 25-Jährigen beliefen sich die durchschnittlichen Schulden auf etwa 8 000 Euro

Frauen haben im Durchschnitt deutlich weniger Schulden als Männer. Mit durchschnittlich knapp 29000 Euro haben die alleinstehenden Frauen die niedrigsten Schulden. Personen, die aufgrund einer gescheiterten Immobilienfinanzierung die Dienste einer Beratungsstelle nutzen, müssen für Schulden von durchschnittlich 137000 Euro geradestehen. Liegt der Grund für die Überschuldung dagegen in der Nichtinanspruchnahme von Sozialleistungen, sind im Durchschnitt nur 7000 Euro aufzubringen.

Die Gesamtschulden setzen sich aus mehreren Schuldenarten zusammen. In Tabelle 5 werden die Summen der einzelnen Schuldenarten durch die Gesamtzahl der beratenen Personen geteilt, unabhängig davon, ob gegen sie eine derartige Forderung bestand. Die einzelnen Durchschnittsbeträge lassen sich zur Gesamtsumme von 36874 Euro addieren.

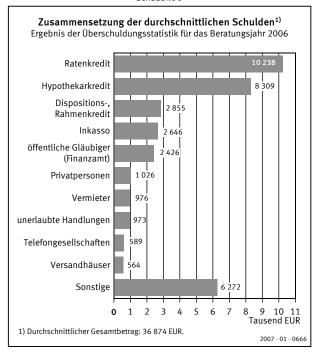
Wichtigste Gläubiger waren mit 58 % die Banken, bei denen die beratenen Personen im Durchschnitt mit 21 402 Euro verschuldet waren. Etwa die Hälfte dieser Forderungen war in Form eines Ratenkredites vergeben worden. Mit großem Abstand folgen die öffentlichen Gläubiger wie zum Beispiel die Finanzbehörden, die nur knapp 7% zu den Gesamtschulden beitrugen. Zwar sind die "sonstigen Forderungen" höher, dabei handelt es sich aber um eine Sammelposition, in der insbesondere die Forderungen aus einer früheren gewerblichen Tätigkeit enthalten sind.

Tabelle 5: Zusammensetzung der durchschnittlichen Forderungen Ergebnis der Überschuldungsstatistik für das Beratungsjahr 2006

Gegenstand der Nachweisung	Durchschnittliche Forderungssummen aller beratenen Personen	Durchschnittliche Summe je Person mit der jeweiligen Forderungsart
Insgesamt	36874	36874
Kreditinstitute		
Ratenkredit	10 238	24 465
Dispositions-, Rahmenkredit .	2855	8719
Hypothekarkredit	8 309	119828
Versicherungen	345	1 429
Versandhäuser	564	1 975
Inkassobüros	2 646	7 190
Öffentliche Gläubiger		
Finanzamt	1 080	12958
Sonstige öffentliche Gläubiger	1 346	2 965
Energieunternehmen	165	965
Telefongesellschaften	589	1 516
Vermieter	976	3 664
Gewerbetreibende	498	3 540
Freie Berufe	191	1 534
Privatpersonen	1 026	12 505
Unerlaubte Handlungen	973	10622
Unterhaltsverpflichtungen	355	6 1 6 4
Sonstiges	4719	12112

Je nach Alter und Lebensform bestimmen unterschiedliche Gläubiger die Verschuldung der Personen. Die höchsten Schulden bei Kreditinstituten haben die 55- bis unter 65-Jährigen. Telefongesellschaften haben gegenüber den unter 20-Jährigen fast doppelt so hohe Außenstände wie im Durchschnitt aller Altersklassen. Das gleiche Verhältnis gilt für Unterhaltsverpflichtungen von 35- bis unter 45-Jährigen. Auch die Schulden alleinerziehender Frauen mit drei Kindern bei Versandhäusern und Vermietern sind fast doppelt so hoch wie im Durchschnitt.

Schaubild 9



Hat eine beratene Person Schulden bei einem bestimmten Gläubiger, so liegen diese sehr viel höher. So belaufen sich die zu begleichenden Hypothekarkredite auf durchschnittlich fast 120000 Euro und die Ratenkredite auf rund 25000 Euro. Bestehen die Schulden beispielsweise gegenüber einem Versandhaus, so wurden dort Schulden von durchschnittlich rund 2000 Euro angehäuft, bei Vermietern waren es 3700 Euro, bei Telefongesellschaften 1500 Euro und bei Energieunternehmen 1000 Euro.

Ergebnisse der Beratung

23764 oder rund 70% der 33141 Personen, für die Daten aus dem Jahr 2006 zur Verfügung gestellt wurden, waren zum Jahresende noch in Beratung. Die übrigen 9377 Fälle wurden von den Beratungsstellen als beendet erklärt. Der verhältnismäßig niedrige Anteil beendeter Beratungen dürfte vor allem damit zusammenhängen, dass die "Altfälle", also die Personen, die sich schon längere Zeit in Beratung befinden, unterrepräsentiert sind. Zum einen wurde für diesen Personenkreis in den meisten Fällen keine elektronische Akte mehr angelegt, zum anderen war es auch nicht möglich, von diesem Personenkreis die erforderliche Zustimmung zur statistischen Datenverwertung einzuholen.

Bei 44% der sich noch in Beratung befindenden Personen fand eine Beratung statt, ohne dass bis dahin eine Perspektive für einen Insolvenzantrag bestand. Es ist aber nicht auszuschließen, dass es zu einem späteren Zeitpunkt zur Einleitung eines Insolvenzverfahrens kommen kann. Ein Viertel der noch beratenen Personen wurde von der Beratungsstelle während der Beantragung eines Insolvenzverfahrens begleitet. Das bedeutet, dass für diese Personen ein Insolvenzverfahren eröffnet werden sollte und die Schuldner noch in der sechsjährigen Wohlverhaltensphase mit Restschuldbefreiung rechnen können. Bei 28% der beratenen Personen waren die Schuldnerberatungsstellen bemüht, eine außergerichtliche Schuldenregulierung zwischen Schuldnern und Gläubigern herbeizuführen. Der außergerichtliche Einigungsverzicht ist Voraussetzung für ein Insolvenzverfahren. Nur wenn dieser nachweislich scheitert, kann bei Gericht ein Insolvenzverfahren beantragt werden, mit dem Ziel, Restschuldbefreiung zu erlangen. Die Begleitung bei der Erfüllung des außergerichtlichen Vergleichs war aber nur bei 3% der Fälle Anlass, die Beratung fortzuführen.

Von den über 9000 Beratungen, die im Laufe des Jahres 2006 als beendet erklärt wurden, konnten bei einem knappen Fünftel mit Hilfe der Beratungsstellen die Schulden außergerichtlich reguliert werden. In weiteren 6% der beendeten Fälle wurde durch die Unterstützung der Beratungsstellen der den Gerichten vorgelegte Schuldenbereinigungsplan angenommen. In 170 Fällen (2%) konnte die während der sechsjährigen Wohlverhaltensphase erfolgte Begleitung mit Erteilung der Restschuldbefreiung beendet werden. Damit haben zumindest bei einem Viertel aller abgeschlossenen Fälle die Beratungsstellen dazu beigetragen, dass ein Ende der Überschuldung zu erwarten ist.

In 38% der Fälle wurde, nachdem eine außergerichtliche Einigung oder ein gerichtlicher Schuldenbereinigungsplan

gescheitert war, ein Verbraucher- oder Regelinsolvenzverfahren eröffnet. Eine weitere Begleitung während der Wohlverhaltensphase war aber in diesen Fällen nicht vorgesehen. Auch in der Mehrzahl dieser Fälle dürfte es am Ende, also nach Erteilung der Restschuldbefreiung, zu einer Entschuldung kommen.

In über 30% der Fälle erfolgte ein Abbruch oder eine Weitervermittlung an eine andere Stelle. In den meisten dieser Fälle ging der Abbruch von den Schuldnern selbst aus oder er erfolgte wegen Ablebens des Schuldners.

Personalausstattung der Beratungsstellen

Von den 124 Beratungsstellen, die sich an der ersten Erhebung beteiligt haben, befand sich ein Viertel unter der Trägerschaft der Diakonie oder war dort Mitglied. Jeweils ein Achtel war durch die Caritas oder die Arbeiterwohlfahrt organisiert. Etwa 9% der Beratungsstellen unterstanden den Kommunen.

Die Beratungsstellen informierten auch über ihre Personalausstattung. Diese wurde in Vollzeitäquivalente, sogenannte Mitarbeiterkapazitäten (MAK), umgerechnet. Bei den 124 Beratungsstellen waren 382 Vollzeitstellen für die Schuldnerberatung eingesetzt und 102 MAK in der Verwaltung tätig. Damit waren die Beratungsstellen im Durchschnitt mit drei Beratern bzw. Beraterinnen und einer Verwaltungskraft ausgestattet.

Ein Drittel aller Beratungskräfte waren Sozialpädagogen und rund ein Viertel waren Sozialarbeiter bzw. Sozialarbeiterinnen.

Eine ausführliche Übersicht über sämtliche Träger und Berufsfelder der Berater bzw. Beraterinnen steht auf Anfrage beim Verfasser zur Verfügung.

Anhangtabelle 1: Sozioökonomische Merkmale der beratenen Personen Ergebnis der Überschuldungsstatistik für das Beratungsjahr 2006

				Erwerbss	situation			Berufsbildung	
Gegenstand der Nachweisung	Personen insgesamt		selbstständig erwerbstätig	abhängig erwerbstätig	arbeitslos	anderweitig nicht erwerbstätig ¹)	mit Berufs- ausbildung/ Studium	in Berufs- ausbildung/ Studium	ohne Berufs- ausbildung/ Studium
	Anzahl				C	%			
Beratene Personen insgesamt ²)	33 141	100	0,9	28,7	53,1	17,3	66,2	1,8	32,0
Haushalte mit Personen									
1	15 261 8 211 5 002 2 948 1 719	46,0 24,8 15,1 8,9 5,2	0,8 0,8 0,9 1,2 0,6	24,9 30,3 34,8 32,7 30,4	54,6 50,3 52,5 53,6 54,9	19,6 18,5 11,9 12,6 14,1	66,2 68,8 65,4 64,5 58,5	2,4 1,7 1,3 0,8 0,4	31,3 29,5 33,3 34,6 41,1
Haushaltstyp		-,-	-,-	,.	- ,,,	,-	3.5,5	-,,	7-,-
allein lebende Frau alleinerziehende Frau	5 620	17,0	0,6	23,5	48,8	27,2	61,9	2,8	35,4
mit einem Kind mit zwei Kindern mit drei und mehr	2745 1337	8,3 4,0	0,4 0,6	28,4 25,5	59,3 64,2	11,9 9,7	64,3 63,5	2,2 1,0	33,5 35,5
Kindern	527 9182	1,6 27,7	0,4 0,9	17,8 25,4	71,2 58,5	10,6 15,1	53,9 69,0	0,8 2,2	45,4 28,8
mit einem Kind mit zwei Kindern mit drei und mehr	422 123	1,3 0,4	2,1 -	34,8 42,3	55,5 54,5	7,6 3,3	75,6 80,5	0,5 2,4	23,9 17,1
Kindern Paar	46	0,1	-	30,4	60,9	8,7	82,6	-	17,4
ohne Kind	5 236 3 225 2 328 1 359 991	15,8 9,7 7,0 4,1 3,0	1,0 1,0 1,3 0,7 1,2	32,2 38,5 34,8 30,8 28,9	44,6 48,0 51,7 53,1 50,8	22,3 12,5 12,2 15,5 19,2	72,0 66,9 64,7 59,2 53,3	1,3 0,9 0,7 0,4 5,4	26,7 32,2 34,5 40,4 41,3
Geschlecht	//-	5,0	1,2	20,7	50,0	17,2	55,5	2,4	41,5
weiblich männlich	16 468 16 673	49,7 50,3	0,6 1,1	26,1 31,3	52,7 53,6	20,6 14,0	62,1 70,2	1,9 1,8	36,0 28,0
Familienstand									
ledigverheiratet ³)verheiratet, getrennt	11 980 9 670	36,1 29,2	0,7 1,1	23,8 34,1	61,5 45,3	14,0 19,5	57,4 68,7	4,2 0,7	38,4 30,6
lebendverwitwetgeschieden	2839 1062 7590	8,6 3,2 22,9	0,9 0,9 0,8	36,2 15,4 28,6	52,0 25,3 54,2	10,8 58,3 16,3	73,6 67,9 73,8	0,5 0,4 0,4	25,9 31,7 25,8
Alter von bis unter Jahren									
unter 25	3 053 8 038 9 868 7 641 3 305	9,2 24,3 29,8 23,1 10,0	0,5 0,6 1,0 1,1	15,3 29,0 36,7 31,4 20,5	63,7 59,9 53,7 53,0	20,6 10,5 8,6 14,4	26,5 58,4 73,6 75,6	12,3 2,1 0,3 0,1	61,1 39,4 26,1 24,3
65 – 65	763 473	10,0 2,3 1,4	1,0 0,4 -	20,5 2,8 -	45,4 - -	33,2 96,9 100,0	76,3 71,0 68,9	0,4 0,5 0,2	23,2 28,4 30,9

¹⁾ Rentner/-innen, Hausfrauen/-männer, Schüler/-innen, Studierende, Sozialhilfeempfänger/-innen. – 2) Alle Personen, die sich bereit erklärt haben, dass ihre Angaben für statistische Zwecke verwendet werden. – 3) Einschl. eingetragener Lebenspartnerschaften.

Anhangtabelle 2: Verschuldung der beratenen Personen Ergebnis der Überschuldungsstatistik für das Beratungsjahr 2006

			Zahl der (Gläubiger		Sc	hulden von	bis unter E	EUR		
Gegenstand der Nachweisung	Personen - insgesamt	1 – 4	5 – 9	10 – 19	20 und mehr	unter 10 000	10 000 - 50 000	50 000 - 100 000	100 000 und mehr		
_	Anzahl				9	6		l			
Beratene Personen	'										
insgesamt¹)	33 141	40,6	27,5	22,5	9,3	39,2	45,6	7,4	7,8		
Haushalte mit Personen											
1	15 261	42,7	27,3	21,7	8,3	43,7	44,4	6,3	5,5		
2	8211	42,2	27,3	21,8	8,7	37,0	45,1	7,8	10,0		
3	5 002	<i>36,8</i>	28,5	23,9	10,8	<i>35,1</i>	47,1	8,5	9,2		
4	2948	<i>37,4</i>	27,7	23,4	11,5	<i>33,2</i>	47,5	9,6	<i>9</i> ,6		
5 und mehr	1719	32,2	27,2	27,2	13,4	31,9	49,8	9,0	9,2		
Haushaltstyp											
allein lebende Frau alleinerziehende Frau	5 620	48,8	25,9	17,8	7,4	47,1	41,8	5,6	5,4		
mit einem Kind	2745	37,2	27,1	25,4	10,3	45,5	43,1	5 , 2	6,2		
mit zwei Kindern mit drei und mehr	1337	35,5	26,3	26,2	12,1	39,6	44,9	6,6	9,0		
Kindern	527	34,2	23,3	24,3	18,2	42,1	43,3	7,6	7,0		
allein lebender Mann .	9182	39,1	28,2	23,8	8,9	41,8	46,0	6,7	5,5		
alleinerziehender Mann		,	-,	-,-	-,-	. , .	, .		-,-		
mit einem Kind	422	32,2	30,3	25,1	12,3	30,6	52,1	8,1	9,2		
mit zwei Kindern	123	39,0	30,1	17,1	13,8	30,1	43,1	15,4	11,4		
mit drei und mehr											
Kindern Paar	46	37,0	21,7	28,3	13,0	30,4	54,3	6,5	8,7		
ohne Kind	5 236	45,2	27,1	20,1	7,6	31,4	46,4	9,3	12,9		
mit einem Kind	3 2 2 5	36,3	29,2	24,3	10,2	33,2	47,8	9,7	9,3		
mit zwei Kindern mit drei und mehr	2 328	37,5	28,7	23,1	10,7	31,5	48,4	9,9	10,2		
Kindern	1 359	33,1	26,6	26,9	13,4	31,3	50,6	8,9	9,1		
sonstige Lebensform	991	40,5	29,3	21,5	8,8	45,9	43,9	6,0	4,2		
Geschlecht											
weiblich	16 468	43,2	26,4	21,3	9,1	42,4	43,6	6,6	7 , 5		
männlich	16 673	38,1	28,7	23,7	9,6	36,1	47,5	8,3	8,0		
Familienstand											
ledig	11 980	<i>39,2</i>	27,7	23,6	9,5	<i>53,8</i>	40,3	3,4	2,5		
verheiratet ²) verheiratet, getrennt	9670	42,7	27,3	21,3	8,6	28,9	48,2	10,2	12,7		
lebend	2839	38,5	28,5	24,0	9,0	29,7	46,1	10,7	13 , 5		
verwitwet	1 062	48,3	25,5	18,4	7,8	34,2	47,2	8,9	9,7		
geschieden	7 590	40,0	27,4	22,2	10,3	33,8	50,0	8,9	7,4		
Alter von bis unter Jahren											
unter 25	3 0 5 3	39,4	29,5	21,9	9,2	<i>78,5</i>	20,2	0,8	0,4		
25 – 35	8038	32,6	27,2	27,3	12,8	46,4	46,7	3,7	3,2		
35 – 45	9868	39,0	27,8	23,9	9,4	31,2	50,5	9,6	8,7		
45 – 55	7 641	42,8	28,3	20,7	8,2	30,9	47,8	10,0	11,3		
55 – 65	3 305	51,9	26,4	16,2	5,5	29,5	45,5	10,8	14,2		
65 – 70	763	65,8	21,2	8,8	4,2	31,3	51,0	7,2	10,5		
70 und mehr	473	64,3	20,3	11,8	3,6	45,0	41,2	5,7	8,0		

¹⁾ Alle Personen, die sich bereit erklärt haben, dass ihre Angaben für statistische Zwecke verwendet werden. – 2) Einschl. eingetragener Lebenspartnerschaften.

Anhangtabelle 3: Gründe für die Überschuldung der beratenen Personen Ergebnis der Überschuldungsstatistik für das Beratungsjahr 2006

					Hauptgru	ınd der Übers	chuldung			
Gegenstand der Nachweisung	Personen insgesamt	Arbeits- losigkeit	Trennung, Scheidung, Tod des Partners/der Partnerin	Erkrankung, Sucht, Unfall	Unwirt- schaftliche Haushalts- führung	Gescheiterte Selbst- ständigkeit	Zahlungs- verpflich- tung aus Bürgschaft, Übernahme oder Mithaftung	Gescheiterte Immobilien- finanzierung	Unzu- reichende Art der Kredit- oder Bürgschafts- beratung	Sonstiges
	Anzahl					%				
Beratene Personen insgesamt ¹)	33 141	29,6	13,1	8,6	8,5	10,3	1,5	3,8	3,4	21,1
Haushalte mit Personen										
1	15 261	29,9	13,1	12,0	7,4	9,5	1,1	2,4	3,2	21,3
2	8 211	28,2	13,9	7,0	8,7	12,1	2,1	4,4	3,7	19,8
3	5 002	28,9	15,8	5,5	9,3	10,2	1,8	5,2	3,2	20,2
4 5 und mehr	2 948 1 719	31,1 33,3	9,4 9,0	3,9 3,9	10,0 12,3	<i>9,8</i> 8,8	1,9 1,3	6,3 5,2	4,1 2,8	23,5 23,4
	1719	22,2	9,0	3,9	12,3	0,0	1,3	5,∠	2,0	25,4
Haushaltstyp allein lebende Frau	5 620	26,2	14,8	10,1	7,8	7,9	2,0	2,7	4,0	24,5
alleinerziehende Frau	2745	27.1	22.4	<i>(</i> 0	0.5	<i>5.0</i>	2.2	2.7	2.5	24.0
mit einem Kind mit zwei Kindern mit drei und mehr	2745 1337	27,1 21,1	23,4 35,5	6,0 4,0	8,5 8,6	5,8 4,8	2,2 1,4	2,7 3,8	2,5 2,2	21,9 18,6
Kindern	527	21,4	32,1	3,2	9,5	4,7	1,9	3,0	2,7	21,4
allein lebender Mann . alleinerziehender Mann	9182	32,7	11,8	13,0	7,1	10,5	0,6	2,1	2,8	19,5
mit einem Kind	422	28,0	28,7	4,5	5 , 2	12,8	0,2	3,1	2,1	15,4
mit zwei Kindern mit drei und mehr	123	24,4	35,0	4,9	4,1	11,4	1,6	6,5	1,6	10,6
Kindern Paar	46	32,6	21,7	8,7	8,7	10,9	_	4,3	-	13,0
ohne Kind	5 236	29,0	7,8	7,4	9,1	15,7	2,1	5, 8	4,6	18,7
mit einem Kind	3 225	32,2	7,5	5,8	8,9	12,4	1,9	6,1	3,2	22,0
mit zwei Kindern mit drei und mehr	2 328	32,6	5,8	3,5	10,7	10,4	2,0	6,7	4,2	24,1
Kindern	1 359	35,0	6,6	3,7	12,1	9,1	1,3	5,0	3,1	24,2
sonstige Lebensform	991	25,0	11,3	13,2	13,7	8,7	2,3	2,0	4,2	19,5
Geschlecht										
weiblich männlich	16 468 16 673	27,1 32,0	16,1 10,2	6,9 10,3	8,8 8,2	8,3 12,2	2,3 0,8	4,0 3,6	3,5 3,3	22,9 19,3
Familienstand										
ledig	11 980	34,6	4,8	11,0	11,3	7,3	1,0	1,3	3,3	25,5
verheiratet ²) verheiratet, getrennt	9670	31,1	4,1	5,9	8,9	14,6	2,1	7,2	4,1	22,2
lebend	2839	20,8	38,4	5,4	5,2	9,4	1,8	4,4	2,4	12,2
verwitwet geschieden	1 062 7 590	10,3 25,7	21,5 27,3	8,1 9,8	7,1 5,1	7,0 10,2	2,1 1,6	4,0 3,2	4,8 3,0	35,3 14,1
Alter von bis unter	7 350	۷.۶,1	27,3	2,0	2,1	10,2	1,0	2,52	<i>ک</i> ون	14,1
Jahren	2.052	22.2	4.4	r 7	1/7	2.4	0.0	0.3	10	26.4
unter 25	3 053 8 038	32,2 33,9	4,1 10,3	5,7 6,8	16,7 10,5	2,1 6,2	0,9 1,4	0,3 2,0	1,9 2,7	36,4 26,3
35 – 45	9868	29,5	18,2	8,9	7,1	11,1	1,4 1,4	2,0 4,6	2,7 3,3	20,5 16,0
45 – 55	7641	29,8	15,0	10,8	5,5	13,6	1,6	5,0	3,4	15,4
55 – 65	3 305	25,6	10,7	10,2	6,2	17,9	2,0	6,2	4,3	17,0
65 – 70	763	7,5	10,6	9,0	11,0	10,9	2,6	4,3	10,5	33,6
70 und mehr	473	3,6	6,8	7,8	14,4	6,6	4,9	4,9	11,4	39,7

¹⁾ Alle Personen, die sich bereit erklärt haben, dass ihre Angaben für statistische Zwecke verwendet werden. – 2) Einschl. eingetragener Lebenspartnerschaften.

Anhangtabelle 4: Durchschnittliche Schulden der beratenen Personen je Gläubigerart Ergebnis der Überschuldungsstatistik für das Beratungsjahr 2006

		Durchschnittliche Schulden bei/aus								
Gegenstand der	Insgesamt					Telefon-		Unterhalts-		
Nachweisung	iiisgesaiiit	Kredit-	Versand-	öffentlichen	Inkasso-	gesell-	Vermietern	verpflich-	Privat-	anderen
		instituten	häusern	Gläubigern	büros	schaften		tungen	personen	Gläubigern
Beratene Personen				· · · · ·				!		1
insgesamt ¹)	36874	21 402	564	2 4 2 6	2646	589	976	355	1026	6890
Haushalte mit										
Personen										
1	30727	16 582	447	2326	2 409	571	844	490	1 043	6016
2	43 222	25 750	582	2 681	3 0 3 6	662	1 046	242	1 169	8 0 5 4
3	39 764	24 946	668	2074	2 428	544	1 155	256	923	6770
4 5 und mehr	43 459 41 416	26 221 24 849	737 915	2 780 2 516	3 072 2 790	527 633	1 015 1 229	176 287	884 743	8 046 7 453
Haushaltstyp	41410	24047	713	2 310	2170	055	122)	207	743	7 433
allein lebende Frau	28 828	16125	587	1 607	2705	440	835	86	1086	5 357
alleinerziehende Frau	20020	10125	30,	100,	2,03	110	033	00	1000	333,
mit einem Kind	30 008	17 785	694	1 590	2733	628	1 150	42	838	4 547
mit zwei Kindern	34 202	22 907	792	1616	2 101	615	1 281	30	863	3 996
mit drei und mehr	2/2/7	20.504	4.020	1.013	2 / 25	74.5	4.000	24	126	
Kindern	34 347 31 575	20 581 16 788	1 038 361	1 913 2 659	3 435 2 233	715 648	1 809 840	24 708	426 1021	4 406 6 318
alleinerziehender Mann	313/3	10700	301	2009	2 2 3 3	040	640	700	1021	0.510
mit einem Kind	37 507	23 909	406	2081	2 299	574	809	608	814	6 0 0 7
mit zwei Kindern	47 798	24 994	510	2603	5 029	670	1 117	1 122	832	10 920
mit drei und mehr										
Kindern	49 158	32 786	269	2362	1818	363	1 249	350	520	9 440
Paar ohne Kind	53 009	31 525	549	3 6 2 7	3 3 5 6	658	1062	386	1 447	10 400
mit einem Kind	42 736	26 159	603	3 627 2 575	2 560	511	1 062	355	1 447 896	7 996
mit zwei Kindern	44 519	27 047	742	2516	2886	504	913	164	1 088	8659
mit drei und mehr										
Kindern	41 595	24 080	922	2 561	2 932	649	1 151	242	690	8 3 6 8
sonstige Lebensform	24 595	14 565	516	1 501	1 682	681	863	318	451	4017
Geschlecht										
weiblich	34 413	20 860	705 625	1754	2691	501	986	62	934	5 9 1 8
männlich	39 304	21 937	425	3 089	2602	675	966	644	1 117	7 849
Familienstand ledig	19883	9337	479	1719	1731	773	913	280	589	4063
verheiratet ²)	52767	32 449	620	3047	3 223	525	997	236	1336	10 333
verheiratet, getrennt	32,70,	32 113	020	501,	3223	323	,,,	250	1330	10333
lebend	49 031	32 070	515	2 428	3 0 5 6	463	1 043	324	1 579	7 554
verwitwet	44 547	28 684	731	1 653	3 0 0 5	272	819	50	1 225	8 108
geschieden	37 821	21 362	622	2858	3 152	470	1 048	677	1 088	6 545
Alter von bis unter										
Jahren unter 25	8179	2322	407	585	901	1 001	645	34	123	2163
25 – 35	20832	10 269	607	1 489	1873	790	1 085	202	499	4020
35 – 45	40 438	23 924	547	2 648	2842	517	982	611	1 160	7 207
45 – 55	49 701	29 998	600	3 502	3 259	530	1 007	469	1 322	9015
55 – 65	58 323	35 775	542	3 456	4 145	219	1 186	110	1759	11 131
65 – 70 70 und mehr	50 864 40 659	33 726	777 435	2 216 1 368	2 644 2 595	196 152	339 217	69 6	2 242 1 180	8 6 5 4
70 und mem	40 659	21 972					217	0	1 100	12735
1				n Hauptgrund		Ü				
Arbeitslosigkeit Trennung, Scheidung,	20 516	10 154	572	1 514	2 286	565	960	384	469	3 613
Tod des Partners/der										
Partnerin	43 083	30134	529	1 555	2 987	434	960	687	1 174	4624
Erkrankung, Sucht, Unfall	21 926	11 556	572	1678	2136	645	999	362	649	3328
unwirtschaftliche										
Haushaltsführung	19853	11 254	955	1 002	1072	1 241	991	252	405	2 681
Selbstständigkeit	96 929	47 088	315	10893	4 645	357	1783	458	2733	28 658
Zahlungsverpflichtungen	90 929	47 000	515	10093	4043	22/	1765	436	2733	20030
aus Bürgschaft, Über-										
nahme oder Mithaftung	63 117	46 206	344	3892	3 860	389	696	109	1129	6 492
gescheiterte Immobilien-	4	44.5-								
finanzierung	137 005	111 884	307	2057	5 858	128	492	89	4817	11 372
Schadenersatz wegen unerlaubter Handlungen	27 160	2 284	373	1 348	823	419	477	4	1364	20 067
Haushaltsgründung/	2/ 100	2 204	כ וכ	1)40	023	417	4//	4	1 704	2000/
Geburt eines Kindes	18 655	11 393	584	802	1 189	647	845	428	487	2 280
Nichtinanspruchnahme										
von Sozialleistungen	7035	2 286	486	345	750	417	1 462	168	92	1032
unzureichende Art der Kredit- oder										
Bürgschaftsberatung	31 123	23 864	544	865	752	854	527	121	747	2848
Sonstiges	20 787	8971	608	1 250	2 572	602	782	192	641	5 169

¹⁾ Alle Personen, die sich bereit erklärt haben, dass ihre Angaben für statistische Zwecke verwendet werden. – 2) Einschl. eingetragener Lebenspartnerschaften.

Dipl.-Volkswirt Stefan P. Rübenach

Todesursache Suizid

Das Thema Suizid wurde lange Zeit tabuisiert, obwohl es einen bedeutenden Teil der Todesursachenstatistik ausmacht. Mit 9 765 Menschen starben im Berichtsjahr 2006 mehr als 1% aller Menschen in Deutschland durch eine Vorsätzliche Selbsttötung/-vergiftung und damit fast doppelt so viele wie durch in der Todesursachenstatistik ausgewiesene Verkehrsunfälle. Der folgende Beitrag beleuchtet das gesellschaftspolitisch brisante Thema aus Sicht der amtlichen Statistik und zeigt die Entwicklung der Sterblichkeit seit 1980 sowohl im geschlechts- und altersspezifischen Vergleich als auch im regionalen Vergleich.

Historie¹)

Die Tabuisierung des Themas Suizid hat eine lange Geschichte: Bereits in den Zeiten altrömischer oder altgriechischer Herrschaft galt die Selbsttötung für Männer wie Frauen als Verbrechen gegen die Gesellschaft. So wurde der Suizid von Dienern und Sklaven als Diebstahl am Herrn betrachtet, der als einziger über seine Untertanen und deren Leben und Tod bestimmen durfte.²) In Athen musste die Erlaubnis zum Suizid erst von der Obrigkeit eingeholt werden; in Rom war vor allem ein Suizid verboten, der zur Schwächung des Staates beitrug – in Zeiten der Hungersnot wurde die Selbsttötung hingegen begrüßt.³) Spätestens seit den Konzilen von Arles (452 n. Chr.) und Brage (563 n. Chr.)

wurden auch von der katholischen Kirche alle Arten von Suizid verurteilt und als Mord betrachtet. Zusätzliche Bestrafungen, die an Leichen von Suizidenten durchgeführt wurden, sollten andere von dieser Tat abschrecken.

Mit der Entwicklung des psychiatrischen Denkens im 17. Jahrhundert wurden mögliche Suizidenten bald als geistig erkrankte Menschen betrachtet. Die eigentliche wissenschaftliche Untersuchung der Selbsttötung als eine Form von Geisteskrankheit begann durch den französischen Arzt Esquirol im Jahr 1938.

Die unterschiedlichen Bezeichnungen der suizidalen Handlung im deutschsprachigen Raum zeigen die in der jeweiligen Forschungsdisziplin vorherrschende Einstellung zur Tat als solche: In der Philosophie findet sich der Begriff "Freitod" als der freiwillige Akt eines entscheidungsfähigen Individuums.⁴) In der Religion wird jedoch bis heute von "Selbstmord" und damit von einer zu verurteilenden Tat gegen den Menschen als einem Geschöpf Gottes gesprochen. In jüngerer Vergangenheit gibt es in der medizinischen (bzw. allgemein: naturwissenschaftlichen) Literatur das Bemühen, mit dem Begriff "Suizid" eine möglichst neutrale Bezeichnung zu verwenden, um eine vorurteilsfreie, enttabuisierende Untersuchung des Akts der Selbsttötung zu ermöglichen.⁵) Der Begriff "Suizid" wird vom Lateinischen "sui caedere" abgeleitet und bedeutet soviel wie "sich töten". Neueren

¹⁾ Siehe Erazo, N.: "Zur Epidemiologie des Bahnsuizids unter besonderer Berücksichtigung des Geschlechtseffekts auf Zeit, Ort und Ausgang des Geschehens", Ludwig-Maximilians-Universität zu München, Dissertation 2006.

²⁾ Siehe Minois, G.: "Geschichte des Selbstmords", Düsseldorf/Zürich 1996.

³⁾ Siehe Langenberg-Pelzer, G.: "Das Motiv des Selbstmords in der deutschen Literatur der Jahrhundertwende", Philosophische Fakultät der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, Dissertation 1995, sowie Rost, H.: "Bibliographie des Selbstmords", Augsburg 1927.

⁴⁾ Siehe Améry, J.: "Hand an sich legen. Diskurs über den Freitod", 4. Auflage Stuttgart 1989, Original 1976.

⁵⁾ Siehe auch Helmich, P.: "Selbstmord – Ein Wort, das es nicht geben sollte" in Deutsches Ärzteblatt 101, Heft 23, 2004, S. B 1374.

Definitionen zufolge versteht man unter Suizid (Selbstmord und -beschädigung) eine Handlung mit Todesfolge, die mit bewusster Absicht durchgeführt wird. Da sich die Erfahrung der Unausweichlichkeit und Endgültigkeit des Todes erst in der Präpubertät einstellt, ist fraglich, ab welchem Alter man tatsächlich von Suizid sprechen kann.⁶)⁷)

Daten der amtlichen Statistik und Methodik der Erfassung

Die Todesursachenstatistik basiert auf der Auswertung aller Leichenschauscheine nach dem jeweiligen Grundleiden. Der dreistellige Schlüssel stellt die Kernklassifikation der Internationalen Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme (International Statistical Classification of Diseases and Related Health Problems - ICD, WHO-Fassung) dar, der für die internationalen Meldungen der Todesursachendaten an die Weltgesundheitsorganisation (WHO) sowie für allgemeine internationale Vergleiche verbindlich ist. Die tiefer gegliederten vierstelligen Subkategorien sind zwar für die Berichterstattung auf internationaler Ebene nicht verbindlich, werden jedoch für viele Anwendungszwecke empfohlen und sind ebenso wie die "Sonderverzeichnisse zur Tabellierung der Mortalität und Morbidität" ein integraler Bestandteil der ICD. Die 9. Revision der ICD (ICD-9) wurde bis zum Berichtsjahr 1997 einschließlich verwendet.8) Mit der 10. Revision wurden auch die bei Suiziden zu codierenden Todesursachen modifiziert. Insbesondere wurde die Kernklassifikation (dreistelliger Schlüssel) von zehn Positionen (ICD-9) auf 25 Positionen (ICD-10) erweitert und bietet daher eine detailliertere Differenzierungsmöglichkeit der Suizide (siehe die Übersicht).

Darüber hinaus sind die folgenden Kategorien im Bedarfsfall zur Kennzeichnung des Ortes des Ereignisses einer äußeren Ursache nach der ICD-10, somit auch der Vorsätzlichen Selbsttötung, zu verwenden:

- 0 Zu Hause
- 1 Wohnheime oder -anstalten
- 2 Schule, sonstige öffentliche Bauten
- 3 Sportstätten
- 4 Straßen und Wege
- 5 Gewerbe- und Dienstleistungseinrichtungen
- 6 Industrieanlagen und Baustellen
- 7 Landwirtschaftliche Betriebe

- 8 Sonstige näher bezeichnete Orte
- 9 Nicht näher bezeichneter Ort des Ereignisses

Es fällt auf, dass mit der Einführung der ICD-10 die Folgezustände nach Vorsätzlicher Selbstbeschädigung/-vergiftung⁹) nicht mehr in der Obergruppe der Vorsätzlichen Selbstbeschädigung (X60 bis X84), sondern in der Obergruppe Folgezustände äußerer Ursachen von Morbidität und Mortalität (Y85 bis Y89) erfasst werden.¹⁰) Daneben wird mit der Aufnahme der Kennzeichnung des Ortes des Ereignisses für die Vorsätzliche Selbstbeschädigung auch die Transparenz und Vergleichbarkeit der Diagnosen erhöht.

In der wissenschaftlichen Literatur haben sich grundsätzlich drei unterschiedliche Perspektiven für die Theorienbildung und die Erklärung von Suiziden (suizidalen Verhaltens) etabliert:

Die Perspektive der Biologie

Die Perspektive der Biologie beruht grundsätzlich auf genetischen und neurobiologischen Studien. Diese versuchen suizidales Verhalten aufgrund familiärer Umstände und genetischer Gegebenheiten zu erklären. Denkbar sind hier zum Beispiel Einflüsse durch alkoholkranke Eltern. ¹¹) ¹²)

Die Perspektive der Soziologie

Die Soziologie diskutiert den Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen Entwicklungen und der Entwicklung von Suizidhäufigkeiten in verschiedenen Gesellschaften. Bereits Ende des 19. Jahrhunderts kam eine Studie Durkheims zu dem Schluss, dass die Suizidhäufigkeit mit dem Zerfall gemeinsamer Werte in einer Gesellschaft zusammenhängt; demgegenüber schien seines Erachtens die Suizidrate gering zu sein, wenn die Gesellschaft in hohem Maße gemeinsame Werte hat. ¹³) Des Weiteren sind auch Einflüsse kleinerer Strukturen denkbar, wie sie weltanschauliche Gemeinschaften, städtische oder ländliche Regionen bzw. Familiensysteme darstellen.

Die Perspektive der Psychoanalyse

Grundsätzlich gilt der Suizid nach psychiatrischem Verständnis als Ende einer krankhaften Entwicklung. Eine psychische Erkrankung erhöht das Risiko suizidaler Handlungen deutlich. ¹⁴) Zu den psychiatrischen und psychologischen Fak-

⁶⁾ Siehe Statistisches Bundesamt (Hrsg.): "Gesundheitsbericht für Deutschland", Wiesbaden 1998, S. 223 ff.

⁷⁾ In dieser Ausarbeitung werden sowohl die Begriffe Suizid als auch Vorsätzliche Selbstbeschädigung/-vergiftung neutral als Synonym – und damit werturteilsfrei von der vorangegangenen Diskussion – verwendet.

⁸⁾ Die ausführliche Aufstellung der ICD-9 einschließlich der vierstelligen Subkategorien enthält der Anhang auf S. 971.

⁹⁾ Die ICD-10-Position Y87 wird darüber hinaus auch zur Codierung von Sterbefällen als Folgezustand eines tätlichen Angriffs oder eines Ereignisses benutzt, dessen nähere Umstände unbestimmt sind.

¹⁰⁾ Die Kategorien Y85 bis Y89 sind zu benutzen, um bei Zuständen, die "Folgen" oder "Spätfolgen" sind und anderenorts klassifiziert werden, anzugeben, dass sie Ursache des Todes, einer Schädigung oder Behinderung sind. Zu den "Folgen" zählen Zustände, die als solche bezeichnet sind oder die als "Spätfolgen" ein Jahr oder später nach dem verursachenden Ereignis bestehen.

¹¹⁾ Siehe Bronisch, T.: "Der Suizid", München 1999, sowie Brent, D.A./Bridge, J./Johnson, B.A./Connolly, J.: "Suicidal behavior runs in families. A controlled family study of adolescent suicide victims" in Archives of General Psychiatry, Vol. 53, 1996, S. 1145 ff.

¹²⁾ Siehe Bronisch, T.: "Suizidalität" in Möller, H.-J./Laux, G./Kapfhammer, H.-P.: "Psychiatrie und Psychotherapie", Berlin 2003, S. 1745 ff.

¹³⁾ Siehe Durkheim, E.: «Le suicide. Etude de sociologie », Paris 1897 (deutsche Ausgabe: Der Selbstmord, Neuwied/Berlin 1973). Die Hypothesen Durkheims lassen sich jeweils durch viele Gegenbeispiele widerlegen. Allerdings war er der Erste, der systematisch Todesursachenstatistiken aus verschiedenen europäischen Ländern sammelte, epidemiologische Muster aufzeigen sowie die Bedeutung säkularer und politischer Entwicklungen und deren Einfluss auf die Suizidraten herausstellen konnte (siehe Erazo, N., Fußnote 1).

¹⁴⁾ Siehe Fußnote 6, S. 224.

Suizide in der Internationalen Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme (ICD)

	9. Revision (ICD-9)	10. Revision (ICD-10)			
E950	Selbstmord/Selbstbeschädigung – durch Vergiftung mit festen oder flüssigen Stoffen	X60 X61	Vorsätzliche Selbstvergiftung durch und Exposition gegenüber – nichtopioidhaltige(n) Analgetika, Antipyretika und Antirheumatika – Antiepileptika, Hypnotika, Antiparkinsonmittel(n) und		
		X62	psychotrope(n) Substanzen, anderenorts nicht klassifiziert - Betäubungsmittel(n) und Psychodysleptika [Halluzinogene(n)], anderenorts nicht klassifiziert		
		X63	- sonstige(n) Arzneimittel(n) mit Wirkung auf das autonome Nervensystem		
		X64	– sonstige(n) und nicht näher bezeichnete(n) Arzneimittel(n), Drogen und biologisch aktive(n) Substanzen		
		X65	- Alkohol		
		X66	– organische(n) Lösungsmittel(n) oder halogenierte(n) Kohlenwasserstoffe(n) und deren Dämpfe(n)		
		X68	- Schädlingsbekämpfungsmittel(n) [Pestizide(n)]		
		X69	– sonstige(n) oder nicht näher bezeichnete(n) Chemikalien und schädliche(n) Substanzen		
E951	– durch Vergiftung mit im Haushalt verwendeten Gasen	X67	– sonstige(n) Gase(n) und Dämpfe(n)		
E952	– durch Vergiftung mit sonstigen Gasen und Dämpfen				
E953	– durch Erhängen, Erdrosseln und Ersticken	X70	Vorsätzliche Selbstbeschädigung – durch Erhängen, Strangulierung oder Ersticken		
E954	– durch Ertrinken	X71	– durch Ertrinken und Untergehen		
E955	– durch Feuerwaffen und Explosivstoffe	X72	– durch Handfeuerwaffe		
		X73	- durch Gewehr, Schrotflinte oder schwerere Feuerwaffe (Schusswaffe)		
		X74	– durch sonstige oder nicht näher bezeichnete Feuerwaffe (Schusswaffe)		
		X75	– durch Explosivstoffe		
E956	– durch schneidende und stechende Gegenstände	X78	– durch scharfen Gegenstand		
E957	– durch Sturz aus der Höhe	X80	– durch Sturz in die Tiefe		
E958	– auf sonstige und nicht näher bezeichnete Art und Weise	X76	– durch Rauch, Feuer und Flammen		
		X77	– durch Wasserdampf, heiße Dämpfe oder heiße Gegenstände		
		X79	– durch stumpfen Gegenstand		
		X81	– durch Sichwerfen oder Sichlegen vor ein sich bewegendes Objekt		
		X82	– durch absichtlich verursachten Kraftfahrzeugunfall		
		X83	– auf sonstige näher bezeichnete Art und Weise		
		X84	– auf nicht näher bezeichnete Art und Weise		
E959	Spätfolgen des Selbstmordversuchs und der Selbstbeschädigung				

toren, die im Zusammenhang mit Suiziden stehen, zählen unter anderen

- Depressionen,
- Schizophrenie,
- manisch-depressive Störungen,
- Angststörungen,
- Persönlichkeitsstörungen und
- chronisch Kranke mit fehlender Heilungsaussicht.

Insbesondere Depressionen sind häufig ursächlich für Suizide und Schätzungen zufolge bei 65 bis 95 % aller Suizide die psychiatrische Pathologie. 15)

Obwohl

- die Daten der amtlichen Todesursachenstatistik in Verbindung mit anderen Untersuchungen die Letalität einer Erkrankung messen können,
- die Todesursachenstatistik als eine zentrale Säule der Gesundheitsstatistiken auch in anderen Ländern (national/international) durchgeführt wird und sich entsprechend für Vergleiche eignet,
- Daten für einen längeren Zeitraum vorliegen und sich mittels geeigneter statistischer Verfahren Trends erkennen und Einflussgrößen auf die Mortalitätsentwicklung bestimmen lassen und

¹⁵⁾ Siehe Krug, E./Dahlberg, L./Mercy, J./Zwi, A./Lozano, R. (Hrsg.): "World report on violence and health", World Health Organization (WHO), Genf 2002, S. 192.

die Todesursachenstatistik als j\u00e4hrliche Vollerhebung eine optimale Datengrundlage zur Erarbeitung von Pr\u00e4ventionsma\u00dfnahmen im Rahmen der Gesundheitsf\u00f6rderung und deren Wirkungsanalyse bietet,

ist sie dennoch nicht in der Lage, Informationen zu gesellschaftlichen Wertvorstellungen und den psychischen und psychiatrischen Krankheitsformen von Menschen, die den Freitod wählen, zu liefern.

Ausschlaggebend hierfür ist die Erfassung der Sterbefälle in der Todesursachenstatistik nach dem Regelwerk der ICD-10. Danach werden die Vorsätzlichen Selbstbeschädigungen und -vergiftungen im Kapitel XX (Äußere Ursachen von Morbidität und Mortalität) lediglich als ergänzende Klassifizierung für Verletzungen und Vergiftungen (Kapitel XIX) codiert. Ein Bezug zu zum Beispiel etwaigen psychischen Erkrankungen (Kapitel V) ist aufgrund der monokausalen Erfassung nicht möglich. Darüber hinaus werden im ICD-10-Svstem die Kategorien "sonstiger Tod unbekannter Ursache" (ICD-10: R96), "Tod ohne Anwesenheit anderer Personen (ICD-10: R98) und "sonstige ungenau oder nicht näher bezeichnete Todesursachen" (ICD-10: R99) klassifiziert, die sich als "Tod unklarer Ursache" zusammenfassen lassen. Etwaige Suizide könnten bei der ärztlichen Leichenschau so nicht als solche festgestellt und deshalb nicht in der Todesursachenstatistik klassifiziert werden.

Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass es zu systematischen Unterschätzungen der Suizide in der Todesur-

sachenstatistik durch die beschriebene Problematik kommen kann. ¹⁶)

Unabhängig von der Problematik können durch das Statistische Bundesamt im Folgenden nur die Suizide ausgewertet werden, die als solche in der ärztlichen Leichenschau erkannt und letztlich im Bereich X60 bis X84 codiert wurden.

Ergebnisse der Todesursachenstatistik 2006¹⁷)

Die Todesursachenstatistik basiert auf der Auswertung aller Leichenschauscheine nach dem jeweiligen Grundleiden. Nach den Ergebnissen dieser Statistik verstarben in Deutschland im Jahr 2006 insgesamt 821 627 Personen (385 940 Männer und 435 687 Frauen); dies waren 8 600 oder gut 1 % weniger Sterbefälle als im Vorjahr.

Im gesamten Bundesgebiet gab es im Berichtsjahr 9765 Sterbefälle durch Suizid, und zwar 7225 von Männern und 2540 von Frauen. Damit war Suizid für gut jeden 53. Sterbefall bei Männern und gut jeden 171. bei Frauen die Todesursache. Es sterben fast dreimal so viel Männer durch Suizid als Frauen. Bezieht man die Zahl der Gestorbenen auf 100000 Personen der entsprechenden jahresdurchschnittlichen Bevölkerung, so resultiert eine rohe Sterberate von 11,9 (Männer: 17,9; Frauen: 6,0). ¹⁹) Im Vergleich zum Be-

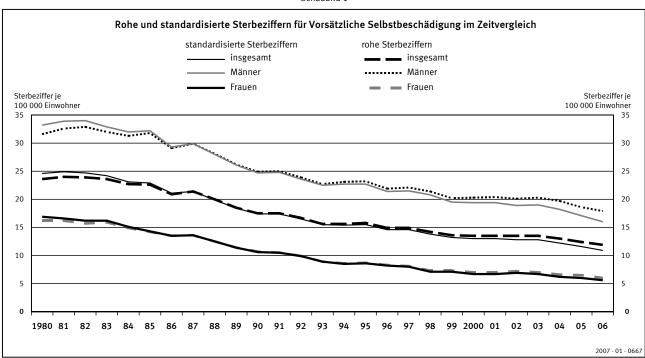


Schaubild 1

¹⁶⁾ Siehe Vennemann, M. T./Berger, K./Richter, P./Baune, B. T.: "Unterschätzte Suizidraten durch unterschiedliche Erfassung in Gesundheitsämtern" in Deutsches Ärzteblatt 103, Ausgabe 18,

¹⁷⁾ Daten zu Suizidversuchen werden in dieser Veröffentlichung nicht dargestellt, weil die amtliche Statistik hierzu keine Informationen erfasst.

¹⁸⁾ Zu den methodischen Besonderheiten der Todesursachenstatistik und der Erfassung des Grundleidens siehe Rübenach, S.P.: "Die Erfassung alkoholbedingter Sterbefälle in der Todesursachenstatistik 1980 bis 2005" in WiSta 3/2007, S. 278 ff.

¹⁹⁾ Zur Erläuterung und Definition der todesursachenspezifischen Kennziffern siehe Schelhase, T./Rübenach, S. P.: "Die Todesursachenstatistik – Methodik und Ergebnisse 2004" in WiSta 6/2006, S. 614 ff.

n Vorsätzlicher Selbstbeschädigung	

	Sterbe	fälle durch S	Suizid¹)		Standardis	ierte Sterbezi	ffer (Deutsch	nland 1987)		Durchsch	nnittliches S	terbealter
Jahr	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt
		Anzahl		je 10	je 100 000 Einwohne		Veränder	ıng gegenül in %	oer Vorjahr		Jahre	
1980	11 789	6 662	18 451	33,2	16,9	24,6	+0,0	+0,0	+0,0	49,7	57,0	52,3
1981	12 192	6 6 3 3	18 825	33,9	16,6	24,9	+2,1	- 1,8	+ 1,2	48,7	56,7	51,5
1982	12 274	6437	18711	34,0	16,2	24,7	+0,3	-2,4	-0,8	48,7	56,5	51,4
1983	11 921	6496	18417	32,9	16,2	24,2	-3,2	+0,0	-2,0	49,3	56,9	51,9
1984	11 610	6 0 6 7	17 677	32,0	15,1	23,1	-2,7	-6,8	-4,5	49,3	57,5	52,1
1985	11 797	5 774	17 571	32,2	14,3	22,9	+0,6	-5,3	-0,9	49,5	57,2	52,0
1986	10792	5 477	16 269	29,3	13,5	21,1	-9,0	-5 , 6	-7 , 9	50,2	57,6	52,7
1987	11 124	5 501	16 625	29,9	13,6	21,4	+ 2,0	+0,7	+ 1,4	50,6	58,5	53,2
1988	10 527	5 0 6 3	15 590	28,0	12,5	19,9	-6,4	-8,1	− <i>7,0</i>	51,0	58,6	53 , 5
1989	9 922	4 6 4 5	14 567	26,1	11,4	18,4	-6,8	-8,8	- 7 , 5	51,7	58,8	53,9
1990	9 534	4390	13 924	24,7	10,6	17,4	-5,4	-7,0	-5,4	51,4	59,0	53,8
1991	9 6 5 6	4355	14011	24,8	10,5	17,4	+0,4	-0,9	+0,0	51 , 3	59,2	53,7
1992	9326	4132	13 458	23,6	9,9	16 , 5	-4,8	-5 , 7	- 5, 2	51,3	59,7	53,8
1993	8 960	3 7 3 0	12690	22,5	8,9	15 , 5	-4,7	- 10,1	-6,1	51,4	58,8	53,6
1994	9130	3 588	12718	22,7	8,5	15,5	+0,9	-4,5	+0,0	50,9	58,3	53,0
1995	9 222	3 6 6 6	12888	22,7	8,6	15,5	+0,0	+ 1,2	+0,0	51,3	58,6	53,4
1996	8728	3 4 9 7	12 225	21,4	8,2	14,6	- 5 , 7	-4,7	- 5, 8	51,1	58,2	53,1
1997	8 841	3 4 2 4	12 265	21,5	8,0	14,6	+0,5	-2,4	+0,0	51,2	58,1	53,1
1998	8 5 7 5	3 0 6 9	11 644	20,8	7,1	13,8	-3 , 3	<i>– 11,3</i>	- 5,5	51,6	57,6	53,2
1999	8 080	3 0 7 7	11 157	19,5	7,1	13,2	-6,3	+0,0	-4,3	51,4	58,4	53,3
2000	8131	2934	11 065	19,4	6,7	13,0	-0,5	-5,6	- 1,5	52,2	58,5	53,9
2001	8 188	2968	11 156	19,4	6,7	13,0	+0,0	+0,0	+0,0	52,0	59,3	54,0
2002	8 106	3 057	11 163	18,9	6,9	12,8	-2,6	+ 3,0	<i>-1,5</i>	52,6	59,1	54,4
2003	8179	2971	11 150	19,0	6,7	12,8	+0,5	-2,9	+0,0	53,1	58,8	54,6
2004	7 939	2794	10733	18,2	6,2	12,2	-4,2	− <i>7,5</i>	-4,7	53,4	59,7	55,0
2005	7 523	2737	10 260	17,1	6,0	11,6	-6,0	-3,2	-4,9	53,8	59,3	55,3
2006	7 225	2 540	9765	16,0	5,6	10,9	-6,4	-6,7	-6,0	54,7	59,0	55,8

^{1) 1980} bis 1997: ICD-9 E950 – E959, ab 1998: ICD-10 X60 – X84.

richtsjahr 1980 bedeutet dies einen Rückgang der rohen Sterberate um 49,6% (Männer: – 43,3%; Frauen: – 63,0%). Ein aussagekräftiger Vergleich zwischen diesen beiden Zeitpunkten ist allerdings nur möglich, wenn es keine Unterschiede im Bevölkerungsaufbau gibt. Da diese Bedingung einer übereinstimmenden Verteilung des Risikopotenzials in der Realität nahezu nie erfüllt ist, wird eine Bevölkerung mit einem bestimmten Altersaufbau eines Jahres oder eines Landes (bei Ländervergleichen) als Standardbevölkerung angesehen.20) Durch Anwendung der direkten Standardisierung werden die zu untersuchenden rohen Sterbeziffern auf eine Standardbevölkerung bezogen. Die Mortalitätsraten der einzelnen Altersgruppen in der beobachteten Bevölkerung werden hierbei mit den Bevölkerungsanteilen der Standardbevölkerung gewichtet. Die standardisierte Sterbeziffer reagiert somit nur noch auf Änderungen der altersspezifischen Sterbeziffern und ändert ihren Wert nicht mehr aufgrund von Verschiebungen der Bevölkerungsanteile. Differenzen zwischen standardisierten Ziffern sind daher ausschließlich auf Veränderungen des Sterblichkeitsniveaus und der Sterblichkeitsstruktur im Zeitablauf zurückzuführen.²¹)

Bereinigt man die rohen Sterbeziffern mittels direkter Standardisierung, fällt der Rückgang der Todesfälle durch Sui-

zid noch deutlicher aus. Demnach ist die Sterblichkeit im Jahr 2006 gegenüber 1980 um 55,7% (Männer: –51,8%; Frauen: –66,9%) gesunken.

Die Entwicklung der Sterblichkeit durch Suizid zeigt sowohl für Männer als auch für Frauen einen relativ kontinuierlichen Rückgang seit Anfang der 1980er-Jahre.

Suizidmethoden

Die wissenschaftliche Literatur zum Thema differenziert die Suizidmethoden unterschiedlich. So wird zum Beispiel nach einer Klassifikation von Bochnik²²) zwischen "weichen" und "harten" Methoden unterschieden. Zu den weichen Methoden zählt er die tödliche Einnahme von Tabletten oder Drogen im weitesten Sinne sowie Vergiftungen anderer Art (einschl. Vergasung usw.). Zu den harten Suizidmethoden zählt er das Erhängen, Erschießen, Ertrinken, Sturz aus der Höhe, Sturz vor einen sich bewegenden Gegenstand und tiefe Schnitte. In der Regel gehen harte Methoden mit sichtbaren äußeren Veränderungen des Körpers einher.

Eine andere Typologie differenziert zwischen aktiven (z.B. Schuss, Sturz aus der Höhe, Sich-Ertränken, Erhängen und

²⁰⁾ Grundsätzlich verwendet das Statistische Bundesamt für die Zeitreihen in seinen Veröffentlichungen und für regionale Vergleiche auf Ebene der Bundesländer als Basis den Altersaufbau der Standardbevölkerung Deutschland 1987. Sie setzt sich aus dem Ergebnis der Volkszählung (Stand: 25.05.1987) für die alten und aus dem Bevölkerungsstand laut Einwohnerzentralregister der ehemaligen DDR zum Stichtag 30.06.1987 für die neuen Bundesländer zusammen.

²¹⁾ Die im Folgenden verwendeten Sterbeziffern und Aussagen zur Sterblichkeit beziehen sich – sofern nicht explizit erwähnt – auf die Standardbevölkerung Deutschland 1987. Aufgrund der heterogenen Datenlage in den 1980er-Jahren zwischen alten und neuen Bundesländern ist ein Ländervergleich der altersstandardisierten Sterbeziffern erst ab 1990 möglich.

²²⁾ Bochnik, H.J.: "Verzweiflung. Randzonen menschlichen Verhaltens", Stuttgart 1962.

Tabelle 2: Zeitvergleich der Suizidmethoden in Deutschland

	Sterbef	älle durcl	h Suizid	S	ndardisie terbeziffe schland 1	er	1	iches er	
Bezeichnung der Suizidmethode nach ICD-9 (1980) bzw. ICD-10 (2006)	Männer	Frauen	ins- gesamt	Männer	Frauen	ins- gesamt	Männer	Frauen	ins- gesamt
		Anzahl		je 100	000 Einv	vohner		Jahre	
19	80						ı		
E950 – E959 Selbstmord und Selbstbeschädigung	11789	6662	18 451	33,2	16,9	24,6	49,7	57,0	52,3
E950 Selbsttötung und Selbstbeschädigung durch Vergiftung mit festen oder flüssigen Stoffen	1 687	1811	3 498	4,8	4,6	4,7	48,0	54,9	51,6
E951 Selbsttötung und Selbstbeschädigung durch Vergiftung mit im Haushalt verwendeten Gasen	642	649	1 291	1,8	1,7	1,8	46,4	59,5	53,0
E952 Selbsttötung und Selbstbeschädigung durch Vergiftung mit sonstigen Gasen und Dämpfen	694	150	844	2,0	0,4	1,1	38,7	47,1	40,2
E953 Selbsttötung und Selbstbeschädigung durch Erhängen, Erdrosseln und Ersticken	6 294	2466	8760	17,7	6,2	11,7	52,8	59,2	54 , 6
E954 Selbsttötung und Selbstbeschädigung durch Ertrinken E955 Selbsttötung und Selbstbeschädigung durch Feuerwaffen und	340	546	886	0,9	1,4	1,2	55,1	62,5	59,6
Explosivstoffe	794	54	848	2,2	0,1	1,1	45,5	38,4	45,0
stechende Gegenstände	176 487	75 527	251 1014	0,5 1,4	0,2 1,3	0,3 1,4	50,6 49,4	58 , 8 54 , 1	53,1 51,9
E958 Selbsttötung und Selbstbeschädigung auf sonstige und nicht näher bezeichnete Art und Weise	673	383	1056	1,9	1,0	1,4	41,9	50,0	44,8
E959 Spätfolgen des Selbsttötungsversuchs und der Selbstbeschädigung \dots	2	1	3	0,0	0,0	0,0	52,5	72,5	59,2
	06 L 7225	2540	07/5	160	F. /	10.0	F 4 7	FO.0	
X60 – X84 Vorsätzliche Selbstbeschädigung X60 Vorsätzliche Selbstvergiftung durch und Exposition gegenüber	7225	2 5 4 0	9765	16,0	5,6	10,9	54,7	59,0	55,8
nichtopioidhaltige(n) Analgetika, Antipyretika und Antirheumatika X61 Vorsätzliche Selbstvergiftung durch und Exposition gegenüber Antiepileptika, Hypnotika, Antiparkinsonmittel(n) und psychotrope(n)	10	8	18	0,0	0,0	0,0	51,0	60,6	55,3
Substanzen, anderenorts nicht klassifiziert	159	219	378	0,4	0,5	0,4	52,5	58,3	55,8
Betäubungsmittel(n) und Psychodysleptika [Halluzinogene(n)], anderenorts nicht klassifiziert	71	34	105	0,2	0,1	0,1	41,5	49,2	44,0
X63 Vorsätzliche Selbstvergiftung durch und Exposition gegenüber sonstige(n) Arzneimittel(n) mit Wirkung auf das autonome Nervensystem	13	11	24	0,0	0,0	0,0	52,1	57,6	54,6
X64 Vorsätzliche Selbstvergiftung durch und Exposition gegenüber sonstige(n) und nicht näher bezeichnete(n) Arzneimittel(n), Drogen und									
biologisch aktive(n) Substanzen	382 24	386 8	768 32	0,9 0,1	0,9 0,0	0,9 0,0	52,6 52,3	57,1 55,6	54,9 53,1
X66 Vorsätzliche Selbstvergiftung durch und Exposition gegenüber organische(n) Lösungsmittel(n) oder halogenierte(n) Kohlenwasser-									
stoffe(n) und deren Dämpfe(n) X67 Vorsätzliche Selbstvergiftung durch und Exposition gegenüber	4	0	4	0,0	0,0	0,0	63,8	0,0	63,8
sonstige(n) Gase(n) und Dämpfe(n)	161	22	183	0,4	0,0	0,2	46,8	48,0	46,9
Schädlingsbekämpfungsmittel(n) [Pestizide(n)]	36	14	50	0,1	0,0	0,1	60,7	59,4	60,3
schädliche(n) Substanzen X70 Vorsätzliche Selbstbeschädigung durch Erhängen, Strangulierung oder	41	32	73	0,1	0,1	0,1	51,6	60,2	55,4
Ersticken	3 803	876	4679	8,4	1,9	5,2	55,3	61,2	56,4
X71 Vorsätzliche Selbstbeschädigung durch Ertrinken und Untergehen X72 Vorsätzliche Selbstbeschädigung durch Handfeuerwaffe	154 237	157 9	311 246	0,3 0,5	0,3 0,0	0,3 0,3	59,1 61,1	65,9 60,3	62,5 61,1
X73 Vorsätzliche Selbstbeschädigung durch Gewehr, Schrotflinte oder	İ								
schwerere Feuerwaffe (Schusswaffe)X74 Vorsätzliche Selbstbeschädigung durch sonstige oder nicht näher	86	2	88	0,2	0,0	0,1	62,5	65,0	62,5
bezeichnete Feuerwaffe (Schusswaffe)	452	13	465	0,9	0,0	0,5	62,3	52,6	62,0
X75 Vorsätzliche Selbstbeschädigung durch Explosivstoffe	5 45	0 23	5 68	0,0 0,1	0,0 0,1	0,0 0,1	51,5 50,4	0,0 51,6	51,5 50,8
X77 Vorsätzliche Selbstbeschädigung durch Wasserdampf, heiße Dämpfe oder heiße Gegenstände	0	0	0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
X78 Vorsätzliche Selbstbeschädigung durch scharfen Gegenstand	292	78	370	0,6	0,2	0,4	57 , 8	63,2	58,9
X79 Vorsätzliche Selbstbeschädigung durch stumpfen Gegenstand	1	1	2	0,0	0,0	0,0	82,5	57,5	70,0
X80 Vorsätzliche Selbstbeschädigung durch Sturz in die Tiefe	627	362	989	1,4	0,8	1,1	51,7	59,2	54,4
ein sich bewegendes Objekt	417	165	582	1,1	0,4	0,7	45,1	48,3	46,0
Kraftfahrzeugunfall	39	6	45	0,1	0,0	0,1	46,0	34,2	44,4
Weise	69	49	118	0,1	0,1	0,1	56,9	68,7	61,8
Weise	97	65	162	0,2	0,1	0,2	55,7	54,7	55,3

Schnitte) und passiven (z.B. Tabletten, Gifte und Gas) Methoden. Diese Unterscheidung hat sich in der deutschsprachigen Literatur nicht durchgesetzt.²³)

Als Suizidmethoden werden in allen Altersgruppen überwiegend sogenannte "harte" Methoden wie zum Beispiel Erhängen, Erdrosseln und Ersticken (ICD-10: X70) angewandt (47,9%). Im Jahr 2006 nahmen sich so 4679 Personen das Leben (3803 Männer; 876 Frauen). Insbesondere bei Männern wurden harte Methoden im Geschlechtervergleich vergleichsweise häufig angewandt. Während 52,6% der durch Suizid gestorbenen Männer Erhängen, Erdrosseln oder Ersticken als Suizidmethode wählten, waren es "nur" 34,5 % der Frauen. Hinsichtlich der Altersverteilung ist auch ein Trend festzustellen: Insbesondere junge Menschen wählen die harte Methode, um aus dem Leben zu scheiden. Der Anteil bei den 10- bis 15-Jährigen lag 2006 bei 81,5 % (Jungen: 84,2%; Mädchen: 75,0%). Gut 7% der 10- bis 15-jährigen Suizidanten (Jungen: 5,3 %; Mädchen: 12,5 %) stürzten sich in die Tiefe (ICD-10: X80).

Unabhängig vom Alter stellten die Vorsätzlichen Selbstvergiftungen (ICD-10: X60 – X69) mit 1635 Gestorbenen die zweithäufigste Suizidmethode dar (Männer: 901; Frauen: 734). Im Vergleich zu den Frauen (28,9%) lag der Anteil der Männer mit dieser Todesursache "lediglich" bei 12,5%. Bei den Vorsätzlichen Selbstvergiftungen waren es sowohl bei Männern wie auch bei Frauen insbesondere die Vorsätzlichen Selbstvergiftungen durch und Exposition gegenüber sonstige(n) und nicht näher bezeichnete(n) Arzneimittel(n), Drogen und biologisch aktive(n) Substanzen (ICD-10: X64), die zu diesen Daten führten. Für 15,2% aller Frauen, die freiwillig aus dem Leben schieden, war dies die festgestellte Todesursache (Männer: 5,3%).

Das durchschnittliche Sterbealter der durch Suizid Verstorbenen²⁴)

Mit zunehmendem Alter sinkt zwar der Anteil von Suiziden an allen Todesursachen, die absolute Zahl der Sterbefälle und die altersspezifischen Sterberaten je 100 000 Einwohner steigen hingegen. Im Jahr 2006 waren Suizide in Deutschland bei 1,9 % der männlichen und 0,6 % der weiblichen Sterbefälle die Todesursache. 60 % der freiwillig aus dem Leben Geschiedenen waren 50 Jahre und älter.

Insbesondere Frauen begehen Suizid zumeist in einem höheren Lebensalter. Der Anteil der Suizide von über 50-jährigen Frauen an allen Suiziden von Frauen lag bei 65,3 % (Männer: 57,8 %). Dies führte auch zu einem vergleichsweise höheren durchschnittlichen Sterbealter. Verstarben die 1980 freiwillig aus dem Leben Geschiedenen noch mit 52,3 Jahren (Männer: 49,7 Jahre; Frauen: 57,0 Jahre), stieg das durchschnittliche Sterbealter bis 2006 auf 55,8 Jahre (Männer: 54,7 Jahre; Frauen: 59,0 Jahre), erhöhte sich also um 3,5 Jahre. Mit 6,7 % gegenüber 1980 lag der Anstieg des mittleren Sterbealters bei Vorsätzlicher Selbstbeschädigung leicht über dem für alle Todesursachen der Todesursachenstatistik im gleichen Betrachtungszeitraum. Hier betrug das mittlere Sterbealter 2006 76,5 Jahre (1980: 71,8 Jahre); das bedeutete einen Anstieg um lediglich 6,5 %.

In Deutschland wird der europäische Trend bestätigt, wonach insbesondere in den Altersgruppen zwischen 15 und 45 Jahren sowohl bei Männern als auch Frauen eine relativ hohe Sterblichkeit durch Suizide festzustellen ist. Bei Männern betrug der Anteil der Suizide an allen Todesursachen in der Altersgruppe 25 bis unter 35 Jahre 19,0 % (Frauen: 10,7 %). Neben dieser Altersgruppe waren es insbesondere die 15-

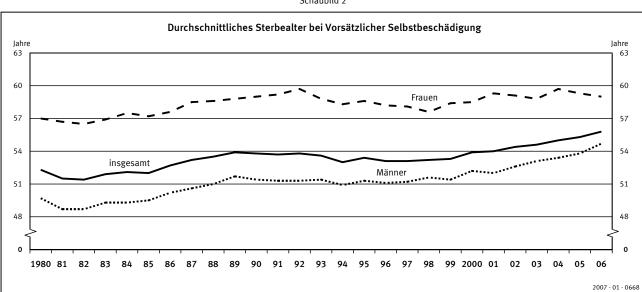
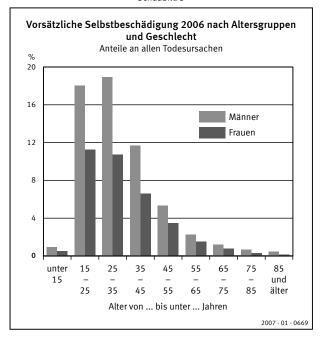


Schaubild 2

²³⁾ Möglicherweise liegt es daran, weil auch sogenannte passive Methoden oft ein hohes Maß an aktiver Vorbereitung beinhalten (siehe Erazo, N., Fußnote 1).

²⁴⁾ Das durchschnittliche bzw. mittlere Sterbealter ist die Kennziffer für das Sterbealter der an einer spezifischen Krankheit Gestorbenen. Hierzu werden die Sterbefälle einer Altersgruppe an den Sterbefällen durch Suizid des Berichtsjahres mit dem durchschnittlichen Sterbealter dieser Altersgruppe (Mittelwert aus Ober- und Untergrenze der Altersgruppe) multipliziert und die Summe auf die entsprechende Gesamtzahl der Sterbefälle bezogen. Ausnahmen von dieser Regel stellen die Säuglingssterbefälle einerseits und die Altersgruppe der über 90-jährigen andererseits dar. Diese fließen mit einem Faktor von 0,188 bzw. 93,697 in die Berechnung des durchschnittlichen Sterbealters ein.

Schaubild 3



bis unter 25-Jährigen und die 35- bis unter 45-Jährigen, die bei den Männern mit 18,0 bzw. 11,7% (Frauen: 11,2 bzw. 6,6%) überdurchschnittlich oft Suizid begingen.

Vergleich zu anderen Diagnosen

Im Jahr 2006 kamen mehr Menschen durch Alkoholerkrankungen ums Leben (15552 Sterbefälle) als durch Suizid. Die Selbstmordzahlen entwickelten sich über den Betrachtungszeitraum rückläufig: Schieden 1980 bundesweit noch 18451 Personen freiwillig aus dem Leben, waren es 2006 nur noch 9765. Die Sterblichkeit aufgrund Vorsätzlicher Selbstbeschädigung/-vergiftung sank in diesem Zeitraum – wie oben dargestellt – im Bundesgebiet von 24,6 auf 10,9 Gestorbene je 100000 Einwohner. Dies entspricht einem Rückgang um 55,7%. Seit Anfang der 1990er-Jahre übersteigt das Niveau der alkoholbedingten Sterbefälle das Niveau der Suizide.

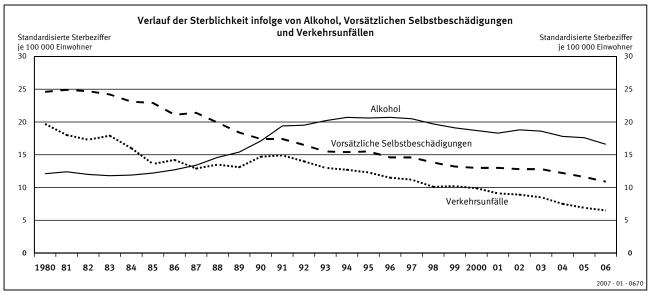
Besonders augenfällig wird der negative Einfluss des Alkohols auf die Entwicklung der Todesursachen im Vergleich mit der Zahl der infolge von Verkehrsunfällen Gestorbenen.²⁵) Diese hat sich seit 1980 auf weniger als die Hälfte verringert (1980: 15 207; 2006: 5 174). Dies entspricht sowohl bei der Sterblichkeit als auch bei der Fallzahl einem Rückgang um etwa zwei Drittel. Heute sterben dreimal so viele Menschen an einer Form des Alkoholismus als durch einen Verkehrsunfall im Sinne der Todesursachenstatistik.

Regionaler Vergleich der Suizide

Das Niveau der suizidalen Sterblichkeit weist im Vergleich der Bundesländer deutliche Unterschiede auf: Bezogen auf die Standardbevölkerung 1987 nahmen sich im Jahr 2006 in Sachsen-Anhalt mit 6,6 Personen je 100000 Einwohner die wenigsten Menschen das Leben, gefolgt von Nordrhein-Westfalen (8,4), Bremen (9,4) und Niedersachsen (9,8). Die höchste Sterblichkeit an Suizid wurde 2006 in Bayern registriert. Hier nahmen sich 13,3 Menschen je 100000 Einwohner das Leben. Überdurchschnittlich hohe Sterbeziffern konnten u. a. auch in Sachsen (13,0) und Thüringen (12,7) sowie in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg (je 11,8) festgestellt werden.

Insbesondere in Sachsen sorgten die Männer für ein überdurchschnittliches Ergebnis. Die standardisierte Sterbe-

Schaubild 4



²⁵⁾ Im Rahmen der Statistik der Straßenverkehrsunfälle für 2006 wurden 5091 Getötete bei Straßenverkehrsunfällen gezählt. Die Differenz zu den Angaben der Todesursachenstatistik ist durch die unterschiedlichen Erhebungsarten zu erklären: Bei der Todesursachenstatistik gilt das Inländerprinzip, d. h. dass alle Personen erfasst werden, die in Deutschland ihren Wohnsitz haben. Bei der Straßenverkehrsunfallstatistik gilt hingegen das Inlandsprinzip, bei dem alle Unfälle auf deutschem Boden registriert werden, ungeachtet der Herkunft der verunglückten Personen

ziffer lag dort mit 20,0 Suizidtoten je 100 000 Einwohnern um 25 % über dem bundesdeutschen Durchschnitt (16,0). Neben Thüringen (19,8) und Bayern (19,4) wiesen Brandenburg, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz (je 17,6) sowie Baden-Württemberg (17,2), das Saarland (16,7) und Berlin (16,5) ebenfalls überdurchschnittliche Werte auf. In Sachsen-Anhalt (10,2) wurde für Männer die niedrigste Sterblichkeit festgestellt, gefolgt von Nordrhein-Westfalen (12,5) und Bremen (13,3).

Im Vergleich dazu zeigten sich bei den Frauen in Sachsen-Anhalt (3,0 Gestorbene je 100 000 Einwohner), Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen (je 4,2), Niedersachsen (4,7) und im Saarland (5,1) die niedrigsten Sterbehäufigkeiten. In Hamburg, Bayern und Berlin wurde mit 8,5, 7,0 und 6,8 Gestorbenen je 100 000 Einwohnern die höchsten Suizidsterblichkeiten gemessen; gefolgt von Hessen (6,6) und Baden-Württemberg (6,2).

Gegenüber 1990 ist das Niveau der suizidalen Sterblichkeit deutschlandweit um gut ein Drittel gesunken (–37,4%). Ausschlaggebend hierfür scheint primär der Rückgang der Suizidsterblichkeit bei Frauen (–47,2%). Im gleichen Zeitraum sank das Sterblichkeitsniveau durch Freitod bei den Männern um "lediglich" 35,3%.

391

292

903

169

109

560

401

Die rückläufige Tendenz ist deutschlandweit über alle Bundesländer festzustellen. In Sachsen-Anhalt ist sowohl bei Männern (-73,8%) als auch bei Frauen (-78,4%) der größte Rückgang festzustellen. Bei den Männern wiesen daneben Mecklenburg-Vorpommern (-53,7%), Bremen (-50,2%), Thüringen (-49,1%), Sachsen (-49,0%) und Brandenburg (-47,3%) überdurchschnittlich hohe Rückgänge gegenüber 1990 auf. Im Saarland und in Hessen war der Rückgang mit 9,1 bzw. 18,4% vergleichsweise gering.

Ein ähnliches Bild zeichnet sich auch für Frauen ab. Neben Sachsen-Anhalt (–78,4%) waren es insbesondere Sachsen (–68,4%), Thüringen (–67,1%) und Mecklenburg-Vorpommern (–66,4%), die die Parameter nach unten beeinflussten. Ebenso wie bei den Männern sank auch bei den Frauen das suizidale Sterblichkeitsniveau im Saarland im regionalen Vergleich am geringsten (–22,7%).

Vergleich der Suizidsterbefälle im Monatsvergleich für das Berichtsjahr 2006

Nach der Änderung der Erhebungsmodalitäten und des Tabellenprogramms verfügt das Statistische Bundesamt nunmehr über die Möglichkeit, die Todesursachenstatistik

	Sterbefälle durch Suizid			Standardisierte Sterbeziffer (Deutschland 1987)			Durchschnittliches Sterbealter		
Land	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt
		Anzahl		je 1	00 000 Einwo	hner		Jahre	
	1990								
Schleswig-Holstein	302	150	452	23,0	10,7	16,7	53 , 8	59 , 5	55 , 7
Hamburg	208	117	325	24,6	12,4	18,3	51,6	60,2	54,7
Niedersachsen	843	433	1 276	22,9	11,2	16,9	52,0	61,9	55 , 3
Bremen	92	63	155	26,7	16,6	21,5	52,4	57,9	54 , 7
Nordrhein-Westfalen	1 492	598	2 0 9 0	17,7	6,5	11,9	50,6	55 , 7	52,1
Hessen	561	264	825	19,6	8,8	14,1	51,7	57 , 8	53,7
Rheinland-Pfalz	420	165	585	22,8	8,4	15,4	50,6	59 , 5	53,1
Baden-Württemberg	1 224	514	1738	25,9	10,4	18,0	49,9	56,1	51,7
Bayern	1 373	624	1 997	24,8	10,7	17,6	49,0	55,6	51,1
Saarland	96	38	134	18,4	6,6	12,3	48,2	50,8	49,0
Berlin	354	234	588	21,7	12,4	16,7	48,9	60,9	53,7

33,4

34,3

13,5

12,5

22,9

22,8

51,8

49,1

61,1

56,9

63,4

54,6

51,2

58,4

Tabelle 3: Vorsätzliche Selbstbeschädigung/-vergiftung in Deutschland

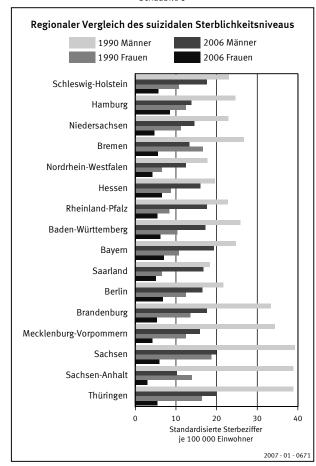
Thüringen	460	215	675	38,9	16,4	27,0	55 , 4	62,3	57,4 57,6
Deutschland	9 5 3 4	4 3 9 0	13 924	24,7	10,6	17,4	51,4	59,0	53,8
				2006					
Schleswig-Holstein	278	94	372	17,6	5,7	11,8	59,3	57,1	65,9
Hamburg	133	84	217	13,8	8,5	11,3	60,1	59,9	60,4
Niedersachsen	637	203	840	14,6	4,7	9,8	57,3	56 , 3	60,2
Bremen	47	22	69	13,3	5,6	9,4	55,9	51,4	65,3
Nordrhein-Westfalen	1 213	422	1 635	12,5	4,2	8,4	55 , 4	53 , 9	59,7
Hessen	539	224	763	16,0	6,6	11,4	56,5	54,9	60,2
Rheinland-Pfalz	390	120	510	17,6	5,5	11,7	55 , 8	55,2	57 , 4
Baden-Württemberg	980	354	1 334	17,2	6,2	11,8	54,4	53,6	56 , 4
Bayern	1 304	468	1772	19,4	7,0	13,3	55 , 0	54 , 3	57,0
Saarland	93	29	122	16,7	5,1	11,0	52,6	51,9	54,9
Berlin	294	125	419	16,5	6,8	11,6	51,0	49,7	54 , 1
Brandenburg	256	79	335	17,6	5,3	11,6	55,8	54,4	60,2
Mecklenburg-Vorpommern .	157	43	200	15,9	4,2	10,1	56,9	55 , 9	60,6
Sachsen	492	156	648	20,0	5,9	13,0	57 , 6	56 , 1	62,4
Sachsen-Anhalt	148	45	193	10,2	3,0	6,6	59,6	58,6	62,9
Thüringen	264	72	336	19,8	5 , 4	12,7	56,4	55,1	61,3
Deutschland	7 225	2 540	9765	16,0	5,6	10,9	54,7	59,0	55 , 8

Brandenburg

Mecklenburg-Vorpommern .

Sachsen-Anhalt

Schaubild 5

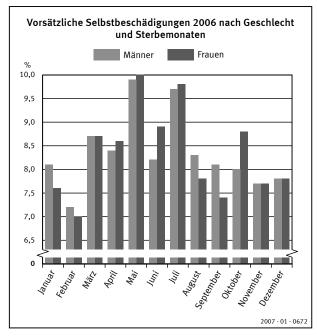


auch nach dem Sterbemonat auszuwerten. Insbesondere saisonale oder terminliche Besonderheiten können so näher durchleuchtet und mit Hilfe der Daten der amtlichen Todesursachenstatistik untersucht werden. So ließen sich beispielsweise die Fragen "Starben im Zeitraum der Fußballweltmeisterschaft mehr Menschen an einem Herzinfarkt als sonst?" oder "Stimmt es, dass sich in den dunklen Wintermonaten mehr Menschen das Leben nehmen als in den übrigen Monaten eines Jahres?" untersuchen. Letzterem soll in dieser Ausarbeitung einmal nachgegangen werden. Über das gesamte Berichtsjahr 2006 betrachtet nahmen sich 9765 Personen das Leben. Da die Todesursachenstatistik die Sterbefälle nach dem sogenannten Ereignisdatum (= Sterbedatum) auswertet, ist der Sterbetag eindeutig dem jeweiligen Monat zuzuordnen.

Für das Berichtsjahr 2006 kann die Annahme "in den dunklen Wintermonaten nehmen sich mehr Menschen das Leben als in den übrigen Monaten" nicht bestätigt werden. Die Ergebnisse der Todesursachenstatistik zeigen vielmehr den umgekehrten Sachverhalt: In den Monaten März bis Oktober 2006 starben durchschnittlich mehr Menschen durch Suizid als in den Monaten Januar und Februar sowie November und Dezember 2006.²⁶) Sowohl bei den Männern als

auch bei den Frauen sind die relativen Häufigkeiten des Suizids annähernd ähnlich verteilt. Der Anteil schwankt zwischen 7,0% im Februar und 10,0% im Mai 2006. Sowohl bei Männern als auch bei Frauen waren im Mai 2006 Vorsätzliche Selbstbeschädigungen/-vergiftungen am häufigsten (9,9 bzw. 10,0%). Im Februar war bei den Frauen mit einem Anteil von 7,0% an allen Suiziden die niedrigste Rate festzustellen, ebenso bei den Männern (7,2%).

Schaubild 6



Internationaler Vergleich

Informationen der Weltgesundheitsorganisation zufolge sterben jährlich weltweit fast eine Million Menschen durch Suizid; das entspricht etwa 14,5 Gestorbenen je 100 000 Einwohner der heutigen durchschnittlichen Weltbevölkerung oder annähernd alle 40 Sekunden einem Suizidtoten.²⁷) Insbesondere in der Altersgruppe der 20- bis 44-Jährigen ist der Anteil der Suizidtoten sehr hoch. Dies gilt auch in Europa. Eine Untersuchung des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) bemisst den Anteil der Suizide an allen Todesfällen bei den Männern dieser Altersgruppe auf 31% und bei den Frauen auf 32%. Nach den Sterbefällen durch äußere Ursachen ist der Suizid damit die zweithäufigste Todesursache in der betrachteten Altersgruppe.²⁸)

Im Ländervergleich liegt die Sterblichkeit durch Suizid in Litauen am höchsten. Hier starben 37,0 Personen je 100 000 Einwohner durch eine Vorsätzliche Selbstbeschädigung oder -vergiftung. Relativ hoch lagen die Werte auch in Ungarn mit 23,2 und in Lettland (22,6). Die niedrigste suizidale Sterblichkeit konnte in Griechenland (3,1 Gestorbene je 100 000

²⁶⁾ Ein vergleichbares Ergebnis konnte auch in den Berichtsjahren 2004 und 2005 beobachtet werden.

²⁷⁾ Siehe Fußnote 15, hier: S. 185 ff.

²⁸⁾ Siehe Niederländer, E.: "Die Todesursachen in der EU" in Statistik kurz gefasst – Bevölkerung und soziale Bedingungen, 10/2006.

Rumänien

Schweden

Slowenien

Slowakei

Tschechische Republik

Vereinigtes Königreich

Spanien

Ungarn ...

Land	Letztes verfügbares Jahr	Ste	erbefälle durch Su	izid	Standardisierte Sterbeziffer ¹) je 100 000 Einwohner		
	veriugbares jam	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt
Belgien	1997	1 551	595	2146	31,2	11,4	21,1
Bulgarien	2005	727	255	982	17,0	5,1	10,7
Dänemark	2001	507	220	727	17,8	6,9	12,2
Deutschland	2006	7 225	2 540	9765	16,0	5,6	10,9
Estland	2005	220	53	273	34,2	5,8	18,7
Finnland	2004	811	252	1 063	30,2	9,0	19,3
Frankreich ²)	2004	7853	2 9 4 5	10 798	25,0	8,6	16,3
Griechenland	2005	318	79	397	5,0	1,3	3,1
Irland	2005	335	66	401	15,9	3,1	9,5
Italien	2002	3 145	924	4069	9,8	2,6	6,0
Lettland	2005	447	120	567	40,1	7,6	22,6
Litauen	2005	1 084	235	1 319	67,4	11,4	37,0
Luxemburg	2005	40	10	50	17,1	4,0	9,9
Niederlande	2005	1 073	499	1 572	12,6	5,6	9,0
Österreich	2005	1 043	349	1 392	24,0	6,8	14,7
Polen	2005	5 136	907	6043	26,6	4,3	15,0
Portugal	2005	696	218	914	11,9	3,2	7,2

Tabelle 4: Internationaler Vergleich der suizidalen Sterblichkeit

321

112

95

829

297

593

993

2894

1154

503

679

3 3 9 9

1583

2621

4 0 4 7

2386

833

391

584

2570

1 286

2028

3054

Einwohner) festgestellt werden, gefolgt von Italien (6,0) und dem Vereinigten Königreich (6,4).²⁹)

2004

2005

2005

2005

2004

2005

2005

Ähnlich verhält es sich mit den geschlechtsspezifischen Betrachtungen. 67,4 je 100000 Litauer schieden im betrachteten Berichtsjahr freiwillig aus dem Leben. Lettland und Ungarn haben bei Männern die zweit- bzw. dritthöchste rohe Sterbeziffer (40,1 bzw. 40,0). Die mit Abstand niedrigsten Werte weisen hier Griechenland (5,0 Gestorbene je 100000 Einwohner), Italien (9,8) und das Vereinigte Königreich (9,9) auf.

Mit jeweils 11,4 Gestorbenen je 100000 Einwohner verstarben in Belgien und Litauen die meisten Frauen durch Suizid, gefolgt von Ungarn (9,2). Griechenland (1,3), Italien (2,6), das Vereinigte Königreich, Spanien und Irland wiesen mit je 3,1 Gestorbenen die geringste Sterblichkeit je 100000 Frauen auf.

Schlussbemerkung

Trotz des seit Jahrzehnten rückläufigen Sterblichkeitsniveaus bei Suiziden scheidet heutzutage dennoch jeder 100. Mensch in Deutschland freiwillig aus dem Leben. Die Gründe hierfür können unterschiedlich sein. Der amtlichen Statistik ist es aufgrund der jetzigen Erhebungsmodalitäten nicht möglich, hier detailliertere Informationen zu geben. Da die Todesursachenstatistik letztlich auch Grundlage für politische und gesundheitsökonomische Entscheidungen ist, hat eine systematische Unterschätzung der Suizidraten

weitreichende Folgen. Hier sollten qualitätssteigernde Modifikationen ansetzen.

22.0

10,5

24,3

40.0

9.9

6,4

8,9

3,2 3,1

4,7

9,2

11,8

22,0

12,0

6,6

14,0

23.2

Abhilfe könnte die Einführung eines elektronischen Codiersystems schaffen, an dessen Entwicklung und Einführung die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder derzeit arbeiten. Ein elektronisches Codiersystem setzt bei der monokausalen Darstellung der Todesursachen (Grundleiden) an. Ein solches System bearbeitet alle vorhandenen Diagnosen, codiert diese und wählt unter Anwendung entsprechender Regeln der ICD das Grundleiden automatisch aus.

Die Vorteile liegen zum einen darin, dass durch die automatische Auswahl des Grundleidens Interpretationsspielräume wegfallen und Daten vergleichbar werden.

Darüber hinaus werden alle auf der Todesbescheinigung vorhandenen Diagnosen erfasst, womit ein Informationsverlust vermieden und die Daten multikausal ausgewertet werden können. Das ermöglicht damit künftig nicht nur im Hinblick auf die suizidale Sterblichkeit und ihre zum Beispiel psychische und physische Anamnese noch aussagekräftigere und tiefer gehende Untersuchungen und Studien.

Der Einsatz des elektronischen Codiersystems ist in einigen Statistischen Landesämtern bereits für Anfang 2008 geplant.

¹⁾ Die in dieser Tabelle dargestellten Sterbeziffern beziehen sich – mit Ausnahme Deutschlands – auf die sog. alte Europastandardbevölkerung; die Sterbeziffer für Deutschland wurde mit der Standardbevölkerung Deutschland 1987 berechnet. – 2) Ohne Überseegebiete.

Quelle: Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat).

²⁹⁾ Einige Unterschiede zwischen den Ländern sind allerdings durch erhebungstechnische Probleme sowie durch kulturelle Unterschiede im Zusammenhang mit dem Erkennen dieser Todesursache zu erklären.

Anhang: Übersicht über die vierstelligen Subkategorien der ICD (9. Revision)

E950	Selbstmord und Selbstbeschädigung durch Vergiftung mit festen oder flüssigen Stoffen
E950.0	Analgetika, Antipyretika und Antirheumatika
E950.1	Barbiturate
E950.2	Sonstige Sedativa und Hypnotika
E950.3	Tranquilizer und sonstige Psychopharmaka
E950.4	Sonstige näher bezeichnete Drogen und Medikamente
E950.5	Nicht näher bezeichnete Droge oder Medikament
E950.6	In Landwirtschaft und Gartenbau verwendete chemische und pharmazeutische Präparate, soweit sie nicht Pflanzennährstoffe und Düngemittel sind
E950.7	Åtzende Substanzen
E950.8	Arsen und Arsenverbindungen
E950.9	Sonstige und nicht näher bezeichnete feste und flüssige Stoffe
E951	Selbstmord und Selbstbeschädigung durch Vergiftung mit im Haushalt verwendeten Gasen
E951.0	Leitungsgas
E951.1	Flüssiggas in Behältern
E951.8	Sonstige Gebrauchsgase
E952	Selbstmord und Selbstbeschädigung durch Vergiftung mit sonstigen Gasen und Dämpfen
E952.0	Kraftfahrzeug-Abgase
E952.1	Sonstige Kohlenmonoxide
E952.8	Sonstige näher bezeichnete Gase und Dämpfe
E952.9	Nicht näher bezeichnete Gase oder Dämpfe
E953	Selbstmord und Selbstbeschädigung durch Erhängen, Erdrosseln und Ersticken
E953.0	Erhängen
E953.1	Ersticken durch Plastikbeutel
E953.8	Sonstige näher bezeichnete Art Nicht näher bezeichnete Art
E953.9	
E954	Selbstmord und Selbstbeschädigung durch Ertrinken
E955	Selbstmord und Selbstbeschädigung durch Feuerwaffen und Explosivstoffe
E955.0	Handfeuerwaffen
E955.1	Schrotflinte
E955.2	Jagdgewehr
E955.3	Militärische Feuerwaffe
E955.4	Sonstige und nicht näher bezeichnete Feuerwaffe
E955.5 E955.9	Explosivstoffe Nicht näher bezeichnet
E956	
	Selbstmord und Selbstbeschädigung durch schneidende und stechende Gegenstände
E957	Selbstmord und Selbstbeschädigung durch Sturz aus der Höhe
E957.0	Wohngebäude
E957.1 E957.2	Sonstige Bauwerke In der Natur
E957.2	Nicht näher bezeichnet
E958	Selbstmord und Selbstbeschädigung auf sonstige und nicht näher bezeichnete Art und Weise
E958.0 E958.1	Sich vor einen sich bewegenden Gegenstand legen oder werfen Selbstverbrennung (Feuer)
E958.2	Verbrühen
E958.3	Extreme Kälte
E958.4	Stromschlag
E958.5	Vorsätzlicher Kraftfahrzeugunfall
E958.6	Vorsätzlicher Luftfahrzeugunfall
E958.7	Ätzende Substanzen, ausgenommen Vergiftung
E958.8	Sonstige näher bezeichnete Art und Weise
E958.9	Nicht näher bezeichnete Art und Weise
E959	Spätfolgen des Selbstmordversuchs und der Selbstbeschädigung

Dipl.-Volkswirtin Juliane Gude, Dipl.-Volkswirt Wolfgang Müller, Dipl.-Volkswirtin Renate Schulze-Steikow

Öffentliche Finanzen im ersten Halbjahr 2007

Im ersten Halbjahr 2007 stiegen die öffentlichen Einnahmen gegenüber dem ersten Halbjahr 2006 um 3,1% auf 487,2 Mrd. Euro. Die öffentlichen Ausgaben blieben nahezu unverändert auf dem im Vorjahr erreichten Niveau (–0,1% auf 502,9 Mrd. Euro). Das kassenmäßige Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte in Abgrenzung der Finanzstatistik (einschließlich des Saldos der haushaltstechnischen Verrechnungen) reduzierte sich gegenüber dem ersten Halbjahr des Vorjahres um mehr als die Hälfte auf 14,8 Mrd. Euro.

Das Defizit wurde durch eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 2,2 Mrd. Euro, die um 20,4 Mrd. Euro unter der Nettokreditaufnahme im ersten Halbjahr des Vorjahres lag, sowie durch kurzfristige Finanzierungsmittel gedeckt. Zum 30. Juni 2007 erreichten die mittel- und langfristigen Kreditmarktschulden der öffentlichen Haushalte den Stand von 1498,1 Mrd. Euro. Die Kassenverstärkungskredite zur Überbrückung vorübergehender Liquiditätsengpässe betrugen zu diesem Zeitpunkt 69,2 Mrd. Euro.

Mit der Veröffentlichung der vierteljährlichen Kassenergebnisse der öffentlichen Haushalte zum Ende eines jeden Quartals über das jeweilige Vorquartal ist die Kassenstatistik die aktuellste Statistik im Bereich der öffentlichen Finanzen. Sie zeigt, welche Einnahmen den öffentlichen Haushalten in einer Periode zugeflossen sind, welche Ausgaben die öffentlichen Haushalte damit finanzierten und in welchem Umfang sie darüber hinaus auf Fremdmittel (Verschuldung am Kreditmarkt) oder Rücklagen zur Deckung des Finanzierungssaldos zurückgreifen mussten. Sie bietet damit ein umfassendes Bild der Finanzsituation der öffentlichen Haushalte.

Vorbemerkung

Zu den öffentlichen Haushalten in der Abgrenzung der vierteljährlichen Kassenstatistik gehören der Bund, die deutschen Finanzanteile an der Europäischen Union (EU-Anteile), die Länder, die Gemeinden und Gemeindeverbände (Gv.) und die Sozialversicherung. Seit dem ersten Quartal 2007 werden die vierteljährlichen Kassenergebnisse nach dem Konzept des "integrierten öffentlichen Gesamthaushalts" dargestellt. Der integrierte öffentliche Gesamthaushalt enthält neben den Kernbudgets auch Extrahaushalte des Bundes und der Länder. Die Extrahaushalte des Bundes umfassen die Sondervermögen "Bundeseisenbahnvermögen", "Entschädigungsfonds", "Erblastentilgungsfonds", "ERP-Sondervermögen" und "Versorgungsrücklage" sowie den "Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V.". Der Kernhaushalt und die Extrahaushalte des Bundes sowie die EU-Anteile werden im Rahmen der vorliegenden Veröffentlichung in einer Summe dargestellt, wobei der Kernhaushalt zusätzlich gesondert in Tabelle 2 gezeigt wird. Die Extrahaushalte der Länder enthalten die ausgegliederten Hochschulen mit eigenem Rechnungswesen sowie aus den öffentlichen Haushalten ausgegliederte Statistische Landesämter und Landesbetriebe für Straßenbau/-wesen bzw. für Verkehr. Sie werden in einer Summe mit den Ergebnissen für die Kernhaushalte der Länder (einschließlich der Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg) präsentiert. Auf der kommunalen Ebene umfassen die Extrahaushalte im Wesentlichen die kommunalen Zweckverbände, die in der vierteljährlichen Erhebung jedoch nicht erfasst werden, sodass für die Gemeinden/Gv. vierteljährlich ausschließlich die Ausgaben und Einnahmen der Kernhaushalte nachgewiesen werden. Die Sozialversicherung schließt die Träger der gesetzlichen Sozialversicherung (gesetzliche Krankenversicherung, gesetzliche Pflegeversicherung, gesetzliche Rentenversicherung, Altershilfe für Landwirte, gesetzliche Unfallversicherung) sowie die Bundesagentur für Arbeit ein. Die Ausgaben und Einnahmen der gesetzlichen Unfallversicherung werden vierteljährlich geschätzt.

Die vierteljährliche Kassenstatistik erfasst bei den angeführten öffentlichen Haushalten auf der Grundlage der Kassenabschlüsse zum Quartalsende die Ist-Ausgaben und die Ist-Einnahmen¹) in der Gliederung nach Ausgabe- und Einnahmearten entsprechend den geltenden Haushaltssystematiken von Bund und Ländern sowie Gemeinden/Gv.

Der Finanzierungssaldo wird berechnet, indem die Ist-Ausgaben und Ist-Einnahmen saldiert und die haushaltstechnischen Verrechnungen zur Vermeidung von Doppelzählungen berücksichtigt werden. Der so ermittelte Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte in Abgrenzung der Finanzstatistik weicht aufgrund methodischer Unterschiede von dem in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen berechneten Finanzierungssaldo des Staates ab.²) Letzterer wird auf der Grundlage von Daten in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 berechnet und ist für das europäische Verfahren bei einem übermäßigen staatlichen Defizit (Maastricht-Vertrag) maßgeblich.

Die Belastung der öffentlichen Haushalte künftiger Haushaltsjahre aus aufgenommenen Fremdmitteln ergibt sich aus dem Nachweis des Standes der Kreditmarktschulden.

Das Konzept des "integrierten öffentlichen Gesamthaushalts", das in der vierteljährlichen Kassenstatistik ab dem ersten Quartal 2007 die Finanzen der öffentlichen Haushalte in der zuvor genannten Abgrenzung darstellt, entspricht mit Ausnahme der in der vierteljährlichen Erhebung nicht erfassten kommunalen Zweckverbände der Abgrenzung des Staatssektors in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Aus Gründen der Vergleichbarkeit werden die Kassenergebnisse 2006 in der vorliegenden Veröffentlichung ebenfalls in der Abgrenzung der öffentlichen Haushalte nach dem Konzept des integrierten öffentlichen Gesamthaushalts dargestellt.³)

Integrierter öffentlicher Gesamthaushalt

Die Ausgaben der öffentlichen Haushalte des integrierten öffentlichen Gesamthaushalts erreichten im ersten Halbjahr 2007 ein Volumen von 502,9 Mrd. Euro. Sie blieben damit nahezu unverändert (–0,1%) auf dem im ersten Halbjahr 2006 erreichten Niveau. Tabelle 1 zeigt die Ausgabenentwicklung der öffentlichen Haushalte im ersten Halbjahr 2007 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum nach Ausgabearten. Danach lagen die Ausgaben für das Personal

Tabelle 1: Ausgaben, Einnahmen und Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts¹)

	1 4: 2007	1 Hi 2004	Verände-
Ausgaben/Einnahmen/ Schulden	1. Hj 2007	1. Hj 2006	rung
Schulden	Mill.	EUR	%
Bereinigte Ausgaben	502 877	503 231	-0,1
Personalausgaben	97 135	97 564	-0,4
Laufender Sachaufwand	115 603	111 616	+3,6
Zinsausgaben	35 697	35 188	+ 1,4
Laufende Zuweisungen an			
öffentlichen Bereich²)	130 500	125 230	+4,2
Soziale u. ä. Leistungen	180 275	185 132	-2,6
Baumaßnahmen	9104	8314	+ 9,5
Erwerb von Sachvermögen ³)	3112	3 1 6 9	- 1,8
Darlehensgewährungen	4 0 3 0	3 831	+ 5,2
Bereinigte Einnahmen	487 172	472 734	+ 3,1
darunter:			
Steuern und steuerähnliche			
Abgaben	436 346	420 317	+ 3,8
Einnahmen aus wirtschaftlicher	40/4/	0066	474
Tätigkeit	10616	9 0 6 6	+ 17,1
Laufende Zuweisungen vom	121 436	114.077	
öffentlichen Bereich²)	13 594	114 <i>9</i> 77 13 222	+ 5,6
Gebühren u. ä. Entgelte Veräußerung von Beteiligungen	2721	2684	+ 2,8 + 1,4
	-		
Finanzierungssaldo ⁴)	-14798	-30019	Х
Nettokreditaufnahme	2 245	22 651	Х
Schuldenaufnahme	149 341	147 345	+ 1,4
Schuldentilgung	147 096	124 694	+ 18,0
Stand der Schulden am 30. Juni			
Kreditmarktschulden	1 498 107	1 475 832	+ 1,5
Kassenverstärkungskredite ⁵)	69 154	58747	+ 17,7

1) Einschl. Extrahaushalten. – 2) Einschl. Schuldendiensthilfen. – 3) Einschl. der nicht aufteilbaren sonstigen Sachinvestitionen. – 4) Einschl. Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen. – 5) Zur Überbrückung vorübergehender Liquiditätsengpässe.

im öffentlichen Dienst in der ersten Jahreshälfte 2007 mit 97,1 Mrd. Euro um 0,4% unter dem vergleichbaren Vorjahreswert. Insgesamt niedriger als im Vorjahr waren auch die Ausgaben für Sozialleistungen, die um 2,6 % auf 180,3 Mrd. Euro zurückgingen. Maßgeblich hierfür war ein Rückgang bei den sozialen und ähnlichen Leistungen des Bundes um 11,9 % auf 14,9 Mrd. Euro sowie bei der Sozialversicherung um 2,3 % auf 142,2 Mrd. Euro.4) Dagegen wiesen die Ausgaben für Sachinvestitionen ein deutliches Plus von 6,4% auf 12,2 Mrd. Euro auf, das bei den Gemeinden/Gv. mit einem Zuwachs von 10,4% besonders hoch ausfiel. Die Ausgaben für den laufenden Sachaufwand der öffentlichen Haushalte stiegen ebenfalls, und zwar um 3,6% auf 115,6 Mrd. Euro. Auch die Ausgaben für Zinsen (+1,4% auf 35,7 Mrd. Euro) und für Darlehensgewährungen (+ 5,2 % auf 4,0 Mrd. Euro) legten im Berichtszeitraum zu.

Im Vergleich zum ersten Halbjahr des Vorjahres stiegen die Einnahmen der öffentlichen Haushalte in den ersten sechs Monaten 2007 um 3,1% auf 487,2 Mrd. Euro. Für die positive Einnahmenentwicklung waren vor allem höhere Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben (+ 3,8% auf 436,3 Mrd. Euro) maßgeblich. Während Bund (+ 14,1%), Länder (+ 13,1%) und Gemeinden/Gv. (+ 11,1%) beträcht-

¹⁾ Wie bereits erwähnt mit Ausnahme der vierteljährlich geschätzten Daten der gesetzlichen Unfallversicherung.

²⁾ Zu den methodischen Unterschieden im Einzelnen siehe Dietz, O.: "Finanzierungssaldo des Staates – einige methodische Anmerkungen" in WiSta 4/2006, S. 339 ff.

^{3) 2006} einschließlich Fonds "Aufbauhilfe".

⁴⁾ Zu den Gründen siehe die Kapitel "Bund" und "Sozialversicherung".

liche Mehreinnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben erzielten, gingen die Beitragseinnahmen der Sozialversicherung im Betrachtungszeitraum um 7,1 % zurück, nachdem sie im entsprechenden Vorjahreszeitraum aufgrund der Vorverlegung der Fälligkeit der Beiträge um 7,7 % angestiegen waren. Höhere Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit (+17,1 % auf 10,6 Mrd. Euro) – vor allem beim Bund durch den auf 4,2 Mrd. Euro gestiegenen Bundesbankgewinn (1. Hj 2006: 2,9 Mrd. Euro) – und ein Plus bei den Gebühreneinnahmen der öffentlichen Haushalte von 2,8 % auf 13,6 Mrd. Euro trugen ebenfalls zur positiven Einnahmenentwicklung bei den öffentlichen Haushalten bei.

Als Differenz zwischen öffentlichen Einnahmen und Ausgaben errechnet sich für das erste Halbjahr 2007 ein Finanzierungsdefizit (in finanzstatistischer Abgrenzung, einschließlich des Saldos der internen Verrechnungen) von 14,8 Mrd. Euro. Es lag um 15,2 Mrd. Euro unter dem vergleichbaren Vorjahresergebnis. Im Einzelnen verringerte sich das Finanzierungsdefizit des Bundes im ersten Halbjahr 2007 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum auf 15,2 Mrd. Euro. Die Länder erreichten einen beinahe ausgeglichenen Finanzierungssaldo (–0,01 Mrd. Euro), nachdem sie im ersten Halbjahr 2006 noch ein Defizit von 9,8 Mrd. Euro ausgewiesen hatten. Die Gemeinden/Gv. erzielten im Berichtszeitraum einen Finanzierungsüberschuss von 0,9 Mrd. Euro,

nachdem im vergleichbaren Vorjahreszeitraum noch ein Defizit in Höhe von 1,7 Mrd. Euro zu verzeichnen war. Gegenläufig entwickelte sich der Finanzierungssaldo der Sozialversicherung mit einem Finanzierungsdefizit von 0,5 Mrd. Euro, nachdem diese im ersten Halbjahr 2006 aufgrund außerordentlicher Einnahmen durch die Änderung im Beitragseinzugsverfahren noch einen Finanzierungsüberschuss von 8,6 Mrd. Euro ausgewiesen hatte.

Die Kreditmarktschulden der öffentlichen Haushalte erreichten bis zum 30. Juni 2007 einen Stand von 1498,1 Mrd. Euro. Dies entspricht einem Anstieg von 1,5 % gegenüber dem Stand am 30. Juni 2006. Die Kassenverstärkungskredite, die die öffentlichen Haushalte zur Überbrückung vorübergehender Liquiditätsengpässe aufnahmen, erhöhten sich zum 30. Juni 2007 im Vergleich zum 30. Juni des Vorjahres auf 69,2 Mrd. Euro (+17,7%).

Bund

Die Ausgaben des Bundes einschließlich der Extrahaushalte und der EU-Anteile summierten sich – nach Bereinigung der Zahlungen untereinander – im ersten Halbjahr 2007 auf 162,5 Mrd. Euro und lagen somit 2,1% über den Ausgaben des vergleichbaren Vorjahreszeitraums (siehe Tabelle 2).

			Вι	ınd			Soz	ialversiche	erung		Länder²)	
	1. Hj	2007	1. Hj	2006	Veränd	derung						
Ausgaben/Einnahmen/Schulden	zu- sammen¹)	dar.: Kern- haushalt des Bundes	zu- sammen¹)	dar.: Kern- haushalt des Bundes	zu- sammen¹)	dar.: Kern- haushalt des Bundes	1. Hj 2007	1. Hj 2006	Verände- rung	1. Hj 2007	1. Hj 2006	Verände- rung
		Mill	. EUR		9,	6	Mill	. EUR	%	Mill.	. EUR	%
Bereinigte Ausgabendarunter:	162 470	146 103	159 197	141 651	+ 2,1	+3,1	232 566	233 876	-0,6	131 195	128 953	+ 1,7
Personalausgaben	19 730 7 707	13 308 7 681	19767 7428	13 292 7 391	-0,2 +3,8	+0,1 +3,9	7 174 80 148	6 824 77 869	+ 5,1 + 2,9	51 439 12 07 4	51 913 11 456	-0,9 +5,4
Zinsausgaben Laufende Zuweisungen an	20143	19 189	19 489	18 842	+ 3,4	+ 1,8	134	219	- <i>38,8</i>	13019	13 305	-2,1
öffentlichen Bereich ³) Soziale u. ä. Leistungen	72 439 14 887	72 382 14 885	68 669 16 890	68 606 16 887	+ 5,5 - 11,9	+ 5,5 - 11,9	6150 142195	6953 145 535	- 11,5 - 2,3	33 659 4 124	31 650 4 088	+ 6,3 + 0,9
Baumaßnahmen Erwerb von Sachvermögen ⁴) Darlehensgewährungen	1784 536 3018	1784 535 1068	1 774 504 2 722	1767 503 1015	+0,6 +6,3 +10,9	+ 1,0 + 6,4 + 5,2	64 107 8	71 145 7	-9,9 -26,2 +14,3	1 461 553 841	1 322 683 859	+ 10,5 - 19,0 - 2,1
Bereinigte Einnahmen	146 277	131 471	131 547	115 789	+ 11,2	+ 13,5	232 086	242 446	-4,3	131 220	119 236	+ 10,1
Steuern und steuerähnliche Abgaben Einnahmen aus wirtschaftlicher	128153	117775	112333	101 274	+ 14,1	+ 16,3	181 968	195 902	-7,1	97 877	86 571	+ 13,1
Tätigkeit Laufende Zuweisungen vom	4 433	4 4 2 5	2945	2934	+ 50,5	+ 50,8	12	15	-20,0	2 406	2397	+0,4
öffentlichen Bereich³) Gebühren u. ä. Entgelte Veräußerung von Beteiligungen	5 886 2 514 1 206	2 430 2 512 1 206	6003 2380 512	3155 2378 512	- 1,9 + 5,6 + 135,5	- 23,0 + 5,6 + 135,5	52 464 22 0	48 452 22 0	+ 8,3 ± 0,0	23 348 3 301 1 290	23 282 3 103 772	+ 0,3 + 6,4 + 67,1
Finanzierungssaldo ⁵)	-15 209	-14606	-27 128	-25851	+ 155,5 X	+ 155,5 X	-519	8 582	X	-13	-9756	+07,1 X
Nettokreditaufnahme	13 576 117 046 103 470	13 852 117 046 103 194	18 004 107 446 89 442	10 784 99 970 89 186	X +8,9 +15,7	X + 17,1 + 15,7	- - -	- - -	- - -	-9865 29149 39014	5 782 36 440 30 658	X -20,0 +27,3
Stand der Schulden am 30. Juni Kreditmarktschulden Kassenverstärkungskredite ⁶)	939 868 37 301	910 185 35 537	915 412 29 125	884 258 29 125	+ 2,7 + 28,1	+ 2,9 + 22,0	_ _	_ _	- -	478 049 2 604	477 532 1 978	+0,1 +31,6

Tabelle 2: Ausgaben, Einnahmen und Schulden der staatlichen Haushalte

¹⁾ Kernhaushalt des Bundes sowie Extrahaushalte (ERP-Sondervermögen, Bundeseisenbahnvermögen, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, "Versorgungsrücklage des Bundes", Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V., 2006 Fonds "Aufbauhilfe") und EU-Anteile. – 2) Einschl. ausgegliederter Hochschulen und ausgewählter öffentlicher Einrichtungen. – 3) Einschl. Schuldendiensthilfen. – 4) Einschl. der nicht aufteilbaren sonstigen Sachinvestitionen. – 5) Einschl. Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen. – 6) Zur Überbrückung vorübergehender Liquiditätsengpässe.

146,1 Mrd. Euro (+3,1%) davon entfielen auf den Kernhaushalt des Bundes, 20,2 Mrd. Euro (-1,2%) auf die Extrahaushalte des Bundes einschließlich der EU-Anteile (nicht bereinigte Angaben). Begründet ist diese Entwicklung unter anderem durch die um 5,5% auf 72,4 Mrd. Euro gestiegenen laufenden Zuweisungen (einschl. Schuldendiensthilfen) an den öffentlichen Bereich. Dabei erhöhten sich die Zuweisungen an die Sozialversicherungsträger um 6,1% auf 54,5 Mrd. Euro, vor allem bedingt durch die erstmalige Ausgabe von 3,2 Mrd. Euro im Rahmen der zum 1. Januar 2007 neu eingeführten Bundesbeteiligung an den Kosten der Arbeitsförderung sowie der zusätzlichen Zahlung an die Bundesagentur für Arbeit aus dem erhöhten Mehrwertsteueraufkommen⁵). Mit einem Anstieg von 0,7 % auf 7,4 Mrd. Euro blieben die Zahlungen des Bundes im Rahmen des Länderfinanzausgleichs auf einem zum Vorjahreshalbjahr vergleichbaren Niveau. Ebenfalls angestiegen sind die Ausgaben für die Beteiligung des Bundes an den Kosten für Unterkunft und Heizung für die Empfänger von Arbeitslosengeld II (von 1,9 Mrd. Euro im 1. Halbjahr 2006 auf 2,2 Mrd. Euro im 1. Halbjahr 2007), vorwiegend wegen der Anhebung des Beteiligungssatzes zum 1. Januar 20076).

Die laufenden Zuweisungen (einschl. Schuldendiensthilfen) an den sonstigen Bereich reduzierten sich um 5,0% auf 34,8 Mrd. Euro. Das lag in erster Linie an den um 14,1 % auf 11,8 Mrd. Euro gesunkenen Aufwendungen für das Arbeitslosengeld II (in Tabelle 2 unter "Soziale u. ä. Leistungen") im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Hartz IV). Neben dem Arbeitslosengeld II, das die bisherige Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe zusammenfasst, setzen sich die Aufwendungen für die Grundsicherung für Arbeitsuchende noch aus Eingliederungsleistungen, aus Verwaltungskostenerstattungen an die Bundesagentur für Arbeit und die Kommunen sowie aus der oben erwähnten Beteiligung des Bundes an den Kosten für Unterkunft und Heizung zusammen. Insgesamt summierten sich die Ausgaben im Rahmen von Hartz IV im ersten Halbjahr 2007 auf 17,9 Mrd. Euro und lagen damit 6,7 % unter dem Vorjahresniveau.

Die erstmaligen Zahlungen des Elterngeldes⁷), das neben dem Arbeitslosengeld II auch unter sozialen u.ä. Leistungen abgebildet wird, beliefen sich im ersten Halbjahr 2007 auf 281,9 Mill. Euro.

Nahezu unverändert gegenüber dem ersten Halbjahr 2006 blieben die Personalaufwendungen des Bundes (-0,2% auf 19,7 Mrd. Euro). 13,3 Mrd. Euro (+0,1%) entfielen dabei auf den Kernhaushalt. Der laufende Sachaufwand, unter den unter anderem die militärischen Beschaffungen und Anlagen fallen, stieg gegenüber dem Vorjahreshalbjahr um 3,8% auf 7,7 Mrd. Euro.

Die Zinsausgaben des Bundes, unter anderem abhängig von der Steigerung der Bundesschuld durch die jährliche Nettokreditaufnahme und vom Zinsniveau, summierten sich im ersten Halbjahr 2007 auf 20,1 Mrd. Euro und lagen somit 3,4% über dem Vorjahresniveau. Die Bauausgaben dagegen stiegen lediglich um 0,6% auf 1,8 Mrd. Euro. Nachdem die Darlehensgewährung des Bundeskernhaushalts im Vorjahr noch stark rückläufig war (–85,1% auf 1,0 Mrd. Euro), stieg sie im ersten Halbjahr 2007 wieder leicht an (+5,2% auf 1,1 Mrd. Euro). Bezieht man die Extrahaushalte einschließlich der EU-Anteile mit in die Betrachtung ein, so gewährte der Bund in den ersten beiden Quartalen 2007 Darlehen in Höhe von 3,0 Mrd. Euro (+10,9%).

Die bereinigten Einnahmen des Bundes einschließlich der Extrahaushalte und der EU-Anteile erhöhten sich im Vergleich zum ersten Halbjahr 2006 um 11,2 % auf 146,3 Mrd. Euro. Dabei entfielen – ohne Bereinigung um Zahlungen untereinander - 131,5 Mrd. Euro (+13,5%) auf den Kernhaushalt des Bundes und 18,6 Mrd. Euro (-0,1%) auf die Extrahaushalte einschließlich der EU-Anteile. Zurückzuführen ist diese Entwicklung im Wesentlichen auf die stark angestiegenen Einnahmen aus Steuern (einschl. EU-Eigenmitteln) und steuerähnlichen Abgaben (+14,1 % auf 128,2 Mrd. Euro). Dies resultiert unter anderem aus der Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes von 16 auf 19 % zum 1. Januar 2007 (die Bundeseinnahmen aus der Mehrwertsteuer stiegen dadurch um 20,3% auf 45,4 Mrd. Euro). Ebenso erhöhten sich die Einnahmen des Bundes aus der Einkommenund Körperschaftsteuer (+16,8% auf 39,6 Mrd. Euro). Die reinen Bundessteuern8) summierten sich im ersten Halbjahr 2007 auf 38,1 Mrd. Euro. Das entspricht einem Zuwachs um 4,8% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Unter den Bundessteuern wurde die Versicherungsteuer – ebenso wie die Mehrwertsteuer – zum 1. Januar 2007 um 3 Prozentpunkte auf 19% erhöht, wodurch die entsprechenden Einnahmen um 17,6% auf 6,4 Mrd. Euro stiegen. Die Einnahmen aus der Tabaksteuer blieben gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert (-0,2% auf 6,4 Mrd. Euro).

Neben den gestiegenen Steuereinnahmen trugen auch die Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit, die sich um 50,5 % auf 4,4 Mrd. Euro erhöhten, zum Anstieg der gesamten Bundeseinnahmen bei. Ausschlaggebend war dabei der gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegene Gewinn der Deutschen Bundesbank von 4,2 Mrd. Euro, der laut § 27 Nr. 2 des Bundesbankgesetzes an den Bund abzuführen ist. Davon verbleiben 3,5 Mrd. Euro beim Bund, der darüber liegende Betrag wird seit 1999 an den Erblastentilgungsfonds zur Leistung der Tilgungsverpflichtungen abgeführt.

Die zum 1. Januar 2005 eingeführte streckenbezogene Lkw-Maut war u.a. auch – wie im Vorjahr – Grund für die Erhöhung der Einnahmen aus Gebühren. Sie stiegen um 5,6%

⁵⁾ Mit dieser Zahlung beteiligt sich der Bund an der Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung (von 6,5 auf 4,2%), die zum 1. Januar 2007 in Kraft getreten ist.

⁶⁾ Bisher lag der Beteiligungssatz des Bundes an den Kosten für Unterkunft und Heizung bei 29,1%. Ab dem 1. Januar 2007 wurde der Beteiligungssatz für Baden-Württemberg auf 35,2%, für Rheinland-Pfalz auf 41,2% und für die restlichen Bundesländer auf jeweils 31,2% angehoben. Ab 2008 werden die Beteiligungssätze je nach Entwicklung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften jährlich angepasst (Quelle: Finanzbericht 2008, S. 109).

⁷⁾ Das Elterngeld ersetzt zum 1. Januar 2007 das bisherige Erziehungsgeld und wird für einen Zeitraum von 12 Monaten, plus 2 Partnermonaten gezahlt. Die Höhe liegt bei 67 % des letzten Nettoeinkommens, maximal aber bei 1800 Euro. Anspruch haben alle Eltern, deren Kinder ab dem 1. Januar 2007 geboren wurden (Quelle: Finanzbericht 2008, S. 114).

⁸⁾ Neben der Tabak- und der Versicherungsteuer zählen die Energiesteuer (früher Mineralölsteuer), die Branntweinsteuer, die Schaumweinsteuer, die Kaffeesteuer, die Stromsteuer sowie der Solidaritätszuschlag zu den Bundessteuern.

auf 2,5 Mrd. Euro. Ebenfalls angestiegen sind die Einnahmen aus der Veräußerung von Beteiligungen. Während der Bund im ersten Halbjahr 2006 512,2 Mill. Euro verbuchen konnte, waren es im ersten Halbjahr 2007 1,2 Mrd. Euro. Gesunken sind dagegen die Einnahmen aus dem sogenannten Aussteuerungsbetrag (um 41,0 % auf 1,1 Mrd. Euro). Dabei handelt es sich um eine "Strafgebühr", die die Bundesagentur für Arbeit für jeden Arbeitslosen, der innerhalb von zwölf Monaten nicht vermittelt werden konnte und somit vom Bezug des Arbeitslosengeldes I (Haushalt der Bundesagentur für Arbeit) in den Bezug des Arbeitslosengeldes II (Bundeshaushalt) wechselt, an den Bund zahlen muss.

Aus der Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben (einschl. haushaltstechnischer Verrechnungen) ergibt sich (in finanzstatistischer Abgrenzung) für den Bund im Berichtszeitraum ein Finanzierungsdefizit von 15,2 Mrd. Euro (1. Halbjahr 2006: –27,1 Mrd. Euro). Das Finanzierungsdefizit des Bundeskernhaushalts lag bei 14,6 Mrd. Euro. Finanziert wurde das Defizit hauptsächlich durch eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 13,6 Mrd. Euro (1. Halbjahr 2006: 18,0 Mrd. Euro).

Die Kreditmarktschulden des Bundes beliefen sich am 30. Juni 2007 auf 939,9 Mrd. Euro (+2,7%), wobei allein 910,2 Mrd. Euro auf den Kernhaushalt des Bundes entfielen. Zur Überbrückung vorübergehender Liquiditätsengpässe mussten vom Bund Kassenverstärkungskredite in Höhe von 37,3 Mrd. Euro (+28,1%) aufgenommen werden. Auch hier entfiel mit 35,5 Mrd. Euro der größte Teil auf den Kernhaushalt des Bundes.

Sozialversicherung

Die bereinigten Ausgaben der gesetzlichen Sozialversicherung, die die gesetzliche Kranken-, Pflege-, Unfall- und Rentenversicherung, die Alterssicherung für Landwirte sowie die Bundesagentur für Arbeit umfasst, summierten sich im ersten Halbjahr 2007 auf 232,6 Mrd. Euro und lagen damit 0,6% unter dem Vergleichswert des ersten Halbjahres 2006 von 233,9 Mrd. Euro (siehe Tabelle 2). Ebenfalls rückläufig waren die bereinigten Einnahmen. Sie sanken um 4,3 % auf 232,1 Mrd. Euro. Diese Entwicklung ist sowohl insgesamt als auch bei den einzelnen Sparten der Sozialversicherung (außer der Krankenversicherung) u.a. auf den Wegfall des einmaligen Basiseffekts im Jahr 20069) zurückzuführen. Nachdem im ersten Halbjahr 2006 noch ein Finanzierungsüberschuss in Höhe von 8,6 Mrd. Euro verbucht werden konnte, ergibt sich aus der Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben (einschl. haushaltstechnischer Verrechnungen) für den Berichtszeitraum ein Finanzierungsdefizit in Höhe von 519 Mill. Euro.

Für die einzelnen Sparten der Sozialversicherung ergibt sich folgendes Bild:

Die gesetzliche Krankenversicherung wies im Berichtszeitraum Ausgaben in Höhe von 75,8 Mrd. Euro aus. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum entspricht das einem Anstieg um 3,8%. Zurückzuführen ist diese Entwicklung auf den Anstieg der Ausgaben für die Leistungen der Krankenversicherung (+3,6% auf 71,2 Mrd. Euro). So erhöhten sich beispielsweise die Aufwendungen für Arznei-, Verband- und Hilfsmittel aus Apotheken um 5,2% auf 12,5 Mrd. Euro, u.a. als Folge der Mehrwertsteuererhöhung von 16 auf 19% zu Beginn des Jahres 2007. Ebenso angestiegen sind die Ausgaben für ärztliche Behandlungen (+3,8% auf 12,3 Mrd. Euro), für Heil- und Hilfsmittel von anderen Stellen (+ 3,2 % auf 4,1 Mrd. Euro) sowie für zahnärztliche Behandlungen einschließlich Zahnersatz (+2,6% auf 5,4 Mrd. Euro). Die genannten Aufwendungen werden in der Finanzstatistik als laufender Sachaufwand ausgewiesen. Anders als im ersten Halbjahr 2006, in dem die Krankengeldzahlungen (in Tabelle 2 unter "Soziale u. ä. Leistungen") sanken, war im ersten Halbjahr 2007 ein Zuwachs bei den Ausgaben für Krankengeld um 4,1 % auf 3,0 Mrd. Euro zu verzeichnen.

Die Einnahmen der gesetzlichen Krankenversicherung beliefen sich im ersten Halbjahr 2007 auf 76,1 Mrd. Euro und lagen damit um 4,4% über dem Vorjahreswert. Hier führte unter anderem die Erhöhung des durchschnittlichen Beitragssatzes von 14,2 auf 14,8% zu einem Anstieg der Beitragseinnahmen um 5,3% auf 73,0 Mrd. Euro.

Während die gesetzliche Krankenversicherung im ersten Halbjahr 2006 noch ein Defizit von 52 Mill. Euro zu verzeichnen hatte, ergibt sich für den Berichtszeitraum aus der Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen ein Finanzierungsüberschuss in Höhe von 307 Mill. Euro.

Die Bundesagentur für Arbeit wies im Berichtszeitraum Ausgaben in Höhe von 20,0 Mrd. Euro aus. Gegenüber dem ersten Halbjahr 2006 entspricht das einer Reduzierung der Ausgaben um 18,4%. Begründet ist diese Entwicklung u.a. in dem gegenüber dem Vorjahr deutlich gesunkenen Aussteuerungsbetrag (-41,0% auf 1,1 Mrd. Euro), den die Bundesagentur für Arbeit an den Bund zu entrichten hat. 10) Des Weiteren sanken die Aufwendungen für das Arbeitslosengeld. Während im ersten Halbjahr 2006 13,3 Mrd. Euro gezahlt wurden, summierten sich die Ausgaben im ersten Halbjahr 2007 auf nur noch 9,6 Mrd. Euro (-27,7%). Zurückzuführen ist das auf die rückläufige Zahl der Leistungsempfänger. Wegen einer grundlegenden Reform der Förderung der Selbstständigkeit¹¹) im Sommer 2006 sanken die Ausgaben für die arbeitsmarktpolitischen Instrumente Existenzgründungszuschuss (-42,7% auf 310,5 Mill. Euro) und Überbrückungsgeld (-88,1 % auf 92,3 Mill. Euro). Die Zahlungen für den aus der Reform neu entstandenen Gründungszuschuss beliefen sich im ersten Halbjahr 2007 auf 478,8 Mill. Euro.

Anders als im ersten Halbjahr 2006 musste die Bundesagentur für Arbeit in den ersten beiden Quartalen 2007 ein

^{9) 2006} wurde das Beitragseinzugsverfahren umgestellt. Danach wurden bis einschließlich 2005 die Beiträge nachträglich abgeführt, ab dem ersten Quartal 2006 mussten die Beiträge im Voraus geleistet werden. Dies führte 2006 zu entsprechend höheren Beitragseinnahmen.

¹⁰⁾ Siehe dazu auch das Kapitel "Bund".

¹¹⁾ Die beiden Instrumente Existenzgründungszuschuss und Überbrückungsgeld wurden zum 1. August 2006 zum neuen Förderungsinstrument "Gründungszuschuss" zusammengefasst. Bei den noch stattfindenden Zahlungen für den Existenzgründungszuschuss und das Überbrückungsgeld handelt es sich daher um Restabwicklungen (Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit, 55. Jahrgang, Nr. 7/2007, S. 18).

Minus bei den Einnahmen verbuchen. Sie gingen um 23,9 % auf 21,2 Mrd. Euro zurück. Grund dafür war – neben dem bereits erwähnten Basiseffekt – u. a. die Änderung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 auf 4,2 %, wodurch die Beitragseinnahmen um 38,9 % auf 16,0 Mrd. Euro sanken. Mit 1,1 Mrd. Euro (+2,9 %) lagen die Einnahmen aus der Verwaltungskostenerstattung des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Hartz IV) auf einem ähnlichen Niveau wie im ersten Halbjahr 2006. Der negativen Entwicklung auf der Einnahmenseite konnten auch die Erlöse aus einem neu eingeführten Bundeszuschuss, der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung, nur bedingt entgegenwirken, aus dem der Bundesagentur für Arbeit im ersten Halbjahr 2007 3,2 Mrd. Euro zuflossen.

Aus der Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen ergibt sich für die Bundesagentur für Arbeit ein Finanzierungsüberschuss in Höhe von 1,2 Mrd. Euro; dieser lag 2,1 Mrd. Euro unter dem des ersten Halbjahres 2006 (3,3 Mrd. Euro).

Mit 116,6 Mrd. Euro (+0,5%) summierten sich die Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung auf ein ähnliches Niveau wie im vergleichbaren Vorjahreszeitraum (116,1 Mrd. Euro).

Die Einnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung reduzierten sich im ersten Halbjahr 2007 um 5,0% auf 115,0 Mrd. Euro. Diese negative Entwicklung ist hauptsächlich auf den bereits angesprochenen Basiseffekt im Jahr 2006 zurückzuführen. Vorwiegend aus diesem Grund nahmen – trotz Erhöhung des Beitragssatzes von 19,5 auf 19,9% sowie einer günstigen Beschäftigungslage – die Beitragseinnahmen um 7,9% auf 78,3 Mrd. Euro ab.

Für die gesetzliche Rentenversicherung ergibt sich demnach für das erste Halbjahr 2007 aus der Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben ein Finanzierungsdefizit in Höhe von 1,6 Mrd. Euro. Verglichen zum Vorjahreshalbjahr, in dem noch ein Überschuss von 5,0 Mrd. Euro erzielt werden konnte, verschlechterte sich das Ergebnis somit um 6,6 Mrd. Euro.

Die Ausgaben der gesetzlichen Pflegeversicherung lagen im ersten Halbjahr 2007 mit 9,1 Mrd. Euro um 1,8 % über denen des Vorjahres. Die Einnahmen dagegen sanken um 5,9 % auf 8,8 Mrd. Euro, u.a. wegen des mehrfach erwähnten Basiseffekts. Aufgrund dieser Entwicklung kehrte sich der noch im Vorjahreshalbjahr erreichte positive Saldo aus Ausgaben und Einnahmen (357 Mill. Euro) im Berichtshalbjahr in ein Finanzierungsdefizit von 348 Mill. Euro um.

Länder

Die um die Zahlungen untereinander bereinigten Ausgaben der Länder einschließlich ihrer Extrahaushalte beliefen sich im ersten Halbjahr 2007 auf 131,2 Mrd. Euro und lagen somit 1,7% über dem vergleichbaren Vorjahreswert (siehe Tabelle 2). 129,9 Mrd. Euro (+1,7%) entfielen dabei

auf die Kernhaushalte der Länder. Die Stadtstaaten gaben 17,5 Mrd. Euro (-0,7%) aus, die Flächenländer 115,2 Mrd. Euro (+2,2%), jeweils ohne Bereinigung um Zahlungen zwischen diesen Ebenen untereinander.

Obwohl die Länder besonders personalintensive Aufgaben wahrnehmen (z.B. Bildung, Sicherheit), sanken die Personalausgaben im Berichtszeitraum um 0,9% auf 51,4 Mrd. Euro. 48,5 Mrd. Euro davon entfielen auf die Kernhaushalte der Länder. Diese Entwicklung lässt auf weitere – nicht in den abgebildeten Zahlen integrierte – Ausgliederungen sowie Personalabbau schließen. Die zu den Personalausgaben zählenden Versorgungsbezüge stiegen um 2,6% auf 10,0 Mrd. Euro.

Die Sachaufwendungen beliefen sich in den ersten beiden Quartalen 2007 auf 12,1 Mrd. Euro und lagen damit 5,4% über den entsprechenden Vorjahreswerten. Um 2,1% auf 13,0 Mrd. Euro gesunken sind dagegen die Zinsausgaben.

Die laufenden Zuweisungen der Länder an den öffentlichen Bereich (einschl. Schuldendiensthilfen) summierten sich im Berichtszeitraum auf 33,7 Mrd. Euro. Das entspricht einem Anstieg um 6,3 % gegenüber dem ersten Halbjahr 2006. Bei rund der Hälfte dieser Zuweisungen handelt es sich um allgemeine Finanzzuweisungen an Gemeinden/Gemeindeverbände. Sie betrugen im Berichtszeitraum 15,4 Mrd. Euro (+11,1%) und enthalten u.a. die an die Gemeinden weiterzuleitende Beteiligung des Bundes an den kommunalen Kosten für Unterkunft und Heizung im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Hartz IV). Wie bereits in den ersten beiden Quartalen des Jahres 2006 erhöhten sich auch im ersten Halbjahr 2007 die Zahlungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs (+16,6%) auf nunmehr 3,9 Mrd. Euro. Mit Hilfe des Länderfinanzausgleichs sollen Finanzkraftunterschiede zwischen den Ländern, die sich aus der Steuerverteilung ergeben, ausgeglichen werden.12)

Wesentlich höher als noch im ersten Halbjahr 2006 fielen die Ausgaben für den Erwerb von Beteiligungen und dergleichen – die ausschließlich von den Kernhaushalten der Länder getätigt wurden – in den ersten beiden Quartalen 2007 aus: Sie verdoppelten sich nahezu auf 1,0 Mrd. Euro.

Die bereinigten Einnahmen der Länder einschließlich der Extrahaushalte beliefen sich im Berichtszeitraum auf 131,2 Mrd. Euro. Damit lagen sie um 12,0 Mrd. Euro bzw. 10,1% über dem Wert des ersten Halbjahres 2006. Die Länderkernhaushalte wiesen Einnahmen in Höhe von 129,7 Mrd. Euro auf. Die Einnahmen der Stadtstaaten summierten sich im ersten Halbjahr 2007 auf 16,8 Mrd. Euro (+9,4%), die der Flächenländer auf 116,0 Mrd. Euro (+10,1%), jeweils ohne Bereinigung um Zahlungen zwischen diesen Ebenen untereinander.

Ähnlich wie beim Bund sind auch bei den Ländern die gestiegenen Steuereinnahmen – die Haupteinnahmequelle der Länder – ausschlaggebend für diese positive Entwicklung. So konnte im ersten Halbjahr 2007 bei den Steuern

¹²⁾ Siehe dazu auch Dietz, O.: "Finanzausgleich Bund – Länder" in WiSta 5/2000, S. 351 ff.

und steuerähnlichen Abgaben ein Plus von 11,3 Mrd. Euro verbucht werden. Prozentual entspricht das einem Anstieg gegenüber dem ersten Halbjahr 2006 um 13,1 % auf 97,9 Mrd. Euro. Besonders kräftig war mit + 13,5 % auf 35,9 Mrd. Euro dabei der Zuwachs der Einnahmen aus der Umsatzsteuer, der vornehmlich aus der Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes von 16 auf 19% zum 1. Januar 2007 resultierte. Ebenfalls stark angestiegen sind die Einnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Sie beliefen sich im Berichtszeitraum auf 42,2 Mrd. Euro (+15,8%). Positiv gegenüber dem Vorjahreshalbjahr entwickelten sich auch die Erlöse aus den reinen Landessteuern¹³), die insgesamt um 4,0% auf 11,8 Mrd. Euro zunahmen. Bei der zu den Landessteuern zählenden Kraftfahrzeugsteuer ging das Aufkommen gegenüber dem ersten Halbjahr 2006 um 2,6% auf 4,8 Mrd. Euro zurück.

Die laufenden Zuweisungen einschließlich der Schuldendiensthilfen vom öffentlichen Bereich blieben mit einem Anstieg von 0,3 % auf einem ähnlichen Niveau (23,3 Mrd. Euro) wie im ersten Halbjahr 2006. Die Bundeszuweisungen beliefen sich dabei auf 14,6 Mrd. Euro (Vorjahr: 14,8 Mrd. Euro).

Während die Einnahmen der Länder aus wirtschaftlicher Tätigkeit nur leicht anstiegen (+0,4% auf 2,4 Mrd. Euro), erhöhten sich die Erlöse aus der Veräußerung von Beteiligungen und dergleichen mit +67,1% auf 1,3 Mrd. Euro kräftig.

Für die Bundesländer ergibt sich für den Berichtszeitraum aus der Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben (einschl. haushaltstechnischer Verrechnungen) finanzstatistisch ein Finanzierungsdefizit in Höhe von 12,9 Mill. Euro. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum entspricht das einer Verbesserung des Ergebnisses um gut 9,7 Mrd. Euro. Das Defizit der Länderkernhaushalte betrug 255,9 Mill. Euro.

Anders als noch im Vorjahreshalbjahr nahmen die Länder im ersten Halbjahr 2007 weniger Schulden auf (29,1 Mrd. Euro) als sie tilgten (39,0 Mrd. Euro).

Die Bundesländer wiesen am 30. Juni 2007 Kreditmarktschulden in Höhe von 478,0 Mrd. Euro aus (30. Juni 2006: 477,5 Mrd. Euro). Der Stand der Kassenverstärkungskredite betrug 2,6 Mrd. Euro (30. Juni 2006: 2,0 Mrd. Euro).

Kommunale Haushalte

Die Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gv.) beliefen sich in den ersten sechs Monaten des Jahres 2007 in Deutschland auf insgesamt 74,9 Mrd. Euro und lagen damit um 2,4% über dem Niveau im ersten Halbjahr 2006 (siehe Tabelle 3).

Dabei stiegen die Aufwendungen für Sachinvestitionen kräftig um 10,4 % auf 7,7 Mrd. Euro. Bei den kommunalen Baumaßnahmen ergab sich dabei sogar ein Plus von 12,6 % auf 5,8 Mrd. Euro. Der Zuwachs fiel mit 12,7 % bei den Kom-

Tabelle 3: Ausgaben, Einnahmen und Schulden der kommunalen Haushalte

der kommunaten naasnatte							
Ausgaben/Einnahmen/ Schulden	1. Hj 2007	1. Hj 2006	Verände- rung				
Schulden	Mill.	EUR	%				
Bereinigte Ausgabendarunter:	74898	73 157	+ 2,4				
Personalausgaben	18792	19061	- 1,4				
Laufender Sachaufwand	15 675	14863	+ 5,5				
Zinsausgaben	2 402	2176	+ 10,4				
Laufende Zuweisungen an			ŕ				
öffentlichen Bereich¹)	18 252	17 957	+ 1,6				
Soziale u. ä. Leistungen	19069	18619	+ 2,4				
Baumaßnahmen	5 795	5 146	+ 12,6				
Erwerb von Sachvermögen	1 917	1837	+ 4,4				
Darlehensgewährungen	164	244	- <i>32</i> ,8				
Bereinigte Einnahmen	75 841	71 457	+6,1				
Steuern und steuerähnliche							
Abgaben Einnahmen aus wirtschaftlicher	28 349	25 512	+ 11,1				
Tätigkeit	3765	3710	+ 1,5				
öffentlichen Bereich¹)	39 737	37 240	+6,7				
Gebühren u. ä. Entgelte	7 757	7718	+0,5				
Veräußerung von Beteiligungen	225	1 399	-83,9				
Finanzierungssaldo²)	943	-1716	Х				
Nettokreditaufnahme	-1465	-1136	Х				
Schuldenaufnahme	3 147	3 459	-9,0				
Schuldentilgung	4612	4 595	+0,4				
Stand der Schulden am 30. Juni							
Kreditmarktschulden	80 191	82 888	- 3,3				
Kassenverstärkungskredite ³)	29 249	27 644	+ 5,8				

¹⁾ Einschl. Schuldendiensthilfen. – 2) Einschl. Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen. – 3) Zur Überbrückung vorübergehender Liquiditätsengpässe.

munen im früheren Bundesgebiet bzw. 12,3 % bei denen in den neuen Ländern nahezu gleich stark aus.

Auch die Zinsausgaben erhöhten sich mit 10,4% spürbar und erreichten 2,4 Mrd. Euro. Weniger stark fielen die Zuwächse beim laufenden Sachaufwand (+5,5% auf 15,7 Mrd. Euro) und bei den sozialen Leistungen der Kommunen (+2,4% auf 19,1 Mrd. Euro) aus. Von den Sozialausgaben entfielen 6,1 Mrd. Euro auf Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Erläuterung hierzu siehe unten). Die Personalausgaben der Gemeinden/Gv. wiesen einen leichten Rückgang um 1,4% auf 18,8 Mrd. Euro auf. Dabei war der Rückgang bei den kommunalen Haushalten im früheren Bundesgebiet mit 1,4% praktisch ebenso stark wie im Osten Deutschlands (–1,3%).

Die kommunalen Einnahmen stiegen im Berichtszeitraum um 6,1 % auf 75,8 Mrd. Euro (siehe Tabelle 3). Dies lag insbesondere am kräftigen Zuwachs der Steuereinnahmen der Gemeinden (+ 11,1 % auf 28,3 Mrd. Euro) sowie einem starken Anstieg der Zuweisungseinnahmen (+ 7,3 % auf 43,0 Mrd. Euro). Im Vorjahresvergleich wiesen die Gemeinden im früheren Bundesgebiet ein Wachstum der Steuereinnahmen von 11,0 % auf, die Kommunen in den neuen Ländern verzeichneten sogar eine Steigerung um 12,6 %. Zur Zunahme der Steuereinnahmen insgesamt trugen besonders der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit einem Plus von

¹³⁾ Zu den reinen Landessteuern zählen u. a. Vermögensteuer, Erbschaftsteuer, Grunderwerbsteuer, Kraftfahrzeugsteuer, Rennwett- und Lotteriesteuer, Feuerschutzsteuer, Biersteuer.

18,2% auf 5,8 Mrd. Euro sowie die Gewerbesteuer bei, deren Aufkommen sich – nach Abzug der Gewerbesteuerumlage – um 11,8% auf 16,5 Mrd. Euro erhöhte. Die Grundsteuereinnahmen legten um 1,4% auf 4,7 Mrd. Euro zu.

Die von den Ländern im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs gezahlten Schlüsselzuweisungen erreichten im ersten Halbjahr 2007 12,5 Mrd. Euro und lagen damit um 15,6% über dem Vorjahresbetrag. Die investiven Zuweisungen der Länder an ihre Gemeinden erhöhten sich mit 14,7% fast ebenso stark und erreichten 3,0 Mrd. Euro. Die kommunalen Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit stiegen um 1,5% auf 3,8 Mrd. Euro, die Einnahmen aus Verwaltungsgebühren, Benutzungsgebühren und ähnlichen Entgelten lagen mit 7,8 Mrd. Euro um 0,5% über dem Niveau des Vorjahreszeitraums.

Aus der Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen errechnet sich für das erste Halbjahr 2007 ein kommunaler Finanzierungsüberschuss in Höhe von 0,9 Mrd. Euro. Nach den ersten sechs Monaten des Vorjahres hatte sich noch ein Fehlbetrag von 1,7 Mrd. Euro ergeben.

Die günstige Finanzentwicklung ermöglichte es den Kommunen, per saldo 1,5 Mrd. Euro Schulden am Kreditmarkt zu tilgen (Nettotilgung). Dadurch reduzierte sich der Schuldenstand der Gemeinden/Gv. zur Jahresmitte 2007 auf 80,2 Mrd. Euro nach 82,0 Mrd. Euro zum 31. Dezember 2006. Dennoch nahmen die Gemeinden und Gemeindeverbände weiter kurzfristige Kassenkredite in Höhe von 29,2 Mrd. Euro in Anspruch (31. Dezember 2006: 27,7 Mrd. Euro).

Von den oben genannten Ausgaben für die Grundsicherung für Arbeitsuchende (Hartz IV) im ersten Halbjahr 2007 entfielen 6,0 Mrd. Euro auf die Übernahme der Kosten für Unterkunft und Heizung sowie 0,1 Mrd. Euro auf kommunale Eingliederungsmaßnahmen und einmalige Leistungen. Dem standen Erstattungen des Bundes für die Übernahme der Kosten für Unterkunft und Heizung sowie Leistungen der Länder aus Wohngeldeinsparungen und für den Ausgleich strukturell bedingter Arbeitslosigkeit in Höhe von 2,5 Mrd. Euro gegenüber. Bei einer Betrachtung der Auswirkungen der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe durch die Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende muss auch die Entwicklung der Sozialhilfeausgaben außerhalb von Einrichtungen berücksichtigt werden. Hierfür haben die Kommunen im ersten Halbiahr 2007 1,9 Mrd. Euro ausgegeben, 7,4% mehr als im ersten Halbjahr 2006.

In den genannten Ausgaben nicht enthalten sind die Ausgaben und Erstattungen für Aufgaben von Kommunen, die am sogenannten Optionsgesetz beteiligt sind, das heißt in denen die Arbeitslosen ausschließlich von den Kommunen betreut werden. Diese Leistungen werden in vollem Umfang vom Bund getragen.

Dipl.-Volkswirt Stefan Dittrich

Umsätze und ihre Besteuerung 2005

Durch die Auswertung der Umsatzsteuer-Voranmeldungen der Unternehmen gewinnt die amtliche Statistik Informationen über die Entstehung der Umsatzsteuer, über die steuerpflichtigen Unternehmen und deren Umsätze sowie über die innergemeinschaftlichen Erwerbe [Einfuhren aus anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU)]. Die amtliche Statistik nutzt die Umsatzsteuer-Voranmeldungen zurzeit in der Umsatzsteuerstatistik, im Unternehmensregister¹) und in der Intrahandelsstatistik²) gemäß den entsprechenden gesetzlichen Vorgaben. Daneben wird die Eignung der Umsatzsteuer-Voranmeldungen für weitere statistische Zwecke – insbesondere konjunkturstatistische Auswertungen – untersucht³). Die Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 2005 sind Thema des folgenden Beitrags. Dabei werden unter anderem Auswirkungen einer Steuerrechtsänderung und der EU-Erweiterung zum 1. Mai 2004 auf die Daten der Umsatzsteuerstatistik dargestellt.

Vorbemerkung

Zur Beurteilung der Struktur und Wirkungsweise der Steuern hat der Gesetzgeber Bundesstatistiken über die wichtigsten Steuern, u.a. die Umsatzsteuer, angeordnet.4) Bei den als Sekundärstatistiken durchgeführten Steuerstatistiken werden Daten ausgewertet, die im Rahmen des Besteuerungs-

verfahrens anfallen. Somit werden die Wirtschaftseinheiten, aber auch die statistischen Ämter im Vergleich zu Direktbefragungen weniger stark belastet. Die Umsatzsteuerstatistik erfasst nicht nur die steuerlichen Merkmale, sondern auch die Umsätze⁵), die der Umsatzbesteuerung bzw. den Steuerbefreiungen zugrunde liegen. Aus der Beobachtung der Umsätze ergeben sich wertvolle Informationen für die Haushaltsplanungen und Steuerschätzungen des Bundes und der Länder. Die Umsatzsteuerstatistik ist jedoch nicht nur ein Instrument der Fiskal- und Steuerpolitik; sie dient darüber hinaus auch der allgemeinen Wirtschaftsbeobachtung. Mit ihren Angaben über die Entwicklung der Umsätze in fast allen Wirtschaftsbereichen liefert sie Informationen, die in dieser Vollständigkeit in keiner anderen Bundesstatistik enthalten sind. Die Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik sind auch eine wichtige Datenbasis für die Berechnung der Wertschöpfung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Zu monatlichen bzw. vierteljährlichen Umsatzsteuer-Voranmeldungen sind diejenigen Unternehmer verpflichtet, deren Steuer im vorangegangenen Kalenderjahr 512 Euro überstiegen hat, sowie die Unternehmer, die im laufenden oder vorangegangenen Kalenderjahr ihre berufliche Tätigkeit aufgenommen haben.⁶) Die Umsatzsteuer wird nicht erhoben

¹⁾ Siehe Hagenkort, S.: "Nutzung von Verwaltungsdaten zum Aufbau des Unternehmensregisters" in WiSta 12/1999, S. 942 ff.

²⁾ Siehe Mai, H.: "Ein Jahr Intrahandelsstatistik – Ein Rückblick" in WiSta 2/1994, S. 109 ff.

³⁾ Gesetz über die Verwendung von Verwaltungsdaten für Zwecke der Wirtschaftsstatistiken (Verwaltungsdatenverwendungsgesetz – VwDVG) vom 31. Oktober 2003 (BGBI. I S. 2149).

⁴⁾ Gesetz über Steuerstatistiken (StStatG) vom 11. Oktober 1995 (BGBI. I S. 1250), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 19. Juli 2006 (BGBI. I S. 1652).

⁵⁾ Im Umsatzsteuergesetz (UStG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Juni 1999 (BGBl. I S. 1270) in der für das Jahr 2005 gültigen Fassung wird für die im Inland gegen Entgelt im Rahmen eines Unternehmens getätigten Umsätze der Begriff der "Lieferungen und sonstigen Leistungen" verwendet (§ 1 Abs. 1 UStG). Im Folgenden werden die Begriffe "Umsatz" und "Lieferungen und sonstige Leistungen" synonym verwendet. Hiervon zu unterscheiden ist der in anderen Veröffentlichungen ausgewiesene steuerbare Umsatz, zu dem die innergemeinschaftlichen Erwerbe, d. h. der Wert der aus anderen EU-Ländern importierten Güter und Dienstleistungen, hinzugerechnet werden.

⁶⁾ Siehe § 18 Abs. 2 UStG. Alle Grenzen gelten für das Berichtsjahr 2005.

bei Unternehmen, deren Umsatz zuzüglich der darauf entfallenden Umsatzsteuer im vorangegangenen Kalenderjahr 17 500 Euro nicht überstiegen hat und im laufenden Kalenderjahr 50 000 Euro⁷) voraussichtlich nicht übersteigen wird. In der Umsatzsteuerstatistik wurden diese Regelungen so umgesetzt, dass alle Unternehmen in die Umsatzsteuerstatistik einbezogen werden, die Umsatzsteuer-Voranmeldungen abgegeben haben und deren Umsatz im Jahr 2005 mehr als 17 500 Euro betragen hat. Nicht erfasst werden Unternehmen, die nahezu ausschließlich steuerfreie Umsätze tätigen bzw. bei denen keine Steuerzahllast entsteht (z. B. niedergelassene Ärzte und Zahnärzte ohne Labor, Behörden, Versicherungsvertreter, landwirtschaftliche Unternehmen).

Insbesondere bei Vergleichen mit anderen Statistiken ist die Unternehmensdefinition der Umsatzsteuerstatistik zu beachten. Umsatzsteuerpflichtig sind Unternehmer im Sinne des §2 Abs. 1 UStG. Unterhält ein Unternehmer mehrere Betriebe oder besteht ein Unternehmen aus mehreren Einheiten (Filialen, Tochterunternehmen usw.), so wird es als Einheit mit dem gesamten Jahresumsatz von dem für den Sitz der Geschäftsleitung zuständigen Finanzamt erfasst. Das Unternehmen wird mit seinem gesamten Umsatz dem Wirtschaftszweig zugeordnet, der den wirtschaftlichen Schwerpunkt gemessen an der Wertschöpfung bildet.

1 Änderungen im Umsatzsteuerrecht

Anders als bei Primärstatistiken, bei denen die statistischen Ämter direkten Einfluss auf die Erhebungsmethodik haben, ergibt sich bei Sekundärstatistiken ein Teil der Methodik aus dem eigentlichen Zweck der Daten. Die Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik werden insbesondere von Änderungen im Umsatzsteuerrecht beeinflusst.

Mit dem Berichtsjahr 2004 wurde die Steuerschuldnerschaft des Leistungsempfängers erweitert (§ 13b UStG).8) Im § 13b UStG war bis dahin insbesondere für Werklieferungen und sonstige Leistungen eines im Ausland ansässigen Unternehmers ein Übergang der Steuerschuldnerschaft auf den Leistungsempfänger geregelt. Ab dem 1. April 2004 wurde die Umkehrung der Steuerschuldnerschaft auf zwischenunternehmerische Umsätze, die unter das Grunderwerbsteuergesetz fallen, sowie auf bestimmte Bauleistungen erweitert. Der Übergang der Steuerschuldnerschaft bei den betroffenen Bauleistungen erfolgt, sofern der Leistungsempfänger Unternehmer ist und selbst Bauleistungen im Sinne des §13b UStG erbringt. Für die Umsatzsteuerstatistik ergab sich für das Berichtsjahr 2004 daraus das Problem, dass diese Umsätze nicht den Leistungserbringern, nach denen die Statistik aufgebaut ist, zugeordnet werden konnten. Im Wirtschaftszweig F, Baugewerbe [Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003)], wurde 2004 ein Umsatzrückgang von 14% und eine um 2,7% niedrigere Zahl von Unternehmen gegenüber dem Vorjahr nachgewiesen. Mit dem Berichtsjahr 2005 werden die Umsätze der Leistungserbringer durch eine Anpassung des Umsatzsteuer-Voranmeldungsbogens wieder einschließlich der Umsätze nach §13b UStG dargestellt. Bei Vorjahresvergleichen im Baubereich ergibt sich nun ein durch die Meldepflichten und nicht durch realwirtschaftliche Entwicklungen begründeter Anstieg der Umsätze (+9,3%) und der Zahl der Unternehmen (+4,8%).?)

Eine weitere Besonderheit der Ergebnisse des vorliegenden Berichtsjahres ergibt sich durch die Erweiterung der Europäischen Union zum 1. Mai 2004. Seit der Einführung des EU-Binnenmarktes zum 1. Januar 1993 müssen Käufe von Waren und Dienstleistungen aus anderen EU-Mitgliedstaaten, die bis dahin an der Grenze angemeldet wurden und der Einfuhrumsatzsteuer unterlagen, in den Umsatzsteuer-Voranmeldungen erklärt werden (sog. innergemeinschaftliche Erwerbe).10) Die Umsatzsteuerstatistik 2005 weist innergemeinschaftliche Lieferungen in Höhe von 465 Mrd. Euro und innergemeinschaftliche Erwerbe von 369 Mrd. Euro aus. Gegenüber dem Vorjahr haben sich damit sowohl die Erwerbe aus den EU-Mitgliedstaaten (um 10,6%) wie auch die Lieferungen in die EU-Mitgliedstaaten (um 9,8%) erhöht. Diese Anstiege sind zumindest teilweise auf die Vergrößerung des Gemeinschaftsgebietes zurückzuführen. Eine Aufteilung des Anstiegs in die Komponenten EU-Erweiterung einerseits und Anstieg der Warenbewegungen in die bisherigen EU-Mitgliedstaaten andererseits ist anhand der Umsatzsteuerstatistik nicht möglich.

2 Bedeutung der Umsatzsteuer

Im Jahr 2005 betrug das kassenmäßige Aufkommen aus der Umsatzsteuer (ohne Einfuhrumsatzsteuer) 108 Mrd. Euro und aus der Einfuhrumsatzsteuer 31 Mrd. Euro. Das Umsatzsteuersystem trug damit 28,6% zum gesamten Steueraufkommen bei. Die von den Unternehmen an die Finanzämter abzuführenden Umsatzsteuer-Vorauszahlungen, die methodisch vom kassenmäßigen Steueraufkommen abweichen, beliefen sich 2005 auf 110 Mrd. Euro.

Im Jahr 2005 haben – wie in Tabelle 1 dargestellt – 3,0 Mill. Unternehmen in Deutschland Umsatzsteuer-Voranmeldungen abgegeben, 80 000 mehr als im Vorjahr. Dies ist trotz des oben dargestellten Sondereinflusses aufgrund der Änderung des § 13b UStG ("Zugang" bei den Unternehmen im Baubereich von etwa 15 000) der höchste Anstieg im Vorjahresvergleich seit 1994. Die Umsätze betrugen insgesamt 4 567 Mrd. Euro (+5,1%). Die mit dem normalen Steuersatz von 16% besteuerten Umsätze stiegen gegenüber dem

⁷⁾ Siehe § 19 Abs. 1 UStG

⁸⁾ Siehe Haushaltsbegleitgesetz 2004 vom 29. Dezember 2003 (BGBl. I S. 3076), Artikel 14, S. 3086.

⁹⁾ Ein Anstieg der Zahl der Unternehmen ergibt sich aufgrund der Erfassungsgrenze von 17500 Euro Jahresumsatz. Einige Unternehmen liegen lediglich durch die Umsätze nach § 13b UStG über dieser Schwelle.

¹⁰⁾ Siehe Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz: "Die Umsatzsteuer im EU-Binnenmarkt", www.fm.rlp.de/Service/DOC/Steuern/EU_Umsatzsteuer.pdf, S. 13 ff. (Stand: 10. Oktober 2007).

Tabelle 1: Eckdaten der Umsatzsteuerstatistik

Gegenstand der Nachweisung	2004	2005	Ver- änderung
	Anz	ahl	%
Steuerpflichtige¹)	2 957 173	3 036 758	+ 2,7
	Mill.	EUR	
Lieferungen und Leistungen ²)	4 347 506	4 567 397	+ 5,1
Steuerpflichtig	3 419 573	3 480 447	+ 1,8
darunter:			
zu 16%	2 990 855	3 043 022	+ 1,7
zu 7%	427 837	436728	+ 2,1
Steuerfrei	927 933	1 009 634	+ 8,8
darunter:			
mit Vorsteuerabzug	769 892	845 730	+ 9,9
ohne Vorsteuerabzug	158 005	163 883	+ 3,7
Innergemeinschaftliche Erwerbe	336 026	368 847	+ 9,8
Umsatzsteuer vor Abzug der			
Vorsteuerbeträge	572 266	597 106	+ 4,3
darunter:			
für Lieferungen und Leistungen	508 510	541 922	+6,6
für innergemeinschaftliche			
Erwerbe	49 888	55 176	+ 10,6
Abziehbare Vorsteuerbeträge	465 111	486 978	+ 4,7
Umsatzsteuer-Vorauszahlungen.	107 402	110 378	+ 2,8

¹⁾ Mit mehr als 17 500 EUR Jahresumsatz. – 2) Umsätze der Unternehmen. – Ohne Umsatzsteuer.

Vorjahr um 1,7% auf 3043 Mrd. Euro, die mit dem ermäßigten Steuersatz besteuerten Umsätze betrugen 437 Mrd. Euro (+2,1%), die steuerfreien Lieferungen und Leistungen stiegen um 8,8% auf 1010 Mrd. Euro. Die Umsatzsteuer für Lieferungen und Leistungen sowie für innergemeinschaftliche Erwerbe vor Abzug der Vorsteuer betrug 2005 insgesamt 597 Mrd. Euro (+4,3%). Da die abziehbaren Vorsteuern mit 487 Mrd. Euro (+4,7% gegenüber 2004) noch etwas stärker zunahmen, stiegen die Umsatzsteuer-Vorauszahlungen lediglich um 2,8% auf 110 Mrd. Euro.

3 Ergebnisse 2005

3.1 Steuerpflichtige nach Wirtschaftsbereichen¹¹)

Die meisten Steuerpflichtigen (855 000 Unternehmen) waren 2005 dem Bereich "Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt" zugeordnet (28,1 % der Steuerpflichtigen). An zweiter Stelle folgten die Unternehmen aus dem Bereich "Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern" mit 706 000 Unternehmen. Dies entsprach einem Anteil von 23,2 % aller Steuerpflichtigen. Betrachtet man die Umsätze, so lag das "Verarbeitende Gewerbe" mit 1629 Mrd. Euro vor dem Bereich "Handel" mit 1466 Mrd. Euro an der Spitze (siehe Tabelle 2).

Mehr Unternehmen als 2004 gab es insbesondere in den Dienstleistungsbereichen "Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt" (+31500 Unternehmen) und "Erbringung von sonstigen öffentlichen und privaten Dienstleistungen" (+15100 Unternehmen). Die höchsten relativen Zuwächse an Unternehmen gab es in den Branchen "Energie- und Wasserversorgung" (+22,4%) und "Land- und Forstwirtschaft; Fischerei und Fischzucht" (+9,1%).

Gegenüber dem Jahr 2004 ging die Zahl der Steuerpflichtigen insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe (–1500 Unternehmen) und im Gastgewerbe (–500 Unternehmen) zurück. Verglichen mit den Vorjahren waren diese Rückgänge jedoch eher gering.

Tabelle 2: Steuerpflichtige, Lieferungen und Leistungen nach Wirtschaftszweigen Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik

Ab-		St	euerpflichtig	e²)	Lieferungen und Leistungen³)		
schnitt der WZ	Wirtschaftsgliederung	2004	2005	Veränderung	2004	2005	Veränderung
2003¹)		Anz	ahl	%	Mill	EUR	%
A – O	Wirtschaftszweige insgesamt	2 957 173	3 036 758	+ 2,7	4 347 506	4 567 397	+ 5,1
A, B	Land- und Forstwirtschaft; Fischerei und Fischzucht	75 119	81 956	+9,1	25 733	27 940	+8,6
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	2 681	2682	+0,0	27 084	28 127	+ 3,9
D	Verarbeitendes Gewerbe	277 054	275 580	-0,5	1 546 685	1 628 688	+ 5,3
E	Energie- und Wasserversorgung	13 781	16864	+ 22,4	189 555	185 101	-2,3
F	Baugewerbe	308 035	322 934	+4,8	160 471	175 357	+ 9,3
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und						
	Gebrauchsgütern	702 353	705 654	+0,5	1 402 169	1 466 157	+ 4,6
Н	Gastgewerbe	244 871	244 393	-0,2	52859	54 107	+ 2,4
I	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	125 564	127727	+ 1,7	248 776	262 837	+ 5,7
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe	15 521	15 755	+ 1,5	38 003	37 387	- 1,6
K	Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher						
	Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, a.n.g	823 136	854601	+3,8	508 284	538 425	+ 5,9
M	Erziehung und Unterricht	30 595	31 841	+ 4, 1	6431	7 196	+ 11,9
N	Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	44 973	48 155	+ 7,1	43 930	49 920	+ 13,6
0	Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen						
	Dienstleistungen	293 490	308 616	+ 5,2	97 526	106 155	+8,8

¹⁾ Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003). – 2) Mit mehr als 17 500 EUR Jahresumsatz. – 3) Umsätze der Unternehmen. – Ohne Umsatzsteuer.

¹¹⁾ Aufgrund von Steuerbefreiungen bzw. Sonderregelungen ergibt sich in der Umsatzsteuerstatistik kein genaues Abbild der Anzahl und der Umsätze der Unternehmen in den Wirtschaftszweigen Land- und Forstwirtschaft, Banken und Versicherungen, im Bildungsbereich und im Gesundheitswesen (siehe §§ 4, 24 UStG).

Umsatzrückgänge auf Ebene der Wirtschaftsabschnitte gab es lediglich in den Bereichen "Energie- und Wasserversorgung" (–2,3%) und "Kredit- und Versicherungsgewerbe" (–1,6%).

In den vier umsatzstärksten Wirtschaftsabschnitten "Verarbeitendes Gewerbe", "Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern", "Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt" und "Verkehr und Nachrichtenübermittlung", die zusammen 85,3 % aller Umsätze auf sich vereinen, lagen die Umsatzsteigerungen zwischen 4,6 und 5,9 %.

Deutliche Umsatzsteigerungen waren darüber hinaus in den umsatzschwächeren Bereichen "Gesundheits-, Veterinärund Sozialwesen" (+13,6%) und "Erziehung und Unterricht" (+11,9%) zu beobachten.

3.2 Steuerpflichtige nach Rechtsformen

Wie das Schaubild zeigt, waren von den 3,0 Mill. Steuerpflichtigen 2,1 Mill. oder 70,2% Einzelunternehmen, die 10,8% der gesamten Umsätze erbrachten. 453000 oder 14,9% der Unternehmen wurden in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) betrieben, diese meldeten 34,6% aller Umsätze. Nur 7000 oder 0,2% der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen wurden als Aktiengesellschaft geführt, auf sie entfielen allerdings

19.6% aller Umsätze. Die Zahl der Unternehmen mit einer ausländischen Rechtsform stieg von 13900 im Vorjahr auf 18 000 im Jahr 2005 (+ 29,6%). Die Umsätze der Unternehmen ausländischer Rechtsform nahmen dagegen nur um 1,0% (1,8 Mrd. Euro) zu. Innerhalb der Kommanditgesellschaften fällt auf, dass insbesondere die GmbH & Co. KGs und die AG & Co. KGs zahlenmäßig zunahmen (+5,8 bzw. +6,8%), während die Zahl der reinen Kommanditgesellschaften (KG) um 2,3% abnahm. Die zunehmende Popularität der Rechtsform "GmbH & Co. KG" bei gleichzeitiger Abnahme der Rechtsform "Kommanditgesellschaft" lässt sich seit 1994, dem ersten Jahr des Nachweises des ausführlichen Rechtsformschlüssels in der Umsatzsteuerstatistik auf Bundesebene, kontinuierlich beobachten: 1994 gab es 30600 Kommanditgesellschaften sowie 57800 GmbH & Co. KGs, 2005 waren es noch 21100 Kommanditgesellschaften (-31,1%) und 100100 GmbH & Co. KGs (+73,2%).

Mit der Rechtsform GmbH gab es nahezu gleich viele Steuerpflichtige wie im Vorjahr, sie erzielten jedoch um 7,7 % höhere Umsätze (+ 113 Mrd. Euro).

3.3 Steuerpflichtige nach Umsatzgrößenklassen

In Anlehnung an eine Definition der Europäischen Union werden Unternehmen mit einem Jahresumsatz bis einschließlich 2 Mill. Euro als Mikrounternehmen, bis einschließlich 10 Mill. Euro als Kleinunternehmen, bis einschließlich 50

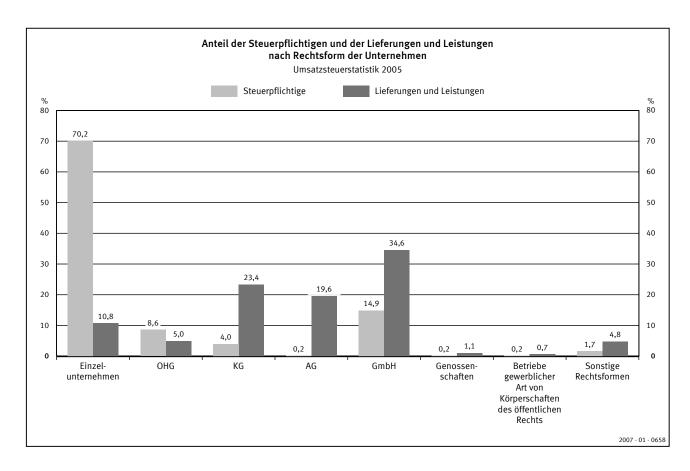


Tabelle 3: Steuerpflichtige, Lieferungen und Leistungen nach Umsatzgrößenk	lassen
Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik	

Größenklassen der		Steuerpflichtige ¹)		Lief	erungen und Leistung	gen²)
Lieferungen und Leistungen	2004	2005	Veränderung	2004	2005	Veränderung
von bis unter EUR	An	zahl	%	Mill.	EUR	%
17 501 - 50 000	849 239	886 440	+ 4,4	26 845	28 009	+4,3
50 000 - 100 000	595 611	614 497	+ 3,2	42 804	44 091	+3,0
100 000 - 250 000	660 087	670 628	+ 1,6	105 087	106713	+ 1,5
250 000 - 500 000	340 144	342 333	+0,6	119 973	120721	+0,6
500 000 - 1 Mill	219764	222 311	+ 1,2	154 338	156 061	+ 1,1
1 Mill. – 2 Mill	134 126	136 137	+ 1,5	187 589	190 694	+ 1,7
2 Mill. – 5 Mill	88 521	91 637	+3,5	272 690	282 359	+3,5
5 Mill. – 10 Mill	32 553	33 925	+4,2	226 346	236 122	+4,3
10 Mill. – 25 Mill	21 017	21 934	+ 4,4	323 873	337 092	+ 4, 1
25 Mill. – 50 Mill	7 767	8 100	+4,3	270 823	281 826	+ 4, 1
50 Mill. – 100 Mill	4 187	4 387	+4,8	290 849	303 184	+4,2
100 Mill. – 250 Mill	2 481	2 686	+8,3	378 316	411 531	+8,8
250 Mill. und mehr	1676	1743	+4,0	1 947 975	2068994	+6,2
Insgesamt	2 957 173	3 036 758	+ 2,7	4347506	4 567 397	+ 5,1

¹⁾ Mit mehr als 17 500 EUR Jahresumsatz. – 2) Umsätze der Unternehmen. – Ohne Umsatzsteuer.

Mill. Euro als mittelgroße Unternehmen und mit einem Umsatz von mehr als 50 Mill. Euro als Großunternehmen eingeteilt¹²). Nach dieser Einteilung waren 2005 94,6% der Unternehmen Mikrounternehmen, 4,1% Kleinunternehmen, 1,0% mittelgroße Unternehmen und nur 0,3% Großunternehmen. Die Großunternehmen hatten jedoch einen Anteil von 60,9% an den gesamten Umsätzen, während die Mikrounternehmen 14,2% erbrachten (siehe Tabelle 3).

3.4 Steuerpflichtige nach Bundesländern

Etwa jedes fünfte Unternehmen (21,2%) hatte 2005 seinen Sitz in Nordrhein-Westfalen. Mit 1186 Mrd. Euro erzielten diese Unternehmen sogar mehr als ein Viertel aller Umsätze (26%). In den fünf ostdeutschen Flächenländern waren

zusammen 415 000 Unternehmen (13,7%) angesiedelt. Wie in der Vorbemerkung dargestellt, ist bei diesen Zahlen zu beachten, dass die Unternehmen einschließlich der Tochterunternehmen am Sitz der Geschäftsleitung besteuert werden.

Gegenüber dem Vorjahr ging in keinem Bundesland die Zahl der Unternehmen zurück. Die größten Zuwächse wurden in Berlin (+4,7%) und Brandenburg (+4,6%) verzeichnet. Die Umsätze fielen gegenüber dem Vorjahr trotz gestiegener Unternehmenszahl in Bremen niedriger aus (-0,8%). Die höchsten Steigerungsraten der Umsätze waren in Brandenburg (+8,9%) sowie in Sachsen-Anhalt und Hamburg zu verzeichnen (+8,7 bzw. 8,0%).

Mit 3,7 Mill. Euro erzielten die 81 000 Hamburger Unternehmen den höchsten durchschnittlichen Umsatz, der ent-

Tabelle 4: Steuerpflichtige, Lieferungen und Leistungen 2005 nach Ländern Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik

		Steuerpflichtige ¹)		Lieferungen und Leistungen ²)			
Land	2004	2005	Veränderung	2004	2005	Veränderung	
	Anz	ahl	%	Mill.	EUR	%	
Baden-Württemberg	412 020	419 088	+ 1,7	712 485	744 347	+4,5	
Bayern	526 174	541 050	+ 2,8	716 150	760 833	+6,2	
Berlin	113 917	119 237	+ 4,7	115 205	123 275	+ 7,0	
Brandenburg	78 836	82 441	+4,6	52814	57 530	+8,9	
Bremen	21 858	22 166	+ 1,4	51 379	50 959	-0,8	
Hamburg	78 801	81 234	+3,1	281 668	304 199	+8,0	
Hessen	235 001	240 565	+ 2,4	372 082	391 742	+ 5,3	
Mecklenburg-Vorpommern	50 305	51 750	+2,9	31 422	33 238	+ 5,8	
Niedersachsen	253 250	261 203	+3,1	391 423	403 529	+3,1	
Nordrhein-Westfalen	628 567	645 227	+2,7	1 138 528	1 186 324	+4,2	
Rheinland-Pfalz	151 108	153 359	+ 1,5	155 320	162 900	+4,9	
Saarland	34 138	34 562	+ 1,2	44 639	47 990	+ 7,5	
Sachsen	135 984	140 176	+3,1	88 510	92 093	+4,0	
Sachsen-Anhalt	65 294	66 667	+2,1	43 576	47 362	+8,7	
Schleswig-Holstein	99 157	103 620	+4,5	108 331	115 712	+6,8	
Thüringen	72 763	74 413	+ 2,3	43 975	45 364	+3,2	
Deutschland	2957173	3 036 758	+ 2,7	4 347 506	4 567 397	+ 5,1	

¹⁾ Mit mehr als 17 500 EUR Jahresumsatz. – 2) Umsätze der Unternehmen. – Ohne Umsatzsteuer.

¹²⁾ Siehe Empfehlung der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (Amtsbl. der EU Nr. L 124, S. 36).

sprechende Wert für die 74000 Unternehmen in Thüringen betrug lediglich 610 000 Euro. Beim durchschnittlichen Umsatz zeigen sich weiterhin deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern im früheren Bundesgebiet und Berlin sowie den neuen Bundesländern. In den alten Ländern wiesen die Unternehmen in Rheinland-Pfalz und Berlin mit gut 1 Mill. Euro die niedrigsten Werte auf, von den neuen Bundesländern hatte Sachsen-Anhalt mit 710 000 Euro den höchsten Wert. Der Grund hierfür ist insbesondere der Sitz der Geschäftsführung von umsatzstarken Unternehmen: Insgesamt hatten 13,7% aller Unternehmen ihren Sitz in den neuen Bundesländern (ohne Berlin-Ost), von den 1700 Unternehmen mit einem Umsatz von mehr als 250 Mill. Euro waren es jedoch lediglich 3,6% (62 Unternehmen). Zudem waren die Unternehmen in dieser Größenklasse mit durchschnittlich 734 Mill. Euro Jahresumsatz deutlich kleiner als die Unternehmen in derselben Größenklasse in den alten Ländern (Durchschnittsumsatz 1,2 Mrd. Euro).

– beginnend mit dem Berichtsjahr 2006 – von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder die Umsatzsteuer-Veranlagungen der Unternehmen statistisch aufbereitet werden. Gegenüber den etwa 3 Mill. Unternehmen der aktuellen Umsatzsteuerstatistik auf Basis der Umsatzsteuer-Voranmeldungen sind Angaben zu etwa 4,5 Mill. Unternehmen zu erwarten.

4 Fazit und Ausblick

Im vorliegenden Beitrag wurden die Änderung des §13b UStG sowie die EU-Erweiterung zum 1. Mai 2004 und deren Auswirkungen auf die Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 2005 beschrieben. Bei den Ergebnissen zum Baubereich sowie zu den innergemeinschaftlichen Lieferungen und Leistungen sowie Erwerben sind diese methodischen Einflüsse zu beachten. Gegenüber dem Vorjahr sind die Umsätze lediglich in den Wirtschaftsbereichen "Energie- und Wasserversorgung" und "Kredit- und Versicherungsgewerbe" gesunken. Die Darstellung nach der Rechtsform der Unternehmen ergab, dass 70% aller umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen als Einzelunternehmen geführt wurden, andererseits die 7000 AGs fast 20% aller Umsätze erzielten. In einer regionalen Betrachtung wurde deutlich, dass im Berichtsjahr 2005 insbesondere Großunternehmen in den neuen Bundesländern seltener waren und daher auch der durchschnittliche Jahresumsatz aller Unternehmen dort deutlich niedriger ausfiel als in den alten Bundesländern.

Zurzeit werden von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder mehrere Projekte durchgeführt, um die Qualität und Aussagekraft der Umsatzsteuerstatistik weiter zu verbessern. Im Rahmen des Projekts "Wirtschaftsstatistische Paneldaten und faktische Anonymisierung"13) wurde ein Panel der Jahre 2000 bis 2004 aufgebaut, mit dem auch Untersuchungen im Längsschnitt möglich sind. Umfangreiche Untersuchungen werden auch zur maschinellen Geheimhaltung der Daten durchgeführt, um die Ergebnistabellen bei hoher Datensicherheit schneller und mit einem nutzerfreundlichen Sperrmuster aufzubereiten. 14) Um künftig unter anderem auch Daten für die Unternehmen statistisch zu erfassen, die nicht der Umsatzsteuer-Voranmeldungspflicht unterliegen, hat das Bundesministerium der Finanzen im Jahressteuergesetz 2008 eine Änderung des Steuerstatistikgesetzes vorgesehen.¹⁵) Danach sollen

¹³⁾ Durchgeführt vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB), Nürnberg, dem Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW), Tübingen, und den Forschungsdatenzentren des Bundes und der Länder.

¹⁴⁾ Siehe Giessing, S./Dittrich, S.: "Tabellengeheimhaltung im statistischen Verbund – ein Verfahrensvergleich am Beispiel der Umsatzsteuerstatistik" in WiSta 8/2006, S. 805 ff.

¹⁵⁾ Siehe Artikel 18 des Entwurfs eines Jahressteuergesetzes 2008, Bundesratsdrucksache 544/07.

Dr. Margot Münnich

Geld- und Immobilienvermögen sowie Wohnverhältnisse von Rentner- und Pensionärshaushalten in Deutschland

Um die materiellen Lebensverhältnisse von Senioren besser beurteilen zu können, werden die in der Juni-Ausgabe dieser Zeitschrift veröffentlichten Untersuchungsergebnisse über die Höhe und Quellen der Einkommen und Einnahmen sowie über die Struktur der Konsumausgaben der Ein- und Zweipersonenhaushalte von Rentnern und Pensionären¹) erweitert. Im Folgenden soll – wiederum auf der Basis der Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) – analysiert werden, wie hoch das Geld- und Immobilienvermögen dieser Haushalte ist, welche Anlagearten gewählt wurden und wie sich die Besitztümer verteilen. Betrachtet wird des Weiteren, ob und in welcher Höhe Rentner- und Pensionärshaushalte verschuldet sind und wie Senioren wohnen. Aus dem großen Datenfundus der EVS ist ein umfangreicher Tabellenteil erstellt worden, in dem Daten nach unterschiedlichen Gesichtspunkten verknüpft sind. Dieser bietet auch Ansatzpunkte für weitergehende Untersuchungen.

Zum Geldvermögensbegriff der Einkommens- und Verbrauchs- stichproben

Geldvermögen entsteht durch eigenes aktives Sparen aus den laufenden Einkommen während der Zeit der Erwerbstätigkeit, aber auch später im Alter aus kumulierten Rücklagen sowie aus Teilen von Transfereinkommen (Rente, Pension). Es kann des Weiteren aus Vermögensübertragungen vorwiegend infolge von Erbschaften und Schenkungen herrühren. Die Höhe des Geldvermögens wird darüber hinaus nicht unerheblich bestimmt durch Verkäufe von Betriebs-, Haus- und Grundbesitz bzw. von Gebrauchsvermögen sowie durch Wertveränderungen von Grundvermögen und Aktien. Während das durch Sparen entstandene Geldvermögen in der Regel von der individuellen Lebensleistung abhängt und vom Einkommensniveau, Bildungsstand, Geschlecht und Alter, das heißt von Höhe und Dauer des Sparens determiniert ist, erfolgen Vermögensübertragungen durch Erbschaften eher zufällig und haben häufig einen familiären Hintergrund. Zum hier betrachteten Geldvermögen privater Haushalte zählen unterschiedliche Vermögensarten, die aufsummiert das Bruttogeldvermögen ergeben.2) Das Nettogeldvermögen ergibt sich aus dem Bruttogeldvermögen abzüglich der von den Haushalten zurückzuzahlenden Konsumentenkredite einschließlich der Zinsen. Solche Kredite nehmen Privatpersonen in der Regel bei Banken und Sparkassen auf, um die Anschaffung von Gebrauchsgütern wie Möbeln, Kühlschränken, Waschmaschinen, Fernsehgeräten und Autos zu finanzieren. Mittlerweile offerieren Geldinstitute Konsumentenkredite auch für Dienstleistungen, wie beispielsweise für Urlaubsreisen.

¹⁾ Siehe Münnich, M.: "Einnahmen und Ausgaben von Rentner- und Pensionärshaushalten" in WiSta 6/2007, S. 593 ff.

²⁾ Das Bruttogeldvermögen ergibt sich aus Bausparguthaben, Sparguthaben, sonstigen Anlagen bei Banken und Sparkassen, Wertpapieren, Versicherungsguthaben sowie an Privatpersonen verliehenem Geld. Der Geldvermögensbegriff der EVS umfasst keine Ansprüche von Haushaltsmitgliedern gegen Unternehmen aus der betrieblichen Altersvorsorge (einschließlich Direktversicherungen) sowie keine Ansprüche an Pensions-, Sterbekassen und berufsständische Versorgungswerke. Bargeld und Bestände auf Girokonten werden ebenfalls nicht beim Geldvermögen berücksichtigt. Das Fehlen dieser Elemente des Geldvermögens sowie der Haushalte mit großen Besitztümern in der Erhebung schränkt die Vergleichbarkeit der Daten der EVS mit den Daten der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank ein. Ausführungen zu dieser Problematik und die Definitionen der Vermögensarten finden sich in Münnich, M.: "Einkommens- und Vermögensverteilung privater Haushalte in Deutschland – Teil 2" in WiSta 2/2001, S. 121 ff., sowie bei Schüssler, R./Funke, K.: "Vermögensbildung und Vermögensverteilung", Untersuchung der Prognos AG für die Hans-Böckler-Stiftung, 2002, S. 23 ff.

Die Vermögensposition der Rentner- und Pensionärshaushalte im Jahr 2003

Rein rechnerisch kam ein privater Haushalt in Deutschland im Jahr 2003 auf fast 39 000 Euro Nettogeldvermögen (siehe Schaubild 1). Haushalte von Selbstständigen besaßen mit gut 90 000 Euro das größte Geldvermögen aller sozialen Gruppen. Dagegen betrug das durchschnittliche Nettogeldvermögen der Haushalte von Arbeitern lediglich 22 700 Euro, das der Haushalte von Angestellten 39 800 Euro. Haushalte von Beamten hatten gegenüber Haushalten von Angestellten um 10 000 Euro höhere Rücklagen, nämlich 49 800 Euro. Haushalte von Rentnern konnten im Schnitt auf 38 700 Euro Nettogeldvermögen zurückgreifen, Pensionärshaushalte auf 67 300 Euro. Das Geldvermögen der Haushalte im Westen war etwa doppelt so hoch wie das der Haushalte im Osten (42 100 Euro bzw. 21 900 Euro).

Schaubild 1



Höhe und Arten des Geldvermögens der Ein- und Zweipersonenrentnerhaushalte

Haushalte von

Arbei-

tern

Ange-

stell-

ten

Pen-

sio-

nären

Der Besitz von Geldvermögen ist in allen Lebensphasen eine Voraussetzung, um größere Anschaffungen, Ausgaben für Reisen oder die gesundheitliche Prävention tätigen zu können und um Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit, Unfall, Krankheit oder Pflegebedürftigkeit finanziell abzufedern. Mit zunehmendem Lebensalter steigen die letztgenannten Risiken. Ein "Notgroschen" im Alter ist deshalb unabdingbar, um die veränderten Lebensumstände finanziell zu bewältigen. Der Rückgang des Rentenniveaus setzt darüber hinaus höhere eigene Ersparnisse voraus, wenn der gewohnte Lebensstandard im Alter beibehalten und das Konsumniveau nicht abgesenkt werden soll.

Im hier betrachteten Zeitabschnitt von 1998 bis 2003 wuchs das Geldvermögen der Rentner beträchtlich. Einpersonenrentnerhaushalte in Deutschland verfügten im Jahr 2003 im Schnitt über ein Nettogeldvermögen von rund 25 800 Euro, fünf Jahre zuvor waren es rund 18 500 Euro (siehe Anhangtabelle 1). Noch kräftiger fiel der Zuwachs bei den Zweipersonenrentnerhaushalten aus: Diese besaßen 1998 gut 35 500 Euro Nettogeldvermögen, fünf Jahre später gut 51 900 Euro. Die Zunahme des Geldvermögens im Zeitverlauf kann im Wesentlichen zwei Ursachen haben: Zum einen die Vermehrung von Ersparnissen durch Zinsen und Dividenden, wenn das Ersparte nicht aufgezehrt wird. Wie dem bereits erwähnten Beitrag in dieser Zeitschrift zu entnehmen ist³), sparten auch die Senioren. Einpersonenrentnerhaushalte legten im Jahr 2003 monatlich im Schnitt 85 Euro, Zweipersonenrentnerhaushalte 132 Euro zurück. Eine gleichbleibende Sparquote für den betrachteten Zeitraum unterstellt, ergäbe hochgerechnet einen Vermögenszuwachs von über 5 000 Euro pro Einpersonenrentnerhaushalt bzw. fast 8 000 Euro bei den Zweipersonenrentnerhaushalten. Da die EVS jedoch kein Panel ist, kann zum anderen der Zuwachs des Geldvermögens bei den im Jahr 2003 erfassten Haushalten in Teilen auch auf einer veränderten Rentnerpopulation beruhen, vor allem wenn "hinzugekommene Neurentner" hohe Vermögen ihr Eigen nannten.

Ostdeutsche Rentnerhaushalte besaßen auch 13 Jahre nach der deutschen Vereinigung ein weitaus geringeres Geldvermögen als westdeutsche Haushalte (siehe Tabelle 1).4) Verglichen mit 1998 stieg das durchschnittliche Nettogeldvermögen in den Ein- und Zweipersonenrentnerhaushalten in den neuen Bundesländern (+42 bzw. + 63%) deutlicher als im früheren Bundesgebiet (+35 bzw. +43 %). Dieser Zuwachs konnte allerdings noch nicht die beträchtliche nominelle Abwertung der Ersparnisse im Jahr 1990 ausgleichen. Bekanntlich wurden mit der Währungsunion am 1. Juli 1990 die Guthaben bei Banken und Sparkassen im Verhältnis 2:1 umgestellt, wobei Bankeinlagen natürlicher Personen bis zu einer bestimmten Höhe, altersmäßig gestaffelt, im Verhältnis 1:1 umgestellt wurden, für Rentner zum Beispiel bis zu 6000 Mark. Westdeutsche Einpersonenrentnerhaushalte verfügten im Jahr 2003 im Schnitt über rund 28300 Euro Nettogeldvermögen, ostdeutsche kamen auf weniger als die Hälfte (12900 Euro). Bei den Zweipersonenrentnerhaushalten waren die Abweichungen zwischen West und Ost geringer: Westdeutsche Zweipersonenrentnerhaushalte besaßen durchschnittlich 58265 Euro, ostdeutsche rund 54% dieses Betrages, nämlich rund 31 400 Euro.

Ins-

gesamt

Rent

nern

1) Durchschnitt je Haushalt gerundet auf 100 Euro

Selbst-

stän-

digen

2007 - 01 - 0653

Be-

amten

³⁾ Siehe Fußnote 1, hier: S. 594.

⁴⁾ In den Tabellen und Übersichten dieses Aufsatzes wurde keine Angabe [/] gemacht, wenn aufgrund der geringen Haushaltszahlen (weniger als 25 Haushalte) der Zahlenwert nicht sicher genug ist (relativer Standardfehler von 20% oder mehr); der Aussagewert wurde eingeschränkt [()], wenn der Zahlenwert aufgrund der Haushaltszahlen (25 bis unter 100 Haushalte) statistisch relativ unsicher ist (relativer Standardfehler 10 bis unter 20%).

Bei der Anlage des Geldvermögens tendieren Ältere eher zu einem konservativen Verhalten. Die Mehrzahl bevorzugt offenbar sichere Geldanlagen. Risikoreiche oder spekulative Formen wählen Senioren eher selten. Westdeutsche Einpersonenrentnerhaushalte hatten im Jahr 2003 rund 55% ihres Bruttogeldvermögens, das heißt 15743 Euro, als Sparguthaben und sonstige Anlagen bei Banken und Sparkassen platziert, ostdeutsche Einpersonenrentnerhaushalte gar 72 % bzw. 9327 Euro. Die über Jahrzehnte gewachsene Bindung zu den öffentlich-rechtlichen Sparkassen bleibt hier weiter sehr stark. In sonstigen Wertpapieren, Vermögensbeteiligungen und Aktienfonds hatten Einpersonenrentnerhaushalte lediglich zwischen 16% (West) und 10,5% (Ost) ihres Vermögensbestandes angelegt, Versicherungsguthaben machten anteilig gut 8% aus. In den Depots westdeutscher Einpersonenrentnerhaushalte fanden sich durchschnittlich 2530 Euro Rentenwerte, das waren 8,8% des Bruttogeldvermögens. Ostdeutsche Einpersonenrentnerhaushalte investierten in diese Vermögensart deutlich geringere Beträge (472 Euro bzw. 3,6%). Der Aktienbesitz blieb mit 1934 Euro im Westen und 193 Euro im Osten, das waren 6,7 bzw. 1,5 % des Bruttogeldvermögens, für die Vermögensbildung bedeutungslos. Auch Bausparguthaben fielen bei den allein lebenden Rentnern kaum ins Gewicht. Bei fast allen in Tabelle 1 dargestellten Vermögensarten lagen die Anlagesummen je Einpersonenrentnerhaushalt im Jahr 2003 über denen des Jahres 1998, mit zwei Ausnahmen: Westdeutsche Einpersonenrentnerhaushalte reduzierten im betrachteten Zeitraum ihren Aktienbesitz von 2064 Euro (1998) auf 1934 Euro (2003). Möglicherweise haben die heftigen Kursschwankungen, das Wegbrechen des Neuen Marktes und die beim Börsengang der Deutschen Telekom nicht eingetroffenen Gewinnerwartungen das Vertrauen der Kleinanleger negativ beeinflusst. Bei Einpersonenrentnerhaushalten im Osten nahm die Höhe der Versicherungsguthaben ab.

Tabelle 1: Geldvermögen und Konsumentenkreditschulden der Ein- und Zweipersonenrentnerhaushalte¹)

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben

	Fr	üheres Bur	desgebiet		Neu	ıe Länder ı	und Berlin-C	Ost
Gegenstand der Nachweisung	199	8	20	03	199	98	20	03
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Einpe	rsonenrentne	rhaushalte						
Erfasste Haushalte (Anzahl)	32	62	34	56	110	67	9	34
Hochgerechnete Haushalte	4 171	100	4 509	100	1 168	100	1 224	100
Haushalte mit Geldvermögen	3 617 ²)	86,7	3740	82,9	1 0102)	86,5	1 0 6 5	87,0
Haushalte ohne Geldvermögen	491	11,8	769	17,1	136	11,6	(159)	(13,0)
Haushalte mit Konsumentenkreditschulden	206	4,9	259	5,7	69	5,9	(52)	(4,3)
Haushalte mit Dispositionskrediten	•	•	501	11,1	•		(104)	(8,5)
	schnitt je Haus							
Bruttogeldvermögen	21 1		286		918		130	-
Bausparguthaben		09		84		16		43
Sparguthaben Sonstige Anlagen bei Banken und Sparkassen	70 46		89 67		4 59 2 21		53 39	
Rentenwerte	19		25		2 Z. 42			55 72)
Aktien	20		19		1			93)
Sonstige Wertpapiere und Vermögensbeteiligungen, Aktienfonds.	25		45		7		13	
An Privatpersonen verliehenes Geld	6	38	7	61	2:	36	(140)	
Versicherungsguthaben	16			2 425		524		73
Restschuld von Konsumentenkreditschulden		12	-	383 28 292		10	•	34)
Nettogeldvermögen Nachrichtlich: Restschuld je Haushalt, der Konsumentenkredite	20 895		28 2	92	90	' 1	128	86
zurückzuzahlen hatte	42	88	66	68	18	73	(31	41)
Zweipe	ersonenrentne	erhaushalte					,	
Erfasste Haushalte (Anzahl)	51		52	50	2.2	52	17	31
Hochgerechnete Haushalte	3 398	100	3709	100	1042	100	1118	100
Haushalte mit Geldvermögen	3 223 ²)	94,8	3 496	94,3	998 ²)	95,8	1 077	96,4
Haushalte ohne Geldvermögen	134	3,9	213	5,7	39	3,7	(40)	3,6
Haushalte mit Konsumentenkreditschulden	219	6,4	225	6,1	119	11,4	114	10,2
Haushalte mit Dispositionskrediten			376	10,1			107	9,6
Durchs	schnitt je Haus	shalt in EUF	?					
Bruttogeldvermögen	410		587		196	-	318	
Bausparguthaben	12		16			26	15	
Sparguthaben	11 4 8 9		140 142		80 46	-	87 96	
Rentenwerte	34		48		15		14	
Aktien	41		49			62		49
Sonstige Wertpapiere und Vermögensbeteiligungen, Aktienfonds.	45	-	85		18		36	
An Privatpersonen verliehenes Geld		52	16		-	19		16
Versicherungsguthaben	61		87		170		57	
Restschuld von Konsumentenkreditschulden		32		46 65		17		23
Nettogeldvermögen	406	10	582	כס	192	00	313	01
Restschuld je Haushalt, der Konsumentenkredite								

¹⁾ Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 17 895 EUR und mehr (1998) bzw. 18 000 EUR und mehr (2003) und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Nur Haushalte mit Angaben zur Höhe des Geldvermögens.

Im Zeitverlauf schichteten Einpersonenrentnerhaushalte ihre Geldbestände um. Sparguthaben, die nur relativ niedrige Zinserträge erbringen, legten Rentner verstärkt als Festund Termingelder, teilweise auch in sonstigen Wertpapieren an. Die maßvollen Änderungen verdeutlichen, dass bei den Älteren nach wie vor der Sicherheitsgedanke bei der Geldanlage das Handeln bestimmt. Die Substanzerhaltung des Geldvermögens dominiert offenkundig Renditeziele. Auch Zweipersonenrentnerhaushalte verzichteten häufiger auf rentablere Anlageformen und damit auf höhere Einnahmen aus Geldvermögen, um das Ersparte nicht zu gefährden. Westdeutsche Zweipersonenrentnerhaushalte hatten im Jahr 2003 im Schnitt 28346 Euro als Sparguthaben und sonstige Anlagen bei Banken und Sparkassen angelegt, das waren 48,3% des Bruttogeldvermögens, ostdeutsche Haushalte 18457 Euro bzw. 57,9%. Neben diesen beiden Anlageformen stellte sich als drittgrößte Vermögensposition das Versicherungsguthaben heraus. Die Policen westdeutscher Zweipersonenrentnerhaushalte repräsentierten einen Wert von 8700 Euro, das waren 14,8% des Bruttogeldvermögens, ostdeutsche Haushalte kamen auf rund 5 700 Euro bzw. 17,9%. Aus den Einzeldaten der EVS ist zu entnehmen, dass beinahe die Hälfte der Zweipersonenrentnerhaushalte eine Versicherung abgeschlossen hatte. Der hauptsächliche Grund dürfte die Absicherung bei einschneidenden Veränderungen im Leben sowie in Notfällen oder im Todesfall der Partnerin bzw. des Partners sein. Jeweils gut 8% des Bruttogeldvermögens verteilten Zweipersonenrentnerhaushalte im Westen auf Aktien und Rentenwerte. Ostdeutsche Zweipersonenrentnerhaushalte waren bei Investitionen in diese beiden Vermögensarten noch zurückhaltender, sie gaben dafür nur 2 bzw. 4,5 % ihres Bruttogeldvermögens, das waren 649 bzw. 1445 Euro her. Aus den Einzeldaten der EVS wurde ermittelt, dass sich Rentenwerte lediglich in den Depots von 12 % der Zweipersonenrentnerhaushalte in Deutschland befanden; nur rund jeder vierte Haushalt besaß Aktien. Noch zurückhaltender verhielten sich Einpersonenrentnerhaushalte. Lediglich 7,3 % dieser Haushalte in Deutschland verfügten über Rentenwerte und nur ungefähr jeder achte Einpersonenrentnerhaushalt hatte Aktien erworben.

Immer mehr Rentnerhaushalte ohne Geldvermögen

Parallel zur Zunahme des Nettogeldvermögens wuchs im Zeitverlauf die Verschuldung. Von der positiven Vermögensentwicklung in Deutschland waren mehr als 900 000 Einpersonenrentnerhaushalte ausgeschlossen (siehe Anhangtabelle 1). Gegenüber 1998 nahm die Zahl der Nichtvermögenden kräftig zu.

Im früheren Bundesgebiet gab es im Jahr 1998 rund 490 000 Einpersonenrentnerhaushalte ohne Geldvermögen, im Jahr 2003 waren es 769 000. Das entspricht einem Anstieg um 56,6%. Bezogen auf alle westdeutschen Einpersonenrentnerhaushalte ergibt sich im Jahr 2003 ein Anteil von 17,1% vermögensloser Haushalte, fünf Jahre zuvor lag diese Quote bei 11,8%. In den neuen Bundesländern gab es 11,6% vermögenslose Einpersonenrentnerhaushalte im Jahr 1998

und 13% im Jahr 2003. In einer instabilen finanziellen Lage befanden sich darüber hinaus offenbar jene Einpersonenrentnerhaushalte, die Konsumentenkredite aufgenommen hatten, mit teilweise sehr hohen Rückzahlungsverpflichtungen (Restschuld). 259000 westdeutsche Einpersonenrentnerhaushalte wiesen 2003 Konsumentenkreditschulden (1998: 206000) aus, das waren 5,7% aller Einpersonenrentnerhaushalte (gegenüber 4,9% im Jahr 1998). Darüber hinaus stieg die durchschnittliche Schuldenhöhe von 212 Euro (1998) auf 383 Euro im Jahr 2003. Für die Betroffenen stieg die Schuldensumme im betrachteten Zeitabschnitt von 4288 Euro auf 6668 Euro.

In den neuen Bundesländern konnte die Verschuldung im Zeitverlauf etwas eingedämmt werden. Im Jahr 2003 sank die Zahl der Einpersonenrentnerhaushalte, die Konsumentenkreditschulden aufgenommen hatten, auf 52 000 Haushalte, das waren rund 17 000 Einpersonenrentnerhaushalte weniger als 1998. Allerdings waren diese im Jahr 2003 höher verschuldet als fünf Jahre zuvor.

Angesichts der Tatsache, dass die Haushalte ihre Einnahmen und Ausgaben aufzeichnen, verwundert es, dass sie ihre finanziellen Verhältnisse so wenig überblicken. Offenbar war ihre wirtschaftliche Lage so angespannt, dass sie Dispositionskredite in Anspruch nehmen mussten. Immerhin 11% der Einpersonenrentnerhaushalte im früheren Bundesgebiet und 8,5% in den neuen Ländern und Berlin-Ost gaben dadurch an, dass ihre Zahlungsfähigkeit im Jahr 2002 ohne einen solchen Überbrückungskredit nicht gewährleistet war.

Auch unter den Zweipersonenrentnerhaushalten waren vermögenslose Haushalte zu finden (213000 Haushalte im früheren Bundesgebiet, 40 000 in den neuen Bundesländern). Gegenüber 1998 hat die Zahl der vermögenslosen Zweipersonenrentnerhaushalte im Westen um 59% zugenommen, ihr Anteil an allen Haushalten ist von 3,9 % (1998) auf 5,7% (2003) gestiegen. Im Osten dagegen verringerte sich der Anteil der vermögenslosen Zweipersonenrentnerhaushalte zwischen 1998 und 2003 geringfügig, absolut waren es etwas mehr Haushalte als 1998. 6,1% der Zweipersonenrentnerhaushalte im Westen und 10,2 % im Osten mussten Konsumentenkredite einschließlich Zinsen zurückzahlen. Die Verschuldungssummen vergrößerten sich im Zeitverlauf. Betroffene Zweipersonenrentnerhaushalte im früheren Bundesgebiet hatten im Schnitt rund 7 400 Euro zu tilgen, solche in den neuen Ländern und Berlin-Ost rund 5 100 Euro. Ohne Dispositionskredite kamen rund 10 % aller Zweipersonenrentnerhaushalte nicht "über die Runden".

Nettogeldvermögen allein lebender Rentner gut ein Viertel höher als das von Rentnerinnen

Geschlechtsspezifische Unterschiede sind beim Geldvermögen weitaus stärker ausgeprägt als bei den Haushaltsnettoeinkommen. Wie aus Anhangtabelle 1 zu entnehmen, besaßen allein lebende Rentnerinnen in Deutschland Anfang

2003 ein Nettogeldvermögen von im Schnitt 24 380 Euro, allein lebende Rentner kamen auf 27,9 % höhere Beträge, nämlich durchschnittlich 31 176 Euro. Diese Unterschiede in der Höhe des Geldvermögens sind Ergebnis geringerer Sparleistungen der Frauen. Letztere erzielten in der Zeit der Erwerbstätigkeit in der Regel niedrigere Einkommen als ihre männlichen Berufskollegen. Viele waren, vor allem im früheren Bundesgebiet, teilzeit- oder zeitweise beschäftigt. Offenbar wird der Vermögensvorsprung der Rentner auch nicht dadurch ausgeglichen, dass Witwen Erbschaften zuflossen. In der EVS werden solche Angaben nicht gesondert ausgewiesen. Naegele, G./Heinze, R.G./Hilbert, J. gelangten in ihrer vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderten Projektstudie zu dem

Schluss: "Weiter kann festgestellt werden, dass hohe Erbschaftsbeträge meist an Personen fließen, die bereits über Vermögensbestände verfügen. Personen mit geringem Vermögen gehen meist leer aus und erben nur kleinere Beträge."⁵)

Allein lebende Rentnerinnen und allein lebende Rentner legten ihr Bruttogeldvermögen dem gleichen Verhaltensmuster folgend an. Abgesehen von der Höhe der Anlagen zeigten sich in der Anlagestruktur nur partielle Unterschiede. Bei Versicherungen und Bausparkassen hatten Rentnerinnen und Rentner, die allein lebten, nahezu die gleichen Anteile ihres Bruttogeldvermögens deponiert (8,2 bzw. 8,3% bei Versicherungen sowie 2,5 bzw. 2,3% als Bausparguthaben). Dem guten alten Sparbuch vertrauten allein lebende Rent-

Tabelle 2: Geldvermögen und Konsumentenkreditschulden der Einpersonenrentnerhaushalte¹) nach dem Geschlecht Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben

		riiharas B	undesgebiet		No	ua Ländar	und Berlin-O	\ct
					_		1	
Gegenstand der Nachweisung	199		20	03	199		20	03
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Alleir	lebende R	entnerinne	en					
Erfasste Haushalte (Anzahl)	25	38	25	85	9	65	7	779
Hochgerechnete Haushalte	3 348	100	3 470	100	998	100	1058	100
Haushalte mit Geldvermögen	2 957 ²)	88,3	2 964	85,4	865 ²)	86,7	924	87,3
Haushalte ohne Geldvermögen	348	10,4	507	14,6	116	11,6	(134)	(12,7)
Haushalte mit Konsumentenkreditschulden	134	4,0	168	4,8	53	5,3	(40)	(3,8)
Haushalte mit Dispositionskrediten			339	9,8	•	•	91	(8,6)
!	chnitt je Ha							
Bruttogeldvermögen	196		27 4		86		128	
Bausparguthaben	5! 6.90	92 Se	6 93	72 60	1 42	74 22		420 281
Sparguthaben Sonstige Anlagen bei Banken und Sparkassen	690 480		93 67		4 2 2 2			281 012
Rentenwerte	14		20			76		24)
Aktien	17		16		_	7 G 37	,	18)
Sonstige Wertpapiere und Vermögensbeteiligungen, Aktienfonds .	21		41			20	`	279
An Privatpersonen verliehenes Geld	54	44	6	32	2	19	(96)	
Versicherungsguthaben	14	79	2 286		509			142
Restschuld von Konsumentenkreditschulden		53	-	14		91		00)
Nettogeldvermögen	195	34	271	14	85	66	127	771
Nachrichtlich:								
Restschuld je Haushalt, der Konsumentenkredite zurückzuzahlen hatte	38	10	65	11	17	18	(26	667)
All	ein lebend	e Rentner						Í
Erfasste Haushalte (Anzahl)	7.	24	8	71	2	02	1	155
Hochgerechnete Haushalte	823	100	1 039	100	170	100	166	100
Haushalte mit Geldvermögen	660 ²)	80,2	776	74,7	145 ²)	85,3	141	84,9
Haushalte ohne Geldvermögen	143	17,4	263	25,3	20	11,8	/	/
Haushalte mit Konsumentenkreditschulden	72	8,7	(92)	8,9	16	9,4	/	/
Haushalte mit Dispositionskrediten	•		162	15,6			/	/
Durchs	chnitt je Ha	ushalt in	EUR					
Bruttogeldvermögen	268	37	328	39	122	67	139	967
Bausparguthaben	-	30		24		62	~	586)
Sparguthaben	750		76	-	67			953
Sonstige Anlagen bei Banken und Sparkassen	39		70		24	63 84	(35	595)
Aktien	387 350		(4 1 3 0		-	84 66		1
Sonstige Wertpapiere und Vermögensbeteiligungen, Aktienfonds	39		62				(1.0	962)
An Privatpersonen verliehenes Geld	10		(1 1		665 333		(1)	1
Versicherungsguthaben	2 2	35	28	89	6	11	(6	626)
Restschuld von Konsumentenkreditschulden	4	53	•	13)	222			/
Nettogeldvermögen	264	34	322	26	120	45	136	615
Nachrichtlich:								
Restschuld je Haushalt, der Konsumentenkredite zurückzuzahlen hatte	518	ຂາ	(69	55)	23	0/4		1
ZUTUCNZUZATITETI TTALLE	5 18	52	(6.9	(ככ	23	74		1

¹⁾ Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 17 895 EUR und mehr (1998) bzw. 18 000 EUR und mehr (2003) und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Nur Haushalte mit Angaben zur Höhe des Geldvermögens.

⁵⁾ Forschungsgesellschaft für Gerontologie e. V./Institut Arbeit und Technik/Ruhr-Universität Bochum (Hrsg.): "Finanzdienstleistungen im Alter", Trendreport in der Reihe "Seniorenwirtschaft in Deutschland", Dortmund 2006, S. 13.

nerinnen in Deutschland höhere Beträge an als die Rentner. Wie aus den Einzeldaten der EVS hervorgeht, besaßen gut 72 % der Frauen, jedoch nur rund 62 % der Männer Sparguthaben. Dagegen investierten mehr allein lebende Rentner in Aktien und sonstige Wertpapiere. Der Anteil dieser Anlagearten am Bruttogeldvermögen betrug bei ihnen 9,3 bzw. 18,9 %. Allein lebende Rentnerinnen kamen bei diesen Vermögensarten auf 5,6 bzw. 14,4 %. Allein lebende Rentner in Deutschland hatten im Schnitt in ihren Depots mehr als doppelt so viel in Rentenwerten angelegt wie allein lebende Rentnerinnen; die Anteile am jeweiligen Bruttogeldvermögen beliefen sich auf 12,2 bzw. 7,1 %. Allerdings zeigt Tabelle 2, dass Aktien, sowohl was den Wert des Bestandes als auch ihren Anteil am Bruttogeldvermögen anbetrifft, im Jahr 2003 weniger ins Gewicht fielen als 1998.

Obgleich allein lebende Rentner in Deutschland rechnerisch je Haushalt über höhere Geldvermögen verfügten als allein lebende Rentnerinnen, befanden sich unter ersteren deutlich mehr in finanziellen Engpässen. Die Schere zwischen Besitzern und Nichtbesitzern von Geldvermögen war bei den Männern weiter geöffnet als bei den Frauen. 23,2% der Haushalte von Rentnern in Deutschland besaßen im Jahr 2003 kein Geldvermögen, bei den Rentnerinnen waren es 14,2%. Rentnerinnen hatten sich auch weniger verschuldet als ihre Geschlechtsgenossen. Im Jahr 2003 mussten 8,5% der Haushalte allein lebender Rentner Konsumentenkredite einschließlich Zinsen zurückzahlen, jedoch nur 4,6% der allein lebenden Rentnerinnen. Die zu tilgenden Beträge lagen für die betroffenen Haushalte bei 6700 Euro (Männer) und bei rund 5800 Euro (Frauen). Darüber hinaus setzten 14,3% der allein lebenden Rentner Dispositionskredite zum Schließen von Liquiditätslücken ein, bei den Frauen betraf das 9,5 % der Haushalte. Diese Daten deuten darauf hin, dass das Geldvermögen bei den Rentnern ungleicher verteilt ist als bei den Rentnerinnen.

Große Disparitäten zeigt der West-Ost-Vergleich. Allein lebende Rentner im früheren Bundesgebiet hatten im Jahr 2003 im Schnitt ein Nettogeldvermögen von 32226 Euro. Auf 42,2% dieses Betrages kamen allein lebende Rentner in den neuen Bundesländern, das waren rund 13600 Euro. Der Zuwachs des Geldvermögens betrug im betrachteten Zeitabschnitt bei den allein lebenden Rentnern im Westen 22%, bei denen im Osten 13%. Dadurch vergrößerte sich der Vermögensunterschied im Zeitverlauf.

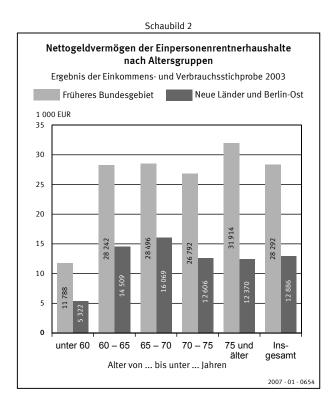
Allein lebende Rentnerinnen im früheren Bundesgebiet besaßen im Jahr 2003 im Schnitt 27114 Euro Nettogeldvermögen, solche in den neuen Ländern und Berlin-Ost 47,1% dieses Betrages, nämlich 12771 Euro. Der Zuwachs im Zeitverlauf machte bei ersteren 38,8%, bei letzteren 49,1% aus. Trotzdem hat sich der Abstand zwischen den Vermögensbeständen in West und Ost weiter vergrößert.

Festzuhalten bleibt abschließend, dass allein lebende Rentnerinnen im Westen 84% des Nettogeldvermögens der dort allein lebenden Rentner erreichten, bei Rentnerinnen im Osten lag der entsprechende Anteil dagegen bei rund 94%. Im Jahr 1998 waren diese Anteile noch geringer (West: 74%, Ost: 71%). Der Mehrbetrag des durchschnittlichen Nettogeldvermögens der westdeutschen Rentner, der 1998

noch bei 6900 Euro gelegen hatte, verringerte sich im betrachteten Zeitabschnitt auf 5112 Euro. Der Vermögensvorsprung allein lebender Rentner gegenüber den allein lebenden Rentnerinnen im Osten schmolz von 3479 Euro im Jahr 1998 auf 844 Euro im Jahr 2003. Diese Aussage sollte infolge des geringen Stichprobenumfangs allein lebender Rentner in den neuen Bundesländern jedoch mit einer gewissen Vorsicht interpretiert werden.

Geldvermögen und Verschuldung der Einpersonenrentnerhaushalte nach Altersgruppen

Der Vermögensaufbau wird stark vom Alter der in den privaten Haushalten lebenden Personen bestimmt. Je älter jemand ist, umso mehr Jahre konnte er sparen, vorausgesetzt das Einkommen war mindestens höher als seine Ausgaben zur Befriedigung der elementaren Grundbedürfnisse (Ernährung, Wohnen, Kleidung und Gesundheitspflege) und der unvermeidbaren übrigen Ausgaben. Schaubild 2 zeigt, dass westdeutsche Einpersonenrentnerhaushalte, deren Haupteinkommensbezieher/-innen 75 Jahre und älter waren, im Schnitt im Jahr 2003 mehr als 31 900 Euro Nettogeldvermögen angesammelt hatten. Haushalte mit Haupteinkommensbeziehern aller übrigen Altersgruppen besaßen weniger. Auf außerordentlich geringe Ersparnisse kamen Einpersonenrentnerhaushalte von unter Sechzigjährigen (siehe Tabelle 3). In den neuen Ländern und Berlin-Ost fanden sich die größten Vermögen allerdings nicht bei den höheren Altersgruppen, sondern mit 16069 Euro Nettogeldvermögen bei den 65- bis unter 70-Jährigen; 70-Jährige und Ältere kamen im Schnitt auf gut 12000 Euro. Diese Alterskohorten hatten nach der Währungsunion nur noch geringe



991

Tabelle 3: Geldvermögen und Konsumentenkreditschulden der Einpersonenrentnerhaushalte¹)

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003

				Alter vo	n bis	unter	Jahren			
Gegenstand der Nachweisung	unter 6	0	60 -	- 65	65 -	- 70	70 -	- 75	75 und	l älter
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Fr	üheres Bund	esgeb	iet						'	
Erfasste Haushalte (Anzahl)	351	•		562		812		593	11	138
Hochgerechnete Haushalte	359 10	00	454	100	661	100	1010	100	2 0 2 5	100
Haushalte mit Geldvermögen		70,3	378	83,1	508	76,8	827	81,8	1775	87,7
Haushalte ohne Geldvermögen		(29,7)	(77)	(16,9)	153	23,2	(183)	(18,2)	249	12,3
Haushalte mit Konsumentenkreditschulden		(19,5) (26,2)	(34) 79	(7,6) 17.5	(55) 105	(8,4) 15,9	(45) (114)	(4,5) (11,2)	(54) (109)	(2,7) (5,4)
'				17,5	105	15,9	(114)	(11,2)	(109)	(5,4)
	nitt je Haush l 13 281		EUK 28 <i>6</i>	(21	20	048	21	195	320	127
Bruttogeldvermögen	(597			035		048 796		195 797		528
Sparguthaben	2083	,		321		306		676	125	-
Sonstige Anlagen bei Banken und Sparkassen	(3 610			039		625		934	-	929
Rentenwerte	/	į	(1 6	521)	(1	967)	(1	943)	(3.5	571)
Aktien	(640	<i>′</i>		523)	_	443	•	164)		626
Sonstige Wertpapiere und Vermögensbeteiligungen, Aktienfonds .	(1 254	·		380		458		552		261
An Privatpersonen verliehenes Geld	(405)			374)		058) 395		672)	•	747) 361
Versicherungsguthaben				395 552)		1 458 (403)		22)		
Nettogeldvermögen	()		,	496		792	319	,		
Nachrichtlich: Restschuld je Haushalt, der Konsumentenkredite						,, -				-,
zurückzuzahlen hatte	(7 661	.)	(5 (003)	(6	574)	(8	950)	(46	606)
Neu	e Länder und	l Berlir	ı-Ost							
Erfasste Haushalte (Anzahl)	(79))	:	184		281		184	2	206
Hochgerechnete Haushalte	(76) 10	00	158	100	199	100	379	100	412	100
Haushalte mit Geldvermögen	(49)	(65,0)	130	82,5	188	94,5	338	89,3	359	87,1
Haushalte ohne Geldvermögen	/,	/	(28)	(17,5)	/,	/,	/,	/,	/	/,
Haushalte mit Konsumentenkreditschulden	/	/	(20)	/ (12,9)	(22)	/ (11,2)	/	/	/	/
i ·	/ 	/ + : -	. ,	(12,9)	(22)	(11,2)	/	/	/	/
	nitt je Haush (5 555		EUR 14 <i>6</i>	£00	17	355	12	773	123	200
Bruttogeldvermögen Bausparguthaben Bausparguthaben	(5 555)) 		500 598)		355 734)		773 (463)	-	399 249)
Sparguthaben	(734	i)		782	,	026		493	•)24
Sonstige Anlagen bei Banken und Sparkassen	(),	í	(45			279		791)		720)
Rentenwerte	/	/		/		/	`	ĺ	•	ĺ
Aktien	/	/		/		/		/		/
Sonstige Wertpapiere und Vermögensbeteiligungen, Aktienfonds.	/	,	(17	797)		766)	(1	434)	(1 1	.28)
An Privatpersonen verliehenes Geld	(2 340	1)	(1.0	/ 946)		285) 467		/ 700)	(4	/ 556)
Restschuld von Konsumentenkreditschulden	(2 340	") 	(1)	740) /	1	40/	(/ UU) /	(6	נטכנ /
Nettogeldvermögen	(5 322	2)	14 5	509	16	069	12	606	123	370
Nachrichtlich:	(5522)	,			10			-	-2-3	
Restschuld je Haushalt, der Konsumentenkredite										
zurückzuzahlen hatte	/	/		/		/		/		/

¹⁾ Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 EUR und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

Chancen, unter marktwirtschaftlichen Bedingungen Vermögen aufzubauen, zumal dies ein langfristiger Prozess ist.

Geschlechtsspezifische Unterschiede im Vermögensbesitz und in der Vermögenshöhe finden sich auch in den nach dem Alter gruppierten Daten (siehe Anhangtabelle 2). Je älter allein lebende Rentnerinnen in Deutschland werden, umso stabiler ist ihre finanzielle Situation. Mit zunehmendem Lebensalter verringert sich der Anteil der Haushalte, die kein Vermögen besitzen, die sich wegen der Aufnahme von Konsumentenkrediten verschuldet bzw. Dispositionskredite in Anspruch genommen hatten. Allerdings waren in allen Altersgruppen Haushalte ohne Geldvermögen anzutreffen. Beispielsweise gab es in der jüngsten Altersgruppe allein lebender Rentnerinnen (unter 60 Jahre) 27,5 % vermögenslose Haushalte, bei den 75-Jährigen und Älteren waren es 12,2 %. Kein solch altersabhängiger Trend zeichnete sich bei den allein lebenden Rentnern in Deutsch-

land ab. Hier fanden sich zwar auch bei den unter Sechzigjährigen die meisten Vermögenslosen (33,6%), jedoch lag diese Quote in der Altersgruppe der 65- bis unter 70-Jährigen noch bei 30,4%.

Das höchste Nettogeldvermögen aller Altersgruppen besaßen im Jahr 2003 allein lebende Rentner im früheren Bundesgebiet, die 75 Jahre und älter waren, mit durchschnittlich 42 961 Euro (siehe Tabelle 5). Die gleiche Altersgruppe nahm auch bei den dort allein lebenden Rentnerinnen eine Spitzenposition ein (siehe Tabelle 4). Allerdings betrug deren Nettogeldvermögen nur 29 583 Euro. Die zweithöchsten Vermögensbestände fanden sich bei den 60- bis unter 65-jährigen westdeutschen Rentnern (38 140 Euro), bei den allein lebenden Rentnerinnen traf das für die 65- bis unter 70-Jährigen (28 807 Euro) zu. Möglicherweise flossen Frauen dieser Altersgruppe als überlebender Partnerin kleinere Erbschaften zu; das lässt sich aus den Daten der EVS jedoch

Tabelle 4: Geldvermögen und Konsumentenkreditschulden allein lebender Rentnerinnen¹)
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003

				Alter vo	n bis	unter	Jahren			
Gegenstand der Nachweisung	unte	r 60	60 -	- 65	65 -	- 70	70	- 75	75 und	d älter
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Fr	üheres Bu	ndesgeb	iet							
Erfasste Haushalte (Anzahl)	200	209 100	337	410 <i>100</i>	487	612 <i>100</i>	774	444 100	1672	910 <i>100</i>
Haushalte mit Geldvermögen Haushalte ohne Geldvermögen Haushalte mit Konsumentenkreditschulden Haushalte mit Dispositionskrediten	149 (51) (35) (46)	74,5 (25,5) (17,5) (23,2)	283 (53) (24) (57)	84,1 (15,9) (7,1) (16,9)	397 (91) (38) (78)	81,4 (18,6) (7,8) (16,1)	651 (124) / (91)	84,0 (16,0) / (11,8)	1 484 (188) / (66)	88,8 (11,2) / (4,0)
· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	schnitt je I	. , ,		(10,0)	(, 0)	(10,1)	(-)	(11,0)	(00)	(,,0)
Bruttogeldvermögen Bausparguthaben Sparguthaben Sonstige Anlagen bei Banken und Sparkassen Rentenwerte Aktien Sonstige Wertpapiere und Vermögensbeteiligungen, Aktienfonds An Privatpersonen verliehenes Geld Versicherungsguthaben Restschuld von Konsumentenkreditschulden Nettogeldvermögen Nachrichtlich:	148 (4 25 (45 (45	334 443) 528 543) / / /781) / 592)	25 1 5 6 (1 (4 (4	136 137 233 718 239) 929) 460 465) 956 358) 778	6 7 (2 (3 5 (2	337 824 680 381 178) 783) 203 996) 293 530) 807	7 7 (1 (1 (4	639 (753) 778 179 877) 800) 142) (749) 361 /	125 65 (24 (11 35	523 541 554 450) 170) 992 541)
Restschuld je Haushalt, der Konsumentenkredite zurückzuzahlen hatte	(5.9	919)	(5)	042)	(6	820)		/		,
Neu	e Länder u	ınd Berlii	n-Ost	•	•	•				
Erfasste Haushalte (Anzahl) Hochgerechnete Haushalte Haushalte mit Geldvermögen Haushalte ohne Geldvermögen Haushalte mit Konsumentenkreditschulden Haushalte mit Dispositionskrediten	(49) (30) /	(53) 100 (60,5) /	139 119 /	163 100 85,5 /	167 159 / / (19)	236 100 95,5 / (11.6)	339 301 /	155 100 88,9 /	365 315 / /	172 100 86,4 /
'	chnitt je I	, Haushalt	in FIIR	,	(12)	(11,0)	,	,	,	′
Bruttogeldvermögen Bausparguthaben Sparguthaben Sonstige Anlagen bei Banken und Sparkassen Rentenwerte Aktien Sonstige Wertpapiere und Vermögensbeteiligungen, Aktienfonds An Privatpersonen verliehenes Geld Versicherungsguthaben Restschuld von Konsumentenkreditschulden Nettogeldwermögen Nachrichtlich:	(64	177) 	15 (4) 5 (4) (1)	498 645) 129 591) / 927) / 141) / 394	(1)	864 689) 320 930 / 478) / 577) / 578	(3	602 (410) 5 328 912) / / (730) / 541	(3.8)	/ 3887 323) / / / / / 664)
Restschuld je Haushalt, der Konsumentenkredite zurückzuzahlen hatte		/		/		/		/		/

¹⁾ Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 EUR und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

Tabelle 5: Geldvermögen und Verschuldung allein lebender Rentner¹)
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003

Gegenstand der Nachweisung	Einheit		Alter vo	on bis unter	Jahren	
degenstand der Nachweisung	Limeit	unter 60	60 – 65	65 – 70	70 – 75	75 und älter
		Früheres Bundes	gebiet			
Erfasste Haushalte	Anzahl 1 000	142 159	152 118	200 173	149 236	228 353
Haushalte mit Geldvermögen	1 000 %	103 <i>64</i> ,9	94 80,2	111 <i>64,2</i>	176 <i>74,7</i>	291 82,5
Haushalte ohne Geldvermögen	1 000 %	(56) (35,1)	/	(62) (35,8)	/	(62) (17,5)
Bruttogeldvermögen Restschuld Nettogeldvermögen	EUR EUR EUR	11 330 (2 066) 9 264	38 578 / 38 140	28 235 / 27 622	32 308 / 32 109	43 252 / 42 961
		Neue Länder und B		2, 022	32 10)	12,01
Erfasste Haushalte	Anzahl 1 000	(26) (27)	/	(45) (33)	(29) (40)	(34) (47)
Haushalte mit Geldvermögen	1 000 %	/	/	(29) (89, <i>2</i>)	(37) (<i>93,0</i>)	(44) (92,9)
Haushalte ohne Geldvermögen	1 000 %	/	/	/	/	/
Bruttogeldvermögen	EUR EUR	/ /	/	(23 962)	(14 214)	(14 962)
Nettogeldvermögen	EUR	/	/	(23 671)	(13 163)	(14 962)

¹⁾ Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 EUR und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

nicht ermitteln. Die geringsten Nettogeldvermögen hatte die jüngste Altersgruppe (unter 60 Jahre). Allein lebende westdeutsche Rentnerinnen dieses Alters kamen im Schnitt auf rund 13 800 Euro, Rentner auf 9 264 Euro. Nur Rentnerinnen dieser Altersgruppe besaßen im früheren Bundesgebiet ein höheres Nettogeldvermögen als Rentner.

In den neuen Bundesländern entfiel im Jahr 2003 das größte Nettogeldvermögen aller Altersgruppen auf die 65bis unter 70-jährigen allein lebenden Rentner (23 671 Euro). Unter dieser Population befand sich vermutlich eine größere Zahl von Männern, die nach der deutschen Vereinigung noch erwerbstätig waren und sparen konnten. Bei den allein lebenden ostdeutschen Rentnerinnen besaßen 60- bis unter 65-Jährige das durchschnittlich höchste Nettogeldvermögen aller Altersgruppen (15394 Euro). Die nächsthöhere Altersgruppe der 65- bis unter 70-Jährigen verfügte nur über geringfügig niedrigere Vermögen (14578 Euro) und 75-Jährige und Ältere konnten auf gut 12000 Euro zurückgreifen. Ebenso wie im Westen fanden sich auch im Osten die niedrigsten Ersparnisse bei den unter 60-jährigen Rentnerinnen und Rentnern. Die jüngste Alterskohorte hatte 2003 in West und Ost nicht nur die geringsten Vermögensressourcen aller allein Lebenden, in dieser Gruppe waren anteilig auch die meisten Haushalte anzutreffen, die über kein Geldvermögen verfügten. Im früheren Bundesgebiet betraf das 35,1 % der allein lebenden Rentner und 25,5 % der allein lebenden Rentnerinnen. In den neuen Bundesländern war die Zahl der Betroffenen in dieser Altersgruppe noch höher. Aus stichprobentheoretischen Erwägungen konnten diese Daten in den Tabellen 4 und 5 allerdings nicht ausgewiesen werden. Unter allen Altersgruppen nahmen die unter Sechzigjährigen anteilig auch die meisten Konsumentenkreditschulden und Dispositionskredite auf. Bei den westdeutschen allein lebenden Rentnerinnen waren dies 17.5 bzw. 23.2%. Fast 6000 Euro hatten die Betroffenen an Restschulden für Konsumentenkredite zu begleichen. Ob die prekäre Vermögenssituation der unter Sechzigjährigen ausschließlich eine Folge ihrer sehr niedrigen Einkommen ist oder ob andere kritische Lebensereignisse, wie Frühverrentung infolge fehlender Beschäftigungsmöglichkeiten, Krankheit, Trennung/ Scheidung, oder gegebenenfalls auch fehlende Sorgfalt im Umgang mit dem Haushaltsgeld diese als Ursache zusätzlich beeinflussten, wäre gesondert zu untersuchen.

Bei der Verteilung des Ersparten auf die ausgewiesenen Vermögensarten fällt auf, dass allein lebende Rentnerinnen in West und Ost gleichermaßen mit steigendem Lebensalter einen höheren Anteil ihres Bruttogeldvermögens als Sparguthaben anlegten. Letztere nahmen auch in der absoluten Höhe korrespondierend mit dem Alter zu.

Verteilung des Geldvermögens bei Rentnerhaushalten

Die Verteilung des Geldvermögens streut beträchtlich. Wie Übersicht 1 zeigt, verfügten einige wenige Rentnerhaushalte über sehr hohe Geldvermögen. 0,9 % der Ein- und 3,3 % der Zweipersonenrentnerhaushalte im früheren Bundesgebiet besaßen zwischen einer viertel bis zu einer halben Million Euro Nettogeldvermögen. Im Osten waren keine Rentnerhaushalte in dieser Vermögensklasse vertreten. 17,5 % der Einpersonenrentnerhaushalte im Westen und 16,1 % dieser Haushalte im Osten gehörten weniger als 2 500 Euro Nettogeldvermögen. Auch 7,0 bzw. 9,1 % der Zweipersonenrentnerhaushalte in West und Ost kamen 2003 auf ein derart geringes Nettogeldvermögen. Der größte Teil der Rentnerhaushalte war – unabhängig von der Haushaltsgröße – in West und Ost in der Vermögensklasse 10 000 bis unter 50 000 Euro zu finden.

Im Folgenden soll die Vermögenslage der Ein- und Zweipersonenrentnerhaushalte im Zusammenhang mit der Einkommensverteilung betrachtet werden. Die Untersuchungen beruhen auf der gleichen Vorgehensweise, wie sie im Aufsatz "Einnahmen und Ausgaben von Rentner- und Pensionärshaushalten"6) erläutert worden ist. Allerdings galt es, vor dem Errechnen der Daten über einige Besonderheiten zu entscheiden. Diese waren eine zwangsläufige Folge des veränderten Erhebungsablaufs im Jahr 2003 im Vergleich zu 1998. 1998 waren die Haushalte gebeten worden, zum Schluss der Befragung in den quartalsweise geführten Haushaltsbüchern Auskunft über die Höhe und die Arten des Geldvermögens und die Verschuldung zu geben. Dagegen erfasste die EVS 2003 mit einer Anlage zum Einführungsinterview bei den befragten privaten Haushalten stichtagsbezogen zum Stand vom 01. Januar 2003 Anga-

Übersicht 1: Schichtung der Ein- und Zweipersonenrentnerhaushalte nach der Höhe des Nettogeldvermögens Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003

Nettogeldvermögen	Einpe	ersonenrentnerhaus	halte	Zweip	ersonenrentnerhaus	shalte
von bis unter EUR	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
unter 2 500	16,8 10,7	17,5 10,2	16,1 (13,3)	7,5 4,8	7,0 4,7	9,1 (5,4)
5 000 - 10 000 10 000 - 25 000	16,6	15,2	23,3	9,2	9,0	9,7
25 000 - 50 000	24,6 15,3	22,9 15,8	30,3 12,6	24,1 23,2	22,2 21,7	30,2 28,2
50 000 - 100 000 100 000 - 250 000	9,8 5,0	11,2 6,0	(3,6) /	17,5 10,4	18,9 12,3	12,9 4,1
250 000 - 500 000 500 000 und mehr	(0,8) /	(0,9) /		2,6 (0,8)	3,3 (0,9)	/
Zusammen	100	100	100	100	100	100

⁶⁾ Siehe Fußnote 1, hier: S. 607 ff.

ben zum Geldvermögen und zu den Schulden.⁷) Die methodische Änderung brachte es mit sich, dass für die Auswertung der Vermögensdaten lediglich Einkommensangaben aus der Selbsteinstufung der Haushalte nach Haushaltsnettoeinkommensklassen vorlagen. Diese sollten anhand personenbezogener Einkünfte des Jahres 2002 ermittelt werden. Die so von den Haushalten gemachten Angaben weichen nicht nur wegen der unterschiedlichen Zeiträume, sondern auch aus anderen Gründen⁸) teilweise erheblich von den genauen, im Haushaltsbuch aufgezeichneten Einkommen ab. Da sich klassifizierte Gruppenangaben nur mittels besonderer Berechnungsmodi für Dezilbetrachtungen verwenden lassen, wurde letztlich folgende Vorgehensweise gewählt: Die exakten Einkommensangaben der Ein- und Zweipersonenrentnerhaushalte aus den Haushaltsbüchern wurden mit den Daten der Anlage zum Einführungsinterview verknüpft. Zwei Datenbestände wurden zu einer neuen Datenbasis zusammengeführt und auf dieser Grundlage wurden Einkommensdezile berechnet. Bei dieser Art des Vorgehens musste eine Voraussetzung strikt eingehalten werden: In den neuen Datenbestand durften nur jene Haushalte aufgenommen werden, die sowohl Angaben zum Geldvermögen gemacht, als auch Buch geführt hatten. Wie nicht anders zu erwarten, waren in der neuen Datenbasis weniger Haushalte vertreten, weil einige Haushalte zwar ein Haushaltsbuch geführt, aber keine Angaben zum Geldvermögen gemacht hatten.9) Die daraus resultierenden Auswirkungen auf die Höhe des Nettogeldvermögens blieben eher gering.10)

Eine gleichmäßige Verteilung der Vermögen hieße, dass Haushalte in jeder Dezilgruppe zehn Prozent des Nettogeldvermögens besäßen. Dies traf, wie Anhangtabelle 3 zeigt, für Senioren keiner der Haushaltstypen zu. Die Hälfte aller Einpersonenrentnerhaushalte in Deutschland, also jene, deren durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen rund 960 Euro betrug und im Einzelfall 1250 Euro im Monat nicht überschritt, besaßen 24% des gesamten Nettogeldvermögens. Dagegen kamen Einpersonenrentnerhaushalte der achten bis zehnten Dezilgruppe zusammen auf 56,2% des gesamten Nettogeldvermögens. Etwas geringer als bei den Einpersonenrentnerhaushalten insgesamt streuten die Geldvermögen bei den allein lebenden Rentnerinnen. Auch bei den Zweipersonenrentnerhaushalten waren die Gegensätze zwischen "oben" und "unten" nicht so ausgeprägt wie bei den Einpersonenrentnerhaushalten. Von den Einpersonenrentnerhaushalten der ersten Dezilgruppe waren fast 41% vermögenslos, in der zweiten Dezilgruppe besaßen 23,1% kein Geldvermögen. Nach Gebietsständen betrachtet, wird das Maß der Ungleichverteilung bei den Geldvermögen von Einpersonenrentnerhaushalten erstmals 2003 nicht mehr ausschließlich von den westdeutschen Haushalten bestimmt. Wie Tabelle 6 auf S. 996 zeigt, besaßen Einpersonenrentnerhaushalte im früheren Bundesgebiet in der ersten Dezilgruppe im Schnitt 8255 Euro Nettogeldvermögen (1998: 6596 Euro). Gut den zehnfachen Betrag erreichten Einpersonenrentnerhaushalte der zehnten Dezilgruppe (82 895 Euro), 1998 waren es 64 979 Euro. Dagegen kamen Einpersonenrentnerhaushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost der ersten Dezilgruppe auf durchschnittlich rund 2500 Euro Nettogeldvermögen (1998: 3630 Euro), die der zehnten Dezilgruppe auf den 10,4-fachen Betrag (26176 Euro), 1998 lag dieses Verhältnis noch bei 4,8:1. Die Relation zwischen oben und unten erreichte innerhalb von fünf Jahren nicht nur das "Westniveau", sondern ging noch darüber hinaus. Die vorstehend skizzierten Verteilungsunterschiede bei den Geldvermögen der Einpersonenrentnerhaushalte waren ebenfalls bei den allein lebenden Rentnerinnen zu beobachten, allerdings etwas abgemildert (siehe Tabelle 7). Dieser Tatbestand legt den Schluss nahe, dass die Disparitäten in der Vermögenslage bei den allein lebenden Rentnern größer sind als bei den Rentnerinnen.

Die Geldvermögen der Zweipersonenrentnerhaushalte streuen ebenfalls beträchtlich. Rein rechnerisch besaß ein westdeutscher Zweipersonenrentnerhaushalt der ersten Dezilgruppe im Jahr 2003 fast 25500 Euro. Den sechsfachen Betrag an Nettogeldvermögen nannten Haushalte der zehnten Dezilgruppe ihr Eigen (154772 Euro). In allen Dezilgruppen gab es einige wenige vermögenslose Zweipersonenrentnerhaushalte, statistisch signifikant war deren Anteil nur im ersten Dezil (16,2%). Bei den Zweipersonenrentnerhaushalten im früheren Bundesgebiet konzentrierten die obersten 30% der Haushalte mehr als die Hälfte des Gesamtvermögens (52,3%) auf sich, die untersten 50% der Haushalte kamen lediglich auf einen Anteil von 30 %. In den neuen Ländern und Berlin-Ost lagen die entsprechenden Werte bei 42,1 bzw. 37,7 %. Ostdeutsche Zweipersonenrentnerhaushalte der ersten Dezilgruppe hatten im Jahr 2003 im Schnitt 17850 Euro Nettogeldvermögen, Haushalte der zehnten Dezilgruppe kamen auf 56735 Euro, das war der 3,2-fache Betrag (1998: 4,7-facher Betrag). Im Gegensatz zu dem bei den Einpersonenrentnerhaushalten festgestellten Trend verkleinerte sich die Relation zwischen "oben" und "unten" bei den Zweipersonenrentnerhaushalten im Zeitverlauf. Alles in allem kann die materielle Lage der Zweipersonenrentnerhaushalte in Deutschland als günstig bezeichnet werden. Davon auszunehmen wäre ein gewisser Personenkreis, zu dem zweifelsohne die mehr als eine viertel Million vermögensloser Zweipersonenrentnerhaushalte zählen.

Immobilienvermögen von Rentnerhaushalten

Haus- und Grundbesitz ist bei privaten Haushalten in Deutschland weitaus weniger verbreitet als Geldvermögen. 30 von 100 Einpersonenrentnerhaushalten und 59 von 100 Zweipersonenrentnerhaushalten nannten im Jahr 2003 Immobilien ihr Eigen (siehe Anhangtabelle 4). Diese Besitztümer waren zwischen West und Ost noch weitaus asymmetrischer verteilt als das Geldvermögen. Im betrachteten

⁷⁾ Darüber hinaus enthielt diese Anlage Angaben zum Haus- und Grundbesitz der Haushalte, die auch 1998 im Rahmen des Einführungsinterviews erfragt worden waren.

⁸⁾ Siehe hierzu Münnich, M.: "Einkommens- und Vermögensverteilung privater Haushalte in Deutschland – Teil 1" in WiSta 9/2000, S. 679 ff., S. 689.

⁹⁾ Die neue Datenbasis umfasste lediglich 875 allein lebende Rentner. Wegen der hohen Fehlerwahrscheinlichkeit werden keine Dezilbetrachtungen für diese Gruppe vorgenommen.

¹⁰⁾ So liegt beispielsweise das für die Zweipersonenrentnerhaushalte im früheren Bundesgebiet bei der Dezilbetrachtung errechnete Nettogeldvermögen um 0,2% niedriger als der Durchschnittswert aus dem Originaldatenbestand, der in Tabelle 2 ausgewiesen ist. Die größte Abweichung findet sich bei den Einpersonenrentnerhaushalten in den neuen Bundesländern.

Tabelle 6: Verteilung des Geldvermögens der Ein- und Zweipersonenrentnerhaushalte¹)

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben

			Grenzwert des		Geldvermöge	en je Haushalt		Haushalte	Anteil am
Haushalte des	Hochgerechn	ete Haushalte	Haushalts- netto- einkommens ²)	brutto	netto	brutto	netto	ohne Nettogeld- vermögen	Nettogeld- vermögen
Dezils	1998	20	003	19	98		2	1003	
	1 (000			EUR			C	%
				Einpersonenre	ntnerhaushalte				
				Früheres Bu	indesgebiet				
1.	417	397	741	6714	6 5 9 6	(8 368)	8 255	(37,5)	2,9
2.	419	393	897	6678	6599	7 438	7 0 9 7	(27,5)	2,4
3.	417	402	1037	10354	10 160	21 190	20717	(13,3)	7,3
4.	419	395	1 150	12 224	11 941	14650	14351	(17,2)	5,0
5.	413	400	1 278	11 852	11 541	22 674	21 604	(12,4)	7,6
6.	418	398	1 446	16546	16394	24 083	23 652	(10,5)	8,2
7.	419	398	1 641	21 604	21 507	34 065	33 873	(6,0)	11,8
8.	416	397	1888	23 299	23 094	32856	32 613	(7,1)	11,3
9.	416	397	2380	36 265	36 108	42 117	41 770	/	14,5
10.	418	399	17 375	65 506	64 979	83 241	82 895	(4,7)	29,0
Insgesamt	4 171	Х	Х	21 108	20 895	Х	Х	Х	100
10./1. Dezil	Х	Х	Х	9,8	9,9	9,9	10,0	X	10,0
					ınd Berlin-Ost				
1.	(117)	(107)	698	(3 741)	(3 630)	(2 508)	(2 506)	/	(1,8)
2.	117	(107)	770	(4 745)	4 696	(6 672)	(6 649)	/	(4,9)
3.	(118)	(107)	851	(5 584)	(5 555)	(7 367)	(7 237)	/	(5, <i>3</i>)
4.	(117)	(108)	950	(5 855)	(5 841)	(8 869)	(8 729)	/	(6,4)
5.	118	(107)	1 098	(10 158)	10 144	(13 206)	(13 142)	/	(9,7)
6.	116	(110)	1 209	8 3 2 1	8 234	(13 417)	(12 927)	/	(9,7)
7.	116	(107)	1 293	10624	10 382	(19 757)	(19744)	/	(14,5)
8.	117	(108)	1 444	12 029	11 927	(15 550)	(15 510)	/	(11,5)
9.	117	108	1 642	13 205	13 048	22 627	22 523	/	16,6
10.	116	108	6129	17 593	17 295	26 525	26 176	/	19,4
Insgesamt	1168	Χ	Х	9 181	9 0 7 1	Х	X	Х	100
10./1. Dezil	Х	Х	Х	4,7	4,8	10,6	10,4	Х	10,8
			2		ntnerhaushalte Indesgebiet				
1.	342	338	1 340	19731	19621	25 956	25 485	(16,2)	4,3
2.	338	342	1632	21 937	21 700	29 549	29 116	(10,2)	5,0
3.	340	339	1847	22 932	22 635	38 315	38 034	',	6,5
4.	340	341	2046	26744	26 309	35 998	35 657	',	6,1
5.	340	340	2 271	27 672	27 482	47 433	47 090	',	8,1
6.	339	340	2486	32 426	31 651	53 794	53 410	,	9,2
7.	339	340	2763	36 350	35 872	49 240	48813	,	9,2 8,4
7. 8.	340	340	3167	50 479	49776	63 833	63 426	,	10,9
o. 9.	339	339	3888	58 858	58 572	86 185	85 613	′,	10,9 14,7
10.	340	341	17 557	113 333	112 521	155 608	154772	,	26,7
Insgesamt	3 398	X	17 557 X	41 050	40 618	133008 X	134772 X	X	100
10./1. Dezil))) (X	X	X	5,7	5,7	6,0	6,1	X	6,2
10./1. Dezit	Α	X	X		ىرى and Berlin-Ost	0,0	0,1	χ	0,2
1 1	(104)	(103)	1 345	(8 247)	(8 100)	(18 398)	(17 850)	1	(E E)
1. 2.								,	(5,5) (0,1)
2. 3.	105 106	(105) (105)	1 509 1 690	12373	12 211 13 201	(29 744) (24 240)	(29 093) (23 416)	/	(9,1) (7.3)
	106	(105)	1832	13 533 18 038	13 201	(24 240) 24 460	24 048	,	(7,3)
4. 5.	102	105 104	1968	18 038	17 521 16 611	27 020	24 048 26 491	,	7,6
			2097			29 308		,	8,2
6. 7	104	105		18 962	18 483		28 748	/,	<i>9</i> ,0
7.	104	105	2 242	21 734	21 342	36776	36 097 33 661	/,	11,3
8.	105	105	2470	21 917	21 412	32 935	32 661	/,	10,2
9.	104	104	2848	26 237	25 645	45 422	45 116	/,	14,1
10.	104	105	11 787	38 717	38 187	57 199	56 735	/	17,8
Insgesamt 10./1. Dezil	1 042	X	X	19675	19 258	X	X	X	100
10./1. De2II	Х	Х	Х	4,7	2,4	3,1	3,2	Х	<i>3,2</i>

¹⁾ Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 17 895 EUR und mehr (1998) bzw. 18 000 EUR und mehr (2003) und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Diese Grenzwerte des Haushaltsnettoeinkommens gelten auch für die Verteilungsrechnungen des Haus- und Grundbesitzes (siehe Tabelle 11 und Übersicht 2).

Zeitabschnitt stieg die Eigentumsquote des Immobilienbesitzes in Ost und West leicht (siehe Tabelle 8). Immerhin gut 34 % der Einpersonenrentnerhaushalte im früheren Bundesgebiet verfügten im Jahr 2003 über solche Besitztümer, in den neuen Bundesländern waren es knapp 14 %. Für die Eigentümer ergab sich daraus ein Verkehrswert der Immobilien von im Schnitt rund 183 000 bzw. rund 77 600 Euro. In

den neuen Ländern scheinen niedrige Grundstückspreise, geringere Wohnflächen der selbstgenutzten Einfamilienhäuser sowie ein höherer Bestand an Wochenendhäusern/Datschen die Höhe des Verkehrswertes zu beeinflussen. Hinzu kommt, dass seit der deutschen Vereinigung viele junge, gut ausgebildete Frauen und Männer wegen fehlender Arbeitsplatzangebote den Osten verließen. Der so zustande gekom-

Tabelle 7: Verteilung des Geldvermögens allein lebender Rentnerinnen¹) Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben

			Grenzwert des		Geldvermöge	n je Haushalt		Haushalte	Anteil am
Haushalte des	Hochgerechn	ete Haushalte	Haushalts- netto- einkommens	brutto	netto	brutto	netto	ohne Nettogeld- vermögen	Nettogeld- vermögen
bezns	1998	20	003	19	998		20	003	
	10	000			EUR			O,	%
			•	Früheres B	undesgebiet			•	
1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. Insgesamt 10./1. Dezil	335 337 333 334 336 334 335 335 334 336 3348 X	311 312 312 313 312 310 312 313 314 312 X	767 914 1 052 1 157 1 280 1 442 1 614 1 857 2 324 17 375 X	7 204 6117 10 238 12 944 12 008 16 207 19 692 22 155 31 579 58 663 19 687 8,1	7149 6091 10 109 12 801 11 724 15 985 19 636 22 103 31 257 58 423 19 934 8,2	(8 119) 8 882 16 728 14 858 19 637 23 019 33 800 29 762 40 291 73 513 X 9,1	(8 056) 8 525 16 267 14 671 18 636 22 732 33 633 29 524 39 947 73 282 X 9,1	(31,2) (23,5) (17,6) (1,0) (1,0) (1,0) (1,0) (1,0) (2,0) (31,2) (17,0) ((3,0) 3,2 6,1 5,5 7,0 8,5 12,7 11,2 15,1 27,6 100 9,2
				Neue Länder	und Berlin-Ost				
1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. Insgesamt 10./1. Dezil	(102) (102) (96) (100) (100) (100) (99) 100 100 100 99 998 X	(93) (93) (95) (92) (96) (94) (94) (94) 95 X	(695) (760) (843) (920) (1 065) (1 185) (1 269) (1 419) (1 607) (3 244) X	(3 930) (4 307) (6 153) (6 003) (8 675) (8 629) (9 314) 10 551 12 794 16 324 8 657 4,2	(3 921) (4 239) (6 120) (5 990) (8 668) (8 572) 9074 10 481 12 657 16 045 8 566 4,1	(2 634) (6 586) (7 632) (7 372) (12 819) (12 103) (19 018) (17 665) (21 483) 26 267 X 10,0	(2 631) (6 560) (7 552) (7 232) (12 742) (11 942) (19 903) (17 662) (21 409) 25 849 X 9,8	/ / / / / / / / / / / / / / / / / / /	(2,0) (4,9) (5,8) (5,3) (9,8) (9,0) (14,3) (13,3) (16,1) 19,6 100 9,8

¹⁾ Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 17 895 EUR und mehr (1998) bzw. 18 000 EUR und mehr (2003) und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

Tabelle 8: Haus- und Grundbesitz der Ein- und Zweipersonenrentnerhaushalte¹)
Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Früheres	Bundesgebiet	Neue Lände	r und Berlin-Ost
Gegenstand der Nachweisung	Lillieit	1998	2003	1998	2003
	Einpersonenren	tnerhaushalte			
Erfasste Haushalte	Anzahl	3 689	3 456	1 205	934
Hochgerechnete Haushalte	1 000	4 342	4 509	1 147	1 224
Haushalte mit Haus- und Grundbesitz	1 000	1 383	1 547	141	169
	%	<i>31,9</i>	<i>34,3</i>	12,3	<i>13</i> ,8
dar.: mit unbebauten Grundstücken	1 000	128	162	(24)	(21)
	%	2,9	3,6	(2,1)	(1,7)
und zwar ererbt/geschenkt	1 000 1 000 %	(94) 750 <i>17,3</i>	(91) 734 <i>16,3</i>	(69) (6,0)	(76) (6,2)
und zwar ererbt/geschenkt	1 000	156	163	(25)	(25)
	1 000	380	516	/	/
	%	8,8	<i>11,4</i>	/	/
und zwar ererbt/geschenkt	1 000	(20)	(48)	'	/
Durchschnitt je Haushalt mit jeweiliger Angabe zur Höhe Einheitswert Verkehrswert Restschuld	EUR EUR EUR	17 824 174 232 37 777	23 877 182 869 52 202	5 166 63 928 (21 145)	8 395 77 644 (27 695)
	Zweipersonenrei	ntnerhaushalte			
Erfasste Haushalte	Anzahl	5 612	5 250	2 401	1 731
	1 000	3 280	3 709	1 010	1 118
Haushalte mit Haus- und Grundbesitz	1 000	1 968	2352	352	511
	%	<i>60,0</i>	<i>63</i> ,4	<i>34,9</i>	<i>45,8</i>
dar.: mit unbebauten Grundstücken	1 000	179	268	51	75
	%	5,5	7,2	<i>5,0</i>	6,7
und zwar ererbt/geschenkt	1 000	109	155	(29)	(33)
	1 000	1 344	1 458	209	276
	%	<i>41,0</i>	<i>39,3</i>	<i>20,7</i>	24,7
und zwar ererbt/geschenkt	1 000	223	246	73	80
	1 000	311	493	(18)	(45)
	%	9,5	13,3	(1,8)	(4,1)
und zwar ererbt/geschenkt	1 000	(23)	(28)	(2,9)	(",")
Durchschnitt je Haushalt mit jeweiliger Angabe zur Höhe Einheitswert Verkehrswert Restschuld	EUR EUR EUR	22 628 214 293 44 979	31 131 248 523 51 491	7032 86 593 22 109	10 473 94 996 49 065

¹⁾ Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 17 895 EUR und mehr (1998) bzw. 18 000 EUR und mehr (2003) und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

mene demografische Wandel hat sicher wegen der ausbleibenden Nachfrage nach Haus- und Grundbesitz zu einem Wertverlust der Immobilien geführt.

Ebenso wie beim Geldvermögen werden die Haushalte in der EVS nach den Arten des Immobilienbesitzes gefragt. Unterschieden wird nach

- unbebauten Grundstücken
- Einfamilienhäusern
- Zweifamilienhäusern
- Wohngebäuden mit drei und mehr Wohnungen
- Eigentumswohnungen
- sonstigen Gebäuden

Diese Vermögensarten werden nicht einzeln bewertet. Der Verkehrs- und der Einheitswert werden für den gesamten Haus- und Grundbesitz als Summe erhoben.

Innerhalb des Haus- und Grundbesitzes hat Wohneigentum (Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen) einen hohen Stellenwert. 16 von 100 westdeutschen Einpersonenrentnerhaushalten wohnten in ihnen gehörenden Einfamilienhäusern, 22% darunter waren geschenkt oder ererbt. Im Osten besaßen lediglich etwa 6 von 100 Einpersonenrentnerhaushalten Einfamilienhäuser, der Anteil der geschenkten oder ererbten Häuser lag hier weitaus höher. Es sei daran erinnert, dass Wohneigentum in der ehemaligen DDR vorwiegend in ländlichen Regionen verbreitet war. Der Bau von Einfamilienhäusern wurde in der Regel nur für Familien mit Kindern staatlich gefördert. Eigentumswohnungen gab es nicht. Der Besitz dieser Immobilienart stellt bei ostdeutschen Rentnerhaushalten bis zum jetzigen Zeitpunkt eine Rarität dar. Dagegen verfügten 11,4% der westdeutschen Einpersonenrentnerhaushalte (516000 Haushalte) über eine Eigentumswohnung. Relativ wenige Einpersonenrentnerhaushalte - das gilt für beide Gebietsstände - besaßen noch unbebaute Grundstücke, wovon über die Hälfte ererbt oder geschenkt worden waren.

Beim Immobilienbesitz zeigten sich im Jahr 2003 folgende geschlechtsspezifische Unterschiede (siehe Tabelle 9):

- allein lebende Rentnerinnen hatten im früheren Bundesgebiet anteilig einen höheren Haus- und Grundbesitz (34,6%) als allein lebende Rentner (33,3%); in den neuen Bundesländern war es umgekehrt;
- der durchschnittliche Verkehrswert des Immobilienbesitzes lag in den Haushalten von Rentnern in West und Ost deutlich höher als in denen von allein lebenden Rentnerinnen. Erstere mussten freilich auch Hypothekenrestschulden tilgen, die mehr als doppelt so hoch waren wie die der Rentnerinnen;
- allein lebende Rentner im früheren Bundesgebiet besaßen anteilmäßig mehr Einfamilienhäuser (18,7%) als allein lebende Rentnerinnen (15,5%). Bei den Eigentumswohnungen war es umgekehrt.

Immobilienbesitz - im Besonderen Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen – war als Form der Alterssicherung bei den Einpersonenrentnerhaushalten allenfalls für Haushalte mit hohem Einkommen von Belang (siehe Anhangtabelle 6). Nur 7,2% der westdeutschen Einpersonenrentnerhaushalte in der Altersgruppe der unter 60-Jährigen, allerdings 19,3% der 70- bis unter 75-Jährigen besaßen Einfamilienhäuser. Der Besitz von Eigentumswohnungen schwankte zwischen 15,3% bei den 60- bis unter 65-Jährigen und 9,3% in der Altersgruppe 75 Jahre und älter. Damit waren auch im früheren Bundesgebiet nur wenige Einpersonenrentnerhaushalte in der Lage, ihre wirtschaftliche Situation dadurch aufzubessern, dass sie in Wohneigentum lebten und keine Kaltmiete zu zahlen hatten. Tendenziell lässt sich aus Tabelle 10 ableiten, dass Ältere, die Immobilien besitzen, diese auch mit zunehmendem Lebensalter weiterhin selbst nutzen. Die wertvollsten Immobilien, gemessen am Verkehrswert des Haus- und Grundbesitzes, besaßen

Tabelle 9: Haus- und Grundbesitz der Einpersonenrentnerhaushalte¹) nach dem Geschlecht Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003

		Allein lebend	e Rentnerinnen	Allein lebe	nde Rentner
Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Erfasste Haushalte	Anzahl	2 585	779	871	155
Hochgerechnete Haushalte	1 000	3 470	1 058	1 039	166
Haushalte mit Haus- und Grundbesitz	1 000	1 201	130	346	(39)
	%	34,6	12,3	<i>33,3</i>	(23,5)
dar.: mit unbebauten Grundstücken	1 000	(120)	/	(42)	/
	%	(3,4)	/	(4,0)	/
und zwar ererbt/geschenkt	1 000	(69)	/	(22)	/
mit Einfamilienhäusern	1 000	539	(55)	195	/
	%	15,5	(5, <i>2</i>)	18,7	/
und zwar ererbt/geschenkt	1 000	(113)	/	(50)	/
mit Eigentumswohnungen	1 000	440	/	76	/
	%	12,7	/	7,3	/
und zwar ererbt/geschenkt	1 000	(42)	_	/	_
Durchschnitt je Haushalt mit jeweiliger Angabe zur Höhe					
Einheitswert	EUR	23 881	8 232	23 863	(8 825)
Verkehrswert	EUR	176 395	76 470	204 399	(81 727)
Restschuld	EUR	42 208	(26 417)	(91 226)	/

¹⁾ Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 EUR und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

Tabelle 10: Haus- und Grundbesitz sowie Hypothekenrestschuld der Einpersonenrentnerhaushalte¹)

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003

Gegenstand der Nachweisung	Einheit		Alter vor	bis unter	Jahren		Zusammen
degenstand der Nachweisung	Ellilleit	unter 60	60 – 65	65 – 70	70 – 75	75 und älter	Zusaiiiiieii
	Frühere	s Bundesgebi	et				
Erfasste Haushalte	Anzahl	351	562	812	593	1 138	3 456
Hochgerechnete Haushalte	1 000	359	454	661	1 010	2 0 2 5	4 509
Haushalte mit Haus- und Grundbesitz	1 000	82	166	237	377	684	1 547
	%	23,0	36,6	<i>35,8</i>	37,4	33,8	34,3
dar.: mit unbebauten Grundstücken	1 000	/	/	(29)	(39)	(76)	162
	%	/	/	(4,4)	(3,9)	(3,7)	3,6
und zwar ererbt/geschenkt	1 000	/	/	(17)	/	(43)	(91)
mit Einfamilienhäusern	1 000	(26)	71	108	195	334	734
	%	(7,2)	15,7	16,3	19,3	16,5	16,3
und zwar ererbt/geschenkt	1 000	(20)	70	(21)	(46)	(79)	163
mit Eigentumswohnungen	1 000	(38)	70	92	(128)	189	516
und awar growth / goodhankt	% 1 000	(10,5)	15,3	13,9	(12,7)	9,3	11,4 (48)
und zwar ererbt/geschenkt	1 000	/	/	/	/	/	(48)
Durchschnitt je Haushalt mit jeweiliger Angabe zur Höhe	s	(22.21.1)					
Einheitswert	EUR	(23 344)	26 902	23 178	25 544	22 507	23 877
Verkehrswert	EUR EUR	(182 360)	189 826	200 332 53 328	187 330	172 456	182 869 52 202
	EUK	(63 924)	(53 052)	53 328	(43 503)	(52 563)	52 202
Anteil der Haushalte der jeweiligen Gruppe	04		40 =	45.0	2		400
Haushalte mit Haus- und Grundbesitz	%	5,3	10,7	15,3	24,4	44,2	100
Haushalte mit Einfamilienhäusern	%	(3,5)	<i>9,7</i>	14,7	26,6	45,5	100
Haushalte mit Eigentumswohnungen		(7,3)	13,5	17,8	(24,8)	36,6	100
	_	der und Berlin					
Erfasste Haushalte	Anzahl	(79)	184	281	184	206	934
Hochgerechnete Haushalte	1 000	(76)	158	199	379	412	1 224
Haushalte mit Haus- und Grundbesitz	1 000	/	(33)	(45)	(48)	(33)	169
	%	/	(21,0)	(22,6)	(12,7)	(8,0)	13,8
dar.: mit unbebauten Grundstücken	1 000	/	/	/	/	/	(21)
	%	/	/	/	/	/	(1,7)
und zwar ererbt/geschenkt	1 000	/	/	/	/	/	. /
mit Einfamilienhäusern	1 000	/	/	/	/	/	(76)
	%	/	/,	/,	/	/	(6,2)
und zwar ererbt/geschenkt	1 000		/,	/,	/	/	(25)
mit Eigentumswohnungen	1 000 %	/,	/,	/,	/	/	/,
und awar growth / cocchanist	1 000	/	/	/	/	1	/
und zwar ererbt/geschenkt	1 000	_	_	_	_	_	_
Durchschnitt je Haushalt mit jeweiliger Angabe zur Höhe	FUE	,	((0(1)	(0.055)	,	,	0.005
Einheitswert	EUR	/,	(6 964)	(9 855)	(02.054)	/	8395
Verkehrswert	EUR EUR	/,	(71 363)	(80 607)	(93 954)	/	77 644
Restschuld	EUK	/	/	/	/	1	(27 695)
Anteil der Haushalte der jeweiligen Gruppe	0/	l ,	(40 ₹)	(243)	(20.1)	(10.1)	100
Haushalte mit Haus- und Grundbesitz	%	/,	(19,7)	(26,7)	(28,4)	(19,6)	100
Haushalte mit Einfamilienhäusern	%	/,	/	/	/	/	(100)
Haushalte mit Eigentumswohnungen	%	/	/	/	/	/	/

¹⁾ Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 EUR und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

im früheren Bundesgebiet diejenigen Einpersonenrentnerhaushalte, in denen 65- bis unter 70-Jährige lebten (rund 200 300 Euro), in den neuen Ländern und Berlin-Ost waren dies die Haushalte von allein lebenden 70- bis unter 75-Jährigen (rund 94 000 Euro). Den Verkehrswert beeinflussen offenbar nachdrücklicher die regionale Lage der Immobilie, der Komfort sowie die Größe des auf dem Grundstück errichteten Eigentums als das Alter der Eigentümer. Lediglich bei der Höhe der Hypothekenrestschuld, die bei den unter Sechzigjährigen im früheren Bundesgebiet am höchsten ausfiel (rund 64 000 Euro), ist eine gewisse Korrelation zum Lebensalter denkbar. Sie beruht auf der Annahme, dass Frauen und Männer vor Eintritt in den Ruhestand ihr Haus bzw. ihre Eigentumswohnung verschönern und/oder altersgerecht umbauen.

Anders stellt sich der Sachverhalt bei den Paarhaushalten dar: Offensichtlich korreliert Immobilienbesitz nicht nur mit der Höhe des Einkommens, sondern auch mit der Zahl der in den Haushalten lebenden Personen. So besaßen gut 63 %

der westdeutschen Zweipersonenrentnerhaushalte und fast 46% der ostdeutschen im Jahr 2003 Haus und Grund (siehe Tabelle 8). Im Zeitverlauf hat der Anteil der Zweipersonenrentnerhaushalte mit Immobilienbesitz in den neuen Ländern kräftig – von 35 auf 46% – zugenommen. Allerdings stieg der Wert der Immobilien im Westen stärker als im Osten. Der durchschnittliche Verkehrswert lag im Osten im Jahr 2003 bei rund 95 000 Euro, das waren 38 % des Verkehrswertes, auf den Zweipersonenrentnerhaushalte im Westen kamen (248523 Euro). Ebenso wie bei den Einpersonenrentnerhaushalten nahmen auch bei den Zweipersonenrentnerhaushalten die Hypothekenschulden im Zeitverlauf beträchtlich zu. Das deutet auf größere Baumaßnahmen (z. B. zur Wärmedämmung oder im Zusammenhang mit dem steuerlich geförderten Einbau von Solaranlagen) hin. Westdeutsche Zweipersonenrentnerhaushalte waren als Immobilienbesitzer im Jahr 2003 im Schnitt mit rund 51 500 Euro (1998: rund 45 000 Euro) verschuldet, ostdeutsche mit rund 49 100 Euro. Dieser Betrag war mehr als doppelt so hoch wie 1998 (rund 22110 Euro).

Einen Großteil des Immobilienbesitzes machten mit Einfamilienhäusern bebaute Grundstücke aus. Über solche verfügten im Jahr 2003 rund 39 % der westdeutschen Zweipersonenrentnerhaushalte und knapp 25 % der ostdeutschen. Letzteren waren deutlich mehr Einfamilienhäuser (rund 29 %) durch Erbschaft oder Schenkung zugefallen als Zweipersonenrentnerhaushalten im Westen (rund 17 % der Einfamilienhäuser).

Eigentumswohnungen werden immer beliebter. Seit der deutschen Vereinigung hatten auch ostdeutsche Haushalte – vorausgesetzt sie verfügten über die entsprechenden finanziellen Mittel – die Möglichkeit, Eigentumswohnungen zu erwerben. Unter den ostdeutschen Zweipersonenrentnerhaushalten fanden sich im Jahr 1998 rund 18 000 Besitzer dieser Art von Immobilien, Anfang 2003 waren es 45 000. Trotz des kräftigen Wachstums konnte allerdings der Vorsprung der westdeutschen Zweipersonenrentnerhaushalte bislang nicht wettgemacht werden: Dort lebten 13 von 100 solcher Haushalte in Eigentumswohnungen, in den neuen Bundesländern waren es 4 von 100.

Zur Verteilung des Haus- und Grundbesitzes zwischen den Rentnerhaushalten

Der Haus- und Grundbesitz ist nicht nur zwischen West und Ost, sondern auch zwischen den Haushalten der verschiedenen Einkommensklassen äußerst unterschiedlich verteilt. Eine Immobilie kann in der Regel nicht ohne Baukredit und ohne Einsatz einer großen Summe eigenen Geldvermögens erworben werden. Letzteres muss, wenn nicht geschenkt oder ererbt, erspart sein. Sparhöhe und -dauer hängen sehr stark von der Höhe der regelmäßigen Einkommen bzw. möglicher unregelmäßiger Zusatzeinnahmen ab. Kredite zur Finanzierung von Immobilienkäufen geben Geldinstitute nur gegen Sicherheiten, wozu wiederum das Einkommen gehört. Diese Abläufe implizieren, dass nur einkommensstarke Haushalte Haus und Grund kaufen können. Allerdings können Immobilien auch auf andere Weise in den Besitz der Haushalte gelangen, nämlich durch Erbschaft oder Schenkung. Daher ist nicht ausgeschlossen, dass auch einige Niedrigeinkommensbezieher Haus- und Grundbesitzer sind. Allerdings zeigt Anhangtabelle 6, dass dies eher selten auftritt. Unter den mehr als eine Million Einpersonenrentnerhaushalten der untersten beiden Dezilgruppen in Deutschland fanden sich im Jahr 2003 nicht einmal 25 mit Haus- und Grundbesitz. Mit steigendem Einkommen gewinnt Immobilienbesitz immer mehr an Bedeutung, zunächst allmählich, dann immer stärker: Ganz deutlich lässt sich dies bei den westdeutschen Einpersonenrentnerhaushalten nachzeichnen. Besaßen im Jahr 2003 in der dritten und vierten Dezilgruppe rund 15 von 100 Haushalten Haus und Grund, so waren es in der fünften Dezilgruppe bereits 25 %. Danach nahm der Anteil der Eigentümerhaushalte stetig weiter zu. In der zehnten Dezilgruppe besaßen schließlich rund 79 von 100 westdeutschen Einpersonenrentnerhaushalten Immobilien. Der Verkehrswert erhöhte sich von durchschnittlich 122000 Euro in der vierten Dezilgruppe auf 272 000 Euro in der zehnten Dezilgruppe. Daraus folgt, dass

die vorhandenen Immobilien mit steigendem Haushaltseinkommen immer wertvoller waren (siehe Tabelle 11). Während westdeutsche Einpersonenrentnerhaushalte auch der unteren Dezilgruppen offenbar in einer früheren Lebensphase Immobilien kaufen konnten, traf das für ostdeutsche Haushalte in der Regel nicht zu. Erst bei Einpersonenrentnerhaushalten der obersten beiden Dezilgruppen lassen sich hier 2003 statistisch verlässliche Werte zum Haus- und Grundbesitz finden.

Die Disparitäten bei der Verteilung des Haus- und Grundbesitzes überschreiten bei weitem das beim Geldvermögen festgestellte Ausmaß. Die Einpersonenrentnerhaushalte der fünf unteren Dezile in Deutschland (2,5 Mill. Haushalte) kamen anteilig auf rund 8,9% des Verkehrswertes, die obersten 30% (1,5 Mill. Haushalte) dagegen hatten 74,7% des Verkehrswertes des Immobilienbesitzes aller Einpersonenrentnerhaushalte auf sich vereinigt.

Die Verteilung des Haus- und Grundbesitzes streut auch bei den Zweipersonenrentnerhaushalten, jedoch nicht so stark wie bei den Einpersonenrentnerhaushalten. Bereits in der ersten Dezilgruppe waren unter den Zweipersonenrentnerhaushalten in Deutschland 89 000 Haushalte zu finden, die Grundvermögen besaßen, das waren immerhin 20 von 100 Zweipersonenrentnerhaushalten dieses Dezils. In der zehnten Dezilgruppe zählten gar 90,6 % zu den Immobilienbesitzern. Zweipersonenrentnerhaushalte in Deutschland vereinten in den unteren fünf Dezilgruppen 23,8 % vom Verkehrswert des gesamten Immobilienbesitzes dieses Haushaltstyps im Jahr 2003 auf sich, die obersten 30 % dieser Haushalte kamen auf 57,3 %.

Obgleich im betrachteten Zeitabschnitt der Anteil der Zweipersonenrentnerhaushalte mit Haus- und Grundbesitz im früheren Bundesgebiet an allen dortigen Zweipersonenrentnerhaushalten nur rund 18 Prozentpunkte über dem entsprechenden Anteil in den neuen Ländern und Berlin-Ost lag, war der Immobilienbesitz in West und Ost höchst unterschiedlich verteilt (siehe Tabelle 11). Westdeutsche Zweipersonenrentnerhaushalte wiesen in allen Dezilgruppen Hausund Grundbesitz auf. Immerhin verfügten bereits 18 von 100 Haushalten der ersten Dezilgruppe über Immobilienbesitz, in der zweiten Dezilgruppe waren es 38 von 100 Haushalten, in der vierten Dezilgruppe bereits 60 und in der zehnten schließlich fast 92 von 100 Haushalten. Relativ ausgeglichen zeigt sich die Höhe des Verkehrswertes. Sie betrug bei den westdeutschen Zweipersonenrentnerhaushalten des ersten Dezils im Schnitt 306654 Euro, bei denen des zehnten das 1,4-Fache, nämlich 422 407 Euro. In allen Dezilgruppen, wenn auch teilweise nicht statistisch signifikant, gab es Haushalte, die Hypothekenschulden zu tilgen hatten. Die Beträge variierten zwischen rund 10% und gut 25% des Verkehrwertes. Haushalte der zehnten Dezilgruppe hatten beispielsweise Verbindlichkeiten in Höhe von durchschnittlich rund 107 700 Euro zu begleichen.

Statistisch nicht signifikant war der Immobilienbesitz ostdeutscher Zweipersonenrentnerhaushalte der untersten drei Dezilgruppen. In der vierten Dezilgruppe verfügten jedoch 31 von 100 Haushalten über Haus- und Grundvermögen, in der zehnten Dezilgruppe waren es gut 70 von 100 Zweiper-

Tabelle 11: Verteilung des Immobilienvermögens der Ein- und Zweipersonenrentnerhaushalte¹)
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003

	Du	rchschnitt je Haus	halt	Haus	halte	Durchschnitt j	e Haushalt mit jew zur Höhe	eiliger Angabe
Haushalte des Dezils	Einheitswert	Verkehrswert	Restschuld	hochgerechnet	mit Haus- und Grundbesitz	Einheitswert	Verkehrswert	Restschuld
		EUR		1 0	00		EUR	
			Einpe	ersonenrentnerhau	shalte			
			Fr	üheres Bundesgeb	iet			
1.	/	/	/	397	/.	/	/	/
2.	4260	/ /	/	393	/	(112())	(122.2(3)	/
3.	(1 366)	(18 406)	/,	402	(62)	(11 364)	(139 947)	/
4. 5.	(2 281) (3 756)	(12746)	/,	395 400	(56) (100)	(21 064) (18 466)	(121 889) (133 403)	/,
5. 6.	(5 473)	(27 739) (39 821)	/	398	(100)	(19 261)	(133 403)	/
7.	7880	55 312	,	398	171	20 679	143 708	,
8.	10 183	82 070	(4 030)	397	211	20 691	167 940	(41 514)
9.	16 497	122 916	(10 913)	397	282	26 619	191 970	(61 416)
10.	24 101	195 546	16 880	399	315	33 373	272 020	74899
'	•		Neu	e Länder und Berli	n-Ost			
1.	/	1	_	(107)	/	1	1	_
2.	<i>'</i> ,	',	_	(107)	,	΄,	,	_
3.	<i>'</i> /	',	_	(107)	,	',	',	_
4.	<i>'</i> /	,	_	(108)	,	,	,	_
5.	,	,	/	(107)	,	,	,	/
6.	/	/	/	(110)	/	/	/	/
7.	/	/	/	(107)	/	/	/	/
8.	/	/	-	(108)	1	/	/	-
9.	(2 262)	(20 265)	/	108	(35)	(9 150)	(73 210)	/
10.	(3 763)	(51 138)		108	(58)	(8 636)	(105 856)	/
				ersonenrentnerha üheres Bundesget				
1.	(4 364)	(46 762)	/	338	(62)	(30 063)	(306 654)	/
2.	(5 616)	(51 260)	/	342	131	(18 568)	(153 094)	/
3.	7 871	65 213	/	339	165	19466	163 376	/
4.	10 633	98 943	(2 640)	341	205	19953	180 614	(20 918)
5.	13 204	103 858	(4 103)	340	216	24757	195 419	(32 279)
6.	16371	128 328	(5 004)	340	252	26 060	201 144	(33 225)
7. 8.	20 549 23 147	157 450 177 200	(4 954) 7 424	340 340	258 283	29 552 30 417	225 149 230 159	(31 399) 32 838
8. 9.	23 147 27 370	177 200 224 886	7 424 11 182	340 339	283 296	30417 33649	230 159 273 035	32 838 43 180
10.	42 654	368 078	39 305	341	313	49 257	422 407	107 676
10. 10./1. Dezil	9,8	7,9	39 303 X	X	5,0	1,6	1,4	107 07 0 X
101, 11 50211	,,,,	.,,,		e Länder und Berli		2,0	-, ,	
1.	1	1	_ neu	(103)	/ /	1	1	_
2.	,	,	1	(105)	,	,	1	1
3.	/	/	′,	(105)	′,	/	,	1
4.	,	(16742)	<i>'</i> /	105	(33)	',	(62 155)	,
5.	(1 855)	(31 161)	,	104	(44)	(5 550)	(78 922)	,
6.	(2 641)	(30 386)	,	105	(42)	(7 885)	(81 152)	,
7.	(3 110)	(46 279)	/	105	(59)	(7 309)	(87 500)	/
8.	(5 710)	53 178	/	105	65	(12 232)	91 451	/
9.	5 050	67 919	(3 619)	104	73	9 205	107 004	(38 436)
10.	8 6 7 2	96 297	(19 941)	105	74	13 839	142 781	(69 177)

¹⁾ Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 EUR und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

sonenrentnerhaushalten. Der durchschnittliche Verkehrswert des Immobilienbesitzes belief sich bei dieser Gruppe auf rund 142 800 Euro. Das war ungefähr ein Drittel des Betrages, den westdeutsche Zweipersonenrentnerhaushalte dieses Dezils angegeben hatten.

Wohnverhältnisse von Rentnerhaushalten

Die Versorgung mit ausreichendem und bezahlbarem Wohnraum ist ein wichtiges Lebensbedürfnis. Die Untersu-

chungen zu den "Einnahmen und Ausgaben von Rentnerund Pensionärshaushalten" hatten unter anderem ergeben, dass für kleine Haushalte vergleichsweise hohe Wohnkosten anfallen. Der Anteil der Mietausgaben am Haushaltsnettoeinkommen von Einpersonenrentnerhaushalten in Deutschland war in den unteren Einkommensgruppen größer als in den oberen.¹¹) Einpersonenrentnerhaushalte der ersten Dezilgruppe, die im Jahr 2003 im Schnitt mit 676 Euro Nettoeinkommen je Monat auskommen mussten, gaben davon 38,5 % allein für Wohnungsmiete (ohne Energie und Wohnungsinstandsetzung) aus. In der zweiten Dezilgruppe waren es 35,1 % des Nettoeinkommens, in der

¹¹⁾ Siehe Fußnote 1, hier: S. 603 ff.

Tabelle 12: Wohnverhältnisse der Ein- und Zweipersonenrentnerhaushalte¹)
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003

		Einpersonenre	ntnerhaushalte	Zweipersonenr	entnerhaushalte
Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Erfasste Haushalte	Anzahl 1 000	3 576 4 611	931 1 252	5 362 3 654	1 720 1 089
Mieterhaushalte	1 000 1 000 %	3 178 1 433 <i>31,1</i>	1 140 112 <i>8,9</i>	1 465 2 189 <i>59</i> ,9	737 352 <i>32,3</i>
Durchschnittliche Wohnfläche Mieterhaushalte Eigentümerhaushalte	$m^2 \\ m^2$	62,6 95,2	51,9 84,0	82,2 117,6	65,6 99,2
Anteil der Haushalte, die als Mieter Wohnflächen von bis unter m² nutzen					
unter 50	% %	25,2 52,3	44,5 52,5	(2,4) 40,8	(7,5) 73,3
75 – 100	%	17,0	(2,9)	37,3	14,9
100 und mehr	%	5,5	/	19,5	(4,2)
von bis unter m² nutzen	0/	(4,4)	/	/	/
unter 50	% %	27,1 26,2	(27,7) (35,7)	8,1 23,0	17,3 34,7
75 – 100	% %	42,4 41,7	(26,8) 38,9	68,6 51,1	46,9 65,5

¹⁾ Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 EUR und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunter-

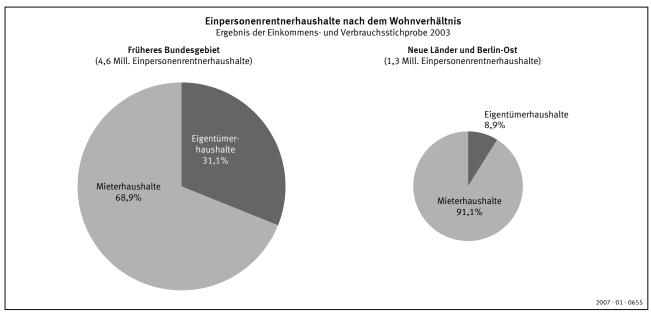
zehnten dagegen lediglich 18%. Erstere Haushalte lebten jedoch – wie die Miethöhe zeigt (260 Euro) – keineswegs in größeren und komfortableren Wohnungen im gepflegten Wohnumfeld mit guter Infrastruktur als Einpersonenrentnerhaushalte der zehnten Dezilgruppe, die 608 Euro Miete zahlten. Im Folgenden soll untersucht werden, wie groß die Wohnungen sind, in denen Senioren im Jahr 2003 lebten, und wie sich Mieter- und Eigentümerstatus bei den Rentnerhaushalten verteilen.

Ältere Menschen wohnen in Deutschland überwiegend zur Miete. Von den fast 5,8 Mill. Einpersonenrentnerhaushalten

wohnten 73 % zur Miete, nur 27 % lebten in Wohneigentum (Anhangtabelle 7). Der Wohnstatus fiel zwischen West und Ost recht unterschiedlich aus. Immerhin 31 % der westdeutschen allein lebenden Rentnerinnen und Rentner waren Wohneigentümer, jedoch nur knapp 9 % der ostdeutschen (siehe Tabelle 12 sowie Schaubild 3).¹²)

Die durchschnittliche Wohnfläche gemieteter Objekte war wesentlich kleiner als die der Eigentumswohnungen bzw. von Hauseigentum. Westdeutsche Einpersonenrentnerhaushalte verfügten im Jahr 2003 über eine durchschnittliche Wohnfläche von 62,6 m² als Mieter bzw. 95,2 m² als Eigen-

Schaubild 3



¹²⁾ Außer Wohnen in Einfamilienhäusern und Eigentumswohnungen umfasst die hier ausgewiesene Eigentumsquote auch andere Formen. Dazu gehören Zweifamilienhäuser, Wohngebäude mit drei und mehr Wohnungen sowie sonstige Gebäude.

Tabelle 13: Wohnverhältnisse der Einpersonenrentnerhaushalte¹) nach dem Geschlecht Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003

		Allein lebende	e Rentnerinnen	Allein lebe	nde Rentner
Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Erfasste Haushalte Hochgerechnete Haushalte	Anzahl 1 000	2 644 3 529	776 1 092	932 1 082	155 160
Mieterhaushalte Haushalte in Wohneigentum Anteil der Haushalte in Wohneigentum	1 000 1 000 %	2 432 1 097 <i>31,1</i>	1 005 (87) (8,0)	746 336 <i>31</i> ,1	135 (25) (<i>15,6</i>)
Durchschnittliche Wohnfläche Mieterhaushalte Eigentümerhaushalte	m² m²	64,2 93,2	52,1 (84,4)	57,5 101,8	50,6 (82,4)
Anteil der Haushalte, die als Mieter Wohnflächen von bis unter m² nutzen					
unter 50	% %	21,0 54,9	44,3 52,5	39,0 43,8	(45,9) (51,9)
75 – 100 100 und mehr	% %	18,7 5,5	(3, <i>0</i>) /	(11,8) (5,5)	/
Anteil der Haushalte, die als Eigentümer Wohnflächen von bis unter m² nutzen	04	(, a)	,	,	,
unter 50	% % %	(4,3) 29,5	(27,6) (35,6)	/ (19,0) (24,4)	/
75 – 100 100 und mehr	%	26,7 39,6	(26,4)	52,1	/

¹⁾ Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 EUR und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

tümer. Die von ostdeutschen Einpersonenrentnerhaushalten bewohnte Fläche war sowohl bei den Mieter- als auch den Eigentümerhaushalten um rund 11 m² kleiner als im Westen.

Die Mehrzahl der Einpersonenrentnerhaushalte lebte in West und Ost in 50 bis 75 m² großen Wohnstätten zur Miete (gut 52%). Der Anteil der Einpersonenrentnerhaushalte, die kleinere (unter 50 m² große) Mietquartiere nutzten, lag in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit 44,5% wesentlich höher als im früheren Bundesgebiet (25,2%). Dort wurden demgegenüber anteilig mehr größere Wohnungen gemietet. So bewohnten 5,5% der westdeutschen Einpersonenrentnerhaushalte Mietwohnstätten, die eine Wohnfläche von mehr als 100 m² aufwiesen, bei den Eigentümern lag der Anteil gar bei 42%. Es wäre gesondert zu untersuchen, ob dieser Sachverhalt davon bestimmt ist, dass eine größere Zahl verwitweter Rentnerinnen ihr Heim nach dem Tod des Partners nicht verlassen wollte.

Auch bei den Wohnverhältnissen waren im Jahr 2003 geschlechtsspezifische Unterschiede festzustellen (siehe Tabelle 13). In Deutschland lebten anteilig mehr allein lebende Rentner in Eigentum (29,9%) als allein lebende Rentnerinnen (26,2%). Als Eigentümer nutzten Rentner Wohnstätten mit einer durchschnittlichen Wohnfläche von 101 m², Rentnerinnen solche mit fast 93 m². Dagegen waren gemietete Wohnungen von Rentnerinnen rund 61 m² groß, die der Rentner fast 4 m² kleiner (siehe Anhangtabelle 7).

Wie Schaubild 4 zeigt, wohnten in den neuen Ländern und Berlin-Ost 86% der in Einpersonenrentnerhaushalten lebenden 60- bis 65-Jährigen sowie 87% der nächsthöheren Altersklasse zur Miete. Dieser Anteil steigt in den folgenden Altersklassen an und erreicht bei den 75-Jährigen und Älteren 95%. Im früheren Bundesgebiet lag die Mieterquote bei den "Neurentnern" mit 80% am höchsten. Bei den weiteren vier Altersklassen betrug diese zwischen 66

und 69 %. Aus den Einzeldaten der EVS geht hervor, dass Einpersonenrentnerhaushalte im früheren Bundesgebiet offensichtlich so lange wie möglich in den "eigenen vier Wänden" wohnen bleiben. Von den 75-Jährigen und Älteren lebten noch 27 % in Wohneigentum. Verkauf oder Vererben zu Lebzeiten scheint auch für die Älteren eher die Ausnahme als die Regel zu sein. Insgesamt bleibt festzustellen, dass die jetzige Rentnergeneration überwiegend zur Miete wohnt. Trotz jahrzehntelanger steuerlicher Förderung der Schaffung von Wohneigentum hatten auch im früheren Bun-

Schaubild 4 Mieterquote der Einpersonenrentnerhaushalte nach Altersgruppen Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 Deutschland Früheres Bundesgebiet Neue Länder und Berlin-Ost 100 92 91 82 80 80 60 40 20 unter 60 60 - 6575 und älter Alter von ... bis unter ... Jahren

2007 - 01 - 0656

desgebiet 2003 nicht einmal ein Drittel der allein lebenden Rentnerinnen und Rentner ihnen gehörende Wohnstätten. Ganz anders verhält es sich dagegen bei den Zweipersonenrentnerhaushalten. Mehr als die Hälfte dieser Haushalte (53,6%) in Deutschland nutzte Wohneigentum, im früheren Bundesgebiet waren es 60 %. In den neuen Bundesländern blieben allerdings Mietverhältnisse für das Wohnen bestimmend. Nur bei rund 32 % der ostdeutschen Zweipersonenrentnerhaushalte war die Wohnung zugleich Eigentum. Auch für Zweipersonenrentnerhaushalte gilt: Eigentümer haben größere Wohnungen als Mieter, die durchschnittliche Wohnfläche wies bei den Eigentümern im Westen gegenüber denen im Osten ein Plus von rund 18 m², bei den Mietern von rund 17 m² auf. Als Fazit bleibt festzuhalten, dass kleine Haushalte generell niedrige Quoten an Wohneigentum aufweisen und Rentnerinnen und Rentner in den neuen Ländern und Berlin-Ost häufiger zur Miete sowie in flächenmäßig kleineren Wohnungen wohnen als Rentnerinnen und Rentner im früheren Bundesgebiet.

Höhe und Arten des Geldvermögens von Ein- und Zweipersonenpensionärshaushalten

Rein rechnerisch verfügte ein Einpersonenpensionärshaushalt 13) im Jahr 2003 über rund 55 000 Euro Nettogeldvermögen, das waren 26,2% mehr als 1998 (43 554 Euro). Noch schneller, nämlich um 34,4%, wuchs im betrachteten Zeitabschnitt das durchschnittliche Nettogeldvermögen der Zweipersonenpensionärshaushalte (1998: 53 706 Euro, 2003:

72 202 Euro). Nur wenige Pensionärshaushalte besaßen kein Geldvermögen (siehe Tabelle 14), allerdings nahm die Zahl der Haushalte ohne Geldvermögen zu: Den Einzeldaten der EVS ist zu entnehmen, dass der Anteil der vermögenslosen Einpersonenpensionärshaushalte im Zeitraum 1998 bis 2003 von 4,6 auf 6,5 % anstieg. Der Anteil vermögensloser Zweipersonenpensionärshaushalte stieg von 1,2 auf 2,2%. Die Konsumentenkreditverschuldung der Einpersonenpensionärshaushalte verringerte sich im Zeitverlauf: Die Zahl der Kreditnehmer/-innen nahm ab (1998: 23000 Haushalte, 2003: 21000 Haushalte), ebenso die Betragshöhe der zu tilgenden Restschuld für Konsumentenkredite (1998: 9435 Euro, 2003: 9081Euro). Entgegengesetzt verlief die Entwicklung bei den Zweipersonenpensionärshaushalten. Die von den Betroffenen zu tilgenden Beträge erhöhten sich von rund 6600 Euro (1998) auf rund 9900 Euro (2003), zugleich nahm die Zahl der Kreditnehmer zu (1998: 48 000 Haushalte bzw. +6,3 %, 2003: 50 000 Haushalte bzw. +6,5%). Von den Pensionsempfängern und -empfängerinnen griffen 13 % der allein Lebenden und 14 % der Paare auf Dispositionskredite zurück, um temporäre Liquiditätslücken zu schließen.

Gut 48% des Bruttogeldvermögens legten Pensionsempfänger und -empfängerinnen als Sparguthaben und sonstige Anlagen bei Banken und Sparkassen an. Das waren rund 27 100 Euro bei den Einpersonen- und gut 35 300 Euro bei den Zweipersonenpensionärshaushalten. Im Zeitverlauf wurden höhere Beträge als sonstige Anlagen bei Banken und Sparkassen deponiert und Sparguthaben verringert. Sonstige Wertpapiere und Vermögensbeteiligungen waren in den Depots der Einpersonenpensionärshaushalte antei-

Tabelle 14: Geldvermögen und Konsumentenkreditschulden der Ein- und Zweipersonenpensionärshaushalte¹)

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben

Früheres Bundesgebiet

	Einpe	rsonenpens	sionärshau	shalte	Zweip	ersonenper	ısionärshaı	ıshalte	
Gegenstand der Nachweisung	19	98	20	03	19	98	20	003	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	
Erfasste Haushalte (Anzahl)	428			487		1734		1776	
Hochgerechnete Haushalte	263	100	353	100	756	100	772	100	
Haushalte mit Geldvermögen	250	95,1 ²)	330	93,5	742	98,1 ²)	754	97,8	
Haushalte ohne Geldvermögen	12	4,6	/	/	9	1,2	(17)	(2,2)	
Haushalte mit Konsumentenkreditschulden	23	8,7	(21)	(6, 1)	48	6,3	50	6,5	
Haushalte mit Dispositionskrediten			(47)	(13,2)			110	14,3	
Durchs	schnitt je Ha	aushalt in E	UR						
Bruttogeldvermögen	44	387	55	506	54	127	72	843	
Bausparguthaben	1	852	2 2 2 2 5		2 497		3 3 2 2		
Sparguthaben	15	162	14	050	17 098		16 957		
Sonstige Anlagen bei Banken und Sparkassen	6	918	13 067		10311		18 358		
Rentenwerte	_	211	,	771)		206	-	435	
Aktien	1	515	-	796	6021			'501	
Sonstige Wertpapiere und Vermögensbeteiligungen, Aktienfonds .		904		753	_	021	-	086	
An Privatpersonen verliehenes Geld	-	058	•	561)		539	_	.770	
Versicherungsguthaben		764	-	284		435	10)413	
Restschuld von Konsumentenkreditschulden	1	833		552)		422		641	
Nettogeldvermögen		554	54	953	53	706	72	202	
Restschuld je Haushalt, der Konsumentenkredite									
zurückzuzahlen hatte	9	435	(9	081)	6	579	9	899	

¹⁾ Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 17 895 EUR und mehr (1998) bzw. 18 000 EUR und mehr (2003) und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Nur Haushalte mit Angaben zur Höhe des Geldvermögens.

¹³⁾ Im Folgenden wird die finanzielle Situation ausschließlich westdeutscher Pensionärshaushalte untersucht, weil in den neuen Ländern und Berlin-Ost zu wenig Pensionärshaushalte vorhanden sind, um statistisch verwertbare Ergebnisse ableiten zu können. Siehe Fußnote 1, hier: S. 611.

Tabelle 15: Geldvermögen und Konsumentenkreditschulden der Einpersonenpensionärshaushalte¹) nach dem Geschlecht Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben Früheres Bundesgebiet

				Allein l	ebende			
Casanatan day Nashuusisuus		Pension	ärinnen		Pensionäre			
Gegenstand der Nachweisung	19	98	20	2003		1998		003
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Erfasste Haushalte (Anzahl)		220		266		208		221
Hochgerechnete Haushalte	134 100		198	100	130	100	154	100
Haushalte mit Geldvermögen	126	94,0 ²)	181	91,5	124	95,4 ²)	148	96,0
Haushalte ohne Geldvermögen	7	5,2	/	/	5	3,8	/	/
Haushalte mit Konsumentenkreditschulden	9	6,7	/	1	15	11,5	/	/
laushalte mit Dispositionskrediten		•	(19)	(9,7)	•		(27)	(17,6)
Durchs	schnitt je Ha	aushalt in E	UR					
Bruttogeldvermögen brutto	40 236		51	51 662		48 666		434
Bausparguthaben	2	313	(2 3 2 3)		1 378		(2 098)	
Sparguthaben	17	146	14	344	13 117		13 673	
Sonstige Anlagen bei Banken und Sparkassen		819		675		022	(13 568)	
Rentenwerte		980	•	455)		480	•	176)
Aktien		624	•	442)		527	•	250)
Sonstige Wertpapiere und Vermögensbeteiligungen, Aktienfonds .	3	479		362)		373	•	(101)
An Privatpersonen verliehenes Geld	_	629	•	176)	_	.502		(771)
Versicherungsguthaben	5	246 414	4	885		267	5	796
lettogeldvermögen	30	822	/ 51 305		1 264 47 401		59 632	
lachrichtlich:)	022	31	JUJ	47	401	29	0,02
Restschuld je Haushalt, der Konsumentenkredite								
zurückzuzahlen hatte	6	462		1	11	168		1

¹⁾ Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 17 895 EUR und mehr (1998) bzw. 18 000 EUR und mehr (2003) und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Nur Haushalte mit Angaben zur Höhe des Geldvermögens.

lig mit 19,4% und bei den Zweipersonenpensionärshaushalten mit 12,5 % vertreten, also stärker als fünf Jahre zuvor. Dagegen verminderte sich der Besitz an Aktien, der bei beiden Haushaltstypen nur noch rund 10% des Bruttogeldvermögens ausmachte.

Ebenso wie bei den Rentnern ist auch bei den Pensionären die Höhe der Geldvermögen zwischen den Geschlechtern unterschiedlich, die Abstände allerdings sind geringer. Allein lebende Pensionärinnen hatten im Jahr 2003 durchschnittlich rund 51300 Euro Nettogeldvermögen (1998: rund 39 800 Euro, siehe Tabelle 15), allein lebende Pensionäre besaßen gut 59600 Euro (1998: rund 47400 Euro). Die Depots des angelegten Bruttogeldvermögens waren bei Frauen und Männern nahezu gleich strukturiert. Bemerkenswerte Unterschiede fanden sich lediglich bei den sonstigen Wertpapieren und Vermögensbeteiligungen. In diese Vermögensart hatten allein lebende Pensionäre deutlich mehr Geld investiert (gut 15 100 Euro) als Pensionärinnen (knapp 7400 Euro), das waren 25,0 bzw. 14,3% des jeweiligen Bruttogeldvermögens. Geldinstitute gewährten 17,6% der allein lebenden Pensionäre und nicht ganz 10 % der allein lebenden Pensionärinnen Dispositionskredite. Dies sowie der aus den Einzeldaten der EVS ableitbare höhere Verschuldungsgrad der Männer bei den Konsumentenkrediten könnte ein Indiz dafür sein, dass die Höhe des Geldvermögens bei den allein lebenden Pensionären stärker streut als bei den Pensionärinnen.

Der Nachweis der Einpersonenpensionärshaushalte nach Altersgruppen zeigt, dass die 75-Jährigen und Älteren das höchste durchschnittliche Nettogeldvermögen haben (rund 71 400 Euro). Während 65- bis unter 70-Jährige und 70- bis unter 75-Jährige im Schnitt jeweils über rund 52700 Euro

Nettogeldvermögen verfügten, kamen 60- bis unter 65-Jährige auf 31811 Euro. 10000 Euro mehr als diese besaßen mit durchschnittlich 41827 Euro Nettogeldvermögen die unter 60-jährigen Pensionsempfängerinnen und -empfänger (siehe Tabelle 16 und Schaubild 5). Allerdings nahmen in dieser Altersgruppe außergewöhnlich viele Haushalte (43%) Dispositionskredite in Anspruch. Aus den Daten der EVS lassen sich keine unmittelbaren Schlüsse auf die Gründe dieser Kreditinanspruchnahme ableiten.

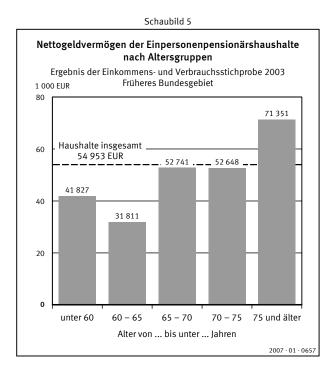


Tabelle 16: Geldvermögen und Konsumentenkreditschulden der Einpersonenpensionärshaushalte¹) nach Altersgruppen
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003
Früheres Bundesgebiet

				Altervo	on bis	unter	Jahren			
Gegenstand der Nachweisung	unte	er 60	60 -	- 65	65 -	- 70	70 -	- 75	75 un	d älter
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Erfasste Haushalte (Anzahl)	(43)	(71) 100	(44)	(85) 100	55	117 <i>100</i>	(94)	(91) 100	117	123 <i>100</i>
Haushalte mit Geldvermögen Haushalte ohne Geldvermögen Haushalte mit Konsumentenkreditschulden Haushalte mit Dispositionskrediten	(42) / / (19)	(97,4) / (43,1)	(42) / /	(96,7) 	51 / /	94,1 	(82)	(86,9) 	112 / / /	95,7
Durchsch	nitt je Ha	ushalt in	EUR							
Bruttogeldvermögen Bausparguthaben Sparguthaben Sonstige Anlagen bei Banken und Sparkassen Rentenwerte Aktien		795) 477) 668) / /			(15 ((11 9	308) 063)	·	ĺ	(164 (216	590) 406)
Sonstige Wertpapiere und Vermögensbeteiligungen, Aktienfonds An Privatpersonen verliehenes Geld Versicherungsguthaben Restschuld von Konsumentenkreditschulden		(5 684) / (8 974)		(9 565) /		(5 826) / (4 789)		658) / 044) /	(159	962) /
Nettogeldvermögen Nachrichtlich: Restschuld je Haushalt, der Konsumentenkredite zurückzuzahlen hatte	(41 8	327)	(31 8	311) /	(527	741) /	(52 6	648) /	71	351

¹⁾ Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 EUR und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

Der Anteil des Bruttogeldvermögens, der von den Einpersonenpensionärshaushalten auf Sparbüchern und als sonstige Anlagen bei Banken und Sparkassen angelegt war, nahm mit steigendem Lebensalter zu. Eine andere Tendenz war bei den Versicherungsguthaben zu beobachten: Während 60- bis unter 65-jährige Pensionsempfänger und -empfängerinnen noch Verträge besaßen, die ihnen ein durchschnittliches Guthaben von beinahe 9 600 Euro garantierten, belief sich diese Vermögensart bei der ältesten Altersgruppe nur noch auf gut 3 500 Euro. Möglicherweise schließen Ältere nach dem Auslaufen bestehender Versicherungsverträge kaum neue Verträge ab.

Die Daten der Tabelle 17, die die Vermögenslage für allein lebende Pensionäre und allein lebende Pensionärinnen nach Altersgruppen differenziert zeigt, müssen besonders vorsichtig interpretiert werden. Die geringe Anzahl der Haushalte in der Stichprobe erhöht den relativen Standardfehler. Sicher scheint jedoch die an anderer Stelle getroffene Aussage, dass allein lebende Pensionäre – ausgenommen die Altersgruppen der unter 60-Jährigen und die 70- bis unter 75-Jährigen – im Schnitt ein höheres Nettogeldvermögen ihr Eigen nennen als Pensionärinnen. Die deutlichsten geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Höhe des Geldvermögens traten bei den 65- bis unter 70-Jährigen

Tabelle 17: Geldvermögen und Verschuldung allein lebender Pensionärinnen und Pensionäre¹) nach Altersgruppen Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 Früheres Bundesgebiet

Gegenstand der Nachweisung	Einheit		Alter v	on bis unter	Jahren	
degenstand der Nachweisung	Lillieit	unter 60	60 – 65	65 – 70	70 – 75	75 und älter
	Alleir	n lebende Pension	ärinnen			
Erfasste Haushalte	Anzahl 1 000	(36) (24)	(44) (23)	(68) (31)	(50) (53)	(68) (66)
Haushalte mit Geldvermögen	1 000 %	(24) (98,1)	(22) (<i>93,7</i>)	(30) (<i>96,2</i>)	(44) (83,3)	(61) (<i>92,4</i>)
Haushalte ohne Geldvermögen	1 000 %	/	/	/	/	/
Bruttogeldvermögen	EUR EUR	(44 167)	(32 223)	(41 439) /	(57 232)	(61 686) /
Nettogeldvermögen	EUR	(43 248)	(30 486)	(41 352)	(57 232)	(61 609)
	All	ein lebende Pensio	onäre			
Erfasste Haushalte	Anzahl 1 000 1 000	(35) (19) (18)	(41) (21) (21)	(49) (23) (21)	(41) (41) (37)	(55) (51) (51)
Haushalte ohne Geldvermögen	% 1 000 %	(96,5) 	(100) - -	(91,3) / /	(91,6) / /	(100) - -
Bruttogeldvermögen Restschuld Nettogeldvermögen	EUR EUR EUR	(41 012) / (39 982)	(33 843) / (33 311)	(69 175) / (68 163)	(48 425) / (46 707)	(83 944) - (83 944)

¹⁾ Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 EUR und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

zutage: In dieser Altersgruppe war das Nettogeldvermögen der Pensionäre mehr als anderhalbmal so groß wie das der Pensionärinnen. Der höchste Mittelwert fand sich bei den 75-jährigen und älteren Männern (83 944 Euro).

Alles in allem haben Einpersonenpensionärshaushalte für ihr Alter sehr gut vorgesorgt. Ebenso wie das Haushaltsnettoeinkommen, das doppelt so hoch war wie das der Einpersonenrentnerhaushalte im früheren Bundesgebiet¹⁴), bewegten sich die Unterschiede beim Nettogeldvermögen in etwa in der gleichen Größenordnung. Einen Vergleich zwischen dem Geldvermögen der Einpersonenhaushalte von Rentnern und Pensionären nach Altersgruppen ermöglichen die Schaubilder 2 und 5. Die Höhe des Nettogeldvermögens in Kombination mit der Einkommenshöhe sowie ein hoher Anteil von Haushalten mit Immobilienbesitz sichern den Einpersonenpensionärshaushalten in Deutschland eine beachtliche Wohlstandsposition innerhalb der gesellschaftlichen Gruppen.

Zur Verteilung des Geldvermögens bei Pensionärshaushalten

Die Schichtung der Ein- und Zweipersonenpensionärshaushalte nach der Höhe des Geldvermögens zeigt bereits Ver-

Übersicht 2: Schichtung der Ein- und Zweipersonenpensionärshaushalte nach der Höhe des Nettogeldvermögens Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 Früheres Bundesgebiet

	Nettogeldvermögen von bis unter EUR	Einpersonen- pensionärshaushalte	Zweipersonen- pensionärshaushalte
	unter 2 500	(7,4) / (11,4) (21,7) 21,5 (17,3) (14,4)	(4,9) (2,9) (5,6) 17,4 23,2 25,0 17,0 (3,4)
1	500 000 und mehr	/	/
	Zusammen	100	100

teilungsunterschiede. Bei den Einpersonenpensionärshaushalten war die Vermögensklasse 10000 Euro bis unter 25000 Euro am stärksten besetzt (siehe Übersicht 2). Hier fanden sich 21,7% aller Einpersonenpensionärshaushalte. Bei den Zweipersonenpensionärshaushalten betraf das die Vermögensklasse 50000 Euro bis unter 100000 Euro, zu der 25,0% dieser Haushalte gehörten. Erstaunlich ist, dass 7,4 bzw. 4,9% der Ein- bzw. Zweipersonenpensionärshaushalte durchschnittlich weniger als 2500 Euro besaßen.

Tabelle 18: Verteilung des Geldvermögens der Ein- und Zweipersonenpensionärshaushalte¹)
Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben
Früheres Bundesgebiet

	11		Grenzwert des		Geldvermöge	en je Haushalt		Haushalte	Anteil am
Haushalte des Dezils	Haushalte		Haushalts- netto- einkommens²) brutto net		netto	brutto netto		ohne Nettogeld- vermögen	Nettogeld- vermögen
	1998	20	2003 1998				20	003	
	10	00		EUR				,	6
			Е	inpersonenpen	sionärshaushalte	e			
1.	(27)	/	1 395	(12 492)	(11718)	/	/	/	/
2.	(26)	(33)	1876	(31 968)	(29 663)	(20 112)	(19 230)	1	(3,5)
3.	(26)	(32)	2149	(36 494)	(36 017)	(35 791)	(35 524)	<u>-</u>	(6,2)
4.	(26)	(33)	2 432	(33 200)	(32 817)	(41 472)	(41 285)	/	(7,5)
5.	(26)	(32)	2713	(34 360)	(34 170)	(59 149)	(58 675)	<u>-</u>	(10,3)
6.	(27)	(32)	3 002	(33 760)	(32 857)	(59 955)	(58 708)	/	(10,2)
7.	(26)	(33)	3 357	(43 963)	(43 874)	(51 034)	(50 982)	/	(9,2)
8.	(26)	(32)	3 8 2 9	(53 280)	(52 012)	(73 597)	(73 025)	/	(13,0)
9.	(27)	(32)	4 668	(56 616)	(56 313)	(72 000)	(71 533)	/	(12,5)
10.	(26)	(32)	15 448	(109 461)	(107 787)	(146 113)	(146 113)	/	(26,1)
Insgesamt	263	X	Х	44 387	43 554	X	Х	Χ	100
10./1. Dezil	Х	Х	Х	8,8	9,2	Х	Х	Х	Х
			Zv	veipersonenper	nsionärshaushalt	te			
1.	76	(71)	2 406	(21 998)	21 752	(19 043)	(18 391)	/	(2,5)
2.	76	72	2808	28 691	28 484	44 213	43 816	/	6,0
3.	75	71	3 181	33 252	33 021	45 186	44774	/	6,1
4.	76	71	3 552	39 501	38 811	56 100	55 799	/	7,6
5.	75	71	3 857	44 791	44 595	65 195	64 960	/	8,9
6.	75	71	4 210	51 103	50 863	68 582	68 044	/	9,2
7.	76	71	4 6 2 5	60 341	59 908	70 694	70 076	_	<i>9</i> ,5
8.	75	71	5 223	58 035	57 340	89612	88 933	/	12,1
9.	41	71	6 240	78 669	78 456	99 998	99 404	/	13,5
10.	110	72	16 926	110 459	109 661	180 661	179 800	/	24,6
Insgesamt	756	Х	Х	54 127	53 706	X	Х	X	100
10./1. Dezil	Х	Х	Х	5,0	5,0	9,5	9,8	X	9,8

¹⁾ Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 17 895 EUR und mehr (1998) bzw. 18 000 EUR und mehr (2003) und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Diese Grenzwerte gelten auch für die Berechnungen der Tabelle 22.

¹⁴⁾ Siehe Fußnote 1, hier: S. 594 ff.

Tabelle 19: Haus- und Grundbesitz der Ein- und Zweipersonenpensionärshaushalte¹)

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchstichproben

Früheres Bundesgebiet

Coronstand der Nachweisung	Einheit	Einpersonenpen	sionärshaushalte	Zweipersonenper	nsionärshaushalte
Gegenstand der Nachweisung	Emmen	1998	2003	1998	2003
Erfasste Haushalte	Anzahl 1 000	560 343	487 353	1 745 645	1 776 772
Haushalte mit Haus- und Grundbesitz	1 000 %	168 49,0	205 <i>58,0</i>	429 66,5	576 <i>74,6</i>
dar.: mit unbebauten Grundstücken	1 000	/	/ /	50 7.8	64 8,3
und zwar ererbt/geschenkt	1 000	/	,	(27)	(41)
mit Einfamilienhäusern	1 000 %	90 26,2	91 <i>25,9</i>	309 <i>47,9</i>	393 50,9
und zwar ererbt/geschenkt	1 000	/	-5,5	38	54
mit Eigentumswohnungen	1 000	53	78	73	143
	%	15,5	22,0	11,3	18,5
und zwar ererbt/geschenkt	1 000	/	/	/	/
Durchschnitt je Haushalt mit jeweiliger Angabe zur Höhe Einheitswert Verkehrswert Restschuld	EUR EUR EUR	21 629 203 569 (15 476)	29 486 295 639 72 487	24 311 279 160 11 424	46 918 275 358 68 904

¹⁾ Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 17 895 EUR und mehr (1998) bzw. 18 000 EUR und mehr (2003) und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

Im Folgenden soll die Vermögenssituation der Ein- und Zweipersonenpensionärshaushalte zusammenhängend mit der Einkommensverteilung betrachtet werden. ¹⁵) Im Zeitraum 1998 bis 2003 verfestigten sich die Ungleichheiten bei der Verteilung des Nettogeldvermögens (siehe Tabelle 18). Letztere streuten bei den Einpersonenhaushalten stärker als bei den Paaren. Einpersonenpensionärshaushalte der ersten beiden Dezilgruppen verfügten rein rechnerisch über rund 14 000 Euro Nettogeldvermögen. Mehr als das Zehnfache besaßen Einpersonenpensionärshaushalte der zehnten Dezilgruppe. Zweipersonenpensionärshaushalte der untersten Dezilgruppe wiesen 2003 fast 18 400 Euro Nettogeldvermögen auf, die der zehnten Dezilgruppe das 9,8-Fache (179 800 Euro).

Vom gesamten Geldvermögen aller Einpersonenpensionärshaushalte entfielen 27,5% auf die untere Hälfte dieser Haushalte. Auf die oberen 30% dieser Haushalte kamen 51,6% des gesamten Nettogeldvermögens. Bei den Zweipersonenpensionärshaushalten hatten die unteren 50% der Haushalte 31,1% des gesamten Nettogeldvermögens inne; die oberen 30% der Haushalte hielten dagegen 50,2% des Geldvermögens.

Haus- und Grundbesitz sowie Wohnverhältnisse der Pensionärshaushalte

Der sichere Arbeitsplatz und ein stabiles Einkommen erleichtern Beamtinnen und Beamten die Entscheidung, Immobilien zu kaufen, auch dann, wenn sie sich zeitweise verschulden müssen. Die Bonität dieses Personenkreises macht ihn per se als Klientel für Geldinstitute kreditwürdig. Diese Bedingungen sind sicher ausschlaggebend dafür, dass Beamtinnen und Beamte zu jenen sozialen Gruppen in Deutschland gehören, die in größerem Umfang Haus- und

Grundbesitz erwerben konnten und diesen auch nach dem Eintritt in den Ruhestand bis ins hohe Alter selbst nutzen. 58,0 % der Einpersonenpensionärshaushalte waren im Jahr 2003 Besitzer von Haus und Grund (1998: 49,0 %). Noch höher fiel der Immobilienbesitz bei den Zweipersonenpensionärshaushalten aus. 74,6 % dieser Haushalte besaßen im Jahr 2003 Grundvermögen (1998: 66,5 %, siehe Tabelle 19). Die Immobilien hatten einen durchschnittlichen Verkehrswert von 295 600 Euro bei den betroffenen Einpersonenpensionärshaushalten (1998: 203 600 Euro) und von 275 400 Euro bei den Zweipersonenpensionärshaushalten (1998: 232 600 Euro). Zum Haus- und Grundbesitz der Pen-

Tabelle 20: Haus- und Grundbesitz der Einpersonenpensionärshaushalte¹) nach dem Geschlecht Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 Früheres Bundesgebiet

		Allein le	ebende
Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Pensio- närinnen	Pensio- näre
Erfasste Haushalte	Anzahl 1 000	266 198	221 154
Haushalte mit Haus- und Grundbesitz .	1 000 %	115 <i>57,9</i>	90 58 , 1
dar.: mit unbebauten Grundstücken	1 000 %	/	/
und zwar ererbt/geschenkt mit Einfamilienhäusern	1 000 1 000	(44)	(47)
und zwar ererbt/geschenkt mit Eigentumswohnungen	% 1 000 1 000	(22,4) / (45)	(30,4) / (32)
und zwar ererbt/geschenkt	%	(22 , 9) /	(21,0) /
Durchschnitt je Haushalt mit jeweiliger Angabe zur Höhe	5115		
Einheitswert Verkehrswert Restschuld	EUR EUR EUR	30 905 352 662 (50 525)	27 795 232 088 (91 385)

¹⁾ Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 EUR und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

¹⁵⁾ Das methodische Vorgehen dazu ist weiter vorn im Aufsatz beschrieben worden.

Tabelle 21: Haus- und Grundbesitz von Einpersonenpensionärshaushalten Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 Früheres Bundesgebiet

Gegenstand der Nachweisung	Einheit		Alter von	bis unter	. Jahren		Zusammen
degenstand der Nachweisung	Lillileit	unter 60	60 – 65	65 – 70	70 – 75	75 und älter	Zusaiiiiieii
Erfasste Haushalte	Anzahl 1 000	(71) (43)	(85) (44)	117 55	(91) (94)	123 117	487 353
Haushalte mit Haus- und Grundbesitz	1 000 %	(23) <i>(52,4)</i>	(25) <i>(56,1)</i>	(36) <i>(65,5)</i>	(54) <i>(57,7)</i>	(67) <i>(57,6)</i>	205 <i>58,0</i>
darunter:							
mit unbebauten Grundstücken	1 000	/	_	/	/	/	/
	%	/	_	/	/	/	/
mit Einfamilienhäusern	1 000	/	(13)	(16)	/	(31)	91
	%	/	(28,8)	(28,7)	/	(26,6)	25,9
mit Eigentumswohnungen	1 000	/	/	(13)	/	(27)	78
	%	/	/	(24,4)	/	(22,7)	22,0
Durchschnitt je Haushalt mit jeweiliger Angabe zur Höhe							
Einheitswert	EUR	(33 963)	(30 311)	(33 430)	(29 914)	(25 244)	29 486
Verkehrswert	EUR	(179 219)	(223 311)	(300 391)	(474 622)	(240 240)	295 639
Restschuld	EUR	j	(94 986)	(64 708)	j	j	72 487

¹⁾ Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 EUR und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

sionsempfänger und -empfängerinnen gehörten nur wenige unbebaute Grundstücke, der größte Teil war mit Einfamilienhäusern bebaut. 25,9% der Einpersonenpensionärshaushalte und 50,9% der Zweipersonenpensionärshaushalte verfügten über diese Immobilienart. Hinzu kamen bei Ersteren noch 78 000 Haushalte mit Eigentumswohnungen (22,0%), bei Letzteren waren es 143 000 Haushalte (18,5%).

Haus- und Grundeigentum waren zwischen den Geschlechtern fast gleich verteilt. Die Werte dieser Besitztümer wichen allerdings stark voneinander ab (siehe Tabelle 20). Die Immobilien der allein lebenden Pensionäre repräsentierten einen Verkehrswert von durchschnittlich 232 100 Euro, die

der allein lebenden Pensionärinnen von rund 352 700 Euro. Möglicherweise befanden sich in dieser Gruppe viele Witwen, die größere Einfamilienhäuser in teilweise exklusiven Gegenden bewohnten.

Die höchste Eigentumsquote fand sich bei den 65- bis unter 70-jährigen Pensionsempfängern und -empfängerinnen. Von diesen Haushalten verfügten 65,5% über Grundvermögen, aber auch die Älteren kamen noch auf fast 58% (siehe Tabelle 21). 70- bis unter 75-Jährige besaßen die teuersten Immobilien (Verkehrswert: rund 475 000 Euro); die preiswertesten fanden sich bei der Altersgruppe der 75-Jährigen und Älteren (rund 240 000 Euro). Es wäre gesondert zu untersuchen, ob sich dahinter ein Modernisierungsstau ver-

Tabelle 22: Verteilung des Immobilienvermögens von Ein- und Zweipersonenpensionärshaushalten¹)

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003

Früheres Bundesgebiet

	Dui	rchschnitt je Haush	alt	Haus	halte	Durchschnitt je Haushalt mit jeweiliger Angabe zur Höhe			
Haushalte des Dezils	Einheitswert	Verkehrswert	Restschuld	hochgerechnet	mit Haus- und Grundbesitz	Einheitswert	Verkehrswert	Restschuld	
		EUR		1 0	00	EUR			
			Einper	sonenpensionärsh	aushalte				
1.	/	/	_	. /	/	/	/	_	
2.	,	,	/	(33)	,	,	,	/	
3.	/	1	/	(32)	,	/	1	/	
4.	/	/	,	(33)	,	/	/	/	
5.	(15 439)	(122 555)	,	(32)	(21)	(24 293)	(192 842)	/	
6.	(10 742)	(93 412)	/	(32)	(16)	(22 259)	(184 246)	/	
7.	(26 431)	(445 677)	/	(33)	(23)	(38 264)	(646 052)	/	
8.	(16 927)	(157 870)	/	(32)	(23)	(24 669)	(225 305)	/	
9.	(23 475)	(217 861)	/	(32)	(26)	(30 638)	(286 681)	/	
10.	(31 757)	(345 403)	/	(32)	(28)	(38 613)	(411 391)	/	
			Zweipe	rsonenpensionärsh	naushalte				
1.	/	/	/	(71)	(26)	/	/	/	
2.	(16 821)	(112 761)	/	72	(45)	(29 629)	(192 843)	/	
3.	(12886)	(105 995)	(6 306)	71	(48)	(21 634)	(175 155)	(32 556)	
4.	17 594	143 507	(5 310)	71	53	25 847	209 110	(26 298)	
5.	24 323	165 760	(12 435)	71	57	32 042	223 191	(41 647)	
6.	23 666	195 953	(17 893)	71	59	29846	244 865	(55 598)	
7.	22 838	192 588	(12 063)	71	58	30 309	254 208	(51 494)	
8.	115 422	236 204	(28 435)	71	63	134 386	279 366	(69 768)	
9.	36 059	275 734	(38 008)	71	63	44 124	336 165	(97 123)	
10.	50 565	441 579	(43 092)	72	65	60 582	504 910	(112 643)	

¹⁾ Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 EUR und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

Tabelle 23: Wohnverhältnisse von Pensionärshaushalten¹)
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003
Früheres Bundesgebiet

		Einpersonen-	Allein Le	ebende	Zweipersonen-
Gegenstand der Nachweisung	Einheit	pensionärs- haushalte	Pensionärinnen	Pensionäre	pensionärs- haushalte
Erfasste Haushalte	Anzahl	497	274	223	1788
Hochgerechnete Haushalte	1 000	337	191	146	749
Mieterhaushalte	1 000	169	96	73	221
Haushalte in Wohneigentum	1 000	168	95	73	528
Anteil der Haushalte in Wohneigentum	%	49,9	49,7	50,0	<i>70,5</i>
Durchschnittliche Wohnfläche					
Mieterhaushalte	m ²	72,2	72,4	72,1	88,7
Eigentümerhaushalte	m ²	105,8	103,2	109,2	126,4
Anteil der Haushalte, die als Mieter Wohnflächen					
von bis unter m² nutzen					
unter 50	%	j /	/	/	1
50 - 75	%	50,9	(45,8)	(57,5)	33,0
75 – 100	%	(26,6)	(30,2)	(21,9)	39,8
100 und mehr	%	(11,2)	1	, ,	26,7
Anteil der Haushalte, die als Eigentümer Wohnflächen					
von bis unter m² nutzen					
unter 50	%	/	1	/	_
50 - 75	%	(14,9)	(14,7)	,	(4,5)
75 – 100	%	(30,4)	(32,6)	(28,8)	18,4
100 und mehr	%	53,0	(51,6)	(54,8)	77,1

¹⁾ Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 EUR und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften

birgt oder ob generell Personen, die der Kriegs- und Nachkriegsgeneration angehörten, bescheidener gebaut hatten.

Auch für die Pensionäre gilt, je kleiner der Haushalt und je niedriger das Einkommen, umso geringer das Grundvermögen. Erst Einpersonenpensionärshaushalte ab der fünften Dezilgruppe, deren durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen noch im Ruhestand mehr als 2432 Euro monatlich betrug, besaßen Immobilien in einer statistisch signifikanten Größe. Bezogen auf alle Einpersonenpensionärshaushalte dieser Dezilgruppe lag der Eigentümeranteil allerdings schon bei 65,6% (siehe Tabelle 22). Er stieg bis zur zehnten Dezilgruppe auf 87,5%. Bei einer eventuellen Veräußerung von Haus und Grund wollten Eigentümer der fünften Dezilgruppe im Schnitt rund 192800 Euro erlösen, die der zehnten Dezilgruppe rechneten mit einem Verkehrswert ihrer Immobilien von 411400 Euro, wovon allerdings noch Hypothekenschulden zu begleichen waren.

Unter den Zweipersonenpensionärshaushalten hatten bereits in der ersten Dezilgruppe 36,6 % der Haushalte Immobilienbesitz. Von Dezilgruppe zu Dezilgruppe stieg der Anteil der Haushalte, die Grundvermögen besaßen. In der zehnten Dezilgruppe waren dies 90,3% der betreffenden Zweipersonenhaushalte; der durchschnittliche Verkehrswert betrug hier eine halbe Million Euro. Der anteilig hohe Immobilienbesitz spiegelt sich wider im Eigentumsstatus beim Wohnen der Pensionsempfänger und -empfängerinnen. Etwa die Hälfte der allein lebenden Pensionärinnen und Pensionäre wohnte im Jahr 2003 in den "eigenen vier Wänden". Bei den Paaren betrug der Anteil der Haushalte mit Wohneigentum 70,5% (siehe Tabelle 23). Auch für Pensionsempfänger und -empfängerinnen trifft zu, dass diejenigen, die zur Miete wohnen, im Schnitt kleinere Flächen nutzen als die Eigentümer. Die durchschnittliche Wohnfläche allein oder zu zweit lebender Pensionäre war sowohl bei den Mietern als auch bei den Eigentümern größer als bei den Rentnern im früheren Bundesgebiet. Das Plus variierte je nach Haushaltsgröße und Miet- bzw. Eigentümerstatus zwischen 6,5 und 10 m². Als Eigentümer besaßen Einpersonenpensionärshaushalte im Schnitt 105,8 m² große Wohnungen, Zweipersonenpensionärshaushalte standen 20,6 m² mehr zur Verfügung. Auch hier scheint die Größe der Wohnfläche bei Einpersonenpensionärshaushalten von Eigentümern davon beeinflusst zu sein, dass der Überlebende weiterhin dort zu Hause sein will, wo er früher mit seinem Partner lebte. Aus den Einzeldaten der EVS ergibt sich, dass immer noch gut 49 % der 75-Jährigen und Älteren in Einpersonenpensionärshaushalten lebende Wohneigentümer waren. Bei den unteren beiden Altersgruppen betrug diese Quote rund 47 %.

Fazit

Abschließend bleibt festzuhalten, dass die Untersuchungen ein sehr differenziertes Bild von der wirtschaftlichen Lage der älteren Generation ergaben. Im Zeitverlauf drifteten wichtige, den Lebensstandard bestimmende Indikatoren, wie Einkommen, Geld- und Sachvermögen, sowohl bei den Ein- und Zweipersonenhaushalten von Rentnern als auch bei denen von Pensionären weiter auseinander.

Wohlhabende Haushalte, zu denen zweifelsohne die in den obersten drei Dezilgruppen angesiedelten gehörten, fanden sich in kleiner Zahl unter den Einpersonenrentnerhaushalten. In zunehmend größerer Zahl gab es wohlhabende Haushalte bei den Zweipersonenrentnerhaushalten und überwiegend bei den Pensionären. Alle Rentnerhaushalte, die die Mittelwerte bei Einkommen, Verbrauch und Vermögen erreichten oder überschritten, können in der Regel einem materiell gesicherten Lebensabend entgegensehen.

Problematisch ist die wirtschaftliche Lage der Rentner, die allein oder als Paar lebend in den untersten zwei, teilweise noch in der dritten Dezilgruppe zu finden waren. Deren regelmäßige Einkommen waren niedrig. Nur in Ausnahmefällen verfügten sie über Sachvermögen. Unter diesen Haushalten gab es viele vermögenslose oder nur mit geringem Geldvermögen ausgestattete Haushalte. Die geringe Geldvermögenshöhe lässt ein Entsparen, um das gewohnte Konsumniveau aufrechtzuerhalten, eigentlich kaum zu. Teilweise lassen sich kaum zusätzliche Ausgaben wie beispielsweise Zuzahlungen für den Zahnersatz bestreiten.

Die Einkommens- und Vermögenslage der neu in den Ruhestand eintretenden Rentnerinnen und Rentner ist sehr angespannt. Alle wichtigen, die wirtschaftliche Lage bestimmenden Indikatoren wiesen für diese Altersgruppe die niedrigsten Werte aus. Bei der Verschuldung und dem Fehlen von Vermögen hatten diese Haushalte die höchsten Werte. Die Verbindung von Arbeitslosigkeit und sinkendem Rentenniveau könnte bewirken, dass dieser Personenkreis von Altersarmut bedroht ist.

Statistisches Bundesamt • Wirtschaft und Statistik 10/2007 1011

Anhangtabelle 1: Geldvermögen und Konsumentenkreditschulden von Rentnerhaushalten¹) in Deutschland Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003

Gegenstand der Nachweisung		Einpersonen- rentnerhaushalte		Allein lebende				Zweipersonen-	
				Rentnerinnen		Rentner		rentnerhaushalte	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	
Erfasste Haushalte (Anzahl)	4	390	3	364	1	026	6	981	
Hochgerechnete Haushalte	5 708	100	4 501	100	1 207	100	4826	100	
Haushalte mit Geldvermögen	4790	83,9	3862	85,8	927	76,8	4576	94,8	
Haushalte ohne Geldvermögen	918	16,1	639	14,2	279	23,2	250	<i>5,2</i>	
Haushalte mit Konsumentenkreditschulden	309	5,4	206	4,6	(103)	(8,5)	339	7,0	
Haushalte mit Dispositionskrediten	598	10,5	425	9,5	173	14,3	483	10,0	
Durchs	schnitt je Ha	ushalt in E	UR						
Bruttogeldvermögen	26	147	24	24 646		31 749		406	
Bausparguthaben		643		624		715	1	625	
Sparguthaben	8	348	8	561	7	550	12	882	
Sonstige Anlagen bei Banken und Sparkassen		334	6	210		798	_	264	
Rentenwerte	1	205		762	•	859)		055	
Aktien	1	721	1 387 2 966				930		
Sonstige Wertpapiere und Vermögensbeteiligungen, Aktienfonds .		069	_	549		006		318	
An Privatpersonen verliehenes Geld	1	665		520		204		329	
Versicherungsguthaben		163		032		650		003	
Restschuld von Konsumentenkreditschulden	I	330		266		572)		466	
Nettogeldvermögen	25	817	24	380	31	176	51	940	
Nachrichtlich:									
Restschuld je Haushalt, der Konsumentenkredite	 	400	-	007	"	722)	,	(20	
zurückzuzahlen hatte	1	109	_	804	•	722)		620	
Nettogeldvermögen 1998	18	468	16	964	25	020	35	512	

¹⁾ Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 EUR und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

Anhangtabelle 2: Geldvermögen und Konsumentenkreditschulden der Einpersonenrentnerhaushalte¹) nach Alter und Geschlecht in Deutschland Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003

Alter von ... bis unter ... Jahren Gegenstand der Nachweisung unter 60 60 - 6565 - 7070 – 75 75 und älter 1 000 1 000 % 1 000 % 1 000 % % 1 000 % Einpersonenrentnerhaushalte Erfasste Haushalte (Anzahl) 430 1093 1344 Hochgerechnete Haushalte 424 100 611 100 863 100 1371 100 2 439 100 Haushalte mit Geldvermögen 2125 87,1 296 69.9 510 83.4 703 81.6 1155 84.2 128 30.1 (101)(16,6)159 18.4 (217)(15,8) 313 12.9 (19.3)(82) (42)(6.9)(68)(7.9)(61)(4.4)(56)(2.3)Haushalte mit Dispositionskrediten 107 128 (144) (10.5) (120) 100 (4.9) 25.2 16.3 14.8 Durchschnitt je Haushalt in EUR Bruttogeldvermögen 12228 26022 27748 23 923 29 283 Bausparguthaben (558)801 720 486 5 283 6410 11 536 Sparguthaben 1913 7252 Sonstige Anlagen bei Banken und Sparkassen 6588 6200 (3298)7372 6506 (1 486) (1 784) Rentenwerte (1717)3115 Aktien (601)1 291 3317 (1669)1 488 Sonstige Wertpapiere und Vermögensbeteiligungen, Aktienfonds ... (1175)4792 4927 4533 3826 An Privatpersonen verliehenes Geld (355)(752)929 (554)(665)4894 2 208 1 279 Versicherungsguthaben 3885 1661 Restschuld von Konsumentenkreditschulden (1279)(311)(501)(335)(107)Nettogeldvermögen 10949 25711 27 247 23 588 29 175 Nachrichtlich: Restschuld je Haushalt, der Konsumentenkredite (6 623) (4 531) (6 3 3 7) (7 545) (4 693) zurückzuzahlen hatte Allein lebende Rentnerinnen Erfasste Haushalte (Anzahl) 262 573 848 599 1082 Hochgerechnete Haushalte 243 100 473 100 100 1093 100 2035 658 100 Haushalte mit Geldvermögen 176 72,5 402 85,0 561 85,3 938 85,8 1786 87,8 Haushalte ohne Geldvermögen (156)248 (27,5)(71)(15,0)(97)(14,7)(14,2)12,2 Haushalte mit Konsumentenkreditschulden (17,2) (31) (49) (7,5) (10,8)Haushalte mit Dispositionskrediten (23,7)(74)(15,6)98 14,9 (118)(78)(3.8)Durchschnitt je Haushalt in EUR Bruttogeldvermögen 13 440 22837 27 237 22 381 26783 Bausparguthaben (422)1011 804 664 Sparguthaben 2 268 5 263 6 488 7 2 2 5 11 468 Sonstige Anlagen bei Banken und Sparkassen (3.939)6261 7058 6320 6136 Rentenwerte (1190)(1.967)(1602)(2.094)(696) (3577)(1313)1 009 Sonstige Wertpapiere und Vermögensbeteiligungen, Aktienfonds ... (1614)3842 4387 3 499 3469 An Privatpersonen verliehenes Geld (356)(819) (566)(465)(4 349) Versicherungsguthaben 4219 2138 1192 1665 Restschuld von Konsumentenkreditschulden (869) (291)(478)Nettogeldvermögen 12 571 22 545 26759 22 040 26705 Nachrichtlich: Restschuld ie Haushalt, der Konsumentenkredite (6 380) (5.046)(4 376) zurückzuzahlen hatte Allein lebende Rentner Erfasste Haushalte (Anzahl) 173 178 262 245 138 181 Hochgerechnete Haushalte 100 100 205 100 278 100 404 100 Haushalte mit Geldvermögen 120 66,4 108 78,2 143 69,6 217 78,0 339 83,9 Haushalte ohne Geldvermögen (61) (33,6)(30)(65)(16, 1)(21.8)(62)(30,4)Haushalte mit Konsumentenkreditschulden (40)(22,1)(26) (18,8) (30) (14,5) Haushalte mit Dispositionskrediten (49)(27,2)Durchschnitt je Haushalt in EUR Bruttogeldvermögen 10 602 36 926 29 386 29 986 41 860 Bausparguthaben (740)(681)(792)(939) 11873 (1435)7360 5352 6161 Sonstige Anlagen bei Banken und Sparkassen (7708)(8 381) (2438)(5730)(8372)(8 254) Rentenwerte (3329)(2484)(3067)(3898)Sonstige Wertpapiere und Vermögensbeteiligungen, Aktienfonds ... (8040)(6657)(8 597) (5625)An Privatpersonen verliehenes Geld (3.263)(7208)(2431)(1620)(1638)Versicherungsguthaben Restschuld von Konsumentenkreditschulden (1.828)Nettogeldvermögen 36 547 28 811 29672 41 608 8774 Nachrichtlich. Restschuld je Haushalt, der Konsumentenkredite

(8 271)

zurückzuzahlen hatte

¹⁾ Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 EUR und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

Anhangtabelle 3: Verteilung des Geldvermögens der Rentnerhaushalte¹) in Deutschland Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003

	Нац	ushalte	Grenzwert des	Geldvermö	gen je Haushalt	Haushalte ohne	Anteil am gesamter
Haushalt des Dezils	erfasste	hochgerechnete	Haushaltsnetto- einkommens ²)	brutto	netto		Nettogeldvermöger
Ī	Anzahl	1 000		EUR	•	c	%
			Einpersonenre	ntnerhaushalte			
1.	223	500	727	5 570	5 499	(40,9)	2,1
2.	305	507	859	8 478	8 279	(23, 1)	3,2
3.	322	504	1017	17 471	16 976	(14, 1)	6,5
4.	305	500	1 131	14 271	13 975	(14,7)	5,3
5.	332	506	1 250	18 902	18057	(10,4)	6,9
6.	387	503	1 403	24 002	23 776	(9,7)	9,0
7.	426	505	1 582	28 555	28 264	(6,5)	10,8
8.	459	503	1821	31 840	31 630	(6,3)	12,0
9.	536	506	2 291	39862	39 510	/	15,1
10.	621	504	17 375	76 567	76 229	(5,7)	29,1
10./1. Dezil	X	X	X X	13,7	13,9	X	13,9
10./ 1. DCZN	^	Α		e Rentnerinnen	-2,2	^	20,0
						6)	
1.	176	403	731	5 837	5 789	(38,2)	2,4
2.	234	403	859	8 433	8 279	(20,5)	3,4
3.	244	401	1013	13 158	12653	(12,6)	5,2
4.	246	406	1 128	14763	14621	(13,4)	6,1
5.	257	404	1 241	18 569	17 797	(9,0)	7,4
6.	313	401	1 384	21 403	21 213	(10,0)	8,8
7.	332	406	1 555	28 158	27 938	/	11,7
8.	350	401	1 781	29 801	29 648	/	12,2
9.	432	407	2 237	35 463	35 090	/	14,7
10.	457	404	17 375	67 575	67 332	/	28,0
10./1. Dezil	X	Х	Х	11,6	11,6	Х	11,7
			Zweipersonenr	entnerhaushalte			
1.	304	445	1 340	24767	24 277	(14,8)	4,7
2.	354	444	1 602	29 454	28 952	, , ,	5,6
3.	431	446	1 799	29 690	29 315	',	5,7
4.	484	445	1978	36 584	36 179	΄,	7,0
5.	599	444	2172	37 854	37 389	΄,	7,2
6.	687	446	2375	45 336	44 924	΄,	8,7
7.	729	445	2624	49 930	49 477	΄,	9,6
8.	831	445	2996	56 327	56 063	'/	10,8
9.	963	445	3654	77 690	77 130	,	14,9
10.	1113	445	17 557	134 908	134 143	'/	25,9
10./1. Dezil	X	X	17 337 X	5,4	5,5	X	5,5
10., 1. DCZII				2,4			

¹⁾ Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 EUR und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Diese Grenzwerte des Haushaltsnettoeinkommens gelten auch für die Verteilungsrechnungen des Haus- und Grundbesitzes (siehe Anhangtabelle 6 und Übersicht 2).

Anhangtabelle 4: Haus und Grundbesitz von Rentnerhaushalten¹) in Deutschland Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Einpersonen-	Allein le	Zweipersonen-	
Gegenstand der Nachweisung	Lillieit	rentnerhaushalte	Rentnerinnen	Rentner	rentnerhaushalte
Erfasste Haushalte	Anzahl	4390	3 3 6 4	1 0 2 6	6 981
Hochgerechnete Haushalte	1 000	5 708	4 501	1 207	4826
Haushalte mit Haus- und Grundbesitz	1 000	1738	1 345	393	2867
	%	30,4	29,9	32,6	59,4
dar.: mit unbebauten Grundstücken	1 000	186	138	(48)	343
	%	3,3	3,1	(4,0)	7,1
und zwar ererbt/geschenkt	1 000	(105)	(80)	(25)	187
mit Einfamilienhäusern	1 000	818	598	219	1738
	%	14,3	13,3	18,2	36,0
und zwar ererbt/geschenkt	1 000	190	131	(59)	328
mit Eigentumswohnungen	1 000	544	462	82	538
	%	9,5	10,3	6,8	11,2
und zwar ererbt/geschenkt	1 000	(49)	(43)	/	(31)
Durchschnitt je Haushalt mit jeweiliger Angabe zur Höhe					
Einheitswert	EUR	22 580	22 620	22 448	27850
Verkehrswert	EUR	174 266	167 853	195 409	220 599
Restschuld	EUR	50 601	41 446	(86 732)	51 004

¹⁾ Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 EUR und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften

Anhangtabelle 5: Haus- und Grundbesitz sowie Hypothekenrestschuld der Einpersonenrentnerhaushalte¹) in Deutschland Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003

Gegenstand der Nachweisung	Einheit		Alter von	bis unter.	Jahren		Zusammen
Gegenstand der Nachweisung	Ellilleit	unter 60	60 – 65	65-70	70 – 75	75 und älter	Zusaiiiiieii
Erfasste Haushalte	Anzahl	430	746	1093	777	1344	4390
Hochgerechnete Haushalte	1 000	424	611	863	1 371	2 439	5 708
Haushalte mit Haus- und Grundbesitz	1 000	92	203	289	427	727	1738
	%	21,7	<i>33,2</i>	<i>33,5</i>	31,2	<i>29,8</i>	30,4
dar.: mit unbebauten Grundstücken	1 000	/	/	(37)	(44)	(81)	186
	%	/	/	(4,3)	(3,2)	(3,3)	3,3
und zwar ererbt/geschenkt	1 000	/	/	(21)	/	(46)	(105)
mit Einfamilienhäusern	1 000	(30)	89	124	224	351	818
	%	(7,0)	14,6	14,4	16,3	14,4	14,3
und zwar ererbt/geschenkt	1 000	/	(22)	(23)	(60)	(82)	190
mit Eigentumswohnungen	1 000	(39)	76	100	(131)	198	544
	%	(9,3)	12,4	11,6	(9,5)	8,1	9,5
und zwar ererbt/geschenkt	1 000	/	/	/	/	/	(49)
Durchschnitt je Haushalt mit jeweiliger Angabe zur Höhe							
Einheitswert	EUR	21 871	24 074	21 237	24 215	21 827	22 580
Verkehrswert	EUR	170 128	173 000	183 755	180 733	167 586	174 266
Restschuld	EUR	(62 646)	51 058	52 696	(43 367)	(49 348)	50 601
Anteil der Haushalte der jeweiligen Gruppe							
Haushalte mit Haus- und Grundbesitz	%	5,3	11,7	16,6	24.6	41,8	100
Haushalte mit Einfamilienhäusern	%	(3,6)	10,9	15,2	27,4	42,9	100
Haushalte mit Eigentumswohnungen	%	(7,2)	13,9	18,4	(24,0)	36,4	100

¹⁾ Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 EUR und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

Anhangtabelle 6: Verteilung des Immobilienvermögens ausgewählter Rentnerhaushalte¹) in Deutschland Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003

	Durc	chschnitt je Haus	halt	Haus	shalte	Durchschnitt je	Haushalt mit jev zur Höhe	weiliger Angabe	Anteil am gesamten
Haushalte des Dezils	Einheitswert	Verkehrswert	Restschuld	hochgerechnet	mit Haus- und Grundbesitz	Einheitswert	Verkehrswert	Restschuld	Verkehrswert
		EUR		1 (000		EUR		%
				Einpersonenren	tnerhaushalte				
1.	/	/	/	500	/	/	/	/	/
2.	/	/	-	507	/	/	/	-	/
3.	(1 022)	(13 921)	/	504	(68)	(10 708)	(137 566)	/	(2,9)
4.	(1 901)	(10 956)	/	500	(64)	(18 805)	(111 440)	/	(2,3)
5.	(2 623)	(17 727)	/	506	(91)	(17 018)	(121 893)	/	(3,7)
6.	(3 614)	(28 381)	/	503	(126)	(18 069)	(128 863)	/	(5,9)
7.	5 461	39810	(1 579)	505	169	18 309	128 850	(25 901)	8,3
8.	8 602	66 514	(3 377)	503	254	19 212	145 766	(29 373)	13,8
9.	13 808	107 494	(9 477)	506	331	24 066	183 613	(63 250)	22,5
10.	22 430	184 378	15 312	504	394	31 595	258 545	69330	38,4
	'			Zweipersonenrer	ntnerhaushalte				
1.	(3 647)	(39 160)	1	445	(89)	(22 597)	(234 396)	1	(3,3)
2.	(5 351)	(39 786)	,	444	159	(20 633)	(134 914)	,	3,4
3.	4766	49 987	(962)	446	173	15 328	152 365	(13 414)	4,3
4.	7 972	70 641	(1 964)	445	243	17 262	144814	(22 191)	6,0
5.	9153	79 882	(3 795)	444	249	18 965	159 769	(32 360)	6,8
6.	11 424	96 383	(4 026)	446	296	21 912	171 438	(31 498)	8,2
7.	15 671	127 236	(3 728)	445	328	24 503	191 045	(31 486)	10,8
8.	19820	153 667	7010	445	346	27 734	211 456	34 420	13,1
9.	23 792	198 415	11 303	445	374	30 800	251 745	45 423	16,9
10.	38 132	321 026	33 209	445	403	44746	372 498	93 776	27,3
10./1. Dezil	10,5	8,2	X	X	4,5	2,0	1,6	уз,,, б	8,3
10., 1. 502.1	10,5	0,2	,	Allein lebende	•	2,0	1,0	Α	0,5
1.	,	1		403	/	1	1		Х
1. 2.	/,	,		403	/,	/,	1	_	X
2. 3.	(1 018)	(13 880)		401	(55)	(11 384)	(140 046)		X
	(1016)	(UOO CI)	,	406	(47)	(11 304)	(140 046)	,	X
4. 5.	(2820)	(17 107)	/,	406 404	(47) (75)	(17 913)	(118 242)	/,	X
	(2 820)	(25 307)	/,	404 401	(75) (95)	(17 913)	(118 242)	/,	X
6. 7.	(5 206)	(25 307) 39 579	/,	401 406	(95) 137	(19 090)	(1246/0) 125756	/	X
			0.410					(21 220)	
8.	8120	60 493	(2 416)	401	192	19 939	146 918	(21 320)	X
9.	13 242	96 540	(6 783)	407	249	24 399	176 000	(41 272)	X
10.	22 125	176 616	12 285	404	325	30 359	240 753	57 510	Х

¹⁾ Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 EUR und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

Anhangtabelle 7: Wohnverhältnisse von Rentnerhaushalten¹) in Deutschland Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Einpersonen-	Allein le	ebende	Zweipersonen-
Gegenstand der Nachweisung	Ellilleit	rentnerhaushalte	Rentnerinnen	Rentner	rentnerhaushalte
Erfasste Haushalte Hochgerechnete Haushalte	Anzahl 1 000	4 507 5 752	3 420 4 521	1 087 1 231	7 082 4 820
Mieterhaushalte Haushalte in Wohneigentum Anteil der Haushalte in Wohneigentum	1 000 1 000 %	4 200 1 552 <i>27,0</i>	3 338 1 184 <i>2</i> 6,2	863 368 29,9	2 238 2 582 <i>53,</i> 6
Durchschnittliche Wohnfläche Mieterhaushalte Eigentümerhaushalte	$\begin{array}{c} m^2 \\ m^2 \end{array}$	60,1 94,8	60,9 92,8	57,0 101,2	76,7 114,9
Anteil der Haushalte, die als Mieter Wohnflächen von bis unter m² nutzen unter 50	%	29,9	27,5	39,0	4,1
50 - 75 75 - 100 100 und mehr	% %	52,3 13,6 4,3	54,0 14,3 4,1	45,4 (10,5) (5,0)	51,7 29,8 14,5
Anteil der Haushalte, die als Eigentümer Wohnflächen von bis unter m² nutzen		1	79.1	(3,0)	1-1, 2
unter 50	% % % %	(4,6) 27,0 26,7 41,7	(4,6) 29,4 27,3 38,9	/ (19,3) (24,7) 51,1	/ 9,4 24,8 65,5

¹⁾ Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 EUR und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

Dipl.-Verwaltungswirt (FH) Karsten Sandhop

Preise im September 2007

Im September 2007 lagen die Preise auf allen im Rahmen dieses Beitrags betrachteten Wirtschaftsstufen im Vergleich zum Vorjahresmonat September 2006 höher. Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte erhöhte sich im September 2007 um 1,5% (August 2007 gegenüber August 2006: +1,0%). Der Index der Großhandelsverkaufspreise lag um 4,0% über dem Stand vom September 2006 (August 2007: +2,5%). Der Index der Einzelhandelspreise erhöhte sich um 2,0% (August 2007: +1,7%), der Verbraucherpreisindex nahm um 2,4% gegenüber dem Stand vom September 2006 zu (August 2007: +1,9%).

Auch im Vergleich zum Vormonat August 2007 stiegen die Preise auf allen betrachteten Wirtschaftsstufen. Die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte erhöhten sich im September 2007 gegenüber dem Vormonat um 0,2 % (August 2007 gegenüber Juli 2007: +0,1 %). Die Großhandelsverkaufspreise nahmen gegenüber August 2007 um 0,9 % zu, im Vormonat hatte die Monatsveränderungsrate +0,5 % betragen. Die Einzelhandelspreise lagen im Vormonatsvergleich um 0,6 % höher, im August 2007 waren sie gegenüber dem Vormonat unverändert geblieben. Der Verbraucherpreisindex stieg im September 2007 binnen Monatsfrist um 0,1 % (Vormonat: -0,1 %).

Die Entwicklung der Energiepreise wirkte im September 2007 auf den betrachteten Wirtschaftsstufen unterschiedlich auf die Jahresteuerungsrate. So betrug die Jahresveränderungsrate der Energiepreise auf der Erzeugerstufe – 1,2 %, im Großhandel lagen die Preise für feste Brennstoffe und Mineralölerzeugnisse im Vergleich zum September 2006 dagegen um 2,9 % höher. Auf der Verbraucherstufe erhöhten sich die Preise für Energie im Vorjahresvergleich sogar um 6,0 %. Auffallend waren im September 2007 die hohen

	September 2007 gegenüber		
	August	September	
	2007	2006	
		%	
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte			
insgesamt	+0,2	+1,5	
ohne Mineralölerzeugnisse	+0,1	+1,2	
Mineralölerzeugnisse	+ 2,5	+7,9	
Index der Großhandelsverkaufspreise			
insgesamt	+0,9	+4,0	
Index der Einzelhandelspreise	+0,6	+2,0	
Verbraucherpreisindex			
insgesamt	+0,1	+2,4	
ohne Heizöl und Kraftstoffe	+0,1	+2,2	
Heizöl und Kraftstoffe	+ 2,4	+7,7	
ohne Saisonwaren	+0,1	+ 2,5	
Saisonwaren	+0,6	+0,2	

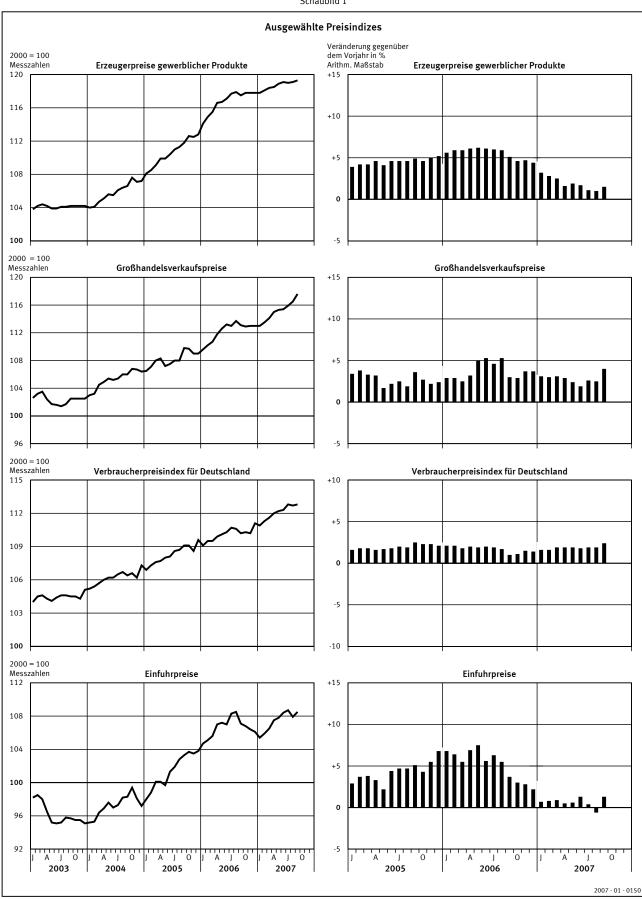
Teuerungsraten für Butter und andere Milchprodukte auf allen betrachteten Wirtschaftsstufen.

Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte erhöhte sich zwischen September 2006 und September 2007 um 1,5 %. Im August 2007 hatte die Jahresveränderungsrate + 1,0 % betragen, im Juli 2007 + 1,1 %.

Der mäßige Anstieg des Erzeugerpreisindex ist insbesondere auf den dämpfenden Einfluss der Energiepreise zurückzuführen. Für Energie musste im September 2007 1,2% weniger bezahlt werden als ein Jahr zuvor, ohne Berücksichtigung der Energie stiegen die Erzeugerpreise gegenüber dem Vorjahr um 2,5%.

Innerhalb des Bereiches Energie entwickelten sich die Preise für die unterschiedlichen Energieträger uneinheitlich. Verglichen mit September 2006 lagen die Preise für Erdgas

Schaubild 1



Ausgewähl		

Jahr Monat	Erzeuger- preise gewerblicher	Großhandels- verkaufs- preise ¹)	Einzel- handels- preise ²)	Verbraucher- preis- index
	Produkte ¹)	' '	preise)	шисх
		2000 = 100		
2002 D	102,4	101,8	101,8	103,4
2003 D	104,1	102,3	102,0	104,5
2004 D	105,8	105,3	102,3	106,2
2005 D 2006 D	110,7	108,2	103,0	108,3
1	116,8	112,2	104,0	110,1
2006 Aug Sept	117,9 117,5	113,7 113,1	103,8 104,1	110,6 110,2
Okt	117,3	112,9	104,1	110,2
Nov	117,8	113,0	104,4	110,2
Dez	117,8	113,0	104,5	111,1
2007 Jan	117,8	113,0	105,0	110,9
Febr	118,1	113,5	105,3	111,3
März	118,4	114,1	105,5	111,6
April	118,5	115,0	105,9	112,0
Mai	118,9	115,3	105,8	112,2
Juni	119,1	115,4	105,8	112,3
Juli	119,0	115,9	105,6	112,8
Aug	119,1	116,5	105,6	112,7
Sept	119,3	117,6	106,2	112,8
Veränd	erungen gegen	über dem jewei	ligen Vormona	t in %
2006 Aug	+ 0,2	+ 0,6	- O , 1	- O, 1
Sept	- 0,3	- 0,5	+ 0,3	-0,4
Okt	+ 0,3	- 0,2	+ 0,2	+ 0,1
Nov	_	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1
Dez	_	_	+ 0,1	+ 0,8
2007 Jan	-	_	+ 0,5	- 0,2
Febr	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4
März	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,3
April	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,4
Mai Juni	+ 0,3 + 0,2	+ 0,3	- 0,1	+ 0,2
Juli	+ 0,2 - 0,1	+ 0,1 + 0,4	- 0,2	+ 0,1 + 0,4
Aug	+ 0,1	+ 0,5	-	- 0,1
Sept	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,1
1	•	m entsprechen		
2002 D	– 0,6	+ 0,2	+ 0,7	+ 1,4
2003 D	+ 1,7	+ 0,2	+ 0,7	+ 1,1
2004 D	+ 1,6	+ 2,9	+ 0,3	+ 1,6
2005 D	+ 4,6	+ 2,8	+ 0,7	+ 2,0
2006 D	+ 5,5	+ 3,7	+ 1,0	+ 1,7
2006 Aug	+ 5,9	+ 5,3	+ 1,2	+ 1,7
Sept	+ 5,1	+ 3,0	+ 0,8	+ 1,0
Okt	+ 4,6	+ 2,9	+ 0,9	+ 1,1
Nov	+ 4,7	+ 3,7	+ 1,1	+ 1,5
Dez	+ 4,4	+ 3,7	+ 1,1	+ 1,4
2007 Jan	+ 3,2	+ 3,1	+ 1,5	+ 1,6
Febr	+ 2,8	+ 3,0	+ 1,6	+ 1,6
März	+ 2,5	+ 3,1	+ 1,5	+ 1,9
April	+ 1,6	+ 2,9	+ 1,7	+ 1,9
Mai	+ 1,9	+ 2,4	+ 1,5	+ 1,9
Juni Juli	+ 1,7 + 1,1	+ 1,9 + 2,6	+ 1,5 + 1,6	+ 1,8 + 1,9
Aug	+ 1,1 + 1,0	+ 2,6 + 2,5	+ 1,0 + 1,7	+ 1,9 + 1,9
Sept	+ 1,5	+ 4,0	+ 2,0	+ 2,4
		nschl. Umsatzs		

1) Ohne Umsatzsteuer. – 2) Einschl. Umsatzsteuer; einschl. Kraftfahrzeughandel und Tankstellen.

im September 2007 um 8,3% niedriger, elektrischer Strom war ebenso teuer wie ein Jahr zuvor. Mineralölerzeugnisse waren dagegen teurer als im September 2006: Gegenüber dem Vorjahresmonat lagen im September 2007 die Preise für Mineralölerzeugnisse insgesamt um 7,9% höher. Bei einzelnen Mineralölprodukten ergaben sich folgende Preisveränderungen gegenüber September 2006: Kraftstoffe +8,1%, leichtes Heizöl +8,1%, schweres Heizöl +5,8%, Flüssiggas +1,4%.

Wie in den vorangegangenen Monaten wiesen im September 2007 die Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten eine relativ hohe Jahresveränderungsrate auf; diese Güter waren durchschnittlich um 3,3% teurer als im September 2006. Besonders stark verteuerten sich Vorleistungsgüter im Nahrungsmittelbereich: Futtermittel für Nutztiere + 36,9%, Mahl- und Schälmühlenerzeugnisse + 21,6%, Stärke und Stärkeerzeugnisse + 18,5%. Auch für nichtmetallische Sekundärrohstoffe (+ 26,1%) und für Spanplatten (+ 13,0%) musste im September 2007 deutlich mehr bezahlt werden als vor Jahresfrist. Günstiger als vor Jahresfrist waren dagegen elektronische Bauelemente (– 12,8%).

Auch die Preise für Konsumgüter lagen im September 2007 überdurchschnittlich weit über dem Vorjahresniveau (+2,8%). Auffallend waren dabei die Preissteigerungen im Bereich der Verbrauchsgüter, die sich insgesamt um 3,0% verteuerten. Die Preise für Milch und Milcherzeugnisse lagen gegenüber dem Vorjahr um 17,5 % höher, gegenüber dem Vormonat August 2007 stiegen sie um 3,7 %. Besonders stark zogen die Preise für Milch und Rahm in Pulverform (+63,1% gegenüber September 2006) sowie für Butter und andere Fettstoffe aus Milch (+ 56,7 %) an. Milch und Rahm in flüssiger Form (+18,3%) sowie Käse und Quark (+12,9%) waren ebenfalls deutlich teurer als im September 2006. Die Jahresteuerungsrate für verarbeitete Kartoffeln und Kartoffelerzeugnisse betrug im September 2007 5,3 %, die Preise für Verlagserzeugnisse lagen um 5,0 % höher als ein Jahr zuvor.

Für Gebrauchsgüter mussten im September 2007 1,4% mehr bezahlt werden als im Vorjahresmonat, die Preise für Investitionsgüter lagen um 1,0% höher. In diesem Bereich wurden insbesondere bei Datenverarbeitungsgeräten und einrichtungen (– 30,4%) sowie bei nachrichtentechnischen Geräten und Einrichtungen (– 6,3%) starke Preisrückgänge gegenüber September 2006 beobachtet.

Gegenüber August 2007 stieg der Index der Erzeugerpreise im September 2007 um 0,2%.

Der Index der Großhandelsverkaufspreise erhöhte sich im September 2007 gegenüber September 2006 um 4,0%. In den Vormonaten August und Juli 2007 hatte die Jahresveränderungsrate bei + 2,5 bzw. + 2,6 % gelegen.

Auch im Großhandel zeigten sich die Auswirkungen der höheren Abgabepreise für Butter und andere Milchprodukte. Der Preisanstieg im Großhandel mit Milch, Milcherzeugnissen, Eiern, Speiseölen und Nahrungsfetten gegenüber dem Vorjahresmonat belief sich im September 2007 auf 18,8%. Verglichen mit September 2006 kam es im Großhandel mit Getreide, Saaten und Futtermitteln zu noch größeren Preissteigerungen (+62,9%). Für Erze, Eisen, Stahl, Nichteisenmetalle und deren Halbzeug lag die Jahresteuerungsrate auf Großhandelsebene bei +3,5%. Im Großhandel mit festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen mussten im September 2007 2,9% mehr bezahlt werden als ein Jahr zuvor. Dagegen waren die Preise für Büromaschinen und -einrichtungen auf Großhandelsebene um 12,5% niedriger als im September 2006. Obst, Gemüse und Kartoffeln waren ebenfalls günstiger (-2,3%).

Gegenüber August 2007 erhöhte sich der Großhandelspreisindex im September 2007 um 0,9%. In den Vormonaten August und Juli 2007 hatte die Monatsveränderungsrate bei +0,5 bzw. +0,4% gelegen. Auffallende Preissteigerungen gegenüber dem Vormonat gab es im September 2007 vor allem im Großhandel mit Getreide, Saaten und Futtermitteln (+14,4% nach +15,1% im August und +6,8% im Juli 2007). Im Großhandel mit Milch, Milcherzeugnissen, Eiern, Speiseölen und Nahrungsfetten stiegen die Preise im September 2007 noch deutlicher als in den Vormonaten an (+5,2% nach +5,0% im August, +2,1% im Juli und +2,7% im Juni 2007). Im Großhandel mit Mehl und Getreideprodukten waren die Produkte auf Großhandelsebene verglichen mit August 2007 um 3,4% teurer, nachdem die Preise bereits im August um 2,5 % gestiegen waren. Auch feste Brennstoffe und Mineralölerzeugnisse verteuerten sich auf Großhandelsebene (+1,7%) gegenüber dem Vormonat, die Preise im Großhandel mit Erzen, Eisen, Stahl, Nichteisenmetallen und deren Halbzeug gingen dagegen zurück (-1,0%).

	Veränderungen September 2007 gegenüber	
	August 2007	September 2006
	•	%
Großhandel mit		
Landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden		
Tieren	+9,7	+33,8
Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	+1,0	+3,8
Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	-0,1	+0,6
Rohstoffen, Halbwaren, Altmaterial und		
Reststoffen	+0,2	+3,5
Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	-0,6	-3,8
Sonstiger Großhandel	+2,2	+7,8

Für die gewerblichen Erzeugerpreise sowie für die Großhandelsverkaufspreise ergaben sich unter anderem folgende Veränderungen gegenüber dem Vormonat bzw. dem entsprechenden Vorjahresmonat:

	Veränderungen September 2007 gegenüber		
	2007	September 2006	
	•	%	
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte			
Milch und Rahm in Pulverform	+ 2,7	+63,1	
Butter und andere Fettstoffe aus Milch	+9,9	+ 56,7	
Futtermittel für Nutztiere	+9,9	+ 36,9	
Nichtmetallische Sekundärrohstoffe	+0,1	+ 26,1	
Geflügelfleisch	+6,9	+ 25,4	
Mahl- und Schälmühlenerzeugnisse	+6,0	+ 21,6	
Stärke und Stärkeerzeugnisse	+0,9	+ 18,5	
Milch und Rahm in flüssiger Form	+3,3	+ 18,3	
Spanplatten	-0,6	+13,0	
Käse und Quark	+4,1	+12,9	
Kraftstoffe	+1,9	+8,1	
Leichtes Heizöl	+6,7	+8,1	
Verarbeitete Kartoffeln und			
Kartoffelerzeugnisse	-11,0	+ 5,3	
Verlagserzeugnisse	-0,3	+ 5,0	
Metalle und Halbzeug daraus	-1,7	+3,2	
Nachrichtentechnische Geräte und			
Einrichtungen	_	-6,3	
Erdgas	-0.3	-8.3	
Elektronische Bauelemente	-1.0	-12,8	
Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	-2,2	-30,4	

	Veränderungen September 2007 gegenüber	
	August 2007	September 2006
	%	
Großhandelsverkaufspreise		
Großhandel mit:		
Getreide, Saaten und Futtermitteln	+ 14,4	+62,9
Milch, Milcherzeugnissen, Eiern, Speiseölen		
und Nahrungsfetten	+ 5,2	+18,8
Erzen, Eisen, Stahl, Nichteisenmetallen und		
Halbzeug	-1,0	+3,5
Tabakwaren	+0,1	+3,1
Festen Brennstoffen und		
Mineralölerzeugnissen	+ 1,7	+ 2,9
Obst und Gemüse	-1,6	-2,3
Lebenden Tieren	+0,7	−3 , 7
Büromaschinen und -einrichtungen	-1,4	- 12,5

Der Index der Einzelhandelspreise lag im September 2007 um 2,0% höher als im Vorjahresmonat. Im August und im Juli 2007 hatte die Jahresveränderungsrate +1,7 bzw. +1,6% betragen. Gegenüber August 2007 stieg der Einzelhandelspreisindex um 0,6%.

Der *Verbraucherpreisindex für Deutschland* erhöhte sich von September 2006 bis September 2007 um 2,4%. Im August und im Juli 2007 hatte die Jahresveränderungsrate jeweils + 1,9% betragen.

Die Preisentwicklung bei den Mineralölprodukten hatte erheblichen Einfluss auf die Jahresteuerungsrate: Ohne Heizöl und Kraftstoffe hätte die Teuerungsrate im September 2007 bei 2,2% gelegen. Die Preise für Kraftstoffe lagen um 8,9% höher als im Vorjahresmonat, leichtes Heizöl war um 3,1% teurer als ein Jahr zuvor. Diese Teuerungsraten resultieren in erster Linie aus einem statistischen Basiseffekt: Im Vorjahresmonat September 2006 waren die Preise für diese Produkte gegenüber August 2006 deutlich zurückgegangen.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat September 2006 war die Haushaltsenergie insgesamt im September 2007 um 4,1% teurer. Die Preise für Strom lagen mit +7,4% weit über dem Vorjahresniveau, während sich die Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme (+2,2%) sowie Gas (+1,4%) weniger stark als die Verbraucherpreise insgesamt verteuerten.

Die Preise für Nahrungsmittel lagen gegenüber September 2006 um 2,7% höher. Für Speisefette und -öle (+24,2%; darunter Butter: +43,1%) sowie für Milchprodukte und Eier (+6,8%; darunter Speisequark: +25,9% und Vollmilch: +13,5%) mussten die Verbraucher deutlich mehr bezahlen als ein Jahr zuvor. Auch Brot und Getreidewaren (+3,3%; darunter Brötchen: +6,2%) waren im September 2007 deutlich teurer als im Vorjahresmonat. Die Preise für Gemüse lagen dagegen um 5,9% niedriger als im September 2006.

Im Bereich der Dienstleistungen lag im September 2007 die Jahresteuerungsrate für das Bildungswesen bei + 27,0 %. Wegen der Einführung der Studiengebühren in einigen Bundesländern hatte sich der entsprechende Index bereits im April 2007 stark erhöht. Auch Verkehrsdienstleistungen (+ 3,4 %) wiesen im September 2007 überdurchschnittliche Preissteigerungen gegenüber dem Vorjahr auf.

Schaubild 2

Ausgewählte Reihen aus dem Verbraucherpreisindex für Deutschland im September 2007 Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in % Gesamtindex 2,4 Nahrungsmittel und 2,5 alkoholfreie Getränke Alkoholische Getränke, Tabakwaren 3,7 Bekleidung und Schuhe Wohnung, Wasser, Strom, 1,8 Gas und andere Brennstoffe Einrichtungsgegenstände u. Ä. für den Haushalt sowie deren Instandhaltung 1.6 Gesundheitspflege 1,4 Verkehr 4,6 Nachrichtenübermittlung 0,2 Freizeit, Unterhaltung und Kultur 1,1 Bildungswesen 27.0 Beherbergungs- und 2,9 Gaststättendienstleistungen Andere Waren und Dienstleistungen 2007 - 01 - 0054

Langlebige Gebrauchsgüter waren im September 2007 um 1,4 % teurer als im entsprechenden Vorjahresmonat. Im gleichen Zeitraum verteuerten sich Gebrauchsgüter mit mittlerer Lebensdauer um 1,0 %, Dienstleistungen um 2,1 %. Der stärkste Preisanstieg wurde mit + 3,8 % bei den Verbrauchsgütern beobachtet.

Gegenüber dem Vormonat stieg der Verbraucherpreisindex um 0,1 %. Saisonübliche Preisveränderungen wirkten gegensätzlich auf die Veränderung des Index gegenüber August 2007: Während die Preisentwicklungen bei Beherbergungsdienstleistungen (–8,9%), Pauschalreisen (–5,8%), Obst (–3,1%) und Gemüse (–2,4%) dämpfend auf die monatliche Veränderungsrate wirkten, musste für Bekleidung und Schuhe deutlich mehr bezahlt werden (+3,1%).

Im Bereich der Nahrungsmittel verteuerten sich im September 2007 vor allem Butter und Molkereiprodukte gegenüber August 2007 erheblich. Nachdem die Butterpreise bereits im August 2007 gegenüber dem Vormonat um 31,9% gestiegen waren, mussten im September 2007 4,8% mehr bezahlt werden als einen Monat zuvor. Speisequark verteuerte sich gegenüber August 2007 um 19,7%.

Der für europäische Zwecke berechnete *Harmonisierte Verbraucherpreisindex* für Deutschland erhöhte sich im Sep-

Verbraucherpreisindex für Deutschland auf Basis 2000 = 100

	Veränderungen September 2007 gegenüber	
	August 2007	September 2006
	%	
Gesamtindex	+0,1	+ 2,4
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	+0,4	+ 2,5
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	_	+ 3,7
Bekleidung und Schuhe	+3,1	+0,9
Wohnung, Wasser, Strom, Gas usw	+0,3	+ 1,8
Einrichtungsgegenstände, Apparate, Geräte und		
Ausrüstungen für den Haushalt u. Ä	+0,4	+ 1,6
Gesundheitspflege	+0,1	+ 1,4
Verkehr	+0,3	+ 4,6
Nachrichtenübermittlung	-0,1	+0,2
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	-1,0	+ 1,1
Bildungswesen	-0,2	+27,0
Beherbergungs- und		
Gaststättendienstleistungen	-1,7	+ 2,9
Andere Waren und Dienstleistungen	-0,1	+ 2,1

tember 2007 gegenüber September 2006 um 2,7 % (+0,2 % gegenüber dem Vormonat). In den Vormonaten (März bis August 2007) hatte die Jahresveränderungsrate des Harmonisierten Verbraucherpreisindex jeweils + 2,0 % betragen. In der Eurozone betrug die Inflationsrate im September 2007 + 2,1 %.

Prof. Dr. Reiner Hans Dinkel, Dipl.-Demograph Thomas Salzmann, Universität Rostock

Die Kohortendarstellung der Migration am Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns

Je kleiner der Bevölkerungsbestand eines Landes ist, desto bedeutender wird die Migration für die Bevölkerungsdynamik und damit auch für Bevölkerungsprognosen. Vorausberechnungen der jährlichen Zahl von Zu- und Fortzügen sowie deren Alters- und Geschlechtsstruktur sind mit einer noch größeren Unsicherheit behaftet als Aussagen über die zukünftige Fertilität und Mortalität. Weder die Verwendung von Trendextrapolationen noch parametrische bzw. nichtparametrische Regressionsmodelle erscheinen für diese Aufgabe geeignet. Im Fall der Prognose von Fertilität und Mortalität trägt eine Kohortenanalyse sinnvolle und zusätzliche Informationen bei. Gleiches gilt auch für die Entwicklung der Migration, was in diesem Beitrag am Beispiel der Wanderungen von und nach Mecklenburg-Vorpommern demonstriert werden soll. Um die spezifische Situation der Fort- und Zuzüge von und nach Mecklenburg-Vorpommern einzuordnen, wird zunächst ein knapper Überblick über die jüngere Migrationsgeschichte in diesem Bundesland gegeben.

Wie bei Gastbeiträgen in Wirtschaft und Statistik üblich, zeichnen für die darin getroffenen Annahmen und Aussagen allein die Autoren verantwortlich.

Die Wanderungen von und nach Mecklenburg-Vorpommern

Unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkriegs erfuhr das heutige Mecklenburg-Vorpommern eine erhebliche Zuwanderung durch Flüchtlinge und Vertriebene. Auch nach der Gründung der ehemaligen DDR wiesen die drei Nordbezirke Rostock, Schwerin und Neubrandenburg zeitweise mehr Zuzüge als Fortzüge auf. Dieser Zugewinn an Einwohnern wurde noch zu DDR-Zeiten durch Nettoabwanderung primär in Richtung Berlin und in die industriellen Ballungsräume des heutigen Sachsens abgelöst.1) Die unmittelbare Wendeund Nachwendezeit hat mit Ausnahme Brandenburgs in allen neuen Ländern zu erheblichen Nettowanderungsverlusten geführt. In Mecklenburg-Vorpommern hält die Nettoabwanderung noch immer an und stellt die Überlebensfähigkeit des von der Bevölkerungszahl kleinsten der neuen Bundesländer infrage. Dabei hat Mecklenburg-Vorpommern noch den besonderen Vorteil, dass in den beiden Landkreisen Nordwestmecklenburg (unmittelbar an Lübeck angrenzend) und Ludwigslust (am Rande des "Hamburger Speckgürtels") erhebliche Wanderungsgewinne zu verzeichnen waren.2) Wanderungen über die Landesgrenzen sind fast ausschließlich Binnenwanderung mit anderen Bundesländern. Die Wanderungssalden Mecklenburg-Vorpommerns über die Grenzen des Bundesgebietes sind gering, aber seit 1990 durchgängig positiv. Die hier betrachtete Wanderung über die Landesgrenzen schließt sowohl die Wanderungen in andere Bundesländer als auch die Wanderung über die Bundesgrenzen ein.

Mecklenburg-Vorpommern wies in den letzten Jahren eine "relativ durchschnittliche" Abwanderung je 1000 Einwoh-

¹⁾ Siehe Grundmann, L./Schmidt, H.: "Merkmale und Entwicklungstendenzen der Industrie- und Bevölkerungsstruktur in den Ballungsgebieten der DDR" in Beiträge zur Geographie, 31, 1983, S. 103 ff. sowie Belwe, K.: "Migration in der DDR – Landflucht und Verstädterung" in Deutschland Archiv – Zeitschrift für Fragen der DDR und der Deutschlandpolitik, 6, 1987, S. 515 ff.

²⁾ Siehe Dinkel, R. H.: "Die Auswirkungen der Migration auf die Bevölkerungsentwicklung Mecklenburg-Vorpommerns" in Werz, N./Nuthmann, R. (Hrsg.): "Abwanderung und Migration in Mecklenburg und Vorpommern", Wiesbaden 2004, S. 183 ff.

Zuzüge und Fortzüge ie	00 Einwohner über die Landesgrenzen für ausgewäh	ilte Bundesländer

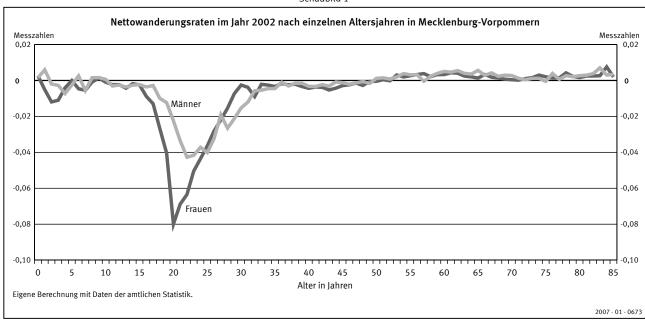
Land	2002		2003			
Lanu	Zuzüge	Fortzüge	Saldo	Zuzüge	Fortzüge	Saldo
Mecklenburg-Vorpommern Brandenburg Sachsen Sachsen-Anhalt	18,71 26,92 14,90 15,28	24,71 27,64 18,69 22,80	-6,01 -0,72 -3,80 -7,52	18,58 26,45 15,19 15,91	22,94 26,04 17,28 21,15 18.14	- 4,36 + 0,40 - 2,08 - 5,24
Thüringen Baden-Württemberg Bayern Schleswig-Holstein Deutschland	14,44 26,14 22,88 28,81 24,18	18,74 20,88 17,75 22,69 21,53	-4,36 +5,26 +5,13 +6,12 +2,66	14,15 23,87 20,97 27,40 22,83	20,95 17,24 22,80 21,10	-4,00 +2,92 +3,74 +4,60 +1,73
Alte Bundesländer (ohne Berlin) Neue Bundesländer (ohne Berlin)	24,91 17,66	20,81 21,94	+4,10 -4,28	23,29 17,72	20,54 20,55	+ 2,75 + 2,75 - 2,83

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnung.

ner auf, was stellvertretend die Werte der Jahre 2002 und 2003 in der Tabelle zeigen. Bei den Zuzügen je 1000 Einwohner ergibt sich eine andere Situation: Hier hat Mecklenburg-Vorpommern höhere Werte als Sachsen, Thüringen oder Sachsen-Anhalt zu verzeichnen. Vergleicht man aber die Werte der neuen mit denen der alten Länder, wird das Missverhältnis deutlich: Den neuen Ländern fehlen die Zuzüge. So liegen die Werte Mecklenburg-Vorpommerns mit 18,71 bzw. 18,58 Zuzügen je 1 000 Einwohner (im Jahr 2002 und 2003) deutlich unter den Werten der alten Bundesländer. Diese Divergenz ist verantwortlich für den ungewöhnlich hohen Negativsaldo von -6,01 bzw. -4,36 Personen je 1 000 Einwohner. Übertroffen wird Mecklenburg-Vorpommern dabei nur noch von Sachsen-Anhalt. Das Land Brandenburg bildet in diesem Zusammenhang eine Ausnahme, da hier vor allem Stadt-Umland-Wanderungen mit Berlin stattfinden.

Für die Beurteilung der Folgen der Wanderungsbewegungen von und nach Mecklenburg-Vorpommern zeigt eine Betrachtung nach einzelnen Altersjahren in Schaubild 1 die besondere Situation des Landes. Die Wanderungsverluste konzentrieren sich ausschließlich zwischen den Altersstufen 15 und 30 mit einem Maximum beim Alter 20. Dabei sind die negativen Nettowanderungsraten der Frauen um das Alter 20 seit Jahren nahezu doppelt so hoch wie die der Männer. Ein Wert von −0,08 (beispielsweise im Alter 20 im Jahr 2002) besagt, dass allein in diesem einen Jahr netto acht von hundert in Mecklenburg-Vorpommern lebenden Frauen dieser Altersstufe das Bundesland verließen. Auch hier gilt: Die altersspezifischen Fortzüge je 1 000 Frauen liegen verglichen mit den anderen Bundesländern im Durchschnitt. Die Kombination von relativ durchschnittlichen Fortzügen je 1 000 Frauen mit unterdurchschnittlichen Zuzügen je 1000 Frauen führt allerdings gerade in diesen Altersstufen zu ungewöhnlich hohen Nettowanderungsverlusten. Unterhalb von Alter 15 und oberhalb von Alter 30 ist der Nettowanderungssaldo beider Geschlechter mehr oder weniger ausgeglichen.

Schaubild 1



Die Migration in Kohortenbetrachtung am Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns

Kohortenanalysen der Migration wurden bislang bestenfalls sporadisch durch Nutzung von Befragungsdaten³) durchgeführt. Aber auch die Daten der amtlichen Fortschreibungsstatistik lassen sich in Kohortenlogik überführen. Die Zahl der Lebendgeborenen eines Geburtsjahrgangs y in einer bestimmten räumlichen Einheit (im konkreten Fall dem Bundesland Mecklenburg-Vorpommern) ist durch Messung bekannt. Diese Bestände können sich in den folgenden 100 oder 110 Jahren nur durch Sterblichkeit und durch Zu- bzw. Abwanderung verändern. Tritt keine Migration auf, verringert sich der Bestand der Nulljährigen eines Jahrgangs v im weiteren Alters- und Zeitdurchlauf entsprechend der *l(x)*-Werte der Kohortensterbetafel dieses Geburtsjahrgangs. Die ausschließlich durch Mortalität veränderte Besetzungszahl wird im Weiteren als "erwarteter Bestand" eines Geburtsjahrgangs y bezeichnet. Unterschiede zwischen tatsächlichem und erwartetem Bestand müssen dann auf Migration zurückgehen. Die tatsächlichen Bestände der Geburtsjahrgänge können mit den Daten der amtlichen Statistik gemessen werden, wobei jeweils die Jahresendbestände verwendet werden, bei denen Alters- und Geburtsjahrgang identisch sind. Sind die Geburten eines Jahrgangs über das Kalenderjahr gleich verteilt, befinden sich die Mitglieder dieses Geburtsjahrgangs am Jahresende im Durchschnitt im Alter x + 0.5.

Die Gegenüberstellung von erwartetem $[P(E, x)_y]$ und tatsächlichem Jahresendbestand $[P(x)_y]$ eines Jahrgangs y zum Jahresende t zeigt die Wirkung von vorangegangener kumulierter Nettomigration. Leben beispielsweise vom Jahrgang y im Alter 40,5 tatsächlich 5000 Personen mehr als erwartet, stellen diese 5000 Personen die kumulierte Zahl der noch lebenden vorangegangenen Nettozu- oder -fortzüge dieses Jahrgangs zwischen Geburt und Alter 40,5 dar. Dabei könnten beispielsweise im Alter 20 insgesamt 15000 Personen zugewandert, im Alter 28 dann 9800 Personen abgewandert sein und von der Differenz von 5200 Personen bis zum Alter 40,5 insgesamt 5000 Personen überlebt haben. Grundsätzlich können aber auch ganz andere Bruttomigrationsprozesse für die Zahl von 5000 zusätzlichen Personen im Alter 40,5 verantwortlich gewesen sein.

Nehmen wir an, ein Jahr vorher (im Alter 39,5) wäre der tatsächliche Bestand dieses Jahrgangs um 4800 Personen höher als der erwartete Bestand gewesen. Weiterhin sei bekannt, dass gemäß der Kohortensterbetafel dieses Jahrgangs insgesamt 80 Personen zwischen Alter 39,5 und 40,5

sterben. Aus einem Mehrbestand von 5000 Personen im Alter 40,5 lässt sich dann schließen, dass in diesem Altersintervall 280 Nettozuzüge stattgefunden haben müssen. Betrachtet man die Werte eines Geburtsjahrgangs auf diese Weise Jahr für Jahr, Altersstufe für Altersstufe, entsteht ein lückenloses Bild der Nettowanderungsgeschichte dieses Jahrgangs. Faktisch ist das Verfahren wesentlich anschaulicher, als es die theoretischen Überlegungen erscheinen lassen. Die Methode weist eine gewisse Ähnlichkeit mit der Logik des Residualverfahrens von Siegel und Hamilton⁴) auf, mit der beispielsweise in den Vereinigten Staaten Nettowanderung als Differenz zwischen zwei Volkszählungsbeständen und der natürlichen Bevölkerungsentwicklung gemessen wird.5) In abgewandelter Form wird dieses Verfahren auch zur Schätzung der "unauthorized immigration" zwischen zwei Zeitpunkten amerikanischer Volkszählungen angewandt.6)

Die Zahl der Lebendgeborenen eines Kalenderjahres ist für das heutige Bundesland Mecklenburg-Vorpommern seit 1980 bekannt.7) Die Zahlen für die Geburtsjahrgänge 1955 bis 1979 wurden von uns aus den vorliegenden Bezirksdaten berechnet. Die Jahresendbestände nach einzelnen Altersjahren wurden rückwirkend bis zum Jahr 1981 vom Statistischen Landesamt Mecklenburg-Vorpommern für die heutigen Gebietsgrenzen bestimmt und den Autoren zur Verfügung gestellt. Mit Hilfe des Sterbeziffernverfahrens auf der Basis von Jahresendbeständen wurden aus den Jahresendbeständen und den Sterbefällen nach einzelnen Altersjahren Periodensterbetafeln für Mecklenburg-Vorpommern für den Zeitraum von 1982 bis 2004 berechnet und deren Ergebnisse in Kohortenlogik umgestellt. Für den Zeitraum von 1955 bis 1981 wurden die von Dinkel⁸) erstellten Kohortensterbetafeln für die gesamte ehemalige DDR verwendet. Damit ist es für die Geburtsjahrgänge ab 1955 möglich, tatsächliche und erwartete Jahresendbestände nach dem Einzelalter ab dem 31.12.1981 bis zum Jahresende 2004 zu vergleichen.

Wir wollen das Berechnungsverfahren am Beispiel des weiblichen Jahrgangs 1989 verdeutlichen: Von den 12663 Lebendgeborenen dieses Jahrgangs hätten bis zum 31.12.2004 – im Alter 15,5 – 12541 Jugendliche überlebt, wenn nur die Sterblichkeit entsprechend der Sterbetafel dieses Jahrgangs gewirkt hätte. Der tatsächliche Jahresendbestand am 31.12.2004 lag jedoch bei 11568 Personen. Die Differenz von – 973 Personen stellt die Zahl des durch vorangegangene Migration entstandenen Fehlbestandes von Mitgliedern dieses Jahrgangs zwischen Geburt und Alter 15,5 dar. Anstelle der absoluten Differenz zwischen dem tatsächlichen und dem erwarteten Jahresendbestand wollen

³⁾ Siehe Wagner, M.: "Räumliche Mobilität im Lebensverlauf. Eine empirische Untersuchung sozialer Bedingungen der Migration", Stuttgart 1989; Birg, H./Flöthmann, E.J./Heins, F./Reiter, I.: "Migrationsanlyse – Empirische Längsschnitt- und Querschnittanalysen auf der Grundlage von Mikro- und Makromodellen für die Bundesrepublik Deutschland" in Forschungen zur Raumentwicklung, Band 22, Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung 1993; Flöthmann, E.J.: "Muster des Migrationsverhaltens aus kohortenanalytischer Sicht" in Acta Demographica 1993, Heidelberg 1994, S. 125 ff.

⁴⁾ Siehe Siegel, J. S./Hamilton, C. H.: "Some Considerations in the Use of the Residual Method of Estimating Net Migration" in Journal of the American Statistical Association, Vol. 47, Nr. 259, S. 475 ff.

⁵⁾ Siehe Edmonston, B./Michalowski, M.: "International Migration" in Siegel, J. S./Swanson, D. A. (Hrsg.): "The Methods and Materials of Demography", San Diego 2004, S. 455 ff.

⁶⁾ Siehe Costanzo, J./Davis, C.J./Irazi, C./Goodkind, D. M./Ramirez, R. R.: "Evaluating Components of International Migration: The Residual Foreign-Born", Population Division Working Paper Series No. 61, U.S. Bureau of the Census, Washington D. C. 2001.

⁷⁾ Siehe Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): "Statistisches Jahrbuch 2005", Schwerin 2005.

⁸⁾ Siehe Dinkel, R. H.: "Kohortensterbetafeln für die Geburtsjahrgänge 1900 bis 1962 in beiden Teilen Deutschlands" in Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Vol. 18, 1992, S. 95 ff.

wir im Weiteren die Relation zwischen den beiden Beständen $[k(x)_v]$ betrachten:

$$k(x)_{y} = \frac{P(x)_{y}}{P(E,x)_{y}}.$$

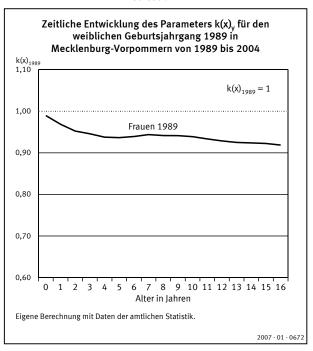
Ist der Wert des Parameters $k(x)_y$ im Alter x größer als Eins, muss dieser Jahrgang zwischen Alter Null und Alter x eine kumulierte Nettozuwanderung erfahren haben. Ein Wert kleiner als Eins steht für eine kumulierte Nettoabwanderung zwischen Geburt und Alter x. Ein Wert von $k(x)_y$ gleich Eins muss jedoch nicht bedeuten, dass zwischen Alter Null und Alter x keine Migration stattfand. Es können durchaus Personen in unterschiedlichen Altersstufen zu- und abgewandert sein, deren Bestände (reduziert durch Mortalität) sich im Alter x gegenseitig kompensiert haben.

In Schaubild 2 ist zu erkennen, dass der weibliche Geburtsjahrgang 1989 vor allem in den ersten vier Lebensjahren eine starke Nettoabwanderung erfuhr. Am Jahresende 2004 (im vollendeten Alter von 15 Jahren) lebten in Mecklenburg-Vorpommern nur noch 93 % des Bestandes, der ohne Migration zustande gekommen wäre.

Die Auswirkungen von Nettomigration auf die Bestände ausgewählter Geburtsjahrgänge in Mecklenburg-Vorpommern

Im Rahmen dieses Beitrags wird der Verlauf des Parameters $k(x)_y$ nur für ausgewählte Jahrgänge dargestellt, mit denen einige prototypische Entwicklungen verdeutlicht werden können. Für den Jahrgang 1955 kann der Parameter $k(x)_{1955}$ ab dem Alter 26 berechnet werden, da die Jahres-

Schaubild 2



endbestände nach einzelnen Altersjahren für Mecklenburg-Vorpommern in den heutigen Landesgrenzen erst ab 1981 verfügbar sind. Zu diesem Zeitpunkt hatte die vorangegangene kumulierte Nettomigration zwischen dem Alter Null und dem Alter 26 die tatsächlichen Jahresendbestände beider Geschlechter bereits auf 89% (Männer) bzw. 85% (Frauen) der erwarteten Bestände reduziert (siehe Schaubild 3). Ein Teil der kumulierten Nettowanderungsverluste ist dabei (ohne dass es direkt nachzuweisen ist) auf Abwanderung bis zum Mauerbau im Jahr 1961 zurückzuführen. In der Regel verließen bis zum Jahr 1961, in dem die Mitglieder

Schaubild 3

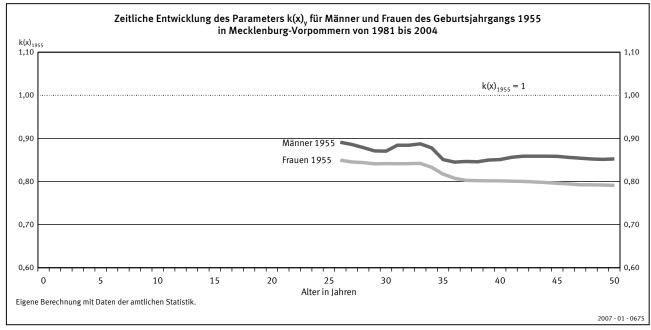
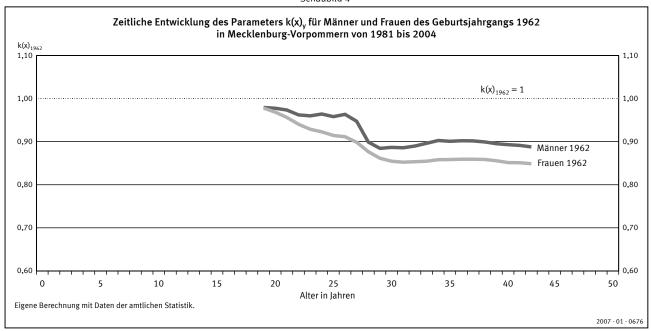


Schaubild 4



des Jahrgangs 1955 das vollendete Alter von sechs Jahren erreichten, ganze Familien das Gebiet der ehemaligen DDR in Richtung Westen.

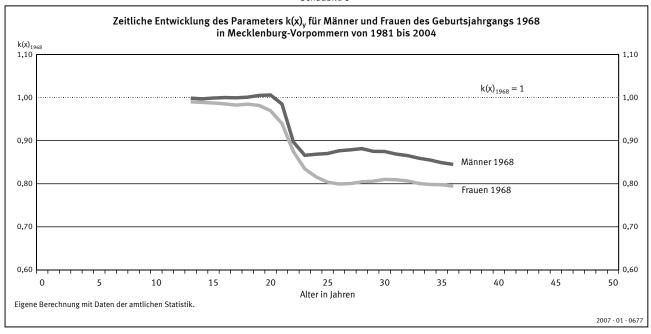
Erstaunlicherweise treten bei den Parameterwerten $k(x)_{1955}$ bereits ab 1981 erkennbare Unterschiede zwischen den Geschlechtern auf. Die kumulierten Nettowanderungsverluste der Frauen sind während des gesamten Betrachtungszeitraums höher als die der Männer. Bis zum vollendeten Alter von 34 Jahren (im Jahr 1989) veränderte sich der Parameter $k(x)_{1955}$ für Männer und Frauen nicht mehr wesentlich. Erst in den Wendejahren 1989 bis 1991 reduzierte sich der Wert für beide Geschlechter neuerlich und blieb in den Folgejahren dann mehr oder weniger unverändert. Am Jahresende 2004 lebten vom erwarteten Bestand dieses Jahrgangs tatsächlich noch 79 % der Frauen bzw. 85 % der Männer in Mecklenburg-Vorpommern.

Für den Jahrgang 1962 kann die Auswirkung der kumulierten Nettomigration seit Geburt auf die Bevölkerungsbestände ab dem Alter von 19 Jahren beobachtet werden. Zu diesem Zeitpunkt waren die Nettowanderungsverluste gering und der Wert $k(19)_{1962}$ war für beide Geschlechter mit 97 % nahezu identisch (siehe Schaubild 4). Der Bau der Mauer (1961) konnte für diesen Jahrgang keinen Einfluss mehr haben. Eine Veränderung des Parameters $k(x)_v$ des Geburtsjahrgangs 1962 (und aller nachfolgenden Jahrgänge) musste demnach in der Regel durch Wanderungen mit den anderen Bezirken der ehemaligen DDR erfolgen. Bis zur Maueröffnung im Jahr 1989 (im Alter von 27 Jahren) fand weitere Nettoabwanderung statt, die bei den Frauen zu einer stärkeren Reduktion der tatsächlichen Bestände führte als bei den Männern. Die Wirkungen der Wendezeit sind beim Jahrgang 1962 wesentlich deutlicher zu erkennen als für den vorher betrachteten Jahrgang 1955. Innerhalb von nur drei Jahren verringerten sich die Werte für $k(x)_{1962}$ bei beiden Geschlechtern des Jahrgangs 1962 um weitere fünf Prozentpunkte auf 0,88 für die Männer bzw. 0,85 für die Frauen. In den letzten Jahren sind für diesen Geburtsjahrgang mehr oder weniger ausgeglichene Wanderungssalden und damit relativ unveränderte Werte von $k(x)_{1962}$ zu beobachten.

Für den Jahrgang 1968 lassen sich die Werte des Parameters $k(x)_{1968}$ ab dem Alter von 13 Jahren darstellen (siehe Schaubild 5). Bis zum Jahr 1989 entsprechen bei den Männern die erwarteten den tatsächlichen Jahresendbeständen. Bei den Frauen dieses Jahrgangs zeigen die k(x)-Werte bereits eine geringe Nettoabwanderung auf. Im Jahr 1989 wurden die Mitglieder des Jahrgangs 1968 21 Jahre alt und befanden sich gerade in jenem Altersbereich, in dem die altersspezifischen Wanderungsraten allgemein besonders hoch sind.9) Bei diesem und den nachfolgenden Geburtsjahrgängen (bis zum Jahrgang 1990) mischen und verstärken sich deshalb die Auswirkungen der deutschen Vereinigung (Periodeneffekt) und der "normale" Alterseffekt. Zwischen dem Alter von 21 und 24 Jahren (innerhalb von drei Jahren) reduzierten sich die entsprechenden Werte von $k(x)_{1968}$ auf 0,80 bei den Frauen bzw. auf 0,87 bei den Männern. Die kumulierte Nettomigration hat demzufolge bis zu diesem Zeitpunkt die tatsächlichen Bestände der Frauen erneut stärker reduziert als die der Männer. Oberhalb des Alters von 25 Jahren ist eine relative Stabilisierung des Parameters $k(x)_{1968}$ und damit auch des kumulierten Nettomigrationsverlustes für diesen Jahrgang zu erkennen. Ein weiterer bedeutender Bestandsverlust durch Nettoabwanderung ist für diesen Jahrgang in der Zukunft also nicht mehr sehr wahrscheinlich.

⁹⁾ Siehe Rogers, A./Castro, L.J.: "Age Patterns of Migration: Cause-Specific Profiles" in Rogers, A. (Hrsg.): "Advances in Multiregional Demography", Laxenburg 1981, S. 125 ff.

Schaubild 5



Ein extremes Ausmaß der kumulierten Nettoabwanderung auf die Entwicklung der Jahresendbestände wird für den Jahrgang 1977 sichtbar, der sich im Jahr 1989 im Alter von 12 Jahren befand. Zu diesem Zeitpunkt hatte dieser Jahrgang die Altersstufen mit den höchsten Nettowanderungsraten (siehe Schaubild 1) noch nicht erreicht. Dennoch lag der tatsächliche Jahresendbestand für beide Geschlechter bereits im Alter von 12 Jahren nur noch bei 95 % der erwarteten Bestände. Bis zum Jahresende 2004 (im vollendeten Alter von 27 Jahren) hat die kumulierte Nettoabwanderung in diesem Jahrgang die tatsächlichen Bestände der Frauen auf nur noch 62 % und die der Männer auf 72 % der erwarteten Bestände reduziert (siehe Schaubild 6). Wie bei allen

vorangegangenen Geburtsjahrgängen fällt die kumulierte Nettoabwanderung für Männer oberhalb des Alters von 16 Jahren deutlich geringer aus als für die Frauen. In Zukunft sind weitere Nettowanderungsverluste für diesen Jahrgang nicht unwahrscheinlich, da die Altersstufen mit den besonders hohen Wanderungsraten noch nicht vollständig durchschritten sind. Eine Reduktion der weiblichen Jahrgangsstärke auf Werte in der Nähe von 50% gegenüber den erwarteten Beständen erscheint aufgrund dessen möglich.

Abschließend wird der Verlauf der k(x)-Werte für den Jahrgang 1985 betrachtet. Anders als für die vorangestellten Jahrgänge ist hier eine Berechnung des Parameters $k(x)_y$

Schaubild 6

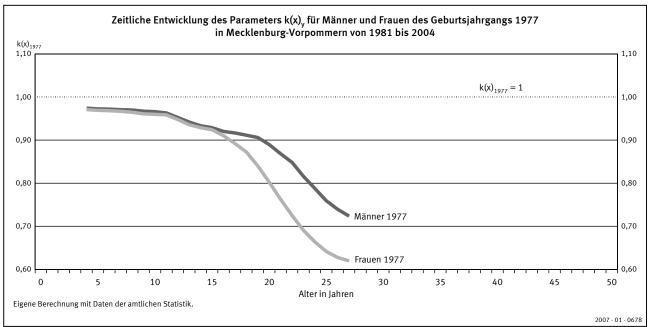
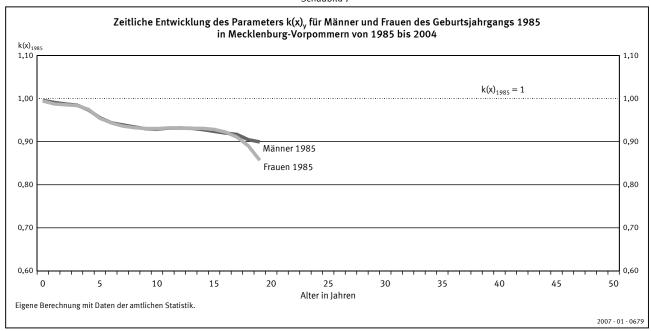


Schaubild 7



bereits ab dem Alter von O Jahren möglich. Bis zum vollendeten Alter von 16 Jahren sind für beide Geschlechter nahezu gleichartige relative Nettowanderungsverluste zu erkennen. In den ersten fünf Lebensjahren sank der Parameter $k(x)_{1985}$ auf einen Wert von 0,93. Ab dem Beginn des schulpflichtigen Alters ist für die nächsten Jahre keine weitere Veränderung von $k(x)_{1985}$ zu erkennen. Die gleichgerichtete Entwicklung von $k(x)_{1985}$ für beide Geschlechter bis zum Alter von 16 Jahren kann im Wesentlichen auf die Wanderung ganzer Familien zurückgeführt werden. Erst ab dem Beginn von Ausbildungsplatz- oder Arbeitsplatzsuche verringert sich durch kumulierte Nettoabwanderung der tatsächliche gegenüber dem erwarteten Jahresendbestand weiter und eine unterschiedliche Entwicklung von $k(x)_{1985}$ zwischen den Geschlechtern beginnt sich in den Werten bis zum Jahr 2004 bereits abzuzeichnen (siehe Schaubild 7).

Wie ist dieser erhebliche Nettoabwanderungsverlust zu erklären? Jene Geburtsjahrgänge, die vor 1990 geboren wurden, sind in allen neuen Ländern relativ betrachtet bereits bei Geburt wesentlich stärker besetzt als in den alten Ländern. So wurden zwischen 1980 und 1985 in Mecklenburg-Vorpommern noch durchschnittlich 30 000 Lebendgeburten jährlich gezählt10), während im Jahrgang 1994 nur noch 9000 Geburten erfolgten. Die geburtenstarken Jahrgänge suchten in den letzten Jahren einen Studien- oder Ausbildungsplatz und nach Abschluss der Ausbildung einen adäquaten Arbeitsplatz, den sie in den neuen Ländern nicht finden konnten. Der Mangel an Lehrstellen und Arbeitsplätzen im Land führte zu einer Abwanderung hauptsächlich in Richtung der Ballungszentren in den alten Bundesländern, im Falle Mecklenburg-Vorpommerns vor allem in Richtung Hamburg. Anders als in den westlichen Bundesländern blieben gleichzeitig die Zuwanderungszahlen zurück und führten zu negativen Salden.

Für die künftige Entwicklung der Wanderungszahlen über die Landesgrenzen Mecklenburg-Vorpommerns sind diese Informationen von besonderer Bedeutung. Die Abwanderung in einer bestimmten Altersstufe muss sich aus der Zahl der Lebenden dieser Altersstufe im Land rekrutieren. Wenn in den nächsten Jahren wesentlich geringer besetzte Jahrgänge in die "wanderungsintensiven" Altersstufen nachrücken, muss auch das Abwanderungspotenzial entsprechend sinken. Gab es in den vergangenen Jahren beispielsweise noch einen erheblichen Lehrstellenmangel, wird sich dieses Verhältnis bei einem annähernd konstanten Lehrstellenangebot umkehren. Die anschließenden geburtenschwachen Jahrgänge, die künftig das Aus- und Weiterbildungsalter erreichen, weisen auch ohne Abwanderung in ihren Beständen auf ein Drittel reduzierte Besetzungszahlen auf. Zudem war in den letzten Jahren vor allem in den Altersgruppen zwischen dem Alter von 18 Jahren bis zum Alter von 26 Jahren ein Anstieg der absoluten Zuzugszahlen zu beobachten. Für die gering besetzten Geburtsjahrgänge ab 1990 könnten sich deshalb künftig die heutigen Nettowanderungsverluste in Nettowanderungsgewinne umkehren.¹¹)

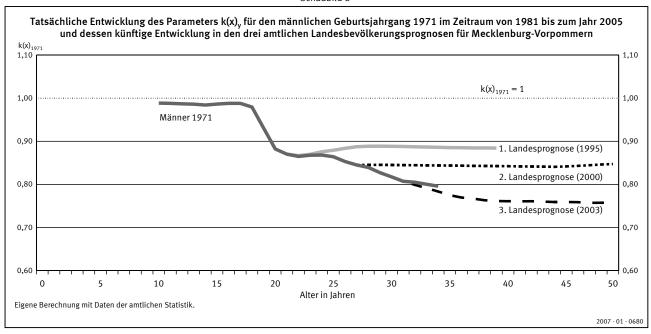
Die Kohortendarstellung der Migration als Plausibilitätsprüfung für die Wanderungsannahmen in Bevölkerungsprognosen

Der Ungewissheit über die künftigen Wanderungsbewegungen müssen sich auch Bevölkerungsprognosen stellen.

¹⁰⁾ Siehe Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): "Natürliche Bevölkerungsbewegung in Mecklenburg-Vorpommern 2003" in Statistische Berichte, A II-j, Schwerin 2004.

¹¹⁾ Siehe Dinkel, R. H./Salzmann, T./Kohls, M.: "Die zukünftige Bevölkerungsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern: Weniger dramatisch als bislang befürchtet, aber weiterhin besorgniserregend", http://www.wiwi.uni-rostock.de/~demograf/ (Stand: 11. Oktober 2007).

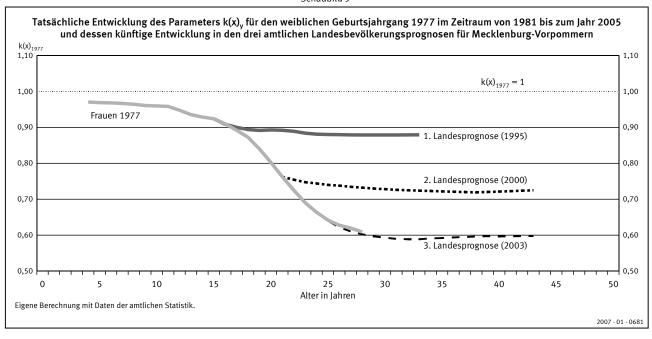
Schaubild 8



Neben der Illustration der Auswirkungen von bereits stattgefundener kumulierter Nettomigration kann die Kohortendarstellung auch zur Einschätzung von Wanderungsannahmen in Bevölkerungsprognosen genutzt werden. Mit Hilfe der Kohortendarstellung wird im Weiteren untersucht, wie die Migrationsannahmen in den drei amtlichen Bevölkerungsvorausberechnungen für Mecklenburg-Vorpommern mit der

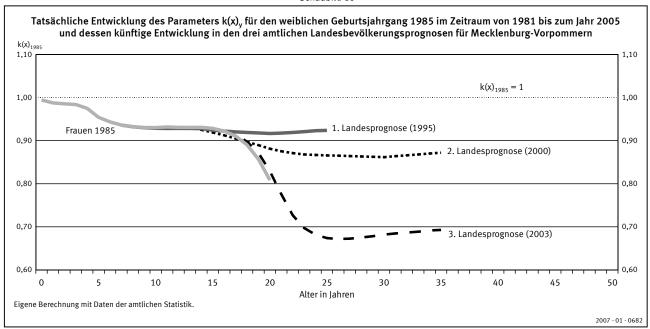
bisherigen tatsächlichen Entwicklung übereinstimmen.¹²) Erneut werden die Jahrgänge 1977 und 1985 der Frauen herangezogen und zusätzlich die Jahrgänge 1971 und 1995 der Männer betrachtet (Schaubilder 8 bis 11). Da die Annahmen zur künftigen Migration über die Landesgrenzen in den amtlichen Landesprognosen in Periodenbetrachtung formuliert wurden, müssen diese für unsere Fragestellung wiederum

Schaubild 9



¹²⁾ Siehe Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): "1. Landesprognose (Basisjahr 1992) – Bevölkerungsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern bis 2010" in Statistisches Berichte, Schwerin 1995; Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): "2. Landesprognose (Basisjahr 1998) – Bevölkerungsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern bis 2020" in Statistische Berichte, Schwerin 2000; Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): "3. Landesprognose (Basisjahr 2001) – Bevölkerungsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern bis 2020" in Statistische Berichte, Schwerin 2003.

Schaubild 10



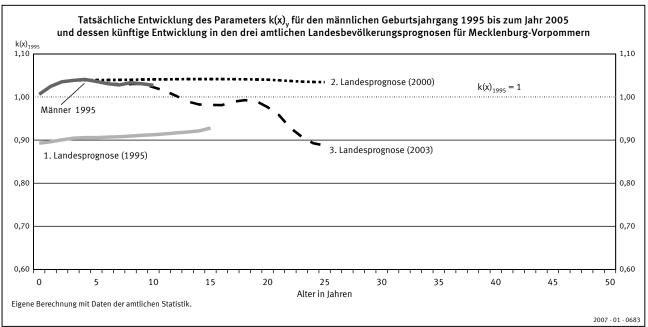
in die Kohortenlogik umgestellt werden. Für die Berechnung der künftig zu erwartenden Jahresendbestände $[P(E, x)_y]$ der betrachteten Jahrgänge werden ab dem Jahr 2005 die von Dinkel u.a. (siehe Fußnote 11) für Mecklenburg-Vorpommern in den nächsten Jahrzehnten prognostizierten Sterbewahrscheinlichkeiten nach Einzelalter verwendet.

In der 1. Landesprognose aus dem Jahr 1995, mit den Jahresendbeständen von 1992 als Basisjahr und einem Zeithorizont bis zum Jahr 2010, wurde beispielsweise für die damals 24-jährigen Männer des Jahrgangs 1971 von einem leichten Wiederanstieg der tatsächlichen gegenüber den

erwarteten Jahresendbeständen durch Nettowanderungsgewinne ausgegangen (siehe Schaubild 8). Für die Frauen der Geburtsjahrgänge 1977 und 1985 wurden zunächst weitere, aber gering ansteigende kumulierte Nettowanderungsverluste bzw. nahezu ausgeglichene Zuzugs- und Fortzugszahlen unterstellt (siehe die Schaubilder 9 und 10). Die Annahmen dieser Prognose im Hinblick auf die Migration erwiesen sich in den Folgejahren als zu positiv.

Wesentlich pessimistischer waren hingegen die Fertilitätsannahmen der 1. Landesprognose. Dies ist beispielsweise in Schaubild 11 an den Werten von $k(x)_{1995}$ daran zu erken-

Schaubild 11



nen, dass in dieser Prognose die Stärke des männlichen Jahrgangs 1995 bereits im Alter von 0 Jahren auf weniger als 90% des im Jahr 1995 tatsächlich realisierten Bestandes geschätzt wurde. Anschließend wurde in der 1. Landesprognose aber auch für diesen Jahrgang wiederum ein Nettowanderungsgewinn erwartet.

Für die im Jahr 2000 veröffentlichte 2. Landesprognose auf der Basis der Jahresendbestände von 1998 zeigten die Erfahrungswerte bereits deutlich klarere Entwicklungstrends, die bei der Erstellung der ersten Prognose noch nicht bekannt waren. Nichtsdestoweniger wurden im Jahr 2000 erneut Wanderungsannahmen getroffen, die entweder einen künftigen ausgeglichenen Saldo oder sogar einen leichten Nettowanderungsgewinn unterstellten. Diese Fehleinschätzung hätte bei einer Betrachtung der bereits bekannten Entwicklungen in den Kohortendaten vermieden werden können. Auch in den verfügbaren Wanderungszahlen der amtlichen Statistik wurden ab dem Jahr 1995 (in dem die Wanderungssalden nahe Null lagen) wieder zunehmend negative Wanderungssalden der Einzelalter und Geschlechter sichtbar, die in der 2. Landesprognose keinen Niederschlag fanden.

Wie die Schaubilder 8 bis 11 zeigen, reagierte die 3. Landesprognose (2003), deren Ausgangsbasis der Jahresendbestand von 2001 bildete, auf die tatsächliche Entwicklung der weiterhin durch Nettowanderungsverluste abnehmenden Jahresendbestände mit deutlich realistischen Wanderungsannahmen. Anders als bei vorangegangenen Prognosen wurde bei den Annahmen nicht der Fehler gemacht, auf dem aktuellen Niveau verharren zu wollen. So wird beispielsweise für alle Geburtsjahrgänge nach 1970 von weiter anhaltenden Wanderungsverlusten und damit künftig schrumpfenden Jahresendbeständen ausgegangen. Wie ein Vergleich der letzten vier Jahre zeigt, orientiert sich die prognostizierte Nettowanderung in der 3. Landesprognose für die ausgewählten Jahrgänge relativ nahe an den tatsächlich beobachteten Werten. Allerdings lässt sich in Schaubild 11 das modellierte "Schwingungsverhalten" der erwarteten k(x)-Werte nicht erklären.

Fazit

Die Kohortenbetrachtung von Migration in der Form kumulierter Nettomigration innerhalb eines Geburtsjahrgangs *y* kann für die Einschätzung künftiger Wanderungsannahmen sinnvolle Unterstützung liefern. Werden bisher Wanderungsannahmen zur künftigen Höhe und Alterszusammensetzung der Migrantenzahlen mit Hilfe vergangener Periodendaten und unter Berücksichtigung politischer Rahmenbedingungen getroffen, lohnt sich zumindest für die mittelfristige Prognose der künftigen Nettomigration zusätzlich die Kohortenbetrachtung.

Aus Platzgründen konnten an dieser Stelle die Entwicklungen in anderen neuen Bundesländern und vor allem in den alten Bundesländern nicht mit in die Betrachtung einbezo-

gen werden. Dabei hätte sich gezeigt, dass bereits für die Gesamtheit der neuen Bundesländer wesentlich andere Entwicklungen entstanden als für das Land Mecklenburg-Vorpommern, dessen Wanderungsgeschichte seit dem Jahr 1989 extrem verlief. Hätte man die alten Bundesländer mit einbezogen, wäre dort für die in der Nachkriegszeit im früheren Bundesgebiet geborenen Jahrgänge ein völlig anderes Bild entstanden, da dort die einzelnen Jahrgänge oberhalb des Alters von 30 Jahren tatsächlich um bis zu einem Drittel stärker besetzt sind, als sie es ohne Wanderung seit ihrer Geburt gewesen wären. Die alten Bundesländer haben erheblich von Nettozuwanderung profitiert, wobei die Zuwanderung aus der ehemaligen DDR bzw. den neuen Ländern einen Teil des Wanderungsgewinnes darstellte.

Mehr als jede andere Darstellungsform kann die Kohortendarstellung zeigen, welche erheblichen bevölkerungsdynamischen Konsequenzen die Migration für ein Land oder einzelne seiner Regionen haben kann. Das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern steht dabei in der Vergangenheit für ein Extrem, dessen Gegenteil in Ländern wie Bayern, Baden-Württemberg oder in den letzten zwei Jahrzehnten im Stadtstaat Hamburg zu sehen ist, deren Bevölkerungszahlen vor allem durch Wanderungsgewinne zugenommen haben. 13) Für Deutschland als Ganzes (wo der "Verlust" der einen Region der "Gewinn" einer anderen ist), stellt sich diese Entwicklung dabei wesentlich weniger dramatisch dar als für die besonders stark betroffenen Regionen.

¹³⁾ Siehe Salzmann, T.: "Die unterschiedlichen bevölkerungsdynamischen Konsequenzen von Mortalität, Fertilität und Migration – Ein Vergleich zwischen ausgewählten ost- und westdeutschen Bundesländern für den Zeitraum 1990 bis 2003" in Scholz, R./Luy, M. (Hrsg.): "Die Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland: demographische und ökonomische Aspekte 15 Jahre nach der Wende" im Frscheinen

ÜBERSICHT

über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge

	Heft	Seite
Europäische Statistik		
Regionaltourismus in der Europäischen Union	5	465
Grenzüberschreitender Tourismus in Europa: Einreise- und Ausreiseverkehr	7	663
Entwicklung einer Europäischen Sozioökonomischen Klassifikation	5	527
Europäische Mikrodaten für die Wissenschaft	9	864
Neue Steuerungsinstrumente, Qualitätsmanagement		
Informationen im Wandel	9	871
Überprüfung und Weiterentwicklung des Statistischen Programms		
Kleinräumige Bevölkerungs- und Wirtschaftsdaten in der amtlichen Statistik Europas	2	137
Überschuldung privater Haushalte im Jahr 2006	10	948
Arbeitgebersozialbeiträge und Beiträge zur Altersvorsorge	3	247
Einzeldaten der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 2001 als Scientific-Use-File	2	144
Statistik und Wissenschaft, Forschungsdatenzentren, Gerhard-Fürst-Preis		
Europäische Mikrodaten für die Wissenschaft	9	864
Statistik-Kooperation		
Programm für die "Entwicklung des Statistischen Systems der Türkei" und die Zusammenarbeit mit dem		
Statistischen Bundesamt	9	899
Klassifikationen		
Auswirkungen der Änderungen im Harmonisierten System auf das Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik	2	150
Informationsgesellschaft		
Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten	6	545

	Heft	Seite
Informationsgesellschaft		
Aufwendungen und Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien	6	556
Bevölkerung		
Neue Datenquelle zu Geburten und Kinderlosigkeit	3	260
Determinanten der Frauenerwerbstätigkeit im Haushaltskontext	3	312
Annahmenflexible Bevölkerungsvorausberechnungen und die 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes	9	905
LEBEN IN EUROPA 2005	1	31
Bevölkerungsentwicklung 2005	1	45
Ehescheidungen 2005	2	159
Mikrozensus		
Das Mikrozensusgesetz 2005 und der Übergang zur Unterjährigkeit	1	38
Auswirkungen der neuen Hochrechnung für den Mikrozensus ab 2005	8	739
Auswirkungen der neuen nochhechnung für den mikiozensus ab 2005	0	137
Wahlen		
Die Bundestagswahl 2005 im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik	5	521
Erwerbstätigkeit		
Messung der Erwerbstätigkeit in den Vereinigten Staaten	3	264
Determinanten der Frauenerwerbstätigkeit im Haushaltskontext	3	312
Unternehmen und Arbeitsstätten, Unternehmensregister		
Erweiterte Auswertungen mit dem Unternehmensregister	4	342
Gewerbeanzeigen 2006 – Gründungen und Schließungen	6	567
Insolvenzen 2006	4	352
Überschuldung privater Haushalte im Jahr 2006	10	948
Produzierendes Gewerbe, Handwerk		
Unternehmensstruktur und Investitionen im Produzierenden Gewerbe 2005	10	931
	10	7,51
Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus		
Großhandel im Jahr 2005 – Strukturen und wirtschaftliche Rahmenbedingungen	10	934
Regionaltourismus in der Europäischen Union	5	465
Grenzüberschreitender Tourismus in Europa: Einreise- und Ausreiseverkehr	7	663
Inlandstourismus 2006: Rekord bei Ankünften und Übernachtungen	5	489
Außenhandel		
Vereinfachung der Intrahandelsstatistik	7	670
Exportweltmeister Deutschland – Titel auf Zeit?	4	362
Konjunkturmotor Export	5	478
Verkehr		
Kombinierter Verkehr 2005 – Wachstum der Containertransporte in allen Verkehrsbereichen	2	169
Gefahrguttransporte 2005	4	370
Unfallgeschehen im Straßenverkehr 2006	7	679
Seeverkehr 2006	7	688
Eisenbahnverkehr 2006 – Rekordjahr für Güter- und Personenverkehr	6	577

	Heft	Seite
Verkehr		
Regionale Ergebnisse des Schienenverkehrs 2005	9	875
Öffentlicher Personenverkehr mit Bussen und Bahnen 2005	6	584
Unternehmen im Transportbereich 2005	8	748
Binnenschifffahrt 2006	8	758
Gewerblicher Luftverkehr 2006	4	378
Finanz- und andere Dienstleistungen		
Aussagekraft der Konjunkturindikatoren im Dienstleistungsbereich	3	271
Erstellung von Konjunkturindikatoren im Dienstleistungsbereich aus mehreren Datenquellen	8	768
Unternehmensstrukturen in ausgewählten Dienstleistungsbereichen 2004	1	58
Pilotstudie "Dienstleistungsumsätze nach Arten 2004"	2	180
Bildung und Kultur, Forschung und Entwicklung		
Methodik zur Gewinnung der Kennzahl "Ausgaben öffentlicher Schulen je Schülerin und Schüler"	1	68
Berufliche Weiterbildung in Unternehmen 2005	7	699
Gesundheitswesen	2	270
Die Erfassung alkoholbedingter Sterbefälle in der Todesursachenstatistik 1980 bis 2005	3	278
	10	960
Öffentliche Sozialleistungen		
Schwerbehinderte Menschen 2005	7	712
Behinderung und Einkommen	2	193
Wohngeld in Deutschland 2005	2	200
Öffentliche Finanzen und Steuern		
Statistik der Entwicklungszusammenarbeit	3	291
Das Taxpayer-Panel der jährlichen Einkommensteuerstatistik	1	77
Staatliche Förderung der Riester-Rente für das Jahr 2002	3	300
Öffentliche Ausgaben für Äußere und Innere Sicherheit 2004	5	499
Entwicklungen im öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystem	4	395
Umsätze und ihre Besteuerung 2005	10	980
Öffentliche Finanzen im ersten Halbjahr 2007	4 10	386 972
Schulden der öffentlichen Haushalte 2006	9	885
Wirtschaftsrechnungen		005
Einnahmen und Ausgaben von Rentner- und Pensionärshaushalten	6	593
Geld- und Immobilienvermögen sowie Wohnverhältnisse von Rentner- und Pensionärshaushalten	U	373
in Deutschland	10	986
Überschuldung privater Haushalte im Jahr 2006	10	948
Verdienste und Arbeitskosten		
Einzeldaten der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 2001 als Scientific-Use-File	2	144
Preise		
Fünf Jahre nach der Euro-Bargeldeinführung – War der Euro wirklich ein Teuro?	2	208
Preisentwicklungen in der Bauwirtschaft 2006	4	404
Preisentwicklung 2006	1	113

ÜBERSICHT

	Heft	Seite
Preise		
Preise im Januar 2007	2	223
Preise im Februar 2007	3	307
Preise im März 2007	4	412
Preise im April 2007	5	506
Preise im Mai 2007	6	637
Preise im Juni 2007	7	720
Preise im Juli 2007	8	776
Preise im August 2007	9	893
Preise im September 2007	10	1017
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen		
Bruttoinlandsprodukt 2006	1	17
Bruttoinlandsprodukt in der ersten Jahreshälfte 2007	9	835
Input-Output-Rechnung	1	86
Aktuelle Methodenfragen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen –		
Umstellung der Agrarsubventionen	4	337
Darstellung der Forstwirtschaft in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	6	629
Aktuelle Methodenfragen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – Lkw-Maut	5	472
Konjunkturmotor Export	5	478
Umwelt		
Nutzung von Umweltressourcen durch die Konsumaktivitäten der privaten Haushalte	1	97
Umweltökonomische Waldgesamtrechnungen	2	212
Gastbeiträge		
Einzeldaten der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 2001 als Scientific-Use-File	2	144
Umweltökonomische Waldgesamtrechnungen	2	212
Auswirkungen von stochastischer Überlagerung und Mikroaggregation auf die Schätzung linearer und nichtlinearer Modelle	4	417
Der langfristige Wandel partnerschaftlicher Lebensformen im Spiegel des Mikrozensus	4	417
Regionaltourismus in der Europäischen Union	5	465
Individuelle Determinanten des Renteneintrittsalters	5	511
Die Bundestagswahl 2005 im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik	5	521
Entwicklung einer Europäischen Sozioökonomischen Klassifikation	5	527
Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Pflege	8	781
Programm für die "Entwicklung des Statistischen Systems der Türkei" und die Zusammenarbeit mit dem	0	701
Statistischen Bundesamt	9	899
Annahmenflexible Bevölkerungsvorausberechnungen und die 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes	9	905
Die Kohortendarstellung der Migration am Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns	10	1022
Historische Beiträge		
Zur Statistik des deutschen Wortschatzes	8	797

Neuerscheinungen¹) vom 22. September 2007 bis 26. Oktober 2007

Zusammenfassende Veröffentlichungen	EUR [D]	Fachseri
Wirtschaft und Statistik, September 2007 Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland,	13,75	Reihe 4.1 Reihe 4.2
Ausgabe 2007	71,- 7,- 19,30 19,30	Fachseri Reihe 2 Reihe 4
Entwicklung der Informationsgesellschaft – IKT in Deutschland, Ausgabe 2007	16,80	Reihe 4 Reihe 7
Fachserie 4: Produzierendes Gewerbe Reihe 3.1 Produktion im Produzierenden Gewerbe, 2. Vierteljahr 2007	19,50	Reihe 7 Reihe 7
Fachserie 7: Außenhandel Reihe 1 Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel, Juli 2007	11	Key data

Fachserie	16: Verdienste und Arbeitskosten	EUR [D]
Reihe 4.1	Tariflöhne, 1. Halbjahr 2007	17,50
Reihe 4.2	Tarifgehälter, 1. Halbjahr 2007	17,50
Fachserie	17: Preise	
Reihe 2	Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise), August 2007	7,65
Reihe 4	Preisindizes für die Bauwirtschaft, August 2007 (Eilbericht)	2,-
Reihe 4	August 2007	8,20
Reihe 7	Verbraucherpreisindizes für Deutschland,	
	August 2007	11,-
Reihe 7	September 2007 (Eilbericht)	3,50
Reihe 7	September 2007	11,-
• Fremds	orachige Veröffentlichungen	
Key data or	Germany 2007	7,-

Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes

Nahezu das gesamte Angebot an Standardveröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes steht im Publikationsservice online zur Verfügung oder kann online bestellt werden:

www.destatis.de/publikationen

Alle aktuellen **Fachserien** werden in elektronischer Form als PDF- oder Excel-Dateien zum **kostenfreien** Download im Publikationsservice bereitgestellt.

Veröffentlichungskalender für Pressemitteilungen

Das Statistische Bundesamt gibt die Veröffentlichungstermine wichtiger wirtschaftsstatistischer Pressemitteilungen in einem Jahresveröffentlichungskalender, der wöchentlich präzisiert wird, bekannt.

Der Kalender kann unter der Internetadresse www.destatis.de → Presse → Terminvorschau abgerufen werden.

¹⁾ Zu beziehen durch den Buchhandel oder über den Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage, Part of the Elsevier Group, Postfach 43 43, 72774 Reutlingen, Telefon + 49 (0) 7071/935350, Telefax + 49 (0) 7071/935335, E-Mail: destatis@s-f-g.com. Preise verstehen sich ausschließlich Versandkosten.